

8. Kapitel

Politik und Gesellschaft

Politik als Beruf

zu betreiben, hat Erhard Eppier gesagt, gehört zum Gefährlichsten und Abgründigsten, worauf Menschen sich einlassen können; allerdings auch zum Faszinierendsten und Spannendsten. Trotzdem wird der Verdruss über die politische Klasse immer größer — nicht zuletzt, weil Politiker farbloser und austauschbarer wurden, je weniger sie vom [eben und durch die Geschichte geprägt waren. Umso anfälliger erwiesen sie sich stattdessen für die Privilegien und die Selbstgenügsamkeit des politischen Betriebs. Die Wirklichkeit der Menschen blieb "draußen im Lande". Realitätsverlust aber ist ein Suchtsymptom. An Auslösern für einen Höhenrausch — wie der SPIEGEL Autor Jürgen Leinemann sein in der nächsten Woche erscheinendes Buch nennt — mangelt es nicht Der SPIEGEL druckt Auszüge, die sich mit den Medien beschäftigen, den Lieferanten der Wichtigkeitsdroge Nummer eins: öffentlicher Aufmerksamkeit.



8.1. Die Staatsschauspieler

Von Jürgen Leinemann

I. Kampf um die Deutungshoheit

Die stolze Mutter konnte ihre Begeisterung kaum zügeln. Noch war der Sohn unten an der Haustür, da rief sie ihm aus dem oberen Stockwerk durchs Treppenhaus entgegen: „Gerd, du warst ja gestern schon wieder im Fernsehen. Wie kommst du eigentlich immer rein? Kennst du einen?“

Das war vor zwanzig Jahren. Gerhard Schröder, 40, SPD-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Hannover, machte seine ersten Erfahrungen mit den Medien. Er liebte das Spiel mit den Journalisten, und die mochten ihn. Schröder melkte Kühe für Fotografen, ließ sich im Watt mit Schlick beschmieren, aß öffentlich Grünkohl mit und ohne Pökel und spielte Fußball.

Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes klebten seine Leute ein Plakat, das eher einen Liebesfilm anzukündigen schien als einen politischen Profi, der Regierungschef werden wollte. Hand in Hand stand er mit seiner Ehefrau Hiltrud in idyllischer Landschaft. Der Text verkündete: „Politik ist nicht alles“. In Wahrheit war in Schröders dritter Ehe alles Politik.



Kanzler Schröder: *Permanentes Getümmel*

Die zierliche, aparte Hiltrud Marion Hampel, Tochter eines Bauingenieurs, Mutter zweier Töchter, von einem Polizisten nach elfjähriger Ehe geschieden, hatte Schröder auf einer Kandidaten-Werbe-Radtour kennen gelernt. Sie teilte seinen politischen Ehrgeiz, wenn sie ihn nicht gar übertraf.

Wenn der Bundeskanzler Gerhard Schröder zwanzig Jahre später die Grenzüberschreitungen der Medien ins Privatleben von Politikern beklagte, hätte er — bei der Suche nach Anfängen — nur in alten Presseberichten über sich blättern müssen. Dass er beispielsweise am 19. Juni 1984 zur standesamtlichen Trauung mit Hiltrud — die im eleganten Hut neben Alt-Yuppie Schröder aussah wie einem Audrey-Hepburn-Film entstieg — zweimal nach Hause zurückfahren musste, weil er erst den Sekt und dann die Ringe vergessen hatte — das, da waren in Bonn alle sicher,

hatte er natürlich absichtlich getan, um den Medien einen Gag zu liefern.

Jetzt ist alles anders. Er gilt zwar als Medienkanzler. Aber zu seinem 60. Geburtstag sind keine aktiven Journalisten geladen. Und am Grab seines Vaters in Rumänien steht er, ohne dass Blitzlichter aufleuchten oder Kameras surren. „Bild“ — gegen deren Redakteure er heftig polemisiert — besorgt sich einen heimlichen Schnappschuss.

Das Wechselspiel zwischen Politik und Medien hat den politischen Betrieb und auch den Charakter unseres demokratischen Systems unrevidierbar verändert. Medienpräsenz ist heute die wichtigste Legitimationsgrundlage für politische Entscheidungen. Wie die Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer erlebe ich inzwischen „die Medien als eine eigenständige Machtsphäre“.

Als mich Herlinde Koelbl für ihren Film über die Presse-„Meute“ in Berlin fragte, ob ich mich nicht auch ein bisschen mächtig fühlen würde als Journalist, weil ich doch so nahe dran sei an den Mächtigen, konnte ich das ohne Zögern verneinen; schon deshalb, weil ich keiner der Fernsehmenschen bin, die das permanente Getümmel herstellen. Es sind eben nicht mehr so sehr die fragenden und sachorientierten Journalisten, auf die sich die politischen Karrieristen einstellen und deren Macht sie fürchten, es sind die Produzenten und Manager der Medien, die für sie zählen. Denn die besorgen in den Blättern und vor allem in den TV-Sendern die Bühnen, auf denen die Politiker ihre eigenen Wirklichkeiten herstellen.

Im Kampf um die Deutungsmacht ist das Verhältnis zwischen Politikern und der „plappernden Zunft“, wie Joschka Fischer die Journalisten abschätzig nennt, in Berlin zunehmend gespannter geworden. Viele der eingespielten Selbstverständlichkeiten zwischen diesen beiden Flügeln der politischen Klasse haben sich verflüchtigt, der Ton wurde wechselseitig aggressiver, ja verächtlich.

Das unverkennbare Bedürfnis, es einander wenigstens einmal heimzahlen zu können, lässt nicht nur auf vergangene Kränkungen schließen. Es signalisiert einen Machtkampf. Denn auch die Medienleute inszenieren ja politisches Geschehen, indem sie komplexe Sinnzusammenhänge in Mini-Dramen zerlegen, durch Personen verkörpern oder in symbolischen Schlüsselszenen gipfeln lassen. Damit geraten sie nahezu unausweichlich in Konflikte mit den Politikern um die Deutungshoheit.

Die Kluft zwischen den Darstellungen, die Politiker von der Welt und den aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Problemen geben, und den Bildern, die Medienmenschen dagegensetzen, wird zunehmend tiefer. Es entstehen getrennte Welten mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. „Die Langsamkeit der Politik liefert wenig sichtbare Gestaltungskraft“, sagt Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Im hektischen Tempo der Medienwelt nehmen die Bürger das selbst dann als Unfähigkeit wahr, wenn ihre eigene Erwartung oder die von den Medien suggerierte ganz und gar absurd ist.

Das macht das Klima nur gereizter. Vor allem Joschka Fischer, der seine atemberaubende Karriere von der Frankfurter Sponti-Szene in die obersten Ränge der Welt-Diplomatie in erster

Linie den Medien verdankte, lässt kaum eine Gelegenheit aus, den Pressemenschen seine Verachtung zu zeigen.

Kurz nach 20.30 Uhr am Freitag, dem 14. November — gerade eröffnete Bundespräsident Johannes Rau mit dem traditionellen Walzer den Bundespresseball 2003 —, drang der Berliner Außenminister in die Festsäle des Hotels Intercontinental ein. Mit robustem Körpereinsatz gelang es ihm, unterstützt von seinen rempelnden und schubsenden Leibwächtern, den ersten Ring der Presseleute zu durchbrechen. Im hektischen Feuer der Blitzlichter bahnte er sich — rechte Hand in der Tasche, linke Schulter vorge-schoben, Kopf gesenkt — mit unbewegt düsterer Miene seinen Weg durch die Sperrwand der Mikrofone. Wo war seine neue Freundin Minu Barati, 28? Würde sie nachkommen? Feierte er allein?

Eher wirkte der einstige Streetfighter Joschka so, als wollte er den Saal besetzen. Durch die Gasse, die ihm seine Bodyguards freidrängelten, eilte Deutschlands beliebtester Politiker wortlos an den wartenden Journalisten vorbei in den Saal, in dem die Musik spielte. Was für ein Auftritt für die TV-Kameras. Was für ein Kick fürs eigene Ego. „Nacht des Lächelns“? Nicht mit Joschka. Eine Freundlichkeitsgrimasse für den amerikanischen Botschafter, an dessen Tisch er Platz nahm, musste genügen.

Griesgrämig inhalierte Fischer die Aufmerksamkeit, die er erregte, ein Weltmeister der doppelten Botschaften. Seine Leibwächter schreckten Neugierige ab. Belauert von Kameras und gierigen Reporter Augen, hielten sie Frager auf Distanz. Der Platz an seiner rechten Seite war leer geblieben. Ob er seine geheimnisvolle Freundin Minu, die man bisher nur aus den Fotos der Boulevardpresse kannte, mitbringen würde wie fünf Jahre zuvor seine spätere vierte Ehefrau Nicola, haue er vieldeutig offen gelassen. Dass man bei Joschka immer mit allem rechnen muss, steigert seine Attraktivität.



Außenminister Fischer: *Kindlicher Narziss*

Wie er das denn finde, dass Dieter Bohlen an diesem Abend in Berlin die politische Prominenz bereichern dürfe, wollte eine Journalistin wissen. „Joschka Fischer macht sich nicht einmal die Mühe hochzugucken“, notierte die Kollegin. „Er legt die Mutter aller grantigen Tonfälle in seine Stimme und knurrt: ‚Vergessen Sie’s!‘“ Sollte sich der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, gewandt in Smoking mit roter Weste, um einen hergelaufenen Popstar im Straßenanzug kümmern? Popstar war er selber — der einzige in der Politik, hatte sein Freund Daniel Cohn Bendit behauptet.

Fischer griff zum Handy und telefonierte. Mit wem nur, mit wem? Schon wieder ein Geheimnis. Er tat, als giggelte er mit seiner Minu, doch sein Gesprächspartner war der stellvertretende Pressesprecher. Lautstark und feixend teilte er ihm mit, dass er natürlich nicht frei reden könne, mit dem „Kerl vom SPIEGEL“ neben und „dreißig Fotografen“ vor sich. Kurz, der Minister amü-

sierte sich wie Bolle. In der von Fischer selbst diagnostizierten „Entwicklung hin zum Kotzbrocken“ war er, wie alle Zeitungen und Fernsehstationen mehr oder weniger unverblümt vermerkten, an diesem Abend wieder ein beträchtliches Stück vorangekommen.

Na und? Hauptsache, die Medien vermerkten irgendetwas. Der kindliche Narziss Fischer kann gar nicht anders, als sich auf Kosten seiner Umwelt in den Vordergrund zu drängen. So habe ich ihn immer erlebt. Unvergessen eme Szene aus seinen Anfangszeiten als grüner Abgeordneter in Bonn, als ich mit seinem damals engsten Mitsstreiter Hubert Kleinert in der Polit-Kneipe „Provinz“ saß, um ihn über ihre jugenhafte Freundschaft zu befragen. Fischer kam herein, setzte sich mit flüchtigem Gruß an den Nebentisch und linste fortan geradezu zwanghaft herüber. „Sollen wir ihn nicht dazubitten?“, fragte ich Kleinert. „Nee, lass man, das dauert höchstens noch fünf Minuten, dann hält er es nicht mehr aus und kommt von selbst.“ Drei Minuten später saß er an unserem Tisch. Kleinert kam nicht mehr zu Wort.

Der Politiker Joschka Fischer braucht die Medien wie die Luft zum Atmen. Seine ironisch gemeinten Versuche, sich von ihnen zu distanzieren, sind ohnmächtige Gesten einer vorgetäuschten Unabhängigkeit. Es ist, als würden Fischer und Attersgenossen erst richtig zum Leben erwachen, wenn sie sich öffentlicher Aufmerksamkeit sicher sind.

II. Ansehen und Aufsehen

In einem sind sich Politiker und Mediennmenschen einig: Die aggressive Hektik ist in Berlin im Vergleich mit Bonn beträchtlich gewachsen. Die Welt um das Regierungsviertel herum ist bunter, anregender, vielfältiger, zugleich aber auch fordernder, härter, lauter und unbequemer geworden. Das macht die Situation unübersichtlich und widersprüchlich, erlaubt viele Deutungen und widersetzt sich verlässlichen Einordnungen. Diverse Scheinwirklichkeiten verzerren das Bild zusätzlich.

„Unordnung“ und „Vielfalt“, „Verwirrung“ und „Zeitenwende“ waren die zentralen Begriffe, um die noch im sechsten Jahr nach dem Umzug im Reichstag eine Selbstvergewisserungsdebatte der Deutschen Gesellschaft für Parlamentsfragen über die Berliner Republik kreiste. „Wo die Sachen diffus werden, werden die Personen konkret“, beschrieb Jürgen Engert, der frühere Chef des ARD-Hauptstadtbüros, die Situation: „Personen schieben sich vor die Sachen.“ Sind es wirklich Personen? Oder sind es inszenierte Bilder? Der junge CDU-Abgeordnete Eckart von Kläden zitierte eine Maxime des verstorbenen Kollegen Jürgen Möllemann: „Ansehen und Aufsehen sind zwei Seiten derselben Medaille.“ An der Spree diene sie vielen Politikern als Handlungsanweisung.

Einfach ist es nicht, immer und unter allen Umständen ein gutes Bild abzugeben. Man kann sich, in der Hoffnung auf parasitäre Popularität, auch so gründlich vergaloppieren wie Helmut Kohl 1998. Der hatte sich zu Beginn seines Wahlkampfes gegen Gerhard Schröder hemmungslos in der Bewunderung des deutschen Fußball-Nationaltrainers Berti Vogts und seiner Kicker gesonnt. Beim Länderspiel gegen Kroatien während der Weltmeisterschaft in Frankreich stand er breit und bräsig auf der Tribüne im Stadion von Lyon, als das Deutschlandlied erklang. Kohl, Deutschland und seine Kicker — waren wir das nicht alle? Eine glorreiche schwarzrotgoldene Einheit? Dieser emotionale Eindruck wurde 22 Millionen Zuschauern — das entsprach der Hälfte aller Wahlberechtigten — per Fernsbild ins Haus geliefert: darum CDU.

Kohls sozialdemokratischer Konkurrent, Fußballfan auch er, hockte derweil mit unverkennbarem Grimm vor der Glotze. Seine Kiefer mahnten. Eine Einladung habe er auch gehabt, brummte Gerhard Schröder im Kreis von Freunden, die auf dem Ferienbauernhof des Theaterintendanten Jürgen Flimm das Spiel ansahen. Für Schröder schien es schon verloren, bevor es begann. Hätte er doch hinfahren sollen? „Das hätte doch auch blöd ausgesehen.“ Aber dann verloren die Deutschen nicht nur, sie machten auch noch eine schlechte Figur, vor allem Vogts, der bald

darauf von seinem Amt zurücktrat.

Für Helmut Kohl wurde das Spiel damit zum symbolischen Desaster, und Gerhard Schröder musste sich große Mühe geben, nicht allzu laut zu jubeln über die Niederlage, die er ja auch nicht gewünscht haben dürfte. Doch dass das klägliche Scheitern der Kicker am amtierenden Kanzler persönlich hängen bleiben würde, war dem Instinktpolitiker Schröder klar. „Es konnte empirisch nachgewiesen werden, dass sich die symbolische Kontamination tatsächlich direkt auf die Wahlabsicht des Publikums ausgewirkt hat“, schreibt der Essener Politikwissenschaftler Andreas Dörner.

Sein Dortmunder Kollege Thomas Meyer erkennt darin eine neue politische Grundkonstellation, die er „Mediokratie“ nennt. Wo Politiker-Talkrunden zum „menschelnden Geschwätz“ werden und dramatische Bilder in Nachrichtensendungen sich selbst zum Inhalt machen, sieht er die Gefahr einer „Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem“ heraufziehen. Die sei immer dann gegeben, „wenn die dem Mediensystem eigentümlichen Regeln auf das politische System übergreifen und dessen eigentümliche Regeln dominieren oder gar außer Kraft setzen“. Der Durchschnittszuschauer wähnt sich unterrichtet, während er in Wahrheit auf unterhaltsame Weise nichts erfährt.

Die Entwicklung in diese Richtung hatte schon in Bonn begonnen. Aber sie hat sich in der Metropole Berlin rasant verschärft. Im Jahr 2003 arbeiteten in der neuen Hauptstadt 5300 Menschen für die elektronischen Medien. Die Berliner konnten zwischen 42 TV-Kanälen und 61 Rundfunkprogrammen wählen. Beim Bundespresseamt waren 3285 Berichterstatler akkreditiert. Die tägliche Zeitungsaufgabe betrug 1,3 Millionen Exemplare, ungefähr die Hälfte davon waren Boulevardblätter. Damit bestimmen schon jetzt die Kommunikationsweisen der Medien das Schicksal der Demokratie in der Berliner Republik. Sie ermöglichen dem Politiker, sich in Szene zu setzen und gezielt eigene Botschaften über seine persönliche Vortrefflichkeit zu verbreiten, sie setzen ihn aber auch dem Risiko aus, dass er unfreiwilliger Mitspieler einer Medieninszenierung wird.

Wer in der Bundesrepublik politisch nach ganz oben will, in die Regierung, an die Spitze einer Partei, der muss vor allem im Fernsehen gut rüberkommen. Er muss mit flotten Sprüchen Stimmung machen können, sich extravagant aufführen, am liebsten ein bisschen schräg zur eigenen Partei argumentieren und eine gefällige Ausstrahlung haben, dann ist er gefragt in den drei Dutzend Talkshows. Harte Sachdiskussionen dagegen und programmatische Zielsetzungen, nach denen die Kommentatoren der Zeitungen verlangen, scheinen das Publikum zu überfordern und zu langweilen.

Es ist üblich geworden, diese Entwicklung, die früher bei uns besonders zu Wahlkampfzeiten mit geradezu aristokratischer Hochnäsigkeit als demokratische Entartung, sprich Amerikanisierung, verketzert worden war, heute als „Telekratie“ zu akzeptieren — vor allem mangels Alternative.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hing dieses Etikett lange an. Doch ist das tatsächlich Entpolitisierung? Sind Politiker nur noch Staatsschauspieler? Ist das wirklich alles so neu?

III. Medienkanzler Brandt

Der erste Medienkanzler der Bundesrepublik Deutschland kam tatsächlich aus Berlin — er hieß Willy Brandt.

Schon in Zeitungen hauen Bilder des eleganten Paares Rut und Willy Brandt auf dem Berliner Presseball 1955 Aufsehen erregt — sie im trägerlosen weißen Seidenkleid, mit weißen Handschuhen und einem schwarzen Band um die Hüfte, er im Smoking. So hatte man in Deutschland Sozialdemokraten noch nie gesehen.

Im Bundestagswahlkampf 1961 gegen den alten Konrad Adenauer stilisierten ihn seine Wahlkampfmanager gnadenlos zum jungen deutschen Kennedy. Willy Brandt — mit Homburg und cremefarbenem Cabriolet — erledigte das Programm seiner Wahlstrategen mit fast roboterhafter Disziplin. Doch ihn bedrückte sein eigener Wahlkampfstil, der ihm allzu dicht an der Waschmittelwerbung zu liegen schien.

Die Fernsehbilder erwiesen sich seit den sechziger Jahren als neue Machtfaktoren. Sie suggerierten Wahrheit und schufen neue Wirklichkeiten. Doch den Politikern bescherten sie nicht nur ein neues und überaus wirksames Instrumentarium der Macht, sondern auch eine neue, verheerende Droge, eine weitere Verführung, sich im Politilbetrieb als Person — als Subjekt für eigene Lebenswünsche also und als Mensch mit Einfühlung und Verständnis für andere — zu verlieren.

Auch das sollte Willy Brandt in Deutschland als Erster erfahren. Er geriet in eine lebensbedrohliche Krise.



Kanzler Brandt in Warschau (1970): *Grandioses Geschick*

Die Gefahr, dass die Inszenierer solcher Wahrnehmungseffekte wie im Willy-Wahlkampf 1972 ihr Werk am Ende für die Realität halten und sich selbst für ein bedeutsames Ereignis, war damals allerdings noch nicht allzu groß. Willy Brandt widerte das Getue an. Er schien bisweilen versucht, sich aus dem Betrieb zu verabschieden und in Phantasiewelten oder in suchtähnliche Ersatzbetäubungen zu flüchten. Das wurde ihm zunehmend vorgeworfen.

Hatte er nicht selbst Politik zum Showgewerbe degradiert? Verhöhnnten sie ihn nicht als „Willy Wolke“ in Bom? Diffamierten sie ihn nicht als „Weinbrandt-Willy“? Und wusste nicht alle Welt, dass er geradezu rituell dazu neigte, von Zeit zu Zeit in tiefe Depressionen zu versinken?

Die Legenden der Einsamkeit, die sich früh um Willy Brandt rankten, kamen nicht von ungefähr. Niemand konnte sich inmitten vieler Menschen so geistesabwesend isolieren wie „jener in sich zurückgezogene Mann, den ich Willy nenne“, hat Günter Grass einmal geschrieben. Als versteinertes Gast hockte der SPD-Chef manchmal stundenlang zwischen den anderen, sein Blick in ferne Leere versickert, das Gesicht zur Maske erstarrt. Der Fotograf Jupp Darchinger erinnert sich: „Ich habe schon Aufnahmen gemacht, da haben wir vier, fünf Filme durchgenudelt, und ich hatte immer noch dasselbe Bild drauf, weil Willy Brandt sich einfach nicht regte. Das kam oft genug vor.“

Nach der Wahlniederlage 1965 wollte Brandt nicht mehr Kanzlerkandidat sein, doch ein Jahr später ließ er sich überreden, als Außenminister und Vizekanzler in die Regierung der Großen Koalition einzutreten. Die Fotos von dieser regierenden Männerrunde mit Dame im Park — einzige Frau war Gesundheitsministerin Käthe Strobel (SPD) — gehören längst zu den dokumentarischen Klassikern der deutschen Geschichte. Als Jupp Darchinger an jenem heißen Mittwochnachmittag ins Kanzleramt kam, um die Regierungsmannschaft abzulichten, die drei Tage lang in einer Art Sondersitzungsserie die „Mifri“ erarbeiten wollte — die „Mittelfristige Finanzplanung“ der nach stürmischem Wirtschaftsaufschwung seit dem Herbst 1965 erstmals stagnierenden Bonner Republik —, führte ihn ein Mitarbeiter des Kanzlers Kurt Georg Kiesinger mit verschwörerischer Miene in

den Garten, wo auf Anordnung des Regierungschefs der Kabinettsstisch aufgebaut war.

Es war eine bizarre Versammlung, die sich da unter der Platane um den Ex-Nazi Kiesinger und den vor den Nazis ins Ausland geflüchteten Sozialisten Brandt geschart hatte, um die deutsche Nachkriegsrepublik vor einem ähnlichen Desaster zu bewahren, wie es der Weimarer Demokratie beschieden war. Das Leben hatte sie gebeutelt, die Geschichte haue sie allesamt im innersten Kern erwischt.

Da saß der grimmige Ex-Kommunist Herbert Wehner neben dem näselnden früheren SA-Maximilian Gerhard Schröder, der karge protestantische Christenmensch Gustav Heinemann neben dem einst von Goebbels faszinierten knubbeligen „alten Kämpfer“ Hermann Höcherl, der vierschrötige katholische Ex-Pfadfinder Paul Lücke neben dem elegischen Humanisten Carlo Schmid. Jede dieser Biografien hätte als Drehbuch für eine Fernsehserie getaugt. Verrat, Irrtum, Scheitern, Todesangst, Schmerz und Scham waren keine Gefühle, die diese Männer aus Romanen kannten. Das Wunder ihres Lebens war nicht der Wirtschaftsaufschwung, sondern dass es sie noch gab.

An Fernsehbildern waren die Versammelten nicht sonderlich interessiert. Ein ARD-Team durfte einen Schwenk über den Kabinettsstisch machen — das war's. Dabei hatten die Regierenden in Bonn spätestens durch die SPIEGEL-Affäre 1962 gelernt, dass aus der Trallala-Glotze ein Instrument der kritischen Öffentlichkeit zu werden begann. Zur Aufklärung des Skandals, der Franz Josef Strauß zum Rücktritt zwang, trug das TV-Magazin „Panorama“ mehr bei als die meisten Zeitungen. Die Adenauer-Regierung nahm das als Kriegserklärung auf. Zum ersten Mal wurde einer breiteren Öffentlichkeit bewusst, dass auch in der Demokratie die von gesellschaftlichen und politischen Machtelementen gesteuerte Wirklichkeitsdarstellung ein Instrument der Herrschaft war.

Es kam Bewegung in die deutsche Medienlandschaft. Am 1. April 1963 begann das Zweite Deutsche Fernsehen ein Konkurrenzprogramm zur ARD auszustrahlen. Und so etablierte sich das Fernsehen zunehmend als Lebensbestandteil der Bevölkerung. Die 5 Millionen Empfangsgeräte von 1961 waren zehn Jahre später auf 16 Millionen angewachsen.

Ist Brandt vielleicht doch in erster Linie eine Medienfigur? Ein vorweggenommener Schröder? Ein früher Fernseh-Selbstdarsteller mit grandiosem Geschick für die pathetische Geste? War nicht der unvergessliche Kniefall in Warschau ein Gipfelpunkt symbolischer Politik? Der Friedensnobelpreis ein freundliches, aber folgenloses Dankeschön-Signal für guten Willen?

Gewiss, so ließe sich argumentieren. Nur dass Willy Brandt eben wirkliche politische Handlungen, Konzeptionen und Argumente nicht bloß symbolisierte, sondern durch seine Vita die angemeldeten Ansprüche und Ziele legitimierte.

IV. Ein angeekelter TV-Star — Helmut Schmidt

Ein Medienkanzler war auch Helmut Schmidt. Keiner wusste in den späten siebziger Jahren das Fernsehen so effektiv als Selbstdarstellungsinstrument zu nutzen wie der schneidige Sozialdemokrat. Es habe ihm eine hohe persönliche Akzeptanz durch das Publikum beschert, bekannte er viele Jahre später, er — der sich selbst einmal freimütig Staatsschauspieler nannte — bleibe indes bei seinem Urteil, „dass das Fernsehen für die Politik eine Verleitung zur Oberflächlichkeit ist“.

Während seiner Amtszeit propagierte er ganz altmodisch einen fernsehfreien Tag in der Woche. Er habe sich tatsächlich Sorgen gemacht, dass das Gespräch in der Familie verkümmere, sagt sein früherer Pressesprecher Klaus Bölling heute. Solche Bedenken hauen den Bundeskanzler Schmidt freilich keinen Augenblick daran gehindert, die Vorteile voll auszukosten. Einem kleinen Kreis von schreibenden Journalisten sagte er einmal: „Ihr Arschlöcher könnt machen, was ihr wollt — fünf Minuten Fernsehen ist mehr.“

Gekonnt inszenierte er seine Bedeutung. Sobald das Rotlicht der Kamera aufleuchtete, saß Schmidt in Positur. Er hatte seine Pfeife angezündet und hielt mit einer stählernen Aura des Wissens, der Kompetenz und der Entscheidungsstärke die Frager auf Distanz. Noch wenn er lächelte, zeigte er Biss. Helmut Schmidt, der sich strotzend vor Kraft und Zuversicht, neben dem damals smartesten Werbefachmann Charles Wilp ablichten ließ, brauchte in Wahrheit dessen Weisheiten nicht. Die Massen fordern Illusionen? Das Irreale hat bei ihnen stets den Vorrang? Die Realität tritt zurück zu Gunsten von affektiv besetzten Wunschgeregungen? Wenn einer das verstand, dann war es Helmut Schmidt. Im Wahlkampf gegen den CSU-Chef Franz Josef Strauß verschaffte ihm das 1980 einen beträchtlichen Vorteil.



Kanzler Schmidt (1976): Verleitung zur Oberflächlichkeit

Kraftauftritte haften Strauß zu einem Publikumsmagneten werden lassen, schon bevor es das Fernsehen gab. Hafte er nicht in 130 Versammlungen zweieinhalb Millionen Zuhörer angelockt? Live? Wie ein Popstar protzte er mit seiner Zugkraft — Mittelpunkt von Tschingderassassa und Wirbel, Unterwerfungsgesten und Lobpreisungen war er auch ohne Fotoblitz und Fernsehkameras. Nach Strauß habe ich keinen Politiker mehr erlebt, der sich weigerte, eine Pressekonferenz zu beginnen, solange ihm die Kameraleute den Blick auf die schreibenden Korrespondenten verstellten.

Natürlich merkte er, dass das Medium Fernsehen das Wesen der Politik und vor allem die Wahlkämpfe entscheidend zu verändern begann — aber noch war ihm die Glotze nicht mehr als eine zusätzliche Bühne, neben Bundestag und Bierzelt, Pressekonferenz und Kundgebung: Es ging darum, möglichst oft die neue Bühne zu bespielen, das ja. Seine juristischen Büchsenpanner um Edmund Stoiber feilschten in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten um jede Sendeminute.

Schmidt und Strauß mochten ihre Klischeebilder ablehnen, an der Schaffung von „Schmidt-Schnauze“ und dem „AlpenChurhill“ haften sie selbst kräftig mitgewirkt, wobei sie sich natürlich klar waren, dass ihr Image in erster Linie durch die Medien geformt und verbreitet wurde.

Dem Fernsehen galt ihr besonders deftiger Abscheu, auch in dieser Hinsicht waren sie sich einig. Dass er im Fernsehen nicht als Adonis überkommen würde, war Strauß schon lange klar. Gleichwohl wehrte er sich am Schminktisch gegen jede allzu intensive Bearbeitung seiner Physiognomie. Dabei hatte er durchaus erlebt, dass „wenig erfreulich aussehende Politiker durch raffinierte Beleuchtungs- und Aufnahmetechniken idealisiert worden sind“. Ihm war das lästig.

Es war ja auch keineswegs nur Koketterie, wenn er sich vor dem Fernsehen fürchtete. Er kannte seine Schwächen und sorgte sich, dass die Kameras sie gnadenlos enthüllen könnten. Strauß war nicht nur der bayerische Kraftbolzen, als der er sich mit Vorliebe gerierte und als den ihn Freund und Feind bewunderten. Er war auch empfindlich, verwundbar und ängstlich.

Dass beide Politiker, Schmidt und Strauß, eine so herzhaft abneigende gegen das Fernsehen pflegten, hatte freilich auch politische Gründe. Mitte der siebziger Jahre saßen jeden Abend zur „Tagesschau“-Zeit etwa 61 Prozent aller Bundesbürger vor dem Bildschirm. In 96 Prozent der westdeutschen Haushalte stand inzwischen mindestens ein TV-Gerät. Das Fernsehen war zum Leitmedium geworden, und es erwies sich, allem — von Helmut Schmidt angeführten — elitären Geunke über die unausbleiblichen kulturellen Verödungen zum Trotz, zunächst einmal als ein tolerantes und antiautoritäres Medium. Es berichtete mit zunehmender Ernsthaftigkeit von Umweltinitiativen und von den Protesten gegen die Frankfurter Startbahn West, aus besetzten Häusern und von Kirchentagen, von Randalen bei Bundeswehrgelöbnissen und von Feministinnen-Diskussionen, von Friedensmärschen und autonomen grünen Republiken.

Das waren Bilder von einer Wirklichkeit, die es im idyllischen Bonn hinter den sieben Bergen und auch in der Vorstellungswelt des ordnungsliebenden Hanseaten Helmut Schmidt am besten nicht gegeben hätte.

V. Kohl: Herrschaft über die Wirklichkeit

Auch Helmut Kohl war ein Medienkanzier, wengleich zu Beginn ein widerwilliger und eher linkischer. Er misstraute den Medien, wie er alles beargwöhnte, was er nicht kontrollieren konnte. Aber sein Amt rückte ihn inner selbstverständlicher in den Blickpunkt der Kameras.

Als er 1986/87 zur Verteidigung seiner Kanzlerschaft gegen den SPD-Herausforderer Johannes Rau antrat, kam es — durch die Verschiebungen nach der Schmidt-Abwahl 1982 — zu einem Winterwahlkampf, der vorwiegend im Fernsehen stattfand. Die Witterung verhinderte Großkundgebungen unter freiem Himmel. Bei der Verbreitung der Botschaften traten die elektronischen Medien weitgehend an die Stelle von Plakaten, Prospekten und anderen traditionellen Freiluft-Werbeträgern.

Beide Kandidaten gaben vor, dass ihnen das zuwider sei. Pathetisch pflegten sie sich seit Jahren zu beklagen über die Scheinweit der Medien-Inszenierungen, die sie von Politikern in Showstars zu verwandeln drohe. Kohl bedauerte sich jahrelang als Opfer einer „Schweigespirale“ linker Medienmenschen, die ihn 1976 vorsätzlich so unvorteilhaft fotografiert und gefilmt hätten, dass die Wähler verschreckt zu Helmut Schmidt geflüchtet seien. Der NRW-Ministerpräsident Rau, der auch in hohen Ämtern immer als „einer von uns“ gesehen werden wollte, empfand die Vermittlung durch das Fernsehen als eine Beeinträchtigung seiner persönlichen Wirkung.



Kanzler Kohl in Leipzig (1990): Von sich selbst ergriffen

Ihre Wahlkampfmanager, die beide ihr Metier in Amerika gelernt hatten, sahen das ganz anders. Der CDU-Geschäftsführer Peter Radunski, der alle Wahlkämpfe Helmut Kohls zwischen 1973 und 1994 gestaltete, und Bodo Hombach, der Johannes Rau beriet, wussten, dass die Mehrzahl der Bürger ihre politischen

Informationen längst in erster Linie vom Bildschirm bezog. Die Bundesbürger waren eine Mediengesellschaft geworden, auch wenn die nach einem heftigen politischen Kulturkampf zwischen den Befürwortern aus der Union und sozialdemokratischen Gegnern 1984 gestarteten Testprogramme der Privatsender auf die Kampagne '87 noch keinen Einfluss hatten.

Umso weniger konnte Radunski verstehen, dass die deutschen Polit-Profis sich über die Bedeutung des Fernsehens nicht im Klaren zu sein schienen: „Wer Arbeits- und Terminpläne führender Politiker kennt, kann sich nur wundern, wie niedrig der Stellenwert von Fernsehauftritten darin ist.“ Sie selbst würden zu wenig fernsehen und hätten deshalb keine Vorstellungen von den Wirkungen, die sie erzielen könnten. Hombach konnte sich gar nicht genug mopsen über die hoch akademischen Denk- und Sprachformen, mit denen die SPD sich den Wählern entfremdete.

Helmut Kohl war im Wahlkampf ganz Bundeskanzler. Er kam nicht einfach, er ereignete sich. Wo immer er auftrat, fand „unsere Republik“ statt. „Unsere Hymne“, das Deutschlandlied, riss die Menge von den Stühlen. Auf einer Riesenleinwand flatterte die schwarzrotgoldene Fahne, und dann füllte mit pompösem Ernst SEINE Stimme die Halle. Vierzig Jahre lang war Helmut Kohl jetzt Politiker, er sagte es in jeder Versammlung. Und so sah er auch aus, wenn er von der Bühne winkte wie eine Freiheitsstatue, gemessen, staatsmännisch und von sich selbst zutiefst ergriffen.

Als wäre der Kontrast nicht an sich schon krass genug, inszenierte Johannes Rau demonstrativ das Gegenmodell. Er präsentierte sich als „der Mensch Rau“, und meist erweckte er den Eindruck, als sei er eher zufällig in seine Veranstaltungen geraten.

Erwartungsgemäß hatte Johannes Rau — ohnehin nur halbherzig unterstützt von seiner Partei — gegen den amtierenden Bundeskanzler keine Chance. Doch richtig glücklich konnte auch Helmut Kohl über seinen Sieg nicht sein. Er war zwar, als ausgezählt wurde, eindeutiger Sieger über seinen sozialdemokratischen Herausforderer (44,3 Prozent gegen 37,0), doch gewann er mit dem schlechtesten Ergebnis der Union seit 1972.

Das Wahlvolk hatte den etablierten Parteien einen Denkkzettel verpasst. Alle Altparteien und das gesamte politische Personal in Bonn hauen in den vorhergehenden Jahren beträchtlich an Ansehen verloren. „Gefühle wie Ärger, Verdrossenheit und Verunsicherung“ registrierte eine Sinus-Studie. Das Vertrauen in die Entscheidungskompetenz der Politiker war ebenso dahingeschwunden wie der Glaube an ihre persönliche Integrität. Sie tickten nach den Regeln der Medien im Sinne der vorher erfragten Stimmungen, ihr einziges Ziel war die Macht.

Auch die Glaubwürdigkeit des Fernsehens nahm in den Augen der Zuschauer kontinuierlich ab. Die Frage, ob das Fernsehen „wahrheitsgetreu“ berichte und „die Dinge“ immer so wiedergebe, „wie sie wirklich sind“, beantworteten 1970 noch 56 Prozent der Befragten positiv, 1980 waren es nur noch 41 Prozent, 1985 ganze 27 Prozent.

Auf keinem Gebiet ihres professionellen Auftretens als Berufspolitiker haben sich Johannes Rau und Helmut Kohl so deutlich weiter auseinander entwickelt wie in ihrem Umgang mit den Medien. Für Helmut Kohl, der sich früher gern als Medienverächter gab, war der Zugang zur Öffentlichkeit über das Fernsehen im Laufe seiner Amtszeit zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Er nutzte vor allem die privaten Sender — die „unsere“, wie sie im Kanzleramt zu sagen beliebten — als Machtinstrumente, um seine Weltdeutungen unter die Leute zu bringen.

Wäre Johannes Rau der Zeremonienmeister des Deutschen Bundestages gewesen, dann hätte er mit Sicherheit eine Plenarsitzung mit Anwesenheitszwang für Sonntagabend um 21.45 Uhr angesetzt — zur Christiansen-Talkshow‘ „damit die Entscheider mal da sind, wo sie hingehören“. Johannes Rau hasste dieses permanente Fernsehgeplapper. „Ich habe den Eindruck, wir plaudern uns zu Tode.“

Diese Abneigung des Bundespräsidenten erschien insofern erstaunlich, als gerade Johannes Rau als ein begnadeter Erzähler und Unterhalter gilt, der mit Pointen, Histörchen und anekdotischen Exempeln zu glänzen versteht. Aber es war ja auch nicht



SPD-Stars Lafontaine, Schröder (1998): Hauch von Hollywood

das Plaudern an sich, das ihn ärgerte, sondern eine öffentlich-rechtliche Fernsehkultur bei der es nicht um Inhalte geht, sondern um Wirkung.

Und weil Johannes Rau im Schloss Bellevue aus dieser Abneigung nicht nur keinen Hehl machte, sondern sogar eine Medienstrategie, galt er bald als der „unerhörte Präsident“ — im Amt verschollen, sozusagen. Nichts widerstrebte Rau mehr, als sich und sein Image zu vermarkten. Die auf Breitenwirkung kalkulierte und generalstabsmäßig zur Eroberung der Medienlandschaft eingesetzte „Ruck“-Rede seines Vorgängers Roman Herzog hatte für ihn fast schon Horrorqualität angenommen. Rau: „Ich bin mehr ein Hörfunk-Typ.“

Immer ungenierter hatte Helmut Kohl mit den Jahren seiner Herrschaft für sich eine eigene Wirklichkeit beansprucht, doch erst als politischer Ruheständler trieb er die emotionale Selbstüberhöhung unter Zuhilfenahme der Höhen abendländischer Geschichte und der Tiefen persönlichen Unglücks bis an den Rand der Blasphemie. Zur Trauerfeier für Hannelore Kohl hafte der Ex-Kanzler im Juli 2001 das gesamte politische Establishment des Landes, dazu Romano Prodi, den Präsidenten der Europäischen Kommission, in den Dom zu Speyer geladen — wo man, wie er zu sagen pflegte, „in besonderer Weise die Einheit von deutscher und europäischer Geschichte spürt“.

Massig und entrückt, das Gesicht von Tränen aufgeweicht und verdüstert in grimmem Leid, dominierte er mit seiner machtvollen Körperlichkeit das Requiem für die unglückliche Frau. Millionen Bundesbürger konnten am Fernseher miterleben, wie dieser Mann alles an sich raffte, als gehörte es ihm persönlich — das Leid der Familie und das Mitgefühl der Menschen, die Einheit Europas, die deutsche Geschichte und die „zerstörenden und auf Vernichtung zielenden Kräfte“ seiner politischen Feinde, die Massignore Erich Ramstetter, der alte Freund, in seiner Predigt nicht zu erwähnen vergaß.

16 Jahre lang hat dieser Kanzler, der systematisch Politik in symbolische Bilder verwandelte, sich selbst zum obersten Biedermann der Republik stilisiert. Während seiner Regierungszeit hatte Kohl in unzähligen pompösen Inszenierungen staatliche Sinnstiftungen via Fernsehen zelebriert, die alle — besonders das kitschige Händereichen über Kriegsgräber hinweg mit Francois Mitterrand in Verdun und mit Ronald Reagan in Bitburg — den überlebensgroßen Kanzler als historisches Symbol seiner selbst feierten.

VI. Die Fernseh-Generation: Inszeniertes Leben

Natürlich hat sich Gerhard Schröder gegen die Charakterisierung als Medienkanzler nie gewehrt. Haben seine Vorgänger vielleicht mit Ausnahme von Willy Brandt vor allem durch die Machtposition ihres Amtes die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen und zu nutzen gelernt, ist es bei Schröder umgekehrt. Seine Attraktivität für die Medien, besonders für die

elektronischen, machte ihn zum Kanzler. Bei der Ausschlichtung seiner Gaben legte er sich keine Zurückhaltung auf.

Der Leipziger Parteitag der SPD, auf dem 1998 der niedersächsische Ministerpräsident zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl und damit zum ultimativen Herausforderer nominiert wurde, gilt als Schlüsselereignis der „Mediokratie“. Es wurde in den Zeitungen als „Krönungsmesse“ gefeiert oder als „Polit-Show in Amerika“ geschmäht — ein Gesamtkunstwerk aus Licht, Musik, politischen Ritualen und inszeniertem Charisma. „Hollywood an der Pleisse“, stand im SPIEGEL.

Exakt um 10.15 Uhr verdunkelte sich der Saal, der in königlichem Blau und majestätischem Rot gehalten war. Leise Musik erklang, steigerte sich zum Crescendo. Ein gefühliges Video flimmerte über mehrere Großeinwände: satte Felder, Kinder, schnelle Züge, Handys. Dann erschien der Kandidat im Bild, maicig. Im richtigen Leben verhandelte er noch mit Oskar Lafontaine und seinem Sicherheitsgefolge am Eingang des Saales, während es überwiegend fernsehfeierlich wurde in der Messehalle 2 in Leipzig, wie Weihnachten. Die Heroen wirkten ein bisschen überfordert vom Sog dieses Events. Beide Männer schienen unsicher, wohin ein sie da geraten waren. Raumschiff Orion? Parteitag in Leipzig? Götterdämmerung in Bayreuth? Dröhnend setzte die Musik ein, aus Lautsprecher-Batterien schmetterte ein Triumphmarsch los: „Ready to go“ — was „Ich bin bereit“ bedeuten und den Siegeswillen des Kanzlerkandidaten der SPD untermalen sollte.

Die Genossen im Saal hatten sich von den Sitzen erhoben — stolz, ungläubig, belustigt, als sich langsam die kleine Prozession der Bühne entgegenschob. „Wir sind alle nur stolze Statisten“, spottete der SPD-Vize Wolfgang Thierse. Denn nicht auf die Reaktion der Vorständler Johannes Rau und Rudolf Scharping kam es an, die ein wenig fassungslos auf die herannahenden Händeschüttler blickten; nicht die 480 Delegierten der SPD, die vielen hundert Journalisten im Saal, nicht die Diplomaten und Ehrengäste auf den Tribünen waren entscheidend. Nein, es ging vor allem um die „15 Millionen Fernseher“, wie Parteisprecher Michael Donnermeyer bekundete — Wähler, Wähler, Wähler. Schröder nannte sie „die neue Mitte“.

Ich saß in der Halle und konnte nicht glauben, was ich sah. Gemischte Gefühle sind mir nicht unvertraut, doch so verquer wie damals in Leipzig habe ich selten empfunden. Da überschritten sich Eindrücke und Erinnerungen, die nicht zueinander passen wollten. Bilder vom Juso Schröder, lange Haare, Schlabbpullover, freche Schnauze. Kumpelhaft konnte der sein, wach, neugierig, spontan und entwaffnend ehrlich. Aber auch ruppig, berechnend und hart. Einer, der mit seiner Bullenbeißer-Härte kokettierte. Keine Werteskala, keine Prioritäten-Hierarchie, kein inneres Gelände und kein äußeres. Nur Ehrgeiz. Und Chuzpe.

Aber was der alles nicht konnte. Und wie viel der nicht wusste, immer noch. Obwohl ich keinen kannte, der so schnell begriff, so gut behielt und so gekonnt gerade Aufgeschnapptes als Eigenes verkaufte. Aber Kanzler? Nee, Schröder, das wird nichts. Das ist alles Kino hier. Doch in den folgenden Wochen und Monaten brach die Medien-Lichtgestalt Schröder keineswegs ein.

Wer ihn im Wahlkampf beobachtete, erlebte ein Model bei der Arbeit. Immer war er in Bewegung. Hinter dem Podium tänzelte er, wenn er zu den Wählern sprach, auf der Stelle, als böte er sich mit permanenten Körperdrehungen einem unbekanntem Gegner dar — den Kameras. Er hatte nur ein begrenztes Repertoire, einfache Gesten, simple Mimik. „Doch wenn er lacht“, staunte ein Fotograf, „dann strahlt er wirklich. Das springt über.“

In Ruhepausen konnte er grau und konturenlos zerfließen. Doch wenn die Kameras klickten, verwandelte sich sein Gesicht in eine blühende Landschaft. Als hätte in seinem Kopf jemand einen Schalter umgelegt, strafften sich seine markigen Züge. Die Stimme vibrierte, eisblau blitzten die Augen.

Politik sei Show-Geschäft? Als hätte irgendjemand daran Zweifel. Schröder ist ein Schauspieler? Gewiss doch. Nur wäre es schiere Einfalt zu glauben, seine Auftritte seien nur eine poppige Lüge, die das politische „Nichts“ verdecken müssten.

Unverkennbar war vielmehr, dass die emotionale Energie des Kandidaten, die er lieber Ausstrahlung nennen wollte als Charisma, nicht nur im Fernsehen, sondern auch im Alltag wirksam war. Wo immer er sich öffentlich zeigte, fassten Menschen ihn an, trugen ihm ihre ganz privaten Lebens- und Glückserwartungen VOL. Auch heute noch ist Schröder sicher, dass er bei ihnen durchfiele, wäre er nicht auch wirklich der Kumpel oder der Landes-vater, den er mimt, der nette Mann von nebenan oder der entschlossene Macher.

„Die Politik braucht Darstellung“, sagt er, „man kann Politik nicht nur begreifen als Durchsetzung von Inhalten. Man muss sie auch begreifen als Vermittlung dessen, was man meint“. Ob andere das Show nennen, ist Schröder egal, solange sein Handeln authentisch ist: „Die Darstellung muss was mit der Person zu tun haben, die das macht.“

VII. Politiker als Popstars

Als Joschka Fischer am 12. Dezember 1985 um 16.02 Uhr im hessischen Landtag die Hand hob, um als Minister der Grünen vereidigt zu werden, war er sich über die politische Signalwirkung dieser von allen Medien begierig weitertransportierten und vielfältig kommentierten Zeremonie keinen Augenblick im Unklaren. Er wusste, dass seine fundamentalistischen Parteifeinde, denen er als Opportunist und Verräter galt, mindestens so wütend aufjaulen würden wie Helmut Kohl und dessen Union.

„1968 sind wir zum langen Marsch durch die Institutionen angetreten“, sagte der grüne Vizepräsident des Wiesbadener Landtags, Bernd Messinger. „Der Erste ist durchgekommen, weitere werden folgen.“



FDP-Gespann Westerwelle, Möllemann (2002): Image aus Bildern

Dreißig Jahre danach gestaltete Joseph Fischer, genannt Joschka, den Wahlkampf 1998 — seine letzte Chance zum Griff nach der Macht in der Bundesrepublik — als persönliches Helden-epos. Er verkaufte ihn als einen „langen Lauf zu mir selbst“. Und zurück. Joschka rannte. Für Wählerstimmen. Zum Abspecken. Um Aufmerksamkeit. Im Rausch. Für Auflagenzahlen und Einschaltquoten. Aus Liebeskummer. Vor Verzweiflung. Als Symbol seiner Generation. Vor allem aber lief er für seine Karriere und um die Macht: „Fast meine ganze Energie konzentrierte ich auf den politischen Erfolg und ordnete dem Ziel alles andere unter, auch und gerade mich selbst.“

Das war das Motto seiner ehrgeizigen und vielschichtigen öffentlichen Selbstinszenierung, die ihn am Ende zum Außenminister und zum populärsten deutschen Politiker machte. Der brave Katholik Fischer nutzte das private Drama seiner gescheiterten dritten Ehe als Erweckungsgleichnis für ein neues Leben. Sie lief weg, er erkannte seinen Wanst als „Panzer“, den er sich ange-fressen hatte, und wusste: Du musst dein Leben ändern. So wandelte er sich vom „hedonistischen Mops“ — wie sein früherer

Frankfurter Kampfgefährte Thomas Schmid formulierte — zum dauerlaufenden asketischen Griesgram.

Kein Wunder, dass der Bildschirm-Auftritt die Politikdroge Nummer eins ist. Die mediale Präsenz verschafft den Akteuren eine eigene Wirklichkeit, die als Aura realer ist als ihr tatsächliches Handeln und ihre sozialen Verhaltensweisen.

Guido Westerwelle fiel mir ein, als der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter im Zusammenhang mit der grotesken RTL-Dschungel-Show von jenen „kuriösen Extremfällen“ erzählte, die sich nur noch präsent fühlten, wenn sie sichtbar sind: „In Abwandlung von Descartes: Man sieht mich im Fernsehen, also bin ich. Und wer erst einmal in eine Abhängigkeit vom Sichtbar-Machen gekommen ist, für den wird es dann suchtartig. Der opfert dann auch seine Integrität und Würde.“

So werden auch Politiker zu Popstars, nicht notwendig zum Idol, aber zum Vertrauten und Nachbarn, dem man ansieht, dass er zugenommen hat, und auch, wann er schwindelt. Die Wähler freuen sich mit ihm an, leiden mit, sobald er unter Druck ist, und freuen sich bei seinen Erfolgen. Die Erfolgskette ist simpel: Bilder fügen sich zum Image. Das Image bringt Stimmen. Die Stimmen öffnen die Türen zu Ämtern - fertig ist die Macht.

Es sind Bilder, die von solchen Politikern haften bleiben, nicht Inhalte. Guido im plüschigen Guido-Mobil, Guido mit der 18 auf den Schuhsohlen, Guido mit Spaßkumpel Jürgen Möllemann, später zerknautscht beim Nachruf, Guido mit Bierpulle im „Big Brother“-Container. Guido als alles und nichts. Wie ernst er guckt, wie neckisch er lacht; ob er stottert oder eine geblümete Krawatte trägt, das bleibt beim Publikum eher in Erinnerung als irgendeine kesse These zur Rentenpolitik. Was rüberkommt, sind nur in Ausnahmefällen Reste von Information, normalerweise bleibt nicht mehr als ein vager Stimmungsreiz.

VIII. Erfundene Wirklichkeiten?

„Journalisten sollen die Wirklichkeit abbilden“, hat Bundespräsident Johannes Rau in seiner letzten „Berliner Rede“ 2004 gefordert, und dagegen ist im Prinzip nichts zu sagen. Außer, dass Wirklichkeitsabbildungen oft sehr irreführend sein können, weil sich nicht immer ganz einfach herausfinden lässt, was eigentlich die Wirklichkeit ist.

Unvergesslich bleibt mir eine Szene aus dem Bundestagswahljahr 1994 mit Rudolf Scharping auf dem Bodensee-Linienschiff „Austria“. Lässig lehnte der SPD-Kanzlerkandidat da in Hemdsärmeln an der Reling.

Nein, sagte der Kandidat aufgeräumt ins Funktelefon, während er lächelnd Ruderern zuwinkte, Urlaub könne man das nicht nennen, was er hier betreibe. Gerade habe er mit dem Schweizer Bundespräsidenten und dem österreichischen Bundeskanzler in Bregenz konferiert. Gleich werde er die Dornier-Werke in Friedrichshafen besuchen.

Auch wenn es so aussehen mochte — Rudolf Scharping telefonierte keineswegs mit seiner Frau Jutta daheim, sondern er gab einem ihm unbekanntem Moderator eines Lokalsenders ein Interview. Dabei wurde er gefilmt von einem TV-Team, was wiederum Fotografen festhielten, worüber sich der mitreisende Wort-Reporter Notizen machte.

Was war nun wirklich an dieser Szene? Was gar „die“ Wirklichkeit? Nur daran, dass Scharping an jenem Sommertag auf der „Austria“ telefonierte, würde ich jeden Zweifel ausschließen, das hatte ich — wie andere auch — selbst gesehen. Dass dieses Telefonat ein Interview war, musste ich glauben, weil der Kandidat es mir erzählte. Ich habe jedoch nicht mitgehört. Aus der Ferne wirkte das Gespräch eher wie ein Telefonflirt.

Aber wäre mir Rudolf Scharping als Person anders erschienen, wenn ich gewusst hätte, dass er mit seiner Frau telefonierte? Oder mit dem amerikanischen Präsidenten? Und hätte er sich beim Telefonieren anders verhalten, wenn ihm entgangen wäre, dass das Fernsehen ihm filmte? Hätte er den Ruderern zugewinkt, wäre er nicht im Wahlkampf gewesen?

Ich wusste, als ich Rudolf Scharping an jenem Tag im Wahlkampf beobachtete, weit mehr, als ich sah — sah ich auch, was ich wusste? In den Umfragen war der Sozialdemokrat abgesackt, seine Parteifreunde machten sich über ihn lustig, meine Kollegen begannen ihn kritischer zu beurteilen. War das nicht wirklicher als



Schröder am Grab seines Vaters: Heimlicher Schnappschuss

der inszenierte Frohsinn auf dem Bodensee? Gab es Gesten, Zitate, Tonfärbungen, bewusste oder unbewusste Gefühlsäußerungen, mit denen er auf diese Situation reagierte?

Das Fernsehen hat dafür gesorgt, dass solche ohnehin schon vielschichtigen Grundmuster noch viel komplexer geworden sind. Auf den ersten Blick scheinen wir besser Bescheid zu wissen als

früher. Denn mit Hilfe einer klischeehaften Bilderzeichensprache haben die elektronischen Medien der Welt einen Augenschein von Verlässlichkeit verpasst.

Der Kamera-Schwenk über den Kabinettstisch bedeutet Regieren, die anrollenden Staatskarossen mit Polizeieskorte signalisieren Staatsbesuch, der Händedruck des Bundespräsidenten mit einer exotischen Dame heißt Neujahrsempfang. Diese Szenen kennt jeder aus der „Tagesschau“. Nur dass die Bilder eben in Wahrheit nicht zeigen, was sie behaupten. Regiert wird im Kabinett erst, wenn die Kameraleute und Fotografen den Raum verlassen haben; der Staatsbesuch besteht aus vielerlei Ritualen und Gesprächen hinter verschlossenen Türen, der diplomatische Austausch beim Neujahrsempfang meidet die Mikrofone.

Umgekehrt kommen die klassischen Abläufe des politischen Geschäfts, die bis zu 16-stündigen Arbeitstage mit unzähligen Sitzungen, Telefonaten, Gremienberatungen und Aktenlektüre im Fernsehen so gut wie nicht vor. Selbst die prominentesten Politiker verbringen nur den allergeringsten Teil ihrer Zeit vor Mikrofonen und Kameras, in Pressekonferenzen oder Talkshows.

Mit anderen Worten — der Blick der Öffentlichkeit auf die Lebenswelt der Politiker ist genauso eingeschränkt wie die Realitätswahrnehmung der Polit-Profis. Die gegenseitige „Sehstörung“ wird von den Medien, vor allem von den elektronischen, eher bewirkt als beseitigt. Es gehöft zu den Eigentümlichkeiten der Telekratie, dass die visuellen Eindrücke — Bilder, Ereignisse, Bewegungen — wie Spiegelungen der unmittelbaren Realität wirken. Fernsehbilder, ganz gleich ob sie inszeniert sind oder Realität dokumentieren, wirken wie wirklichsste Wirklichkeit. Politische Ereignisse und ihre Akteure dringen über den Bildschirm in unsere Wohnzimmer ein und lassen uns das Geschehen miterleben.

„Guten Tag, Herr Schröder“, sagte vor Jahren ein junger Mann, der sich zu dem damaligen niedersächsischen Oppositionsführer in einem Gartenlokal an den Tisch setzte, "wir kennen uns ja vom Fernsehen.“ Er meinte das, wie Schröder merkte, nicht als Witz: „Viele glauben ja immer, weil ich so oft in ihren Wohnzimmern bin, müsste ich sie auch kennen.“

8.2. Keine Macht für Niemand

Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter
- das neue Buch von Ulrich Beck.

Von Peter Felixberger

Undurchsichtige Gesellen allerorten, die Ökonomie auf dem globalen Beutezug. Dazu ein soziales und wirtschaftliches Problemkorsett, das nach herkömmlichem Muster nicht mehr zu lösen ist. Für Nationalisten und Neoliberale ein unzumutbarer Zustand. Für Kosmopoliten eine Spielwiese mit unendlich vielen Möglichkeitsräumen. Denn der neue Weltbürger begreift: Die Welt ist eine GmbH ohne Mehrheitseigner und schmiedet eifrig Allianzen. Ulrich Beck - ein hoffnungsloser Idealist, ein Nebelbombenwerfer? Nein. Sein neues Buch weist Brüche auf. Doch geschrieben ist es mit hohem Anspruch und großem Engagement.



Ulrich Beck ist ein erfolgreicher Soziologe. Er lehrt in München wie in London, debattiert mit den großen Gelehrten dieser Welt, schreibt schwergewichtige Artikel und Bücher und will sogar eine neue Kritische Theorie in diesem Land begründen. Hohe Ansprüche, großes Engagement. Was in seiner Zunft mancherorts auch anders ausgelegt wird: Ein Rastelli unter den Soziologen soll er angeblich sein, jemand, der begriffliche Nebelbomben werfe, um von seiner eigentlichen Sprachlosigkeit abzulenken. Keiner mehr von uns, so zürnt mancher seiner Kollegen hinter vorgehaltener Hand, ein Abtrünniger, der den publizistischen Boulevard dem der alten Begriffsbaukasten der Soziologie radikal auseinander nimmt.

Vielfältig und brüchig, verwirrend und klar.

Dieses kleine Gezänk um den bekanntesten Soziologen hierzulande muss man im Auge behalten, wenn man sich an das neue Buch heranwagt. Welches in der Tat so vielfältig und brüchig, so verwirrend und klar ist wie das Sujet, über das Beck im Rahmen seiner Zweiten Moderne nachdenkt und doziert: der radikale Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Annahmen und Befunde, empirische und theoretische Deutungen hierzu wechseln ziemlich schnell ab. So atemberaubend schnell eben, wie die Globalisierung die Welt aus den Angeln hebt. Vieles bleibt noch auf der Ebene von Vermutung und Vor-Urteil, vieles aber inspiriert und ist brillant auf einen theoretischen Fixpunkt gebracht. Eines wird dabei deutlich: Beck hat versucht, die aktuellen Verstrickungen der weltpolitischen Ökonomie begrifflich zu entwirren und sie in einer altbekannten Denkfigur neu aufzurollen: der Idee des Kosmopolitismus.

Es geht ihm um die intellektuelle Substanz, die Emphase, unsere Gegenwart auf den Punkt zu bringen. "Wir brauchen, um politisch angemessen handeln zu können, neue Begriffe, um die Welt zu verstehen", so Beck. Die etablierte Politik habe keine Antworten mehr auf die Fragen einer radikal veränderten Welt. Überdies seien die bisherigen Ideologiegebäude verbraucht. Der Nationalismus als Antwort auf vergangene Kriege ebenso wie der Neoliberalismus, der immer mehr Arbeitslose produziere und die Allmachtsfantasien der Wirtschaft nicht zu zügeln verstehe. Früher war eben alles anders. Zumindest agierten Ökonomie, Politik und Gesellschaft innerhalb bestimmter Grenzziehungen, die jedoch momentan im Verschwinden begriffen sind. Durch diese Entgrenzung beginne ein neuer Kampf um Macht und Gegen-

macht. "Mehr noch: Die Regeln legitimer Herrschaft werden neu ausgehandelt."

In diesem neuen Metaspiel gibt es alte Bekannte, vertrauenswürdig und berechenbar, aber auch neue Wilde, die durch die Weltgefilde toben. Amerikanische Präsidenten und islamische Terroristen. Viele von ihnen stellen andere Regeln auf, nehmen andere Rollen ein und greifen auf andere Ressourcen zurück, viele von ihnen lösen aber auch neue Konflikte und Widersprüche aus. So sind etwa nach dem 11. September bestimmte Regeln von Krieg und Frieden sowie Demokratie ganz gezielt außer Kraft gesetzt worden. International herrsche nun eine Verfolgungsrhetorik im Namen einer gedemütigten Supermacht, national wird die Exekutive mit Sonderrechten ausgestattet, als ob der Feind schon vor jeder Haustüre stünde. Alles im Namen der Sicherheit.

Bedrohliche Verwerfung und vieldimensionaler Möglichkeitsraum.

Alte Ideologien über Bord, neue undurchsichtige Gesellen überall in der Weltpolitik, die Ökonomie auf dem globalen Beutezug. Dazu ein soziales und wirtschaftliches Problemkorsett, das nationalstaatlich sowieso nicht mehr lösbar ist. Eine grenzenlose Unübersichtlichkeit ohne jede Kontrolle? Für Nationalismus und Neoliberalismus ein unzumutbarer Zustand. Für den Kosmopoliten ist dies indes eine Spielwiese, die alle überleben lässt. Der kosmopolitische Common Sense à la Beck geht von einer Welt aus, in der an allen Orten zwar die Widersprüche der Vielfalt herrschen, die man ernst nehmen muss. Gleichzeitig aber werden die positiven Möglichkeiten zu mehr Kreativität, zur Entfaltung von politischen Formen oder zur höheren Produktivität von Arbeit sichtbar. Das Sowohl-als-auch von bedrohlicher Verwerfung und vieldimensionalem Möglichkeitsraum ist der Ausgangspunkt für jene kosmopolitische Ökonomie und Politik, die das globale Zeitalter als historische Transformation versteht. Und eben nicht mehr stecken bleiben will. Beispielsweise im Nationalismus, "der ein politischer Raum ist, in dem eine Gleichheit der Identität herrscht, die dann zwangsläufig mit der Exklusion derjenigen verbunden ist, die nicht dazugehören". Eine Konzeption übrigens, mit der in Europa im 20. Jahrhundert Demokratie, Staatlichkeit und politische Parteien entwickelt wurden. Und die immer noch als staatstragend gilt. Dies aber sei Schnee von gestern. Deutschland ist längst viel stärker kosmopolitisiert und globalisiert als angenommen, sagt Beck, "sogar große Teile unserer alltäglichen Lebensräume sind nicht mehr identisch mit dem nationalen Erfahrungsraum, sondern überlappen und vernetzen sich via Internet und Fernsehen, Reisen, Liebe, Ehe, Elternschaft". Deutschland habe überdies keine Grenzen mehr, welche längst durch Europa definiert würden.

Deswegen ist der Bürger des 21. Jahrhunderts ein Kosmopolit im Sowohl-als-auch, ist gleichzeitig Weltbürger über alle Grenzen hinweg und Bürger der Polis, also Staatsbürger. "Im Ort verwurzelt sein und Flügel haben", so lautet Becks Konstruktion einer doppelten Heimat für alle. Alte, nationale Heimat verliert ihre Exklusivität und ermöglicht die Beteiligung des Fremden. Verlangt ihn geradezu. Während aber im Nationalismus Heimat nur als Anerkennung der Eigenheit des Eigenen verstanden wird, ist der Kerngedanke im Kosmopolitismus "die Anerkennung der Andersheit des Anderen".

Den nationalen Blick überwinden.

Ein Ideal also, das die alten Griechen schon besungen haben. Man versöhnt sich mit der Geschichte des Anderen durch die gegenseitige Anerkennung. Oder andersherum: Man fühlt sich für das Unrecht der eigenen Nation schuldig und anerkennt die Geschichte des Anderen. "Es ist dieser Akt der Versöhnung, der zum zentralen Erinnerungserlebnis wird." Man ist folglich Teil eines globalen Ganzen und differenziert sich über verschiedene Identitäten.

titäten. Eine Drinnen-Draußen-Logik gibt es demnach nicht mehr. Kurzum: Jeder ist ein Ausländer und genau dort zu Hause. Grenzen lösen sich auf. "Der kosmopolitische Blick verbindet folglich den Respekt vor der Würde der kulturell Anderen mit dem Interesse am Überleben jedes Individuums."

Becks Globalisierungsthese anerkennt die Rechte der Anderen und überwindet den nationalen Blick. Sie ist demzufolge eine Befreiungstheorie, will die Fesseln des Einzelnen von den übermächtigen alten Kräften in Politik und Wirtschaft lösen. Das Ziel ist klar: Weder die Konzerne mit ihren neoliberalen Einmarschbemühungen in den politischen Raum noch die Selbstherrlichkeit amerikanischer Präsidenten dürfen das globale Machtspiel gewinnen. "**Globalisierung ist eine Niemandsherrschaft.**" Es setzt eine Beteiligung von vielen voraus. Eine wunderbare Utopie, die im Spiegel der Tagesaktualität wie ein Feuerball zu verglühen scheint. Der IWF stürzt beispielsweise mit seiner Kreditpolitik Länder in die Pleite, US-Präsident Bush droht fremden Ländern mit Kriegen aller Art. Allesamt Herrscher mit Namen und Titel. Hat Beck deshalb mit seiner Gedankenfigur des Kosmopoliten Unrecht? Oder handelt es sich gar nur um ein aufgeplustertes Wolkenkuckucksheim aus der Denkerwerkstatt mit Seeblick?

Globale Balance der Mächte.

Ein entschiedenes Nein. Beck denkt die Welt letztlich als GmbH ohne Mehrheitseigner. Keiner bestimmt, wo es langgeht. Weder die Wirtschaft, die vielerorts glaubt, den Staat minimieren zu müssen, um die eigenen Interessen zu maximieren. Noch die Politik, die im nationalstaatlichen Korsett eingezwängt immer unfähiger wird, die drängenden Probleme zu lösen. Noch die zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich ebenso wie die Wirtschaft eine Rolle anmaßt, die demokratisch genauso wenig legitimiert ist. Die Bändigung dieser einzelnen Kraftströme passiere, und das ist Becks entscheidender Gedanke, mit der

Vernetzung und Kooperation der unterschiedlichen Akteure. Eben durch die Anerkennung der Andersheit des Anderen als Voraussetzung. Allianzen und Bündnisse sind die politischen Werkzeuge des Kosmopoliten. Zum Beispiel könnten sich Staaten zivilgesellschaftlichen Gruppen nähern, die davon lernen können, oder die Wirtschaft akzeptiert endlich die positive Zügelung durch die Politik.

Becks Kosmopolitismus endet letztlich in einer globalen Balance der Mächte, in einer Balance of Powers. Die Akteure sind hier wie dort. In politischen Parteien ebenso wie in transnationalen Bündnissen zivilgesellschaftlicher Gruppen. Steckt darin eine neue Perspektive für eine kosmopolitische Linke? Beck bleibt in dieser Frage merklich diffus. Erkennt in der kosmopolitisierten Linken aber den Wegbereiter und gleichzeitig Krisenmanager der Globalisierung. Im Gegensatz zur protektionistischen Linken, welche die Fahne der Ersten Moderne mit parlamentarischer Demokratie und Wohlfahrtsstaat hochhält, oder die neoliberale Linke, die Nationalstaat und Weltmarkt in Einklang bringen will. Die beiden letzten Optionen sind zwar noch Common Sense, aber schlecht gerüstet für die Beck'sche Zweite Moderne. Der Kosmopolitismus ist mit diesem Buch wieder mit auf dem Spielfeld einer pluralisierten Linken. Das Spiel ist eröffnet.

Peter Felixberger ist Publizist und Lektor sowie Geschäftsführer der changeX GmbH.

Ulrich Beck:

Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter.

Neue weltpolitische Ökonomie,

Edition Zweite Moderne,

Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2002,

478 Seiten, 15 Euro,

ISBN 3-518-41362-7

8.3. ARMUT MACHT REICHTUM

Harald Werner

Neidkomplex?

Reichtum in einem reichen Land

Zahlen deutsche Unternehmen zu hohe Steuern

Moderne Wirtschaftspolitik - Ausbeutung wie gehabt

Warum müssen wir eigentlich sparen

Neidkomplex?

Wer in der Bundesrepublik den zunehmenden privaten Reichtum kritisiert, setzt sich leicht dem Vorwurf eines Neidkomplexes aus. Um es vorweg zu sagen: Wir halten Reichtum für eine durchaus angenehme Erscheinung – vorausgesetzt es handelt sich dabei nicht nur um Geld und der Reichtum hat nicht zur Voraussetzung, dass ihn andere mit Armut bezahlen. Schon Hannah Arendt hat darauf hingewiesen, dass es den aggressiven Verteidigern der Freiheit des Eigentums gar nicht um das Recht auf Besitz geht, auch nicht um privaten Wohlstand, sondern um das ungehinderte und durch nichts beschränkte Recht der Bereicherung.

Genau darum soll es im Folgenden gehen, denn schlimmer als der soziale Skandal einer zunehmenden Schieflage von Einkommen und Vermögen ist die Rolle des privaten Reichtums, der beschleunigten Umstellung der Ökonomie auf eine bloße Vermögenswirtschaft und die anhaltende staatliche Reichtumspflege.

Der Anlaß für dieses nun dritte Dossier der PDS-Bundestagsfraktion zum Thema Reichtum ist einerseits das Sparpaket der Bundesregierung und andererseits der auch unter der rot-grünen Bundesregierung anhaltende Aberglaube, dass die Bevorzugung der Gewinn- und Vermögenseinkommen durch Steuersenkungen Arbeitsplätze schafft. Es gilt nicht nur nachzuweisen, dass dieses Rezept der Angebotspolitik das Gegenteil bewirkt, sondern, dass diese Politik letztlich verfassungswidrig ist.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schützt zwar das Eigentum, macht aber gleichzeitig in Artikel 14 zur Voraussetzung, dass seine Verwendung dem "Wohle der Allgemeinheit" dient. Davon kann keine Rede mehr sein, seit sich die großen Gewinn und Vermögenseinkommen immer mehr aus der Finanzierung des Gemeinwesens zurückziehen und das private Geldvermögen mit den Aufwendungen für die Sozialhilfe um die Wette wächst.

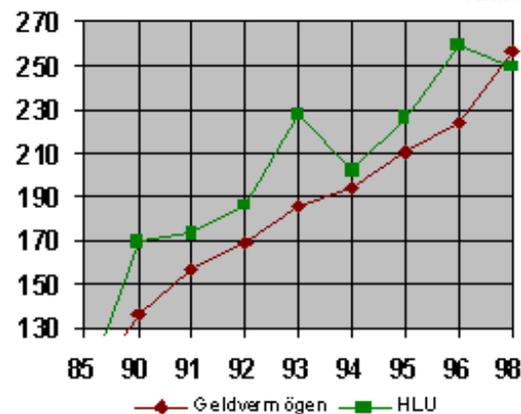
Wie das Diagramm 1 zeigt, steigen die Ausgaben für Sozialhilfe zum laufenden

Lebensunterhalt (HLU) im gleichen Maße wie die Geldvermögen. Auch der leichte Rückgang im vergangenen Jahr und der Knick zwischen 1993 und 1994 signalisieren keine Entspannung der Lage, weil sie nur einen Wechsel in der Gesetzgebung widerspiegeln. Nach 1993 kam es zu einem plötzlichen Absinken durch die Einführung der Pflegeversicherung und die leichte Abnahme im vergangenen Jahr ist eine Folge des Asylbewerberleistungsgesetzes, das die Leistungen für AsylbewerberInnen senkte und gleichzeitig in andere Etats verlagerte.

Ausgehend von der Idee des Sozialstaates, müßte der Verlauf der beiden Kurven genau entgegengesetzt sein: Wachsender gesellschaftlicher Reichtum müßte ein Absinken der Armut zur Folge haben, wenn der Staat seiner durch die Verfassung gesetzten Aufgabe gerecht wird.

Diagramm 1
Prozentuale Steigerung von Sozialhilfeausgaben (HLU) und privaten Geldvermögen 1985 – 1995

Dass zunehmende soziale Ungerechtigkeit und Spaltung der Gesellschaft gegen



die Verfassung verstoßen, ist aber nur eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass die soziale Unausgewogenheit ökonomische Gleichgewichtsstörungen verursacht.

Überschüssiger Reichtum - eine neue Krisenursache

Kapitalistische Krisen sind immer Folgen von Gleichgewichtsstörungen. Die verschiedenen Proportionen der Volkswirtschaft, also etwa das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage oder was nur eine andere Seite davon ist, das Verhältnis zwischen Produktion und Kaufkraft, entwickeln sich nicht störungsfrei, sondern mit großen Schwankungen. In der Regel so, dass sich über einen bestimmten Zeitraum mehr Produktionskapazitäten entwickeln als Kaufkraft vorhanden ist. Phasen des schnellen Aufschwungs, in denen mehr Produktionskapazitäten geschaffen werden, als Nachfrage vorhanden ist, werden von Phasen des Niedergangs gefolgt, in denen es zu Stilllegungen, Konkursen und Arbeitslosigkeit kommt.

Nach dieser bereinigenden Wirkung der Krise stellt sich ein neuer Aufschwung ein – und so fort.

Inzwischen hat sich in den reichen Industrieländern allerdings ein neuer Krisenverlauf herausgebildet, bei dem die reinigende Wirkung der Krise ausbleibt, das überschüssige Kapital nicht mehr vernichtet wird und die Arbeitslosigkeit trotz Aufschwung fortbesteht. Das Ungleichgewicht bleibt, weil zwar Arbeitsplätze aber kaum Kapital vernichtet wird. Einerseits weil es sich dabei überwiegend um Geldkapital handelt, das ein Krisenland sehr schnell verlassen kann und andererseits, weil es eine gewisse Sättigung der Nachfrage gibt.

Der Reichtum entwickelter Volkswirtschaften legt sich nicht mehr in neuen Arbeitsplätzen an, sondern weicht in die Finanzsphäre aus. Eine Möglichkeit, die erst durch die Deregulierung der internationalen Finanzbeziehungen praktikabel wurde. Dieser überschüssige Reichtum bringt einen völlig neuen Krisentyp hervor, nämlich eine Wohlstandskrise, die aber ihr Gegenteil zur Folge hat, nämlich Armut und Elend.

Die Tabelle 1 macht diesen theoretischen Zusammenhang praktisch sichtbar. Sie zeigt, dass Reichtum und Steuererleichterung von abnehmender Beschäftigung, sinkenden Masseneinkommen und wachsender Staatsverschuldung begleitet werden. Die Anhäufung großer privater Vermögen, die sich nicht mehr produktiv anlegen und steuerlich auch nicht abgeschöpft werden sowie Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Betrachtet man die Entwicklung der Wirtschaft zwischen 1992 und 1998, dann hat die Wirtschaftsleistung, gemessen als Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 22,1 zugenommen. Die Ausgaben des Bundes steigen dagegen nur um 6,5 Prozent, also um fast drei Viertel weniger als die ganze Volkswirtschaft. Dass aber in diesem Zeitraum die Schulden um 46,2 Prozent zulegen, also mehr als doppelt so stark wie die Wirtschaftsleistung, hat einen einfachen Grund: Normalerweise hätten die Steuern aus Gewinn und Vermögen im gleichen Maße zunehmen müssen wie die Leistung der Volkswirtschaft, aber statt dessen nahmen sie um fast den gleichen Prozentsatz ab. Das gleiche gilt für die Arbeitseinkommen. Ihr Zurückbleiben hinter den Profiten führt zwangsläufig, zu stagnierender Nachfrage und Arbeitsplatzabbau.

Es gibt also mindestens zwei Gründe, sich mit der ungleichen Verteilung des Reichtums zu befassen, ohne von Neidgefühl beherrscht zu sein. Das eine ist das Gebot der Verfassung und das andere ein Gebot ökonomischer Vernunft.

Reichtum in einem reichen Land

Die Bundesrepublik ist eines der reichsten Länder der Welt. Ihre Beschäftigten produzieren pro Arbeitsstunde mehr Werte als alle wichtigen Mitbewerber, die Wirtschaft exportiert mehr als je zuvor und der Außenhandelsüberschuß steigt weiter an. Deutsche Unternehmen fusionieren weltweit, weil ihre Überschüsse im eigenen Land wenig rentable Anlagemöglichkeiten finden. Daneben verarmt der Staat, weil ihm vor lauter Zinsleistungen das Geld für Investitionen ausgeht. Die Geldvermögen in den Privathaushalten haben in den vergangenen sechs Jahren um mehr als die Hälfte zugenommen, aber gleichzeitig sind die realen Umsätze des Einzelhandels seit 1994 um 1,7 Prozent gesunken.

Diskrete Zurückhaltung beim Zählen der Millionäre

In diesem Lande werden von den Statistikämtern Bienenvölker, der Verkauf von Dosenmilch und manch anderes mehr mit einem beachtlichen Aufwand gezählt. Nur mit den Millionären hält sich die Statistik vornehm zurück, ihre wahre Zahl ist ein unerforschtes Geheimnis. Man darf vermuten, daß dies nicht ohne Absicht geschieht. Während die Einkommen der abhängig Beschäftigten bis hin zum durchschnittlichen Stundenlohn der oberfränkischen Putzmacherinnen bis auf den letzten Pfennig statistisch erfaßt sind, fehlt im über 750 Seiten starken Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland sogar das Stichwort Millionäre.

Für die diskrete Zurückhaltung gibt es verschiedene Gründe und der entscheidende liegt in der schlichten Tatsache, daß Millionäre in der Regel keine Steuern als Millionäre zahlen. Die Finanzämter erfassen nämlich nicht das vollständige, sondern das der Steuererklärung zugrundeliegende Einkommen und weil es den Millionären versagt ist, sich mit Pflichtbeiträgen an der Sozialversicherung zu beteiligen, mangelt es auch an dieser, für die Einkommen der abhängig Beschäftigten so überaus präzisen Datenbasis. Daß es in der Einkommensstatistik nicht mit rechten Dingen zugeht, verrät auch der Vergleich zwischen den Zahlen der Finanzämter und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Bei den Finanzämtern werden Jahr für Jahr einige Hundert Milliarden Einkommen weniger angemeldet, als in der Gesamtbilanz der Bundesbank an ausgezahlten Leistungen auftauchen. Schon 1989 brachte eine entsprechende Untersuchung einen Fehlbetrag von 365 Milliarden zu Tage. Was bedeutet, dass jeden Tag eine Milliarde DM an den Finanzämtern vorbeimogelt wird.

Was der Forschung bleibt sind Umfrageergebnisse, wie die alle drei Jahre stattfindende Erhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstatistik (EVS), bei der 45.000 deutsche Haushalte nach Einnahmen und Ausgaben befragt werden. Abgesehen davon, daß die Angaben freiwillig und nach Belieben erfolgen, werden die Bezieher von monatlichen Einnahmen von mehr als 25.000 DM netto erst gar nicht in die Endrechnung einbezogen - aus methodischen Gründen. Diesen Umfragen entziehen sich natürlich die am Fiskus vorbeigeschleusten Vermögen und Vermögenseinkommen in anderen Ländern, so dass die Zahlen über Einkommen und Vermögen der Superreichen in der Statistik stets zu niedrig angesetzt sind. Die Deutsche Steuergewerkschaft DST schätzt die **im Ausland geparkten Geldvermögen auf 600 Milliarden Mark.**

Da inzwischen auch die Vermögenssteuer abgeschafft ist, fehlt für die Zukunft selbst diese magere Datenbasis. Was bleibt ist also die Einkommensstatistik der Finanzämter. Aber selbst dieser durch die Steuermoral getrübe Blick fällt auf überraschende Zahlen. Nach Informationen der Landesstatistikämter vom September '96 soll die Zahl der Millionäre in den alten Bundesländern **von 1989 bis 1992 um 40 Prozent** gestiegen sein und 23.683 betragen haben. Die mindestens 1.000 Millionäre Hamburgs sollen darin noch nicht enthalten sein. Aus der Tabelle 2 ergibt sich dementsprechend auch eine Zahl von **mindestens 24.995 Millionären**. In den neuen Ländern sollen davon allerdings nur 207 leben. Nach Angaben des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Voscherau sind in der Hansestadt 4.500 Einkommensmillionäre ansässig, von denen die Hälfte überhaupt keine Einkommenssteuer zahlt und dementsprechend in der Statistik fehlt.

Warum deutsche Milliardäre die Schweiz lieben

Überhaupt muß eine Zahl von rund 25.000 Millionären immer als die unterste Grenze angesehen werden, weil immer mehr Einkommen ins Ausland verlagert werden, obwohl sie in Deutschland entstanden sind. So macht stutzig, daß sich die Zahl der Superreichen, die den Finanzämtern ein jährliches Einkommen von zehn und mehr Millionen im Jahr angaben von 1982 bis 1992 um 144 vermindert hat und deren Gesamteinkünfte um fast die Hälfte niedriger als 1989 ausgefallen sein sollen, obwohl die Zahl der Millionäre insgesamt um 40 Prozent gestiegen ist. Aufschluß über den angeblichen Schwund unter den Superreichen gibt allerdings eine Aufstellung der "Wirtschaftswoche", aus der man erfahren konnte, welche deutschen Milliardäre es inzwischen vorziehen, ihre Einkommen in der Schweiz zu ver-

steuern. "Am Genfer See beispielsweise, im Kanton Waadt", so die Wirtschaftswoche, "leben deutsche Multimillionäre im Dutzend, deren Jahressteuerzahlung in der Größenordnung eines deutschen Facharbeiters liegt. Einzige Einschränkung für solch soziale Steuertarife: Die Steuerpauschalisten dürfen in der Wahlheimat nicht arbeiten." Was sie, wie man weiß, ohnehin anderen überlassen.

Alljährlich listet das Schweizer Wirtschaftsmagazin "Bilanz" rund 50 deutsche Millionäre und Milliardäre auf, die ein Vermögen von mehr als 100 Millionen Franken besitzen. Was nicht aufgelistet wird, sind die Milliarden, die diese Elite des deutschen Unternehmertums alljährlich an Waigels Finanztopf vorbeimogelt. Mangelnden Patriotismus kann man ihnen dennoch nicht vorwerfen, denn die Steuerflüchtlinge lassen nicht nur weiterhin in Deutschland arbeiten, sie behalten auch die Deutsche Staatsbürgerschaft, und das aus gutem Grund.

Schweizer zahlen zwar für Kapitalerträge nur eine Einkommensteuer zwischen 18 und 33 Prozent aber Ausländer kommen mit einer Pauschalsteuer davon, die von ihrer Selbsteinstufung abhängt. Daß die Selbsteinstufung weit unter den tatsächlichen Erträgen liegt, ist leicht nachweisbar. So gab der Bremer Kaffeeröster Jacobs der Züricher Finanzverwaltung ein Vermögen von Null an. Was sich jedoch nicht mehr aufrechterhalten ließ, als der Mittellose seine Bremer Rösttrommeln für über drei Milliarden DM an den US Konzern Philip Morris verkaufte.

Eine andere, nicht minder lukrative Fluchtburg ist nach wie vor Liechtenstein, wo es mehr Briefkästenfirmen geben soll, als das kleine Fürstentum Briefkästen aufstellen könnte. Die beliebteste Steuerhinterziehung in Liechtenstein ist die Gründung von Stiftungen, deren Inhaber erstens völlig anonym bleiben, zweitens die geringsten Steuern in Europa zahlen. Und die Liechtensteiner Treuhänder, wie auch das dortige Bankgeheimnis gelten sogar als noch sicherer, wie Schweizer Nummer-Konten.

155.179 Vermögensmillionäre - aber keine Vermögenssteuer

Es ist allerdings fraglich, ob der Millionär erst bei einem versteuerten Jahreseinkommen von einer Million beginnt oder ob es nicht darum geht, dass jemand real eine Million DM besitzt. Auf diese Weise kommt man nämlich zu gänzlich anderen Zahlen. Nach den Ergebnissen der 1995 zum letzten Mal erhobenen Vermögenssteuerstatistik gab es im früheren Bundesgebiet 155.179 Personen oder Haushalte die zur Vermögenssteuer mit mindestens einer Million DM Gesamtvermögen herangezogen wurden. Innerhalb von nur zehn Jahren hat sich die Zahl der deutschen Vermögensmillionäre um drei Viertel er-

höht. Ihr Gesamtvermögen beziffert die Steuerstatistik auf 563 Milliarden Mark, worauf sie 3,6 Milliarden DM Vermögensteuer bezahlen mußten - das sind bescheidende 0,63 Prozent. Dabei muß man berücksichtigen, daß sich das Vermögen durch diesen Steuersatz keineswegs vermindert, weil sowohl Immobilien, als auch Geld- und Betriebsvermögen jährlich einen im Schnitt mehr als zehnfach so hohen Wertzuwachs erfahren.

Die Vermögensteuer wurde inzwischen nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausgesetzt, was den öffentlichen Haushalten einen Verlust von jährlich mehr als neun Milliarden DM einbringt. Ein großer Teil des sogenannten Sparpakets wäre völlig überflüssig, wenn der Fiskus nach wie vor in den Genuß dieser Steuer käme. Dabei wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als hätten die Karlsruher Richter die Vermögensteuer insgesamt für verfassungswidrig erklärt. Was das Bundesverfassungsgericht jedoch zu seinem Spruch bewog, war nicht die Erhebung einer Steuer auf die großen Vermögen, sondern die ungerechte Bevorzugung der Immobilienvermögen. Denn während Geld- und Betriebsvermögen zu ihrem realen Wert besteuert wurden, gelten für Haus- und Grundbesitzer jahrzehntealte Einheitswerte, die um ein Vielfaches unter dem wahren Wert liegen. Dem könnte leicht abgeholfen werden, wenn Grund und Boden nach ihren tatsächlichen Verkehrswerten besteuert würden.

"Eine Modellrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, dass bei einem Freibetrag für Vermögen von 500.000 DM mit einem Vermögensteuersatz von 1 vH der Staat insgesamt 30 Mrd. DM könnte. Um den über viele Jahre eingetretenen massiven Wertzuwachsen beim Hausbesitz durch ArbeitnehmerInnen bzw. SozialeinkommensbezieherInnen Rechnung zu tragen, wird vorgeschlagen, selbstgenutztes Wohneigentum von der Vermögensbesteuerung freizustellen."

...im Schlaf reich werden

Die älteste und ökonomisch unsinnigste Bereicherungsform ist der Gewinn aus sich vertuerndem Boden. Schon der englische Ökonom Stuart Mills stellte zynisch fest: "Die Grundbesitzer haben das Recht, im Schlaf reich zu werden.". Seit Generationen entstehen aus Bodenbesitzern Millionäre, weil aus einem mageren Acker plötzlich Bauland wird. Seit mindestens 100 Jahren steht deshalb eine Reform der Bodenbesteuerung auf der Tagesordnung. Immer wieder gab es in politischen Umbruchperioden Ansätze, dieses Problem zu lösen, doch bislang ohne dauerhafte Konsequenz.

Das düsterste Kapitel der gescheiterten Anstrengungen dürfte allerdings der deutsche Einigungsprozeß sein, der einen ge-

waltigen Eigentumstransfer von Ost nach West bewerkstelligte und ungezählte neue Großvermögen schuf. Im Rahmen der Reprivatisierung wurden von 1990 bis 1998 in 30.910 Fällen 427.525 Hektar Boden an Altbesitzer beziehungsweise ihre Erben zurückgegeben.

Aber auch der Freistaat Bayern schrieb noch 1946 in seine Verfassung: "Steigerungen des Bodenwerts, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen." Eine seit langem diskutierte Möglichkeit wäre die sogenannte Bodenwertsteuer: "Die gesamte Grundsteuer wird auf den Boden verlagert, die durch eigene Leistung errichteten Gebäude bleiben steuerfrei...Das Horten von Grundstücken wäre nicht mehr profitabel, die Eigentümer wären zur maximalen baurechtlich zulässigen Nutzung gezwungen."

Keine Klassengesellschaft?

Die Verteilung der Vermögen ist statistisch außerordentlich schlecht erfaßt, so daß sich in den verschiedenen Untersuchungen recht unterschiedliche Zahlenangaben finden. Hinzu kommt eine mehrfache Veränderung der Erhebungsmethoden, so daß Zahlen aus verschiedenen Erhebungsjahren nur schlecht miteinander verglichen werden können. So wird für 1983 angegeben, dass das obere Zehntel der Haushalte 48,8 Prozent aller Vermögen besaßen, während sie 1988 "nur" noch 44,6 Prozent besessen haben sollen. Der Unterschied ist einfach dadurch bedingt, dass im zweiten Erhebungsjahr das Betriebsvermögen nicht mehr mitgerechnet wurde. Gerade beim Betriebsvermögen ist die Konzentration jedoch besonders hoch. **So besaßen bereits 1983 nur 1,8 Prozent aller Haushalte 67,4 Prozent des gesamten Betriebsvermögens.** Es bleibt ein Geheimnis politischer Interpretationskunst, warum die linken Modernisierer angesichts einer solchen Machtkonzentration nicht mehr von einer Klassengesellschaft sprechen möchten.

Unabhängig von der mageren Statistik und der Unsicherheit beim Vergleich verschiedener Untersuchungen, stimmen alle Ergebnisse in einer Hinsicht überein. Einkommen und Vermögen sind nicht nur ungleich verteilt, die Ungleichheit nimmt auch ständig zu. Grund ist die explosive Entwicklung der privaten Vermögen im oberen Drittel der Gesellschaft, die von stagnierenden und relativ sogar sinkenden Masseneinkommen begleitet wird. Die Entwicklung der Geldvermögen in den privaten Haushalten (Tabelle 3) ist ebenso beeindruckend, wie die Angabe, **dass die Privathaushalte im Schnitt auf ein Gesamtvermögen von 14,5 Billionen DM zurückgreifen können,** doch solche Durchschnittszahlen sind ohne großen Aussagewert. **Das untere Drittel der**

deutschen Haushalte hat mehr Schulden als Vermögen, während das obere 70 Prozent aller Vermögenswerte besitzt.

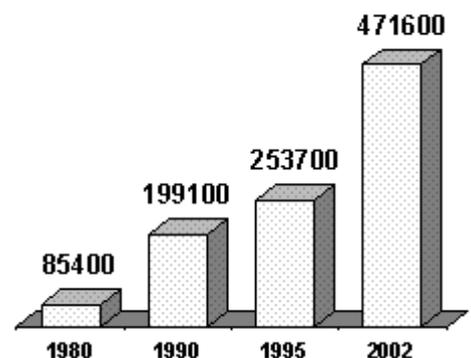
Die Erbengeneration kommt - Wer hat dem wird gegeben

Die primäre Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Erwerbstätigkeit und die Umverteilung durch den Staat, sind nicht die einzigen Mechanismen, die zur sozialen Spaltung führen. Eine häufig verkannte Umverteilung findet durch Erbschaften statt, weil dabei häufig Sach- in Geldvermögen verwandelt werden. Von 1997 bis zum Jahr 2002 werden in der Bundesrepublik nach einer Untersuchung der BBE-Unternehmensberatung zwei Billionen Mark (2.000.000.000) vererbt. Die 68er beerben die Wirtschaftswundergeneration und werden dabei reicher sein, als es ihre Eltern je waren, weil es sich bei der Erbmasse überwiegend um Immobilien oder Gewerbevermögen handelt, das von den Erben nicht genutzt, sondern verkauft wird.

Gerade die seit ihrer Bauzeit in den 50er und 60er Jahren enorm im Wert gestiegenen und ehemals eher bescheidenen Einfamilienhäuser, dürften viele Erben in die Gruppe der reichen Haushalte aufsteigen lassen. Was sich die Eltern noch vom Munde absparten, verwandelt sich dank der seit Jahrzehnten florierenden Grundstücksspekulation in profitables Geldvermögen.

Diagramm 2
Volumen je Erbfall in DM
geschätzt 2002

Gleiches gilt für einen erheblichen Teil der kleineren Betriebsvermögen, die den



sogenannten Erblassern zwar den Lebensunterhalt sicherten aber keine hohen Einkommen. Erst mit der Veräußerung wird aus dem unbeweglichen Sachvermögen plötzlich ein höchst flexibles und regelmäßige Rendite abwerfendes Geldkapital. Auch Kammern und Innungen beklagen zunehmend die Unlust der Erben, den elterlichen Betrieb weiterzuführen. Aber erstens verfügen sie meistens bereits über eine gesicherte Existenz und zweitens bringt der Verkauf des Vermögens eine größere Rendite, als die Weiterführung des elterlichen Geschäfts. Bei Aktienrenditen,

die im Deutschland des Jahres 1998 bei rund 30 Prozent lagen, ist die Flucht aus der Real- in die Vermögenswirtschaft außerordentlich verlockend.

Viele Erben von kleinen und mittleren Unternehmen, die in Zeiten des Wirtschaftswunders aufgebaut wurden, haben auf dieser finanziell gesicherten Grundlage ein Studium begonnen und sind heute in gesicherter Stellung. Meistens als erste in der Familie, die eine akademische Laufbahn einschlugen, zeigen sie wenig Neigung, die leitende Position in Staat oder Großunternehmen mit der Leitung eines Handwerksbetriebes oder gar einer Landwirtschaft zu vertauschen.

Der Erbschaftsboom wird das Land aus zwei Gründen noch weiter spalten. Der erste Grund ist die zunehmende Verwandlung früher selbst genutzter Sachvermögen in Geldvermögen. Als Geldkapital vermehrt es sich nicht mehr still, wie die Immobilie oder dient wie das Betriebsvermögen der eigenen Erwerbsarbeit, sondern vermehrt sich aus der Arbeit anderer. Die in die Vermögenswirtschaft eintretende Erbengeneration wird zu einer neuen Schicht von Rentiers, die mit ihrer Anlage das Recht auf Teile des von anderen erarbeiteten Wirtschaftsprodukts erwerben.

Der zweite Grund für die zu erwartende Spaltung liegt im wirtschaftlichen und demographischen Wandel der bundesdeutschen Gesellschaft. Der Erbschaftssegens wird sich nur über bestimmte Gruppen ausgießen, während andere leer ausgehen. Letztere sind Millionen Kinder von eingewanderten Gastarbeitern, die ebenfalls nach Millionen zählenden Aussiedler, die erst seit den 80er Jahren in großen Schüben nach Deutschland kamen und schließlich die Einwohner aus den neuen Ländern, denn der Erbschaftssegens fällt östlich der Elbe deutlich bescheidener aus. Selbst in Sachsen, dem erbenschwersten neuen Bundesland, wird gerade mal etwas mehr als ein Viertel von dem vererbt, was im Westen üblich ist. Übrigens sind die Unterschiede zwischen den Westländern auch nicht kleiner als zwischen neuen und alten Bundesländern. Eine Spitzenstellung nimmt nur Hamburg ein, wo die Erbschaften im Schnitt 20 Prozent über dem westlichen Durchschnitt liegen. Noch gravierender sind die Unterschiede zwischen den Erbschaftsmassen. **Fast die Hälfte der Erben kassiert weniger als 100.000 DM, 9,7 Prozent können mit Erbschaften zwischen einer halben und einer ganzen Million und nur 3,8 Prozent werden zu Millionären.**

Über einen längeren Zeitraum führt die ungekürzte Vererbung von Vermögen in einer Gesellschaft grundsätzlich zur Verfestigung und Vertiefung sozialer Gegensätze. Gerade unter den Bedingungen der Vermögenswirtschaft, in der sich das "arbeitslose" Einkommen mit weitaus größerer Rendite vermehrt, als die meisten

Produktionsvermögen, bildet sich mit der Generation der Erben eine soziale Schicht von Gläubigern, deren Zinsersparungen wie eine Hypothek auf öffentlichen und privaten Haushalten lasten.

Um solche Vermögenskonzentrationen zu vermeiden, wurde die Erbschaftssteuer erdacht. Doch die beginnt erst bei einem Erbe über 100.000 DM und kostet den Erben ersten Grades bis zur halben Million nicht mehr als 7 Prozent. Selbst wer eine Million und mehr erbt, zahlt dafür nicht mehr den Mehrwertsteuersatz. Folglich liegen die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer noch unter der Branntweinsteuer und brachten dem Fiskus 1996 gerade mal vier Milliarden DM.

Ein Ausgleich zwischen dem reicher werdenden Teil der Gesellschaft und den Zurückbleibenden wird damit bei weitem verfehlt. Im Gegenteil, die Erbenwelle wird die soziale Spaltung wie beschrieben vertiefen. Wobei sich die Bundesrepublik noch in einer besonderen Lage befindet, weil ein großer Teil der Bevölkerung das zu vererbende Vermögen hauptsächlich dem Umstand verdankt, in einer einmaligen Schönwetterperiode des deutschen Kapitalismus gelebt zu haben. Die nachfolgenden Generationen sind von dieser Chance ebenso ausgeschlossen, wie die Zugewanderten oder die Zuspätgekommenen neuen Bundesbürger.

Zahlen deutsche Unternehmen zu hohe Steuern?

Das jahrelang mißbrauchte Wörtchen "Reform" wird unter der rot-grünen Regierung wieder in seine alte Bedeutung eingesetzt, nämlich bei der Reform der Unternehmenssteuern. Durch die Absenkung des Steuersatzes auf der Unternehmensebene verwandelt sich das Sparpaket für die Unternehmen zu einem acht Milliarden DM schweren Geschenkpaket. Oder anders gesagt: 26 Prozent der für 2000 vorgesehenen Einsparungen dienen der Finanzierung der Unternehmenssteuerreform. Die Einführung eines einheitlichen Freibetrages für die Kinderbetreuung bringt dagegen nur eine Steuerentlastung von 1,7 Milliarden und die Erhöhung des Kindergeldes kostet 3,8 Milliarden DM.

Die Senkung der Unternehmenssteuern ist damit jedoch nicht abgeschlossen, denn erst bis zum Ende des Jahres will Bundesfinanzminister Eichel ein vollständiges Konzept vorlegen, mit dem die "große Steuerreform" ihren Abschluß finden soll. Hauptargument für die Unternehmenssteuerreform ist, dass die steuerliche Belastung die Investitionsneigung der Unternehmen behindert und der Schaffung von Arbeitsplätzen im Wege steht. Wie wenig stichhaltig dieses Argument ist, zeigt die Tabelle 1, die bereits zwischen 1992 und 1998 einen Rückgang der wichtigsten Un-

ternehmenssteuern um 20,6 Prozent ausweist, obwohl die Wirtschaftstätigkeit in die entgegengesetzte Richtung ging und um 22,1 Prozent zulegte. Wären die Unternehmenssteuern tatsächlich zu hoch, müßten erstens ihre realen Einkommen zurückgehen und zweitens die finanziellen Reserven der Unternehmen schrumpfen. Beides ist nachweislich nicht der Fall.

Wie die Tabelle 4 zeigt, sind die nicht entnommenen Gewinne der Produktionsunternehmen gegenüber 1980 um die märchenhafte Größenordnung von 659 Prozent gestiegen, während die Nettoinvestitionen nur um 54 Prozent höher waren. Und für das vergangene Jahr stellt die Deutsche Bundesbank fest: "Bei den Unternehmen insgesamt stieg das Aufkommen an nichtentnommenen Gewinnen (einschließlich staatlicher Investitionszuschüsse) binnen Jahresfrist um ein Viertel." Die überaus starke Zunahme der nichtentnommenen Gewinne, bei gleichzeitig äußerst mäßig steigenden Nettoinvestitionen, widerlegt alle Klagen über zu hohe Steuern. Wie später zu zeigen sein wird, gilt das auch für die Löhne. Die Gewinne laufen Steuern und Löhnen davon, ohne dass mehr investiert wird.

Je höher die Gewinne desto niedriger die Steuern

Von DaimlerChrysler, dem inzwischen mächtigsten deutschen Konzern ist bekannt, dass er seit drei Jahren in Deutschland keine Ertragssteuern zahlt. Obwohl der Gewinn vor Steuern 1996 stolze 11,1 Milliarden DM betrug, 1997 auf 12 stieg und im vergangenen Jahr fast 16 Milliarden ausmachte, ging der Fiskus leer aus. Andere Konzerne weisen ihre Steuern in den Bilanzen schlicht nicht aus, wobei dies nach Meinung der Süddeutschen Zeitung in den meisten Fällen ein Anzeichen für Steuerfreiheit ist. Das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit gilt schon lange nicht mehr, weil überwiegend nur die großen Unternehmen in der Lage sind, die verschiedenen Steuervorteile auszuschöpfen.

Großkonzerne profitieren insbesondere von der Verrechnung ihrer Erträge mit sogenannten Verlustvorträgen. Sie können zum Beispiel von Unternehmen in Anspruch genommen werden, die mit Verlust arbeitende Betriebe aufkaufen. Der Kaufpreis ist häufig geringer als der Steuergewinn, so dass es inzwischen einen regelrechten Markt für Pleitefirmen gibt. Die steuerliche Absetzbarkeit des Verlustvortrages gibt es in dieser Form nur in Deutschland, was zum Beispiel bei der Ehe zwischen Daimler und Chrysler den Ausschlag für die Wahl Stuttgarts als Firmensitz gab. Der neue Weltkonzern kann jetzt getrost rund um den Globus notleidende Automobilwerke aufkaufen und zu Lasten des deutschen Steuerhaushalts sanieren.

Ein Blick auf die Entwicklung der seit Jahren in den Unternehmen gesammelten Geldvermögen (Tabelle 5 und 6) genügt um zu erkennen, weshalb sinkende Unternehmenssteuern zwar Gewinne aber keine Arbeitsplätze schaffen. Sie verwandeln sich in Finanzanlagen, Rücklagen für den globalen Firmenaufkauf und in Vorräte. Die Tabelle 5 veranschaulicht das beschleunigte Wachstum der Geldbestände. Im vergangenen Jahr sind sie auf 5.579,1 Milliarden Mark gestiegen, das entspricht der Wirtschaftsleistung der gesamten deutschen Volkswirtschaft von fast eineinhalb Jahren. Eine weitere Senkung der Unternehmenssteuern wird diesen Prozeß fortsetzen.

1998 flossen nur noch 54 Prozent des Ertrages der Produktionsunternehmen in Sachinvestitionen während es 1991 noch 73,8 Prozent waren. Zwar zeigen die Zahlen für 1998 insgesamt eine Verbesserung der Ertragslage, weil sämtliche Vermögensarten zugelegt haben, aber das Geldkapital wuchs eindeutig am stärksten. Wobei zu erwähnen ist, dass es sich dabei nicht nur um flüssige Mittel handelt. Der weitaus größte Posten geht auf den Erwerb von Aktien. Gewinnträchtige Unternehmen weiten nicht ihre eigene Produktion aus, sondern beteiligen sich stattdessen an anderen Unternehmen. So schreibt die Deutsche Bundesbank über die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1998, dass im Berichtszeitraum etwa ein Viertel der zur Vermögensbildung verwandten Mittel in Aktien flossen. Klassische Produktionsunternehmen verlagern ihre Aktivitäten zunehmend in den Bereich der Vermögenswirtschaft und beteiligen sich insbesondere an ausländischen Unternehmen, um Einfluß auf andere Märkte zu gewinnen. Sie bringen ihren Profit nicht außer Landes, weil hierzulande die Löhne oder die Steuern zu hoch sind, sondern schlüpfen in die Rolle von Banken.

Subventionierte Globalisierung

Zusammen mit Handelskrediten, die sie Partnern im Ausland einräumen, haben die deutschen Produktionsunternehmen **im vergangenen Jahr 140 Milliarden DM im Ausland investiert**, um ihre Machtposition auf den dortigen Märkten auszubauen oder in andere Sektoren einzudringen. Das herausragende Beispiel dafür ist die Fusion von Daimler und Chrysler, bei der der Stuttgarter Automobilriese seine gebunkerten Milliarden für die Eroberung des amerikanischen Marktes einsetzte.

Vor diesem Hintergrund muß auch die Absicht skeptisch betrachtet werden, in Zukunft die im Unternehmen verbleibenden Gewinne höher zu besteuern als die ausgezahlten. Obwohl es gute Gründe gibt, Gewinne, die für Sachinvestitionen verwendet werden, geringer zu besteuern als den Luxuskonsum der Bestverdienenden,

zeigen die Tabellen 4 bis 6, wie auch die Angaben der Bundesbank über die Verwendung der Geldbestände in den Produktionsunternehmen, dass dieser Zweck durch die geplante Steuersenkung mit Sicherheit nicht erreicht wird. Die pauschale Begünstigung von nicht entnommenen Gewinnen wird es in erster Linie den großen Kapitalgesellschaften ermöglichen, ihre weltweiten Einkaufstouren auszuweiten und genau die Globalisierung zu betreiben unter der sie angeblich zu leiden haben.

Bei den Steuersätzen geht es nicht um Arbeitsplätze sondern um die Macht

Der entscheidende Grund für die inländische Investitionsmüdigkeit der gewinnträchtigen Produktionsunternehmen ist eine weitgehende Sättigung des Binnenmarktes, die durch die rückläufigen Staatsausgaben noch verstärkt wird. Sinkende Unternehmenssteuern, erst recht wenn sie den Staat zur Rücknahme von öffentlichen Investitionsvorhaben zwingen, schaffen keine neuen Arbeitsplätze, sondern bedrohen noch bestehende. Beschäftigungssicherung ist aber auch nur der vorgeschobene und nicht der eigentlich Grund für die Senkung der Unternehmenssteuern.

Hauptsächlich geht es um die Stärkung des deutschen Standortes als Anlagerevier und Geldsammelstelle. Die Kalkulation ist, dass Konzerne wie Chrysler Kapital und Firmensitz nach Deutschland verlagern oder vermehrt Deutsche Aktien gekauft werden, was wiederum die Kriegskassen der deutschen Konzerne füllt. Es geht also in erster Linie um die Macht der großen Konzerne und Deutschlands als finanzkräftigen Standort. Nebenbei sichert das zwar auch den Produktionsstandort, aber es schafft keine neuen Arbeitsplätze, wie die Gleichzeitigkeit wachsender unternehmerischer Geldvermögen und anhaltender Arbeitslosigkeit beweist.

Gegen diesen Argument wird häufig angeführt, dass ohne Steuersenkungen immer mehr Kapital und damit Investitionskraft ausser Landes gehen würde. Ganz davon abgesehen, dass wir sehen konnten, wie wenig steigende Gewinne zu steigenden Investitionen werden, ist Deutschland alles

andere als ein Hochsteuerland. Selbst wenn man Steuern und Abgaben, vornehmlich Sozialabgaben, zusammenfaßt, fällt die deutsche Abgabenlast, eher mittelmäßig aus, wie Tabelle 7 veranschaulicht. Die Öffentlichkeit wird in der Regel mit nominalen Steuersätzen konfrontiert, um den Eindruck eines Hochsteuerlandes zu erwecken, doch entscheidender sind die wirklichen Quoten, wie sie sich in der nebenstehenden Tabelle widerspiegeln. Dieser von der OECD errechnete Vergleich deckt sich weitgehend mit einer ähnliche Studie der Weltbank, wo "Deutschland bei der effektiven Steuerbelastung der Kapitalerträge von 14 Industriestaaten erst auf Platz 12 rangiert".

Die Steuerreform der Bundesregierung versucht der großen Diskrepanz zwischen nominalen Steuersätzen und effektiver Steuerzahlung durch die Abschaffung von Ausnahmeregelungen und die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu verringern. So wurden bereits in einem ersten Schritt verschiedene nicht mehr zu rechtfertigende Steuervorteile abgeschafft. Weitere Schritte zur Verbesserung der Einnahmen werden in den nächsten Schritten folgen, doch unter dem Strich bleibt immer noch eine Nettoentlastung der Unternehmen von ca. acht Milliarden DM. Wenn die Pläne der Bundesregierung zur Vollendung der Unternehmenssteuerreform abgeschlossen sind, dürfte Deutschland demnächst unter den 14 Industrienationen nicht mehr den Platz 12, sondern den letzten einnehmen.

Moderne Wirtschaftspolitik - Ausbeutung wie gehabt

Schröders Wirtschaftspolitik, die nach eigener Meinung weder links noch rechts, sondern modern ist, gleicht in vielerlei Hinsicht der seines Vorgängers. Zwar wird in den Wahlkämpfen immer noch soziale Gerechtigkeit plakatiert, aber Verteilungsgerechtigkeit gehört nicht dazu. Weder die ungeheure Umverteilung zugunsten der Superreichen, noch ihre Steuervorteile werden angetastet. Im Gegenteil, die Steuergeschenke werden fortgesetzt und die Lohnabschlüsse sollen auch in Zukunft hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück-

bleiben. Im Klartext: Die moderne Wirtschaftspolitik wird den Anteil der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen weiter sinken lassen und den Anteil der Gewinn und Vermögenseinkommen erhöhen.

	Geldvermögen	Sachanlagen	Vorräte	Insgesamt	Sachanlagen
					v.H.
1991	128,0	396,4	12,8	537,2	73,8
1992	130,8	405,5	- 1,7	534,6	75,9
1993	159,1	364,1	- 9,2	514	70,8
1994	111,5	371,3	16,4	499,2	74,4
1995	131,2	376,7	18,3	526,2	71,6
1996	127,5	366,1	5,9	499,5	73,3
1997	92,3	380,9	47,6	520,8	73,2
1998	237,4	399,6	97,3	734,3	54,4

Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 1999, S.25

Die entscheidende volkswirtschaftliche Größe für die Bewertung der sozialen Lage abhängig Beschäftigter ist immer noch der Anteil ihrer Löhne und Gehälter am Volkseinkommen. Erst nach dieser sogenannten Primärverteilung setzt die staatliche Verteilungspolitik ein, um durch soziale Transfers wie Kindergeld, Wohngeld oder Förderung der Vermögensbildung einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Nach dem Schröder/Blair Papier wissen wir, dass dieser umverteilende Staat in der modernen Wirtschaftspolitik keinen Platz mehr hat. Steuerentlastungen, wie sie die Steuerreform der Bundesregierung auch für ArbeitnehmerInnen und dabei besonders für Familien mit sich bringt, beschränken sich auf "Umverteilung in der Klasse". Eine staatliche Umverteilung von den Gewinn- und Vermögenseinkommen, hin zu den sozialen Transfers findet nicht mehr statt. Im Gegenteil, **die Sozialausgaben des Bundes werden von noch 48,5 Milliarden DM in 1998, auf 45,7 Milliarden in diesem Jahr und 44,5 Milliarden DM in 2000 sinken.** Deshalb ist es um so interessanter, wie die allgemeine Tendenz der Primärverteilung in Deutschland aussieht.

Die Tabelle 8 zeigt den Anteil der Bruttoeinkommen von abhängig Beschäftigten am gesamten Volkseinkommen zwischen 1950 und 1998. Dabei spiegelt die "tatsächliche" Lohnquote den nominalen Anteil der Lohnsumme im angegebenen Jahr wider, während die Spalte mit der Überschrift "bereinigt" den wirklichen Anteil wiedergibt, wenn berücksichtigt wird, dass der Anteil der abhängig Beschäftigten an allen laufend Erwerbspersonen zunimmt. Am aussagefähigsten ist die Spalte "Index", aus der sichtbar wird, dass die Verteilungssituation über einen Zeitraum von 48 Jahren mit Ausnahme im Zeitraum zwischen 1975 und 1982 für die abhängig Beschäftigten deutlich schlechter geworden ist. Obwohl die Arbeiter und Angestellten seit 1950 natürlich eine beachtliche Verbesserung ihres Lebensstandards erfuhren, ist ihre Position gegenüber den Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen deutlich schlechter geworden. In Westdeutschland hatte sich ihre Position im Jahr 1994 gegenüber den Gründerjahren der Bundesrepublik um 7,1 Prozentpunkte verschlechtert. Noch drastischer fällt die Verschlechterung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre aus. Diese für das vereinte Deutschland geltende Zahlenreihe zeigt zwar am Anfang einen durch den Vereinigungsboom bedingten Anstieg, fällt dann aber in nur vier Jahren um 4,2 Prozentpunkte.

Tabelle 5
Netto-Geldvermögen
der Produktionsunternehmen
Bestand in Mrd. DM 1980=100

1980	1.397,9	100
1990	2.972,4	212,7
1997	4.964,5	355,3
1998	5.579,1	404,5

Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 99

Bedeutsam für diese Verschlechterung sind die Jahre '97 und '98, in denen reale

Tabelle 9
Wertschöpfung pro Arbeitnehmerin
1997 – 1998

	1997 Mio. DM	1998 Mio. DM
Bruttowertschöpfung	3.428.800	3.522.100
Arbeitseinkommen	1.972.200	2.002.000
Mehrwert	1.456.600	1.520.100
	Mio.	Mio.
Beschäftigte	35.865	35.999
	DM	DM
Wertschöpfung je Arbeitn.	40.613	42.226

Eigene Berechnungen nach DIW Wochenbericht 34-35/99 S.636

Einkommensverluste hingenommen werden mußten. Wie die Tabelle 9 zeigt, haben die ArbeitnehmerInnen 1997 nach

Abzug ihres Arbeitsentgelts im Schnitt einen Wert von 40.613 DM geschaffen, ein Jahr später waren es bereits 42.226 DM. Sie haben also vier Prozent mehr geleistet als im Vorjahr, oder anders ausgedrückt: Die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft hat sich in nur einem Jahr um vier Prozent erhöht. Solche Steigerungen werden möglich durch Tarifabschlüsse, die unter der klassischen Lohnformel bleiben, nämlich einer Erhöhung die sich aus der Inflationsrate plus Produktivitätsteigerung zusammensetzt.

Die klassische Lohnformel ist verteilungsneutral. Das heißt, die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Arbeitseinkommen auf der einen sowie der Gewinn- und Vermögenseinkommen auf der anderen Seite bleibt gleich. Wie die Tabelle 10 verdeutlicht, konnte dieser Spielraum seit 1993 in keinem der 15 EU-Staaten ausgeschöpft werden. Überall hat die neoliberale Politik, begleitet von einer relativen Schwäche der Gewerkschaften, dazu geführt, dass die Arbeitseinkommen hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückblieben und die Gewinneinkommen überproportionale stiegen. Wobei die Lohnzurückhaltung der deutschen ArbeitnehmerInnen seit 1996 wesentlich größer ist, als in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Die angeblich moderne Wirtschaftspolitik begründet die Notwendigkeit von Tarifabschlüssen unterhalb der klassischen Lohnformel, mit der Notwendigkeit die Ertragslage der Unternehmen zu verbes-

sern, damit sie neue Arbeitsplätze schaffen. In den vorangegangenen Abschnitten wurde mit zahlreichen Tabellen gezeigt, dass es keinen positiven Zusammenhang zwischen wachsenden Gewinnen und Beschäftigung gibt. Die deutlichste Sprache spricht die Tabelle 1 in der ein umgekehrter Zusammenhang deutlich wird. Von 1992 bis 1998 führte weder eine Steigerung der Nettoeinkommen aus Gewinn und Vermögen um 51,7 Prozent noch ein Wachstum der Geldvorräte in den Produktionsunternehmen von fast 100 Prozent zu einer Zunahme der Beschäftigung, sie sank sogar um 6,4 Prozentpunkte ab.

Nun kann nicht behauptet werden, dass ausschließlich steigende Masseneinkommen die Arbeitslosigkeit beseitigen können. Aber eine wirklich moderne Wirtschaftspolitik hätte ausreichend Möglichkeiten, wenn sie eine beschäftigungsfördernde Finanz-

beziehungsweise Haushaltspolitik betreiben und darauf verzichten würden, Lohnzurückhaltung zu predigen.

Warum müssen wir eigentlich sparen?

Sparsamkeit ist eine Tugend, weshalb es allen einleuchtet, daß die Bundesregierung dabei mit gutem Beispiel vorangeht. Insbesondere seit sich herumgesprochen hat, daß der Bund inzwischen fast jede vierte Steuermark für Zinsen aufwenden muß. Zinslasten sind nach den Sozialausgaben der größte Posten des Bundeshaushalts und die Schulden des Bundes haben sich von 300 Mrd. DM im Jahr 1982 auf rund 1,5 Billionen DM erhöht. Doch so populär Sparen sein mag, das Sparpaket der Bundesregierung ist es nicht. Und dies nicht nur, weil an der falschen Stelle gespart wird, sondern weil die wichtige Frage umgangen wird, wer und was den Staat arm gemacht hat. Der Bundeshaushalt ist nämlich nur eine Seite im Haushaltsbuch der Volkswirtschaft und nicht einmal die wichtigste.

Die Verschuldung des Staates steht in einem scharfen Gegensatz zur Entwicklung des privaten Reichtums und wird nicht etwa durch eine hemmungslose Ausweitung der Ausgaben, sondern durch den Verzicht auf Einnahmen verursacht. Bereits 1988 verkündete das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung stolz: "Seit 1982 werden Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in

unserem Land nachhaltig gefördert. So wurden vor allem zunächst die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert, und zwar durch Senkung der Gewerbesteuer, Senkung der betrieblichen Vermögenssteuer, Verkürzung von Abschreibungsfristen, Einführung von Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe. Die Senkung der Einkommensteuersätze 1986 und 1988 kommt selbstverständlich auch den Betrieben zugute...Die Steuersenkungen 1990, vor allem die weitere Senkung des Einkommensteuertarifs und die Senkung der Körperschaftsteuer, werden zusätzliche Impulse für neues wirtschaftliches Wachstum geben." Das WSI hatte bereits vor zwei Jahren festgestellt: "Wäre der Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen heute so groß wie 1980, hätte der Staat gut 100 Milliarden DM pro Jahr mehr in der Kasse." Mit dem Ergebnis, daß in den staatlichen Haushalten Schulden von über 2,2 Billionen DM aufgelaufen sind und 16,5 Prozent der Steuereinnahmen für Zinsen ausgegeben werden müssen.

Ein gescheitertes Konzept

Diese sogenannte Angebotspolitik hat ihr Ziel verfehlt, weil sie einerseits die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen konnte, aber andererseits die Staatsschulden explodieren ließ. Die Ergebnisse dieser Politik spiegeln sich in der Tabelle 1 auf der zweiten Seite wider. Diese Zahlen sind der beste Beweis für den systematischen Irrtum der Angebotspolitik, durch Steuersenkungen die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern, damit die Investitionstätigkeit zu stimulieren und somit die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen. Die Steuern auf Gewinn und Ver-

Tabelle 12
Sparpaket für Hochschulen, Ausbildung und Kultur im Jahr 2000 in Mio DM

Hochschulen	- 80	- 3,1%
Ausbildungsförderung, Förderung des wiss. Nachwuchses	- 408	- 20,3%
Berufliche Bildung	- 53	- 2,6%
Kulturelle Angelegenheiten	- 107	- 3,7%

mögen sanken zwar um über 20 Prozent und die Geldvermögen der Unternehmen verdoppelten sich im Verlauf von nur sechs Jahren, aber die Zahl der abhängig Beschäftigten ging um weitere sechs Prozent zurück und die Schulden des Bundes stiegen fast im gleichen Maße wie sich die Nettoeinnahmen aus Gewinn und Vermögen erhöhten.

Die durch die Angebotspolitik betriebene Reichtumpflege erfüllte ihren Zweck nicht, sondern öffnete die Schere zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum noch weiter. Wobei die Bezeichnung privater Reichtum natürlich nicht sämtliche Privathaushalte meint, sondern die Haus-

halte der Vermögenden, denn die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten – und das sind fast 90 Prozent aller Erwerbstätigen – wuchsen nur um 4,8 Prozent. Wobei sich auch hier die Frage stellt, wie weit eine Politik noch verfassungskonform ist, die durch einseitige Begünstigung der Gewinn- und Vermögenseinkommen dazu führt, dass die Einkommen der Selbständigen zehnmal so schnell steigen wie die der abhängig Beschäftigten.

Es mangelt nicht an Geld sondern am Mut zur Erhöhung der Staatseinnahmen

Wie vorab bereits in Tabelle 7 gezeigt, ist die Bundesrepublik für Unternehmer alles andere als ein Hochsteuerland und rangiert bei den Abgaben auf Gewinn und Vermögen unter 14 Ländern erst auf dem 12. Platz. Das gilt aber nicht nur für die Unternehmensteuersätze, sondern für die Staatseinnahmen insgesamt. Wie die folgende Tabelle zeigt, rangieren die aus Einkommen stammenden Staatseinnahmen im internationalen Vergleich ebenfalls im unteren Viertel. Auch die Steuern auf Vermögen und Vermögensverkehr fallen so bescheiden aus, dass die BRD unter 20 Ländern erst den 15. Platz belegt. Steuern auf die Lohnsumme, die es in der Bundesrepublik seit Jahren nicht mehr gibt, werden immerhin noch von sieben Ländern erhoben. Fast einen Spitzenplatz belegt die Bundesrepublik lediglich bei den aus Sozialbeiträgen stammenden Staatseinnahmen. 40,6 Prozent aller Staatseinnahmen stammen aus Sozialbeiträgen, der abhängig Beschäftigten und ihrer Arbeitgeber. Der Satz wird nur noch von Frankreich mit 43,1 Prozent übertroffen, während die Niederlande mit 39,6 Prozent nur knapp hinter der BRD liegen. Es ist allerdings fraglich, ob diese Beiträge überhaupt als Staatseinnahmen bezeichnet werden können, weil sie staatlichem Zugriff entzogen sind und in anderen Ländern Sozialbeiträge von den Arbeitgebern an private Versicherungen gezahlt werden. Diese Beträge tauchen dementsprechend in der Statistik der Staatseinnahmen nicht auf,

womit der Eindruck einer geringeren Abgabenlast erweckt wird. In anderen Ländern wie Dänemark werden die sozialen Sicherungssysteme durch Steuern finanziert, so dass unser nördlicher Nachbar nur 3,1 Prozent Staatseinnahmen aus Sozialbeiträgen verbucht. Dafür sind die Einnahmen aus den Einkommensteuern, die die Lohnsteuer einschließen, mit 60,2 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.

Spielraum für Steuererhöhungen ist also genügend vorhanden, die Frage ist nur, wo sie volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Angemessen wäre in jedem Fall eine Ab-

schöpfung in all den Bereichen, wo nicht die Kaufkraft geschmälert oder die Investitionstätigkeit eingeschränkt wird, also bei Vermögenseinkommen und den Spitzenverdienern, die einen erheblichen Teil ihrer Einkommen der Vermögenswirtschaft zuleiten können.

Eichel spart um jeden Preis - koste es was es wolle

Es bleibt das Geheimnis der rot-grünen Bundesregierung, weshalb sie eine gescheiterte Politik fortsetzt, die über einen Zeitraum von 16 Jahren genau das Gegenteil von dem erreichte, was sie vorgab. Das sogenannte Zukunftsprogramm 2000 stützt sich auf zwei tragende Säulen, einmal auf Einsparungen und zum anderen auf Steuersenkungen. Eigentlich will die Bundesregierung mit ihrem Sparpaket "finanziellen Spielraum schaffen für notwendige Zukunftsinvestitionen", doch die Schwerpunktsetzung bei Einsparungen und Steuersenkungen entspricht den Prioritäten der Vergangenheit. Die größten Einsparungen erfolgen wie gewohnt im Etat des Arbeits- und Sozialministers.

Sie sind damit nicht nur sozial unausgewogen, sondern auch wenig zukunftsfähig. So wird die Absenkung der Sozialbeiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit an Kranken und Rentenversicherung bezahlt, die Krankenkassen belasten, die sich durch Beitragserhöhungen schadlos halten werden und die Arbeitslosen werden diese "Einsparung" in wenigen Jahrzehnten mit niedrigeren Renten bezahlen, was dann wiederum zur Erhöhung der dann fälligen Sozialhilfe führen dürfte.

Das Sparpaket wird der Bundesrepublik aber auch noch aus anderen Gründen teuer zu stehen kommen. Ganz im Gegenteil zum hochfliegenden Titel "Zukunftsprogramm" wird gerade auch dort gespart, wo es um die Zukunft geht, nämlich bei Ausbildung und Kultur. Laut Schröder-Blair Papier soll der umverteilende Staat eigentlich durch den sozial investierenden Staat abgelöst werden. Man sollte meinen, dass sich zur Zeit keine soziale Investition mehr lohnt, als in Wissen zu investieren. Wie Tabelle 11 zeigt, tritt das Gegenteil ein.

Geradezu lächerlich nehmen sich dagegen die Einsparungen aus, die im Finanzbericht 2000 unter der anspruchsvollen Überschrift Subventionsabbau aufgeführt sind. Der darin größte Posten, nämlich die Senkung von Abschreibungsätzen mit einem Volumen von zwei Milliarden Mark, ist wenig größer, als der Verlust den die Arbeitslosen durch die Begrenzung der Lohnersatzleistungen auf die Inflationsrate hinnehmen müssen. Angesichts von 230 Milliarden DM, die Bund, Länder und Gemeinden den Unternehmen noch 1997 durch Steuervergünstigungen oder Finanzhilfen zukommen

ließen, mag man bei den aufgeführten Summen des Finanzberichtes kaum noch von Subventionsabbau reden.

Die der Wirtschaft unter der vielversprechenden Überschrift "Subventionsabbau" im Jahr 2000 zugemuteten Kürzungen, belaufen sich auf magere 5,2 Milliarden DM. Gerade mal so viel, wie durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeitslosen gespart wird. Angeblich soll der Subventionsabbau die Steuererleichterung der Unternehmen ausgleichen. Doch man darf die Zahlen nicht für die Rechnung halten. Erstens liegt die Steuerentlastung deutlich höher und zweitens handelt es sich bei den im Finanzbericht aufgeführten Subventionskürzungen überwiegend um solche, die den Finanzvorständen der Konzerne nur ein müdes Lächeln entlocken werden. So etwa der Subventionsabbau für die Landwirtschaft, die Kürzungen beim Branntweinmonopol oder gar die 69 Millionen, die dem Sozialen Wohnungsbau entzogen werden.

Sparen bringt weder Wachstum noch Beschäftigung

So sinnvoll eine sparsame Haushaltsführung ist, reich kann man so nicht werden. Reichtum entsteht durch sinnvolle Investitionen. Und das gilt nicht für Unternehmen, sondern auch für den Staat. Der grosse Haken des rot-grünen Zukunftsprogramms ist deshalb nicht nur seine soziale Schiefelage, sondern einerseits der gänzliche Mangel an zukunftssträchtigen Investitionen und andererseits die Reduzierung der Nachfrage.

Öffentliche Investitionen sind eine entscheidende Voraussetzung für die Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivität, gleichzeitig aber auch die wichtigsten Lokomotiven der Beschäftigungspolitik. Bereits zwischen 1992 und 1998 ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen von 12,7 auf 9,3 Prozent zurückgegangen und während das Bruttoinlandsprodukt um 22,2 Prozent zunahm, wuchsen die öffentlichen Investitionen nur um magere 2,2 Prozent. Daran wird sich nach dem Bundesfinanzbericht zu urteilen nicht nur nichts ändern, die Investitionen werden in wichtigen Bereichen sogar sinken oder mindestens stagnieren.

So wird für den Wohnungs- und Städtebau, der 1999 noch 4,6 Milliarden verbuchen kann, im Jahre 2003 nur noch 2,9 Milliarden ausgegeben, was einem Rückgang um 38,8 Prozent entspricht und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden wird zusammen mit der Unterstützung des Personennahverkehrs für die nächsten vier Jahre auf dem Stand von 1999 eingefroren. Nach Zukunftsprogramm schaut dies alles nicht aus. Weder für die Verbesserung der Infrastruktur, noch für die Beschäftigungssituation.

Dabei gehört es nicht zur Geschichte der Sozialdemokratie, mit staatlichen Investitionen Wachstum und Beschäftigung an-

	1998	1999	2000
	Mrd. DM		
Veräußerung von Bundesvermögen	26,4	27,0	9,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	26,8	18,8	14,2
Sachinvestitionen	13,5	14,0	12,0

Angaben des DIW: Wochenbericht 34-35/99, S.627

zukurbeln, sondern gerade auch zur Praxis der USA. "Entgegen der hierzulande von konservativen Kräften verkündeten Propaganda ist der starke Anstieg der Beschäftigung nicht primär durch die Förderung eines Niedriglohnssektors und Ungleichverteilung, sondern durch eine expansive Geld- und Finanzpolitik zustande gekommen." Herbert Ehrenberg, sozialdemokratischer Minister für Arbeit und Sozialordnung unter Helmut Schmidt erinnerte seine Parteifreunde noch im Frühjahr an den Zusammenhang von staatlicher Investitionspolitik und Beschäftigung, als er schrieb: "In den Perioden von 1975 bis 1980 und 1980 bis 1990, in denen die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer und die Zahl der Beschäftigten positive Zuwachsraten aufwiesen, stiegen auch die öffentlichen Investitionen um 32,0 bzw. 29,4 Prozent. Von 1980 bis 1985 und von 1992 bis 1997 ging parallel zu den sinkenden Nettoeinkommen und der rückläufigen Beschäftigung auch das Volumen der öffentlichen Investitionen um 19,3/20,4 Prozent zurück...Öffentliche Investitionen sind darum immer noch der zuverlässigste Hebel, um nachhaltige Beschäftigungseffekte auszulösen, auch wenn uns mit dem Schlagwort der Globalisierung beigebracht werden soll, dass nationale Konjunkturpolitik nicht mehr möglich sei."

Die Auffassung Ehrenbergs wurde der rot-grünen Regierung auch vom DIW ins Pflichtenheft geschrieben, als es 1997 ein Investitionsprogramm von 15 bis 20 Milliarden forderte, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Modernisierung des Standortes miteinander zu verbinden. Genutzt haben die Vorschläge wenig. Nach dem Weggang von Oskar Lafontaine und seines Staatssekretärs, dem ehemaligen DIW-Abteilungsleiter Heiner Flassbeck blieb nur der Hang zum Sparen übrig. Diese Sparpolitik wird zudem von weiteren Verkäufen des Bundesvermögens begleitet, die langfristig ebenso zu Lasten künftiger Generationen gehen, wie die Schuldenlast. Wie Tabelle 12 zeigt, belaufen sich die Verkäufe in den letzten drei Haushaltsjahren dieses Jahrzehnts auf 62,6 Milliarden DM und entsprechen damit fast der Hälfte des gesamten Einsparvolumens. Nicht nur, dass der Bund mit dem Verkauf des staatlichen Tafelsilbers politischen

Einfluß und Gestaltungsmöglichkeit verliert, er produziert auch neue Einnahmelöcher. Im vergangenen Jahr konnten aus der wirtschaftlichen Tätigkeiten des Bundes noch 26,8 Milliarden Einnahmen verbucht werden, im kommenden Jahr wird es nur noch gut die Hälfte sein.

Keine Wahl zwischen sozialer Gerechtigkeit und Sparsamkeit

Häufig wird der Eindruck erweckt, als müßte die soziale Gerechtigkeit zugunsten konsolidierter Staatsfinanzen zurücktreten. Doch unabhängig davon, dass die Staatsfinanzen nicht nur durch eine bescheidene Ausgabepolitik, sondern auch durch eine gerechte Steuerpolitik saniert werden können, verstößt das Sparmodell der Bundesregierung auch gegen ihren verfassungsmäßigen Auftrag. Im Gegensatz zu allen im Grundgesetz festgehaltenen Haushaltsregeln gehört nämlich die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und die Sozialbindung des Eigentums zu den unveränderbaren Grundrechten der Verfassung. Doch wie auf den vorangegangenen Seiten bewiesen wurde, ist die Sozialbindung des Eigentums nur noch eine leere Phrase. Im Artikel 14 des Grundgesetzes heißt es zwar: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit nutzen." Doch die Angebotspolitik verpflichtet das Kapital zu nichts anderem, als sich zu vermehren. Und vom Dienst zum Wohle der Allgemeinheit wird es durch die Steuerpolitik der Bundesregierung immer mehr befreit.

Wenn die herrschende Politik damit befaßt ist, unveränderliche Bestandteile der Verfassungsordnung in Frage zu stellen, dann lohnt sich ein weiterer Blick ins Grundgesetz: Artikel 20 Abs. 4: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand..."

Die Bundesregierung drückt sich vor einer unbequemen Frage: Wer soll die Einheit bezahlen?

Seit Jahren wird die prekäre Lage der Staatsfinanzen in öffentlichen Reden auf die sogenannte Erblast aus der deutschen Vereinigung zurückgeführt. Dabei wird erstens regelmäßig ausgeblendet, dass die sogenannte Erblast weniger durch den Nachholbedarf der ehemaligen DDR, als durch die Art des Vereinigungsprozesses entstanden ist und zweitens wird stillschweigend übergangen, dass die Lasten einseitig an den Staatshaushalt und an die Sozialversicherungsträger gingen, während das wirklich rentable Erbe zu Schleuderpreisen in Richtung Westdeutschland privatisiert wurde.

Die beim Bund und den Sozialversicherungsträgern übriggebliebenen Lasten sind in der Tat bedeutend, aber gerade deshalb

stellt sich die Frage, wer sie bezahlen soll. Auf die Antwort, dass dies in erster Linie die materiell bevorzugten Gewinner des Einigungsprozesses sein müßten, mußte die Öffentlichkeit bislang vergeblich warten. Auch Heiner Flassbeck kam jüngst in einer Veröffentlichung über "Moderne Finanzpolitik für Deutschland" zu dem Schluß: "Die einfache, aber zugleich wichtigste Frage ist also gerade heute: Wer finanziert die deutsche Einheit?" Denn lange schon sei erkennbar, dass die deutsche Einheit auch durch den Solidaritätszuschlag nicht zu bezahlen sei. Da die Belastungen aus der deutschen Einheit durch laufende Steuereinnahmen nicht mehr zu finanzieren war, verlagerte sie die neokonservative Regierung durch Staatsverschuldung auf die kommenden Generationen.

Flassbeck schreibt: "Der neue Finanzminister will das rasch ändern. Wer bleibt dann, der die Belastungen, die Kosten der deutschen Einheit tragen könnte? Die Antwort ist einfach: Alle diejenigen, die in der einen oder anderen Weise von staatlichen Ausgaben abhängig sind. Angesagt ist dies unter dem positiven Begriff des 'staatlichen Sparens' und des 'schlanken Staates'. Im Klartext bedeutet es, dass eine Aufgabe, die die Solidarität der gesamten Gesellschaft gefordert hätte, auf kleine und politisch schwache Gruppen wie Arbeitslose und Rentner abgewälzt wird."

Die Alternative wäre ein neuer Verteilungskompromiß, bei dem die Lasten nach der Leistungsfähigkeit und nicht in die Richtung des geringsten Widerstandes verteilt werden. Die Umverteilung von Reich-

tum und Vermögen, wie auch eine ausgewogenere Beteiligung der Gewinn und Vermögenseinkommen an den Kosten des Gemeinwesens, ist also nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit und der ökonomischen Vernunft, sondern auch eine entscheidende Frage der Haushalts- und Finanzpolitik. Das Sparpaket beantwortet auch diese Frage nicht.

LabourNet Germany:

<http://www.labournet.de/index.html>

Der virtuelle Treffpunkt der Gewerkschafts- und Betriebslinken

The virtual meeting place of the left in the unions and in the workplace

Datum: 03/05/2003 14:14:54

8.4. NEW AGE – Die sanfte Verblödung

© **Friedhelm Schneidewind**

»Dieses Jahrhundert ist sicher ein Jahrhundert großer Krisen, auch großer Möglichkeiten; und es scheint, daß in diesem Jahrhundert die Konsequenzen von sechstausend Jahren Menschheitsgeschichte und vier- bis fünfhundert Jahren neuzeitlicher Geschichte eine Deutlichkeit bekommen haben, die sie vorher nicht hatten. [...] Und ein unbegrenzter Fortschritt, der nur ein technischer, ein materieller Fortschritt ist und nicht zugleich eine größere Bewußtseins- und Wahrnehmungsreife enthält, kann nur katastrophal sein.« (Carl Friedrich von Weizsäcker)

Wir leben in einer seltsamen Zeit. Auf der einen Seite haben wir es in unserer Gesellschaft zu tun mit einer immer noch fanatischen Wissenschaftsgläubigkeit und -hörigkeit (wobei oft Wissenschaft mit Technologie verwechselt wird), auf der anderen Seite mit einer oft ebenso fanatischen Ablehnung alles Wissenschaftlichen oder Rationalen, die manchmal schon fast die Merkmale einer Hexenjagd annimmt. Da nimmt es denn nicht wunder, wenn in einer »Terra X«-Sendung neben Archäolog/innen und Anthropolog/innen Wünschelrutengänger/innen und Pendelbenutzer/innen auftreten - und den gleichen Rang an »Wissenschaftlichkeit« eingeräumt bekommen (was immer dies sein mag). Nach Meinung vieler Menschen leben wir schließlich im »New Age«, dem »Neuen Zeitalter«. Doch was bedeutet dieser eher nebulöse Begriff eigentlich?

Untersuchungen und Befragungen zufolge nimmt der Glaube an den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt kontinuierlich ab. Die meisten Jugendlichen glauben, daß das Leben für die Menschen in der Zukunft immer schwerer werden wird. Soziolog/innen sehen diese Zukunftsangst begründet in »der historisch neuen Zumutung an den einzelnen, sein Leben selbst zu führen, in einer Gesellschaft, die jegliche Einheitlichkeit und Überschaubarkeit in religiöser, politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht abgestreift hat... So lebt jeder nun in einer Welt, in der alles veränderbar erscheint und in der zugleich Entscheidungen unter Risiko getroffen werden müssen, was wiederum mit Angst verbunden ist.« (Hans Joachim Schulze)

Neil Postman kommt in seinem »Technopol« zum gleichen Schluß: »Wenn die Religion viel oder alles von ihrer Kraft verliert – wenn sie zu rethorischer Asche zerfällt –, dann entsteht unweigerlich Verwirrung darüber, woran man sich halten soll und wie man dem, woran man sich hält, Sinn geben kann.« Nach einer Umfrage des Allensbacher Instituts von 1991 beten von den 18- bis 24-jährigen Westdeutschen 30% nie, 9% machten keine Angabe, 17% beten selten und 19% nur in Notfällen – bleibt ein Viertel, daß regelmäßig betet...

Während auf der einen Seite eine zunehmende Intoleranz vor allem fundamentalistischer Religiöser zu beobachten ist durchaus gefährlichen Tendenzen – man denke nur an die Religionskriege zwischen Hindus und Moslems in Indien oder an die Einführung der Scharia im Sudan, aber auch an die gefährlichen Praktiken und den zunehmenden Einfluß der Scientology Church oder fundamentalistischer christlicher Sekten –, verlieren auf der anderen Seite nicht nur die alten Ideologien und Religionen an Reiz, sondern zunehmend auch die säkularen Sinnvermittlungssysteme – so der Glaube an den wissenschaftlichen Fortschritt, an die Technik und an wirtschaftliches Wachstum. Sie verleihen den Menschen in den hochindustrialisierten Ländern nicht mehr das Gefühl von Sicherheit. Das einstige Vertrauen, das Wissenschaft und Technik entgegengebracht wurde, schlägt um in tiefes Mißtrauen – bis hin zu irrationaler Technikfeindlichkeit.

In dieser Umbruchsituation, in der nach anderen Wert- und Orientierungsmaßstäben gesucht wurde, entstand in den 70er Jahren ein neues religiöses Bewußtsein. Gefordert wurde eine Umkehr, ein »Zurück-zu-den-Wurzeln«, eine neue Ursprünglichkeit und unmittelbare Erfahrbarkeit des Lebens. Natürlich war nur wenig davon wirklich neu; so greifen etwa viele Vertreter/innen der New-Age-Bewegung auf Gedanken und Schriften alter oder auch neuerer Religionsstifter, Philosoph/innen und Psycholog/innen zurück, oft in durchaus mißbräuchlicher Weise, so daß man dann etwa lesen kann, C. G. Jung könne »in gewisser Weise als ein Vorläufer der New-Age-Bewegung angesehen werden, die ebenfalls »transpersonale« Themen neu entdeckte und für die Beschäftigung mit der eigenen Person und Entwicklung nutzbar machen will« (Heiko Ernst/Ursula Nuber).

Inzwischen erfährt der Begriff »New Age« eine wahre Inflation in der Verwendung und wird immer schwammiger.

Angebot und Nachfrage

Schaut man sich einmal um auf dem »Markt der Möglichkeiten«, so gibt es dort, neben den alten, oft hausbackenen Angeboten der Weltreligionen und Ideologien, die exotischsten Dinge: Von der Fußreflexzonenmassage über Meditation, Schamanentanz und Yoga bis zu Reinkarnationstherapie, Tarot und Astrologie, Feuerlauf und Blütenberatung, spiritistischen Sitzungen, Pendeln und Gläserücken wird alles angeboten, wonach der Markt verlangt. Und das keineswegs nur in Deutschland; John Cornwell stellt 1991 in seinem Buch »Mächte des Lichts und der Finsternis« fest: »Beim Durchkämmen der Buchhandlungen an der Charing Cross Road war ich fasziniert von der Attraktivität der weitläufigen Abteilungen, in denen Religion, Philosophie und Okkultismus in einem mystischen Mischmasch nebeneinander standen. Jung'sche Psychologie und Johannes vom Kreuz waren in unmittelbarer Nachbarschaft von New-Age-Philosophie, Transzendentaler Meditation, Zen, Gaia-Ökologie, Hexenkult und Satanismus zu finden. Die großen Mystiker... wurden mit den (vergleichsweisen) Eintagsfliegen Parapsychologie, Selbsthilfe und Astrologie gleichgestellt.«

Es ist bereits unmöglich, über die fernöstlichen Religionen nebst allen alten Kulturen, die das New Age in sich vereint, informiert zu sein; um so schwerer ist es, seriöse Angebote von religiöser Schleuderware zu trennen. Natürlich gibt es Seriöses, Ernstzunehmendes, Gutes – aber auch jede Menge Geschäftemacher/innen und Ausbeuter/innen. In einem durchschnittlichen Buchladen findet man erheblich mehr »esoterische« Bücher als solche, die davor warnen; doch selbst überzeugteste Anhänger/innen von Esoterik, New Age oder Spiritualität geben zu, daß das meiste davon Schund ist oder einfach der Geldmacherei dient.

Proportional zum Bedürfnis nach Hoffnung und Sinngebung entwickelt sich das Geschäft mit der Zukunft: Sowenig es Nestlé interessiert, was mit den Kindern in der sogenannten »Dritten Welt« passiert, die mit Milchpulver, angerührt mit Wasser aus dreckigen Pfützen, ernährt werden, sowenig interessiert es so manche Heilsanbieter/innen, ob und wieweit Leute an ihren Produkten kaputtgehen (extrem gefährlich sind da gewisse Sekten). Diese Verbindung von Geschäft und Suche nach Sinngebung hat Pestalozzi einmal bezeichnet als »unheilige Allianz«, die zur »sanften Verblödung« führe: Das legitime Orientierungsbedürfnis werde mit nebulösen Illusionen nur scheinbar befriedigt.

Wo bleibt die Wasserfrau?

Die New-Age-Bewegung geht davon aus, daß die Ökologie- und Orientierungskrise äußeres Zeichen einer »Wendezeit« sei, eines tiefgreifenden Bewußtseinswandels, der alle gesellschaftlichen Bereiche verändern werde. Die These eines »Neuen Zeitalters« wird abgeleitet aus Erkenntnissen der – vor allem westlichen – Naturwissenschaften (besonders denen der Hochenergie- und Teilchenphysik), aus fernöstlichen Religionen und der Astrologie, deren Berechnungen zufolge die Menschheit in das neue »Age of Aquarius« (»Zeitalter des Wassermanns«) eintritt, nachdem sie in den vergangenen 2100 Jahren im Sternbild der Fische stand. (Hier werden selbst Feministinnen sexistisch – zumindest habe ich noch nichts vom »Zeitalter der Wasserfrau« gehört. Vielleicht sollten die New-Age-Vertreterinnen da bei der feministischen Theologie lernen...) Die Astrologie belegt das Wassermann-Zeitalter übrigens mit den Attributen »innere Harmonie« und »äußerer Friede«, »Idealismus« (verbunden mit humanitärer Gesinnung) und »Reifung der Persönlichkeit durch Spiritualität«.

Ein entscheidender Gedanke des New Age ist die »Transformation« des Menschen, der formale Autoritäten nicht mehr anerkennt, sondern sich auf seine eigenen unausgeschöpften Kräfte besinnt und Selbst-Bewußtsein entwickelt. »Das menschliche Bewußtsein ist im Begriff, eine Schwelle zu überschreiten, die so gewaltig ist wie jene vom Mittelalter zur Renaissance. Nachdem sie so viel harte Arbeit darauf verwendet haben, den äußeren Raum der physikalisch-naturwissenschaftlichen Welt zu erkunden, hungern und dürsten die Menschen nach einer Erfahrung, von der sie in ihrem Inneren fühlen, daß sie echt ist«, so M. C. Richards, einer der »Gurus« des New Age. Einer der Merksätze des New Age lautet nach Richards: »Der Mensch im Neuen Zeitalter denkt global und handelt lokal.« Daß diese Devise inzwischen zum Slogan vieler Umweltschutzbewegungen und Bürgerinitiativen wurde, ja sogar vom Bundesumweltamt als Devise verwandt wird (»Global denken, lokal handeln«) und laut Ökoteat inzwischen »das zentrale Motto der Umweltbewegung« ist, ist nur ein Indiz dafür, wieweit Gedanken des New Age heutzutage in der Bevölkerung verbreitet sind.

Viele Lehren des New Age sehen im klassischen Werk des Konfuzianismus, dem »I-Ching« (»Buch der Wandlungen«), eine Möglichkeit der Neuorientierung. Danach steht im Mittelpunkt der Lehre das innerste Wesen der Wirklichkeit – das »Tao«. Das sich ständig in Bewegung befindende Tao ist durch das Gegensatzpaar »Yin« (chin.: dunkel) und »Yang« (chin.: hell) genauer definiert. Jegliches Sein auf der Erde und in der Welt kann durch Yin und Yang beschrieben werden: Mit »Yin« verbunden sind Dinge und Eigenschaften wie Erde, Mond, Nacht, Winter, Feuchte, Kühle, Inneres, nachgiebig, bewahrend, empfänglich, kooperativ, intuitiv, nach Synthese strebend – es ist das »weibliche« Element. »Yang«, das »männliche« Element, steht für Himmel, Sonne, Tag, Sommer, Trockenheit, Wärme, Oberfläche, Stärke, fordernd, aggressiv, wettbewerbsorientiert, rational, analytisch.

Nicht – wie man mißverständlicherweise meinen könnte – das männliche Element »an sich« ist schlecht oder schädlich, sondern das Ungleichgewicht zwischen Yin und Yang. Die New-Age-Bewegung geht davon aus, daß das Yang-Element in der westlichen Kultur zu dominant sei, zum Beispiel das Rationale und Analytische. Es gelte, beide Qualitäten dadurch auszugleichen, daß dem Yin mehr Gewicht zugemessen werde.

In der Psychologie und Psychotherapie gibt es viele Formen und Strömungen, die New-Age-Aspekte beinhalten oder mit ähnlichen Wert- oder Zielvorstellungen arbeiten, etwa die »Transpersonale Psychologie«; deren Ziele sind »innere Erfahrung, das Erkennen des Selbst..., die Transzendierung... und schließlich die Selbstverwirklichung im Einklang mit den transpersonalen Werten«

(Ernst/Nuber). Daß dies quasi-religiöse Elemente beinhaltet, bedarf wohl ebensowenig der Erläuterung wie die Tatsache, daß diese Therapie, wie alle, die über eine Selbstentwicklung der Patient/innen hinaus auf »Werte« setzen, leicht zu Manipulationen führen kann. Insgesamt ist bei den modernen Strömungen der Psychotherapie, vor allem sogenannten »Humanistischen Therapien«, eine Hinwendung zu Aspekten, die auch in der Esoterik oder im New Age eine Rolle spielen, festzustellen; diese wollen »transpersonale Aspekte des menschlichen Daseins in die Therapie einbeziehen, also auch spirituelle oder religiöse Bedürfnisse, Sinnfragen, ethische und sonstige Probleme« (Ernst/Nuber).

Der Begriff »New Age« ist inzwischen – nein, er war es eigentlich von Anfang an – so diffus, daß es fast unmöglich ist, ihn sinnvoll abzugrenzen von Begriffen wie Esoterik, Spiritualität oder, z. B. in Musik und Literatur, »Neue Welle« (»New Wave«). Deshalb kann dies auch nur ein Versuch sein, allgemein etwas über das Phänomen New Age auszusagen und über einige der erkennbaren Hauptströmungen. Neben den hier bisher kurz dargestellten Richtungen, die sich teilweise auf wissenschaftliche Autoritäten wie Capra (»Wendezeit«) berufen, gibt es ein riesiges Spektrum von Formen, die teilweise nicht immer eindeutig dem New Age zugeordnet werden können – bis hin zu wirklich Gefährlichem, nicht nur für die Anwender/innen selbst, sondern auch für andere, etwa dem Satanskult.

Festhalten läßt sich aber für alle Spielarten des New Age, daß sie religiöse oder quasireligiöse Elemente beinhalten, ja teilweise selber den Charakter einer Religion annehmen. Ersetzt werden fehlende Geborgenheit und Spiritualität nach Ablegen »alter Zöpfe«, seien dies Religion, Ideologie, Fortschritts- oder Wissenschaftsgläubigkeit, durch neue Geborgenheit und Spiritualität im Rahmen neuer »Religionen« – auch wenn diese sich nicht so nennen.

Hexen, Juden, Wissenschaftler...

Natürlich ist die New-Age-Bewegung nichts wirklich Neues. Schon immer gab es neben den »offiziell« anerkannten Vorstellungen von der Wirklichkeit der Welt auch andere. In Zeiten, in denen die Kirche glaubte, die Welt erklären zu können, gab es Verbote nach beiden Seiten; Wissenschaftler wie Giordano Bruno landeten genauso auf dem Scheiterhaufen wie »Hexen« und »Zauberer«.

Die Wirklichkeit gestalten wir in unserem Kopf – ob man dies nun wie moderne Philosoph/innen »Konstruktivismus« oder wie eher spirituell Denkende »Illusion« oder »Projektion« nennt –, und wenn es in dieser »unserer Wirklichkeit« Hexen gibt, dann gibt es sie auch in der »echten Wirklichkeit«, in der allgemein anerkannten Realität – und wir können (und dürfen?) diese dann verbrennen.

Von den Hexenverbrennungen über die Vernichtung der Juden bis zu Rassismus, Sexismus und der offenen Wissenschaftsfeindlichkeit unserer Tage führt eine Linie. Wissenschaftlicher Rationalismus, dessen Überbetonung Anhänger/innen des New Age zu Recht kritisieren, wird ausgetauscht gegen vorwissenschaftlich-magische Beeinflussungspraktiken. Dagegen ist zunächst gar nichts zu sagen. Der Wissenschaftstheoretiker Paul Feyerabend schreibt in seinem epochalen Werk »Wider den Methodenzwang – Über die Anarchie der Erkenntnis«:

»Fast jedermann aber nimmt an, daß es so etwas wie eine wissenschaftliche Methode gibt, d. h. eine Reihe von Regeln, die das Geschäft der Wissenschaft lenken. Eine Prozedur, die den Regeln folgt, ist wissenschaftlich; eine Prozedur, die sie verletzt, unwissenschaftlich. Die Regeln werden nicht immer explizit aufgezählt, ja wir finden die Ansicht, daß der Wissen-

schaffter bei seiner Forschung die Regeln mehr ahnt, als daß er ihnen bewußt folgt. Noch wird auf der Unveränderlichkeit der Regeln bestanden. Daß es aber Regeln gibt, daß die Wissenschaft ihre Erfolge der Anwendung der Regeln verdankt, daß die Regeln ‚rational‘ sind in einem allerdings etwas nebelhaften Sinn, das gilt als ausgemachte Sache. [...]

Gibt es eine Grenze für die Ideen und die Theorien, die man vorschlagen kann? Ich glaube nicht. Jedenfalls kann die Methodologie keine solche Grenze angeben... Wenn man Regentänzen eine Wirkung auf die Natur abspricht, so gibt es dafür... weder unmittelbare noch mittelbare Gründe. Das Urteil beruht vielmehr auf einer Ideologie, die nie im einzelnen formuliert wird, für die man aber das gleiche Gewicht wie für wissenschaftliche Theorien beansprucht. Viele ‚wissenschaftliche Argumente‘ gegen Gedanken und Erscheinungen, die die Wissenschaftler nicht mögen, haben diesen ideologischen Charakter. [...]

Galilei verletzte wichtige Regeln der wissenschaftlichen Methode... hatte Erfolg, weil er diese Regeln nicht befolgte; die Mehrzahl seiner Zeitgenossen übersah grundlegende Schwierigkeiten, die damals bestanden... Die Unkenntnis war ein Segen. [...]

Wissenschaftler halten sich oft an eine spezielle Ideologie, ihre Ergebnisse sind bedingt durch die Prinzipien dieser Ideologie. Die Ideologie wird nur selten untersucht. Sie wird entweder nicht bemerkt, oder sie gilt als zweifellos richtig, oder sie ist so in die Forschung eingebaut, daß jede kritische Untersuchung zu ihrer Bestätigung führen muß. [...]

Daß nur die Wissenschaft Resultate hat, ist ganz offenkundig falsch. Jede Ideologie, jede Lebensform hat Resultate... Und die Behauptung der Wissenschaftler, allein brauchbare Methoden und Erkenntnisse zu besitzen, erweist sich damit als ein Zeichen nicht nur ihrer Einbildung, sondern auch ihrer Ignoranz. [...]

Wir verdanken der Wissenschaft unglaubliche Entdeckungen. Wissenschaftliche Ideen haben unseren Geist geklärt und unser Leben verbessert. Andererseits hat die Wissenschaft positive Errungenschaften früherer Zeiten verdrängt und dadurch unser Leben wichtiger Möglichkeiten beraubt. Genau dasselbe gilt von den uns heute bekannten Mythen, Religionen, magischen Lehren. [...] Und diese haben außerdem auch noch genau erkannt, daß der Versuch einer rationalistischen Erforschung der Welt seine Grenzen hat und beschränktes Wissen hervorbringt.

Im Vergleich mit diesen Errungenschaften stehen die Wissenschaft und die sie begleitende rationalistische Philosophie weit zurück – aber übersehen wir diesen Nachteil. Behalten wir bloß die eine Lehre, daß es viele Weisen des In-der-Welt-Seins gibt, jede mit ihren Vorteilen und ihren Nachteilen, und daß sie alle nötig sind, um uns zu Menschen im vollen Sinn des Wortes zu machen und die Probleme unseren Zusammenlebens in dieser Welt zu lösen.«

Carl Friedrich von Weizsäcker fragt völlig zu Recht: »Was berechtigt mich, das allen Zugängliche für realer zu halten als das nur mir Zugängliche?« Diese Frage – sowohl in dieser wie auch in der umgekehrten Richtung – kann und muß man natürlich auch den Vertreter/innen von Religionen und Ideologien, den Psycholog/innen oder den Anhänger/innen des New Age stellen...

Der Weg der Wissenschaft verlief nie so geradlinig, wie es deren Vertreter/innen gerne sehen. Der Blick zurück läßt uns Wissenschaftsgeschichte erscheinen als ein kumulatives Wachstum von Erkenntnis. Betritt man diesen »scheinbar so wohlgeordneten

Garten der Erkenntnis« (Thomas Cremer) jedoch von der anderen Seite, eröffnet sich uns ein Irrgarten.

Eine Erkenntnis hat nicht mehr »automatisch« eine bestimmte andere zur Folge; es eröffnen sich unzählige Alternativen, von denen viele jahre- oder jahrhundertlang als die »richtigen« angesehen wurden, obwohl wir heute wissen - oder zu wissen vermeinen -, daß sie die falschen waren. Dies lag nicht unbedingt an Unwissenheit, auch nicht an der Unkenntnis verfügbaren Wissens oder fahrlässigen Irrtümern der damaligen Wissenschaftler/innen, auch wenn all dies oft eine Rolle gespielt hat. Die Weltbilder der Wissenschaftler/innen waren beeinflusst von den geistigen Strömungen ihrer Zeit, etwa der altherwürdigen Theorie der Urzeugung seit Aristoteles, vom Glauben an immaterielle Lebensprinzipien, von der Vorstellung einer zielgerichteten Evolution als Ausdruck »vitalistischer Kräfte«. Weltbilder verändern sich im Zusammenhang mit der Veränderung des Wissens; beides ist nicht voneinander losgelöst zu betrachten.

Nach der Evolutionären Erkenntnistheorie sind unsere Wahrnehmungs- und Denkstrukturen so angelegt, daß sie aus der Fülle der Informationen selektiv wahrnehmen und dieses Wahrgenommene zu einem beschränkten, aber für das Überleben nützlichen Weltbild verarbeiten. Zunächst – sowohl im Rahmen der Phylo- als auch der Ontogenese, also sowohl der individuellen als auch der stammesgeschichtlichen Entwicklung – wird dieses Weltbild für die gesamte objektiv existierende Umwelt gehalten. Informationslücken spielen keine Rolle, können sogar zweckmäßig sein, solange das Weltbild überlebensadäquate Reaktionen erlaubt.

Ein klassisches Beispiel hierfür ist der »Weltbildapparat« der Zecke, der für den Beute»fang« nur mit den Informationen »Buttersäure« (zum Fallenlassen) und »Temperatur der Haut« (zum Festsaugen) auskommt. Unterdrücken »unwesentlicher« Informationen kann ebenso notwendig sein wie die Fähigkeit, die Bedeutung »wesentlicher« Informationen zu verstärken. »Unwesentlich« und »wesentlich« erhalten ihre Bedeutung hier im Kontext des Überlebens bzw. der Fortpflanzungsfähigkeit. »Wahre« Erkenntnis – falls es so etwas überhaupt geben sollte – ist im Sinne des Überlebens unwichtig, manchmal vielleicht gar nicht wünschenswert.

Dies kann man analog betrachten für die kulturelle Evolution und damit auch die Entwicklung im Bereich der Ideologien und Wissenschaften. Die drohende Verbrennung oder auch die Verbannung aus dem Wissenschaftsbetrieb mögen durchaus Gründe sein, als »wahr« Erkanntes nicht wahrhaben zu wollen...

Es ist enorm wichtig, zu erkennen, wie beschränkt der Bereich ist, in dem man mit Hilfe der wissenschaftlichen Methode etwas aussagen kann – allerdings auch, wie extrem aussagestark diese Methode dafür in diesem beschränkten Bereich ist - und welche, keineswegs selbstverständlichen, Voraussetzungen man als gegeben hinnehmen muß, um Aussagen mittels dieser Methodik machen zu können. (Eine hervorragende und vor allem leicht verständliche Darlegung der Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaft sowie der notwendigen Voraussetzungen und Annahmen gibt im Rahmen seiner Darstellung der Evolutionären Erkenntnistheorie Rupert Riedl in seinem Buch »Biologie der Erkenntnis«.)

Für viele Menschen unserer Zeit ist Wissenschaftsgläubigkeit immer noch eine Art Ersatzreligion. Dagegen wehren sich immer mehr auch Wissenschaftler/innen:

»Wissenschaft füllt in der säkularisierten Welt die Lücke der Heilserwartung. Ihre (angebliche) Sicherheit in den All-Aussagen und die Undurchsichtigkeit ihrer Erkenntniswege verleihen ihr den Charakter der Unbedingtheit und Unänderlichkeit. Diesem neuen Aberglauben unterwerfen sich Menschen, als wäre die übermächtige Wissenschaft nicht

selbst Menschenwerk. Dagegen hilft nur Aufklärung! Aufklärung sowohl durch die Wissenschaft als auch über sie. Aufklärung als menschliche Gesamtorientierung, die das Bewußtsein schärft, so daß der Mensch seinen Standort in der Welt findet und sich diesem Selbstverständnis gemäß zu handeln in die Lage versetzt fühlt.» (Jürgen Langlet)

Es ist in unserer Zeit notwendiger denn je, die Grenzen der Wissenschaft zu erkennen, und viele einsichtige Wissenschaftler/innen wie etwa Planck, Heisenberg oder Einstein haben das schon früh getan.

Doch in der New-Age-Bewegung wird aus berechtigter Wissenschafts- und Technologiekritik oft beinahe eine »Hexenjagd« gegenüber Wissenschaftler/innen.

In seiner Geschichte »Verbrennt die Hexer« hat der amerikanische Science Fiction-Autor James E. Gunn schon 1956(!) vor den Gefahren übertriebener Wissenschaftsgläubigkeit ebenso gewarnt wie vor denen einer überzogenen Kritik (wobei in dieser Geschichte auch Nationalismus und Anti-Kommunismus/McCarthyismus eine gewichtige Rolle spielen). Die Universitäten brennen; einige überlebende Wissenschaftler versuchen, sich als »Hexer« und »Schamanen« in die neue Gesellschaft einpassen, wo sie von der neuen Wundergläubigkeit profitieren. Gunn bietet keine Lösung, aber schreibt manches Bedenkenswerte – in beide Richtungen:

»Der Mensch ruinierte sich selbst. Nur er brachte das fertig. Die Pest hieß Intellektuellenhaß. Es erschien naturgemäß und menschlich, daß sich die Leute dem ewigen Zwang zum Fortschritt entziehen wollten, daß sie ein einfaches, gesünderes Leben anstrebten. Aber im Grunde bedeutete diese Haltung ein Verleugnen aller Dinge, die den Charakter des Menschen ausmachten. Sie wandte sich gegen jenen Kern im Menschen, der ihn von den blinden Kräften des Universums unterschied, und drängte ihn zurück auf die Stufe von Pflanze und Tier, die sich – gewiß auch eine Methode zum Überleben – ihrer Umgebung anpaßten, anstatt sie nach ihrem Willen zu formen... Die Naturwissenschaften waren eine Ausdrucksform der menschlichen Lebensart. [...]

Der Kampf gegen die Wissenschaften zog sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte, eine Antithese zu der These, daß der Mensch seine Umgebung besiegen könne. Manchmal verlor er sich, dann trat er wieder in den Vordergrund – aber stets hatte der Konflikt zu einer neuen Synthese geführt. [...]

Wahrheit bedeutet Macht, und die Wahrheit ist eine Waffe gegen die Gesellschaft. Die Gesellschaft beruht auf Konventionen, nicht auf der Wahrheit, und sie muß ihre lebenswichtigen Lügen schützen oder zugrunde gehen.

[...] Was immer die Gesellschaft sein mag, sie ist gut, und was immer sie tun mag, es ist richtig – ob sie Pyramiden baut, Volksaufwiegler kreuzigt, der Mutter eines Ketzers die Brüste abschneidet oder Hexen verbrennt. Die wichtigste Funktion der Gesellschaft besteht darin, ihre eigene Stabilität zu erhalten...' [...]

Auch die Zauberer und Hexenmeister des Mittelalters hielten sich für Weise, und ihre Experimente dienten dazu, die Natur zu überlisten. Ein Hexer... besitzt Macht über die Natur, die dem gewöhnlichen Sterblichen geheimnisvoll erscheint, weil er sie nie erlangt...' [...]

In unserem Eifer, die Umwelt, das All zu besiegen, erkannten wir zu spät, daß die Gesellschaft ein fester Bestandteil dieser Umwelt ist. Als die Natur aufhörte, unsere Existenz zu bedrohen, übernahm die Gesellschaft ihre Rolle... Und eines Tages begann die Gesellschaft, die Macht, die sie von uns erhalten hatte, gegen uns zu richten...' [...]

„Sie werfen dem Volk vor, daß es mehr Wert auf Sicherheit legt als auf Wahrheit... Aber im Grunde strebt niemand nach mehr Sicherheit als Sie... Das Volk sucht Sicherheit in menschlicher Gesinnung, im Glauben, in der Zusammengehörigkeit. Sie dagegen suchen Ihre Sicherheit in einem absoluten Gesetz. Das eine wie das andere bringt Stagnation und damit den Untergang. [...] Die einzige Konstante in dieser Welt ist die Entschlossenheit des Menschen, seinem Tod einen Sinn zu verleihen und das Leben bis zum Tod als Herausforderung zu betrachten – als Herausforderung, das Universum zu erobern.«

»Stets hatte der Konflikt zu einer neuen Synthese geführt...« – so einigermaßen stimmt das ja, auch wenn dies Millionen von Menschenleben, nicht »nur« die verbrannten Hexen, gekostet hat. Derzeit jedoch scheinen wir von einer sinnvollen Synthese weit, zu weit, entfernt zu sein.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt des New Age, den man nicht außer acht lassen sollte und auf den Horst-Eberhard Richter in seinem Buch »Umgang mit Angst« hinweist: die Tendenz vieler esoterisch oder spirituell ausgerichteter Menschen, die praktische Politik, das pragmatische Arbeiten an und in dieser Welt für nicht wichtig zu halten und sich dem zu entziehen:

»Das Steckenbleiben der verschiedensten revolutionären oder reformistischen Initiativen beim Versuch einer konstruktiven gesellschaftlichen Umstrukturierung bewog in letzter Zeit wachsende Gruppen, aus den bedrückenden Zwängen der materiellen Welt überhaupt aussteigen zu wollen und das Heil allein in einem neuen Bewußtsein zu suchen. Diesen Weg sind insbesondere viele Jüngere nach 1968 gegangen, als ihr politischer Kampf für eine neue Gesellschaft in einer deprimierenden Niederlage endete. [... In manchem erinnern die New-Age-Bewegung an jene magisch-mystische Heilssuche, wie sie dem untergehenden mittelalterlichen Lebensgefühl gefolgt war. Bediente man sich damals eher arabischer und jüdischer Vorlagen, so entfalten jetzt fernöstliche esoterische Traditionen die größte Anziehungskraft. [...]

Zweifel sind indessen berechtigt, ob in dieser neuen Heilsgewißheit des New Age nicht nur eine Verlagerung der Allmachtsphantasie vom technischen Fortschrittsmythos zu einem spiritualistischen stattgefunden hat. Daran läßt der Glaube an die automatisch weltverändernde Kraft eines Bewußtseins denken, das sich auf die eine oder andere holistisch-monistische Theorie stützen soll. – Sicher bietet diese Bewegung für viele ihrer Mitglieder... eine innerlich zutiefst befriedigende Sinnerfahrung. Andererseits entzieht sie dem engagierten Widerstand gegen die politischen Kräfte des destruktiven Expansionismus und Militarismus ein beträchtliches Potential, da die meisten ihrer Gruppen einen heilvollen Wandel nicht über praktische politische Einmischung, sondern direkt aus der Kraft des gewandelten Bewußtseins erwarten. Sie erleben sich auf einer höheren Seinsstufe, und vielen scheint es, als habe sie die spiritualistische Erhebung auf die einzig wesentliche Existenzebene geführt, von der aus sie eher bedauernd auf die engagiert Besorgten blicken, die sich mit den politischen Kräften des Stärkekults wieder und wieder in strapaziöse Kämpfe einlassen. – Diese Kämpfe sind indessen unentbehrlich... [...]

Recht haben die vielen regionalen Basisinitiativen, die engagierten Ärzte, Lehrer, Naturwissenschaftler und Juristen, die Frauen- und Jugendlichengruppen, die insgesamt darauf bestehen, daß ihre Angst um das künftige Leben auf der Erde ernst genommen wird. Recht haben sie, daß ein neues Denken in Weltverantwortung nicht in esoterischen Sonderkulturen zu pflegen, sondern unmittelbar der realen Politik vorzuschreiben ist, was heißt, daß man einer destruktiven Risikopolitik unverzüglich praktisch in den Arm fällt.«

Nur mit Methoden des New Age lassen sich die Probleme der Menschheit – Hunger, Umweltverschmutzung, Rüstungswahnsinn usw. – nun einmal ebensowenig lösen wie mit den Mitteln der Technik, der Naturwissenschaften allein. Daß Naturwissenschaften und Technik notwendig sind, um unsere Probleme zu lösen, ist den meisten Menschen wohl einsichtig, denn »die Überwindung von Hunger, Armut und Not durch Technik ist einfach ein Faktum« (Carl Friedrich von Weizsäcker). Ebenso ein Faktum sind aber auch die Probleme, die Technologie und Ausbeutung der Natur mit sich gebracht haben und noch bringen; die Technologie muß weiterentwickelt werden, doch das in eine humane Richtung und vor allem demokratisch kontrolliert - und gerade daran mangelt es in unserer Gesellschaft.

Unter anderem dafür, aber auch für alle anderen Bereiche unserer gesellschaftlichen Entwicklung brauchen wir die Philosoph/innen, die religiös, spirituell oder ethisch Motivierten, eine Entwicklung unseres Bewußtseins, unserer Erkenntnis und unserer Ethik – wobei die Kreuzzüge, die Hexenverbrennungen und die Ergebnisse von 500 Jahren Conquista zeigen, daß religiöse oder ähnliche Motive ebenfalls zu den grausamsten Ergebnissen führen können, vor allem, wenn sie sich mit wirtschaftlichen Interessen verbinden - und wir haben heute z. B. mit den blutigen Kämpfen zwischen Hindus und Moslems in Indien aktuelle Beispiele vor Augen.

Wir brauchen weltweit eine Zusammenarbeit von Technologie und Spiritualität, von Intellektualität und Emotionalität. Wir brauchen aber zugleich eine echte Trennung von Religiosität /Spiritualität und Gesellschaft oder, klassisch formuliert, von Kirche und Staat. Jeder Mensch hat das Recht auf seine eigene spirituelle, religiöse oder nicht-religiöse Haltung, aber kein Mensch hat das Recht, diese für andere verbindlich zu erklären oder die daraus folgenden gesellschaftlichen Konsequenzen anderen aufzuzwingen.

Wir brauchen Rationalität und Spiritualität nicht nur im gesellschaftlichen Bereich, sondern auch im privaten – aber ohne Zwang! Jeder Mensch muß die Möglichkeit haben, skeptisch zu bleiben gegenüber einigen oder allen Formen der Religiosität, jeder Mensch muß Agnostiker oder Agnostikerin sein dürfen:

»Was wir in einem Überschwang an Aufklärung als Aberglaube abgetan haben, muß wieder zu seinem Recht kommen. Aber nicht in dieser heruntergekommenen Art, wie es nun wieder große Konjunktur in der Esoterik bekommen hat. Diese abgetakelte Anthroposophie und all das sind im Grunde

dogmatisch und gnostisch. Ich will Agnostiker bleiben und zu diesem unaufgeklärten Rest in meiner Person ein ironisch-metaphysisches Verhältnis haben.« (Arnfried Astel)

Dieser Meinung kann ich mich absolut anschließen!

Glücklicherweise gibt es in vielen Religionsgemeinschaften tolerante Menschen und Funktionäre, die es zu unterstützen gilt, um der gefährlichen »Re-Fundamentalisierung« (Hans Küng) in fast allen Religionen entgegenzuwirken. Ein leuchtendes Beispiel für Toleranz ist der Dalai-Lama, der auf dem Kirchentag 1993 in München ausführte:

»Es ist sicher meine Meinung, daß Buddhismus für mich das Beste ist, aber das heißt nicht, daß Buddhismus für andere auch das Beste ist. ... sehr wichtig, verschiedene Erfahrungen aus unterschiedlichen Traditionen aufzunehmen. [...] Keine Religion kann alle Menschen erfüllen... notwendig, daß es eine Vielzahl von Religionen geben muß.«

In beiden Bereichen, dem geistig-spirituellen ebenso wie dem naturwissenschaftlich-technologischen, bedarf es der Toleranz und der Freiheit - und zugleich einer vernünftigen Weiterentwicklung, denn »ein unbegrenzter Fortschritt, der nur ein technischer, ein materieller Fortschritt ist, und nicht zugleich eine größere Bewußtseins- und Wahrnehmungsreife enthält, kann nur katastrophal sein« (Carl Friedrich von Weizsäcker).

Alle am Überleben der Menschheit Interessierten müssen zusammenarbeiten, sich gegenseitig Kompetenz in ihrem jeweiligen Bereich zusprechen und vor allem – bis zum Beweis des Gegenteils – den guten Willen bei den jeweils anderen unterstellen. Denn nur gemeinsam können wir die riesigen Aufgaben der Zukunft bewältigen - und darum geht es ja schließlich: »ums miteinander Überleben oder gegeneinander Untergehen« (Hanns Dieter Hüsch).

Von allen Seiten muß Toleranz geübt werden, wenn wir überleben wollen. Toleranz kommt übrigens vom lateinischen »tolerare« – »ertragen«...

Der Text ist entnommen dem Buch »...wie schmelzen deine Blätter«, illustriert von Ulrike Schneidewind.

8.5. Die Hilflosigkeit der Politik Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns

Ralph Graf (Internet 27.07.04)

Der Reformeifer und politische Gestaltungsoptimismus beim Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung ist einer frustrierten Ernüchterung gewichen. Die Widrigkeiten und Nöte des Regierensalltags fordern ihren Tribut. Die (Zu-)Stimmung beim Publikum schwindet und die Absichtserklärungen und Formelkompromisse des Koalitionsvertrages werden in den Mühlen des Regierungsgeschäfts zermahlen. Die Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen staatlichen Handelns und über die politischen Ziele und Perspektiven der rot-grünen Regierung im besonderen wird dadurch neu entfacht.

Das Strategiepapier von Gerhard Schröder und Tony Blair (1999) über den "Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten" kommt daher zur rechten Zeit. Es ist Auslöser einer breiten und unvermeidlichen Debatte über Inhalte und Ziele sozial und ökologisch orientierter, somit linker Reformpolitik unter den Bedingungen fortschreitender Globalisierung.

Die Botschaft von Blair und Schröder ist eindeutig: Mehr Vertrauen in die regulierende Kraft des Marktes, mehr individuelle Verantwortung und Risikobereitschaft auf der einen, weniger staatliche Intervention und staatlich garantierte soziale Sicherheit auf der anderen Seite (vgl. Klönne 1999). Die Position Schröders ist weder neu noch überraschend. Schon vor einigen Jahren provozierte er mit seinem Plädoyer für eine "moderne Wirtschaftspolitik", die sich nicht in eine rechte oder linke Variante differenzieren, sondern lediglich von einer "unmodernen" Politik unterscheiden lasse, die eigenen Reihen (vgl. Graf 1996).

Mittlerweile ist einiges passiert. Schröder und seine Anhänger fühlen sich bestätigt: Nach der vorherrschenden Lesart schreitet die Globalisierung unaufhaltsam voran, die nationalstaatlichen Handlungsspielräume insbesondere gegenüber der Ökonomie schwinden zusehends, also sind staatliche Interventionen, die den Verdacht nähren könnten, die unternehmerische Freiheit und die Renditeansprüche der ökonomischen Akteure würden beschnitten, tunlichst zu vermeiden. Lafontaines Rücktritt läßt sich als Eingeständnis des Scheiterns keynesianisch orientierter Steuerungsversuche verstehen, und sein Konfrontationskurs gegenüber der Bundesbank hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Die Absage an eine expansive, also wachstumsstimulierende Finanzpolitik und die beabsichtigte Rückführung der Staatsschulden gelten weithin als "verantwortungsvolle" Politik. Angesichts hoher Zinslasten können weitere Schritte zur Konsolidierung der Staatsfinanzen als unvermeidlich und als Beitrag zur "Zukunftssicherung" präsentiert werden. Überdies zeigt ein Blick auf andere entwickelte Länder, daß sich die Regierungspraxis – gleich wer regiert – mehr und mehr angleicht. Differenzen in den kulturellen und institutionellen Gegebenheiten bestehen selbstredend nach wie vor, aber die Trias Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung bildet den Fluchtpunkt staatlichen Handelns und des postfordistischen Zeitalters gleichermaßen. Insofern könnte man das Schröder/Blair-Papier auch als überfälliges Abräumen programmatischer Altlasten und Beschreibung des politisch "Machbaren" interpretieren. Und in der Tat: Eine Diskussion über die Möglichkeiten nationaler Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung wird die Beobachtung nicht ignorieren können, daß die Politik zunehmend hilflos am Gängelband der Finanzmärkte geführt wird. Ein Staat, der sich nicht unternehmerfreundlich zeigt und das "Vertrauen der Märkte" verliert, macht den eigenen nationalen Standort für Anlage suchendes Kapital uninteressant und wird mit Kapitalentzug abgestraft. Die um sich greifende Shareholder-Value-Orientierung der Kapitaleigner, die die Unternehmenspolitik mit einem nur schwer abweisbaren Erwartungsdruck deutlicher Renditesteigerungen konfrontiert (vgl. Hirsch-Kreinsen 1998), zielt mutatis mutandis auch auf die nationalen Standortbedingungen. Folgt man den herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Überzeugungen, geht es genau darum: Die nationale Gesellschaft möglichst zu "verschlanken" und wettbewerbsfähig zu machen, also ihre Ressourcen kapitalfreundlich zu kanalisieren und zu formieren – bei Strafe des Verlusts von Markt- und Machtanteilen unter der Knute der Weltmarktkonkurrenz, mit der sich auch noch trefflich argumentieren läßt.

Wie es einem ergehen kann, wenn man sich einer angebotspolitischen Orientierung und der Definitionsmacht der Finanzmärkte zu widersetzen gedenkt, bewies Lafontaines kurzes und freudloses

Gastspiel als Finanzminister. Wenn es also keine oder kaum durchsetzungsfähige Alternativen zu einer mehr oder weniger

marktdominierten Politik der Standortsicherung gibt, warum soll man sich dann den Nöten und Frustrationen einer Politik der sozialen und ökologischen Zählung des Kapitalismus aussetzen? Dagegen verschafft die neue sozialdemokratische Tugend der Entfaltung der Marktkräfte und der Förderung der Eigeninitiative angenehme politische Entlastung und wahrscheinlich ausreichende Legitimation. Regieren soll schließlich auch Spaß machen!

Die Politik des "Als-ob"

So öffnet sich die Schere politischer Vorhaben und Parolen und faktischer Ohnmacht immer weiter und zerreißt den Raum des Politischen oder überläßt ihn dem Rennen um Vorteile im globalen Wettbewerb einerseits und der bloß symbolischen Inszenierung von Politik andererseits. Die öffentliche Bühne wird von Scherenschnitten des "Als ob" und des Quasihandelns der staatlichen und politischen Akteure besetzt. Mit der gelungenen symbolischen Darstellung politischer Kompetenz und Handlungsfähigkeit lassen sich durchaus Wahlen gewinnen. Analog der ökonomischen Sphäre werden infolgedessen im politischen System die Marketingabteilungen und die mediale Vermittlung immer bedeutender und schneller deren Etats an. Ähnlich dem Luftturm des Leihkapitals und des Börsenwesens wird die Politik selbstbezüglich und erzeugt ihre eigenen (fiktiven) Realitäten. Der massenmedialen Selbststilisierung von Politik mag man einen gewissen Unterhaltungswert nicht absprechen. Aber mit ihr geht die Rücknahme demokratischer Ansprüche und der Verlust politischer Urteilskraft einher. 1 Das Publikum unterliegt den Tendenzen politischer Entmündigung, Desorientierung und Apathie. Wenn die Gesellschaft schon wenig veränderbar ist, soll sie auch nicht eingesehen werden dürfen.

Luhmanns "radikaler Steuerungspessimismus"

Diesen Zustand der Politikrestriktion scheint die Systemtheorie Luhmanns trefflich zu erfassen. "Das politische System kann ... nur sich selbst steuern", lautet die Diagnose Luhmanns (1988, 338). Aus systemtheoretischer Sicht ist das politische System ein gesellschaftliches Teilsystem neben anderen. Es ist weder hierarchische Spitze der Gesellschaft noch ihr Steuerungszentrum. Nach Luhmann gilt die "selbstreferentielle Geschlossenheit" (Selbstbezüglichkeit) der gesellschaftlichen Teilsysteme explizit auch für das politische System, das aufgrund seiner spezifischen Codierung nach dem Schema Regierung/Opposition in seiner Wahrnehmungs- und Handlungsfähigkeit restringiert wird. Nur das, was Ämter verschafft oder öffentliche Unterstützung findet, wird von der Politik aufgegriffen und über die "Steuerungsmedien" Recht und Geld in "bindende Entscheidungen" umgesetzt. Zwar sei die Produktion "kollektiv bindender Entscheidungen" (Luhmann 1986, 169) die Funktion des politischen Systems, doch dies dürfe nicht mit der Steuerung der Teilsysteme und der Gesellschaft durch die Politik verwechselt werden. Denn die "Medien" Recht und Geld könne das politische System nur einsetzen, indem es diese Ressourcen anderen Funktionssystemen (dem Rechts- und Wirtschaftssystem) entziehe. Dabei müssen deren je eigene Funktionsvoraussetzungen und -logik respektiert werden. Folgerichtig plädiert Luhmann für ein restriktives Politikverständnis, das die aus der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft und der spezifischen Codierung der Teilsysteme resultierenden engen Grenzen politischer Steuerung zur Kenntnis nimmt und akzeptiert. Demgegenüber würde eine expansive Politik – wenn auch ungewollt – sehr schnell Funktionsstörungen in anderen Systemen nach sich ziehen.

Luhmann führt weitere Argumente und Beobachtungen an, die seinen "radikalen Steuerungspessimismus" (Scharpf) nachvollziehbarer machen. Er sieht vor allem drei Probleme: Das erste Problem bestehe in der *Gleichzeitigkeit* gesellschaftlicher Prozesse. Während eines Steuerungsversuchs passiere "milliardenfach" etwas anderes, was weder erfaßt, geschweige denn beeinflußt werden könne. Ein weiterer – damit zusammenhängender – Problempunkt zeigt sich in Luhmanns Verständnis von Steuerung

als *Ereignis*. Allein schon die Ankündigung politischer Maßnahmen "wirkt als ein Steuerungsereignis, das schon als Ereignis wirkt und wirken soll. Und da die Ereigniseffekte rascher wirken als die intendierte Änderung der Bedingungen künftigen Handelns, macht die Steuerung die Steuerung selbst oft obsolet" (Luhmann 1989, 8).

Auch das dritte Argument, das Luhmann anführt, hängt letztlich mit der *Komplexität* moderner Gesellschaften zusammen. Politische Steuerungsversuche erzeugen zwar durchaus Effekte, die aber nur allzu oft die Steuerungsintentionen konterkarieren. "Es kann sich dabei

- 1) um unerwartete und/oder um unerwünschte Nebenfolgen handeln oder
- 2) um die sogenannten ‚Vollzugsdefizite‘ und schließlich
- 3) um die sogenannten ‚self-fulfilling‘ oder in diesem Falle eher ‚self-defeating prophecies‘" (Luhmann 1988, 329).

Luhmanns Thesen lesen sich wie eine Bestandsaufnahme bisheriger rot-grüner Politik. Man verfolgt die besten Absichten und muß sich schließlich mit Vollzugsproblemen und – schlimmer noch – mit nicht-intendierten Nebenfolgen herumschlagen, die in Politik und Gesellschaft allerlei "Aufregungsschäden" (Luhmann) verursachen.

Luhmanns Steuerungspessimismus liegt in der Annahme der funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften und ihrer in selbstreferentieller Geschlossenheit operierenden Teilsysteme begründet. Daher weist Luhmann entschieden die These oder Erwartung zurück, daß das, was von den Teilsystemen nicht an Selbststeuerung erbracht werden könne, vom politischen System bewältigt werden müsse. Solche Vorstellungen kollidieren "hart mit dem Faktum funktionaler Differenzierung, das es ausschließt, daß Systeme wechselseitig füreinander einspringen können" (Luhmann 1988, 325). In den überaus dynamischen, äußerst komplexen und an extrem kurzen Gegenwarten orientierten modernen Gesellschaften könne politische Steuerung vermutlich nur noch darin bestehen, "Signale zu setzen und Signale zu revidieren und die davon ausgehenden strukturellen Effekte nur noch als Anlaß für weitere Signale zu beobachten" (Luhmann 1989, 8).

Selbstverständlich können gegen Luhmanns Sicht der Dinge grundsätzliche Einwände formuliert werden. So wird kritisiert, daß sein abstrakter Politikbegriff die Mikrostrukturen der vielfältigen politischen Handlungszusammenhänge, die "intersystemischen Politiknetzwerke" (vgl. Schimank 1996, 263), nicht in den Blick bekommt und daher die Möglichkeiten der politischen Gesellschaftssteuerung zwangsläufig unterschätzt. Das systemtheoretische Modell Luhmanns sei ungeeignet, die Komplexität der politischen Prozesse und Interaktionen zu erfassen. Insbesondere seien die Teilsysteme nicht so scharf voneinander getrennt wie Luhmann unterstellt. Die wechselseitige Durchdringung der jeweiligen Teilsysteme bleibe daher unterbelichtet.³

Der Staat "als höchst inhomogener Akteur"

Aber auch ein akteurs- und handlungstheoretisch orientierter Ansatz kommt nicht umhin, enge Grenzen politischer Steuerung zu konstatieren. Dabei kommen aber mehr die Schwierigkeiten der *Steuerungsfähigkeit* (im Unterschied zur Steuerbarkeit) in den Blick.

Alein schon aus dem quantitativen Wachstum der Verwaltungen erwächst ein gewichtiges Macht- und Störpotential. Die Organisations- und Bestandsinteressen der Bürokratie, ihre Arbeitsroutinen und selektive Problemsicht prägen und restringieren sowohl die politische Programmentwicklung als auch den Vollzug politischer Entscheidungen und Programme (vgl. Jänicke 1986).

Im Zuge umfassender Staatsaktivitäten wird die Politik aber nicht nur von der Bürokratie, sondern auch von gesellschaftlichen Organisationen, Verbänden und privaten Gremien in ihrer Souveränität eingeschränkt. Diese stehen in einer unmittelbaren funktionalen Beziehung zu Staat und Politik. Die zahlreichen und engen Beziehungsgefüge vor allem zwischen Verbänden und (großen) Unternehmen einerseits und Parteien, parlamentarischen Ausschüssen und administrativen Ressorts andererseits erzeugen *intermediäre* und *parastaatliche* Strukturen und informelle Beziehungen, die quasi wie ein Filtersystem wirken, das selektiv Entscheidungen wie auch "non-decisions" produziert. Diese "Verbundsysteme der Problembearbeitung" (Offe) steigern die hohe Binnen-

komplexität des Staates. Da in der Regel staatliche Programme und Maßnahmen ohne die Unterstützung oder zumindest Duldung der Politik- und Normadressaten kaum durchführbar sind, erhöht sich der Kooperations- und Abstimmungsbedarf mit den gesellschaftlichen Akteuren. "Verhandlungssysteme" prägen den Politikprozeß (vgl. Scharpf 1998).

"Dialog", "Konsens", "Kooperation" mit den Adressaten staatlicher Politik sind daher stilbildende Redefiguren der rot-grünen Bundesregierung. Dies ist der Versuch, das "Staatsparadox", die zunehmende Diskrepanz zwischen Souveränitätsverlust und Allzuständigkeit des Staates, in ein "bearbeitbares Dilemma" (Blanke/von Bandemer 1999) zu transformieren.

Es muß sich aber erst noch zeigen, wie weit diese Politik trägt, ob sie wirklich geeignet ist, Probleme auf dem Arbeitsmarkt und der sozialen Sicherung etwa politisch bearbeitbar zu machen, ohne die Tendenzen der gesellschaftlichen Spaltung und Desintegration zu forcieren. Zweifel sind allerdings angebracht. Während die Interessenvertreter der Unternehmen immer unverblümt ihre Forderungen nach Lohnmäßigung, Flexibilisierung des Tarifvertragssystems und Privatisierung sozialer Risiken hinausposaunen und damit beim Kanzler zumindest auf offene und verständige Ohren stoßen, bleibt den Gewerkschaften kaum mehr, als hinhaltenden Widerstand zu leisten. Der Zeitgeist trägt marktoptimistische Züge. Doch die zu positive Sicht der Steuerungsleistungen des Marktes blendet einige nicht unerhebliche gesellschaftliche Sachverhalte aus (vgl. Graf 1998). Daß wir immer noch in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, die durch Herrschafts- und Machtverhältnisse gekennzeichnet ist, wird weitgehend dethematisiert. Auch die damit zusammenhängende extreme Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen scheint eher als unveränderliche Naturtatsache hingenommen denn als ökonomisches, soziales und politisches Problem für die öffentliche Auseinandersetzung geöffnet zu werden.

Doch "Grenzen des Regierens" (Lehner) resultieren nicht nur in der Definitions-, Verhandlungs- und Obstruktionsmacht exponierter Norm- und Politikadressaten beziehungsweise dem Eigensinn der gesellschaftlichen Teilsysteme (des wirtschaftlichen insbesondere), sondern nicht zuletzt auch aus der Binnenkomplexität des Staates selbst. Der Staat ist ein "höchst inhomogener Akteur" (Hesse), dessen inhärentes Konfliktpotential Reibungsverluste, Dysfunktionalitäten und eben auch ein vorrangiges "Interesse an sich selbst" erzeugt. Dieses vielfach konstatierte staatliche "Eigeninteresse" (vgl. Blanke/von Bandemer 1999) ähnelt interessanterweise Luhmanns These der Selbstherstellung und -bezüglichkeit des politischen Systems.

Kurzum, die Rationalität, Effektivität und Souveränität (national-)staatlichen Handelns kann nicht (mehr) vorausgesetzt werden und wird aus vielerlei Gründen zur Fiktion (vgl. Offe 1987).

"Repolitisierung der Politik – und der Gesellschaft"

(Beck)?

Und wo bleibt das Positive? Folgt man Ulrich Beck, "wächst das Rettende auch". Die alten Institutionen würden brüchig und seien nur noch Fassade. In dem Maße, wie die offizielle Politik ein trotziges "Weiter so" betreibt, bleiben alte und neue Risikolagen nicht nur unbearbeitet, sondern würden gar noch verschärft. Dies führe zu einer Aufwertung der "Subpolitik", die sich mit den gesellschaftlichen Folgen blockierter Reformen herumschlagen habe, diese dabei im kleinen bearbeitend und zugleich politisierend. Die Verhältnisse würden ein Stück weit begründungspflichtig und entscheidungslos. Das herkömmliche politische Koordinatensystem der "Rechts-links"-Unterscheidung werde fragwürdig und das bisher Unpolitische, das Private, werde politisch (vgl. Beck 1993; 1997; vgl. auch Giddens 1999). Doch aus dem Bedeutungszuwachs der "Subpolitik", dem gesellschaftlichen politischen Handgemenge, entwickeln sich im Selbstlauf schwerlich handlungsfähige politische Bewegungen. Ohne diskursive Verständigung über gemeinsame Interessen und Ziele, die vor allem die widersprüchliche Konstitution des Subjekts einzubeziehen hätte, bleiben sie unwahrscheinlich und allenfalls punktuell. Mit der Pluralisierung und Individualisierung von Lebenslagen und -stilen verknüpfen sich zudem vielfältige und widersprüchliche Handlungs- und Rollenanforderungen an das Subjekt. Indem Interessen sich zerfasern, ist es möglicherweise überfordert – "privat" politisierbar, aber gar nicht politikfähig. Orientierungs- und Identitätsprobleme gegenüber dem

undurchschauten Systemzusammenhang und im Gegenzug die mögliche Anrufung überkommener Werte und Ordnung sind in den spätmodernen Prozessen durchaus enthalten. Ein staatsautoritärer Populismus als Gegenstück zu einem technokratischen Regulierungsdispositiv wetterleuchtet am Horizont. Demgegenüber wird die politische Mobilisierung und Organisierung emanzipatorischer und solidarischer Bewegungen voraussetzungsvoller und mit permanenten Auflösungstendenzen wie Neugruppierungen leben müssen. Dabei ist ein privilegierter Ort, der zu besonderer theoretischer und politischer Einsicht befähigen oder gar mit guten Gründen eine Hierarchie sozialer und politischer Konflikte behaupten könnte, nicht in Sicht. Vielmehr lagern sich politische Potentiale verschiedener Provenienz aneinander. Darauf gründet sich die Chance wie die Schwierigkeit, tragfähige Politikkonzepte zu formulieren. Ihre unterschiedliche gesellschaftliche Verortung und Relevanz bedarf der theoretischen Debatte wie praktischen Zusammenführung gleichermaßen. Die Wiedererlangung eines "menschlichen Maßes" beginnt mit den demokratischen Selbstorganisationsversuchen und solidarischen Praktiken im lokalen und regionalen Raum. Hier kann sich eine alternative Logik der gesellschaftlichen Entwicklung, in deren Zentrum die Realisierung menschen- und bürgerrechtlicher Prinzipien steht, zumindest in Ansätzen entfalten und entsprechende Lernprozesse initiieren. Zu ihrer weitergehenden Durchsetzung und Verallgemeinerung bedarf es der überregionalen und internationalen Vernetzung und praktischen Zusammenführung. Die Verteidigung, Erneuerung und Ausweitung der Demokratie wird ohne eine Begrenzung und "Entschleunigung" der globalen ökonomischen und technologischen Dynamik kaum möglich sein. Um dem Abstraktum Weltmarkt seine asoziale Definitions- und Entscheidungsgewalt streitig zu machen, bedarf es freilich nach wie vor auch des Staates, seiner "kollektiv bindenden Entscheidungen" (Luhmann). Eines Staates jedoch, der nicht als "nationaler Wettbewerbsstaat" (Hirsch) die Gesellschaft den Weltmarktbewegungen anzupassen trachtet, sondern in internationaler Kooperation dem Weltmarkt einen sozialen und ökologischen Rahmen setzt. So erst eröffneten sich gesellschaftliche Räume für demokratische Politik. Dann wäre eine "Renaissance des Politischen" (Beck) möglich.

Literatur:

- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen, Frankfurt/M.
Beck, Ulrich (1997): Weltrisikogesellschaft, ökologische Krise und Technologiepolitik; in: Peter Massing (Hrsg.): Gesellschaft neu verstehen. Aktuelle Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Schwalbach/Ts.
Berger, Johannes (1987): Autopoiesis. Wie "systemisch" ist die Theorie sozialer Systeme?; in: Hans Haferkamp/Michael Schmid: Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung, Frankfurt/M.
Blair, Tony/Schröder, Gerhard (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/99, (Dokumente zum Zeitgeschehen)
Blanke, Bernhard/von Bandemer, Stephan (1999): Der "aktivierende Staat"; in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 6/99
Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg, Frankfurt/M.
Graf, Ralph (1996): Moderne Zeiten in der Wirtschaftspolitik; in: *Kommune* 1/99
Graf, Ralph (1998): Die Grenzen des Marktes; in: *Kommune* 2/98
Hirsch-Kreinsen, Hartmut 1998: Shareholder Value: Unternehmensstrategien und neue Strukturen des Kapitalmarkts; in: Hartmut

- Hirsch-Kreinsen/Harald Wolf (Hrsg.): Arbeit, Gesellschaft, Kritik. Orientierungen wider den Zeitgeist, Berlin
Jänicke, Martin (1986): Staatsversagen. Die Ohnmacht der Politik in der Industriegesellschaft, München/Zürich
Klönne, Arno (1999): Die Sozialdemokratie nimmt Abschied von sich selbst; in: *Kommune* 7/99
Luhmann, Niklas (1986): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen
Luhmann, Niklas (1988): Grenzen der Steuerung, in: ders.: Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M.
Luhmann, Niklas (1989): Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 1/89
Narr, Wolf-Dieter (1999): Eine politische Wende? Eine neue Politik?; in: *Kommune* 6/99
Offe, Claus (1987): Die Staatstheorie auf der Suche nach ihrem Gegenstand; in: Thomas Ellwein u.a. (Hrsg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 1, Baden-Baden
Scharpf, Fritz 1989: Politische Steuerung und politische Institutionen; in: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 1/89
Scharpf, Fritz (1998): Demokratie in der transnationalen Politik; in: Ulrich Beck (Hg): Politik der Globalisierung, Frankfurt/M.
Schimank, Uwe 1996: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung, Opladen

1 Betrachten wir etwa das aktuelle "Sparpaket" der Bundesregierung. "Paradigmenwechsel", "richtungsweisend", "alternativlos" et cetera lautete das Vokabular seiner öffentlichen Präsentation. Sparen findet eine hohe Zustimmung im Wahlvolk. Das erleichtert das politische Geschäft. Opfer gelten als unvermeidlich, gehe es doch um nicht weniger als die Bewahrung der staatlichen Handlungsfähigkeit und des Sozialstaats, um die "Sicherung unserer Zukunft" eben. Vor kurzem noch wurde die ähnlich gestrickte Konsolidierungspolitik der christlich-liberalen Vorgängerregierung ihrer sozialen Schiefelage und gesamtwirtschaftlichen Unvernunft wegen geißelt. Daß diesem Sparpaket wohl bald das nächste folgt, der Logik dieser Politik entsprechend weitere "Opfer" unumgänglich sind, wird ausgeblendet. Die gesellschaftliche Verteilungsfrage stellt sich eben nicht! Über den Erfolg der Sparpolitik im Sinne einer rückläufigen Zinslast- und Schuldenquote wird die konjunkturelle Entwicklung entscheiden. Wächst die Wirtschaft im nächsten Jahr wieder stärker – wie die Konjunkturforscher prognostizieren –, dann fallen die wachstumsmindernden Effekte des Sparpakets weniger spürbar ins Gewicht und zugleich werden die steigenden Steuereinnahmen die Finanzlage des Staates verbessern. Das alles wird dann von der Bundesregierung als Resultat ihrer soliden Finanzpolitik gefeiert. "Glück gehabt!", wäre dann allerdings nüchterner zu konstatieren.

2 Die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen des Regierens wird wesentlich von den jeweils zugrunde liegenden gesellschafts- und politiktheoretischen Konzepten beeinflusst. Es muß ausdrücklich betont werden, daß die differierenden methodischen Ansätze "...nicht wahr oder falsch (sind) wie Sätze. Sie sind fruchtbar oder unfruchtbar, sie heben bestimmte Züge der Realität hervor und schwächen andere ab, sie führen zur Konzentration der Aufmerksamkeit auf bestimmte Züge der Wirklichkeit bei gleichzeitiger Unterbelichtung anderer" (Berger 1987, 138).

3 Zur Kritik an Luhmann und seinem "Steuerungspessimismus" siehe Scharpf 1989 und Schimank 1996, 241ff.

**Wilfried Hüfler, Reutlingen,
ehem. Prof. Bechert-Info-Dienst**

Referat

auf dem Prof.-Bechert-Gedenk-Symposium anlässlich seines 90. Geburtstages in der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz (24.8.1991)

8.6. Moral in der Politik?

Karl Bechert und Hartmut Gründler - zwei besonders hartnäckige Streiter gegen die Unwahrhaftigkeit in der Energiepolitik.

Von vielen, die ihn kannten und durch Zuschriften auf die Einladung reagierten, wurde Professor Dr. Karl Bechert (1901-1981) als eine der moralischen Instanzen hinsichtlich der Beurteilung der sogenannten friedlichen Atomenergienutzung bezeichnet, ja er wurde als die moralische Instanz innerhalb der Alternativbewegung schlechthin erlebt.

Wahrheit und Menschenwürde

Unter dem Stichwort "Moral in der Politik" spreche ich nicht in erster Linie über finanzielle Korruption, über Parteispendingaffären, über Intrigen, die der Bereicherung oder dem Machterhalt oder -erwerb dienen, oder was Ihnen dazu sonst noch einfallen mag, sondern ich gehe im Wesentlichen von einem Grundrecht des Bürgers, des "Polites", aus, nämlich von dem in unserer Verfassung noch nicht verbrieften und noch nicht einklagbaren Grundrecht auf Wahrheit, auf das Nichtbelogenwerden von amtlicher Seite.

Man hat sich zu leicht damit abgefunden, zu sagen: "Politik ist ein schmutziges Geschäft" (zu feudalen Zeiten, in vordemokratischen Zeiten, war sie das wohl auch vielerorts), aber wenn man die gesellschaftliche und politische Emanzipation des Staatsbürgers in diesem Jahrhundert ernst nimmt, seine Emanzipation zur universellen Respektierung seiner Menschenwürde, dann darf diese Forderung kein Tabu mehr sein.

Zwei Wege zum gleichen Ziel

In meinem Referat möchte ich unter diesem Blickwinkel zwei Persönlichkeiten aus der Anti-AKW-Bewegung beleuchten, nämlich außer **Prof. Dr. Karl Bechert** auch einen seiner profilierten Weggenossen, **Hartmut Gründler**, den Gründer des Tübinger Bundes für Umweltschutz und dann Sprecher des Tübinger Arbeitskreises Lebensschutz e.V., Gewaltfreie Aktion im Umweltschutz, zu dem ich ein persönliches Verhältnis gewinnen konnte und dessen Schriften ich ebenfalls dokumentiert habe.

Diesen beiden Männern also war die Herabminderung der Menschenwürde durch das Ausgeliefertsein an die Lüge eine unerträgliche Gegebenheit, gegen die sie neben ihrem konkreten Ringen um die Abwendung der Atomgefahren immer wieder Sturm liefen, der eine ohne, der andere mit ausdrücklicher philosophischer Begründung.

Beide Persönlichkeiten waren - abgesehen von ihrem sie ganz verbindenden empörten Aufbegehren gegen die Unwahrhaftigkeit in der Energiepolitik der Regierungen Brandt-Scheel und Schmidt-Genscher - sehr verschieden.

Sie gehörten schon einmal verschiedenen Generationen an: Als Gründler 1977 aus dem Leben schied, war er 47 Jahre alt, Bechert war da 76. Hier nun Bechert, der international bekannte Wissenschaftler, der die gesellschaftliche und politische Verantwortung des Wissenschaftlers ernst nahm, - da Gründler, der schlichte Lehrer mit dem Titel eines Magister Artium, zeitweise arbeitslos, der sich wissenschaftliche Kompetenz trotz enormer Kenntnisse nicht anmaßen mochte und nur darauf bestand, daß der gesellschaftliche Prozeß der Wahrheitsfindung zu verantwortbarem Handeln hin konsequent betrieben würde, wobei er sicher war, daß dann das Gebäude der Atomenergie zerrinnen würde "wie Butter in der Sonne".

Hier Bechert, der Autor eines grundlegenden Lehrbuchs über Atomphysik und später vieler auch in Flugblattform verbreiteter Stellungnahmen, - da Gründler, der von Tübingen aus teils an den gleichen Verteilerkreis von Umweltfreunden und von Amtsträgern der "Gegenseite" Offene Briefe und Flugblätter verbreitete - oft recht pedantisch im Stil und wohl nicht nach jedermanns Geschmack -, und der zuletzt auch einen 1977 bei Rowohlt veröffentlichten brillanten literarischen Beitrag zur Atomenergiefrage leistete, diesmal aus der Sicht des Philologen, des Philologen in politischer Verantwortung. ...

Hier wieder Bechert, der als Wissenschaftler immer auf Sachlichkeit und Nüchternheit bedacht war, bedacht sein mußte, und dennoch - vielleicht wohl gerade dadurch - die Zuhörer und Leser begeisterte und befeuerte, -da Gründler, der vor grelleren Tönen trotz aller sachlichen Korrektheit nicht zurückschreckte und der es in seinem Kampf als kundiger Schüler Mahatma Gandhis darauf anlegte, den Gegner im moralischen Zweikampf durch wohlkalkulierte auch spektakuläre Aktionen in die Knie zu zwingen, unter anderem auch durch mehrere Hungerstreiks und leider - was wohl keiner gutheißen kann - durch seine mit kühlem Kopf vorbereitete Selbstverbrennung am Buß- und Betttag 1977 während des SPD-Parteitag in Hamburg, wo unter der Parole "Vorrang für die Kohle" die Fortsetzung des Atomenergie-Abenteuers sanktioniert wurde.

Einig waren sich beide darin, daß Widerstand zu leisten sei und der Widerstand gewaltlos zu sein habe, was zu der damaligen Zeit nicht in allen Teilen der Anti-AKW-Bewegung Konsens war. Bechert gebrauchte das Wort "gewaltlos", Gründler und viele andere, z.B. Dr. Wolfgang Sternstein, präzisierten den Begriff und verstanden fortan unter "gewaltfrei" nicht nur den vielleicht taktischen Verzicht auf Gewalt gegen Personen, sondern eine fundamental ethisch begründete Form der "Konfliktpartnerschaft", wie Gründler es nannte, in der man in vielfältigster Weise in dem Bewußtsein, selbstlos das Bessere zu vertreten, auf den oft verblüfften Menschen auf der Gegenseite zugeht, durch Blumen vielleicht sein Herz aufweicht, ihn öffnet zum Dialog, die bessere Hälfte seines Herzens hervorlockt zu einer fruchtbaren friedlichen Auseinandersetzung, zur sachgerechten Bewältigung des Konflikts. Bechert setzte besonders die Autorität der Wissenschaft ein, um Resonanz zu finden und Wirkung zu haben, Gründler baute besonders auf die Autorität des Prinzips Wahrhaftigkeit.

Becherts "Katalog" erlebter Manipulationen

Bei Professor B e c h e r t nun, dem ich mich zunächst und in der Hauptsache zuwenden möchte, zeigten sich schon in der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag auch in Bezug auf die moralische Frage die Motive, die später verstärkt wirksam wurden. Als Voraussetzung für eine saubere, wirklich der Demokratie dienende Politik sah Bechert *eine hinreichend breite Information der Bevölkerung*. Er bedauerte zum Beispiel die **Ahnungslosigkeit** der damaligen Menschen speziell hinsichtlich der Gefahren der radioaktiven Niederschläge aus den Atombombentests; ein Schutz dagegen sei illusorisch, wenn man nicht Bescheid wisse. Er prangerte aber auch 1959 sogar die Unwissenheit des Bundestagssonderausschusses Radioaktivität an, der die Erbgefahren ignorierte, vor denen er selbst seit Februar 1956 aufgrund der zunehmenden radioaktiven Verseuchung der nördlichen Hemisphäre öffentlich warnte. Er forderte auch die gründliche Unterrichtung der betreffenden Bundestagsausschüsse, wie auch die bis dahin unterbliebene Veröffentlichung eines UN-Berichts über die Wirkung der Atomwaffen. Auch die Forderung nach einer Zentrale zur Auswertung von Meßergebnissen diente dem Ziel der *öffentlichen Aufklärung*.

Schon damals wettete Bechert gegen die Tendenz zur **Bagatellisierung**, die bezüglich der Folgen der Atomwaffentests ungenachtet des Sachverständes vieler Wissenschaftler üblich war, des Sachverständes, wie er sich z.B. auf Initiative des Nobelpreisträgers **Linus Pauling** in der sogenannten Göttinger Erklärung niederschlug, durchaus nicht etwa, um "Ängste zu schüren", sondern aus Sorge.

Auch die **Vertuschung** durch Betreiber und Behörden, die er noch als "Geheimniskrämerei" bezeichnete, war Bechert damals schon ein Dorn im Auge, wenn es z.B. einem qualifizierten Beamten verboten wurde, seine Meßergebnisse über die Radioaktivität von Luft und Boden zu veröffentlichen. Unabhängigkeit von Studienkommissionen war ihm damals schon ein Anliegen, um der Wahrheitsfindung näherzukommen.

Um den Katalog der von Bechert gegeißelten moralisch fragwürdigen Vorgehensweisen beim Ausbau der Atomenergienutzung zusammenzustellen, braucht man sich eigentlich nur zu fragen, was eine Regierung, die sich samt Opposition erklärtermaßen der Atomtechnologie verschrieben hat, am zweckmäßigsten tut, um etwas durchzusetzen, was sie und der sie umgebende "Filz" wollen, was aber das Volk eigentlich nicht wollen kann.

Nun, sie übt sich, sekundiert von einem erstaunlich großen unfrei wirkenden Teil der freien Presse, im **Verzicht auf Aufklärung**, die eigentlich eine der Grundsäulen der Demokratie ist; an deren Stelle tritt dann in den Medien verstärkt diejenige über Belangloses, wie Bundesliga-Ergebnisse, Lottozahlen und das weißeste Waschpulver - die wichtigen Themen rührt man kaum so an, daß das Interesse der reizüberfluteten Durchschnittsbürger geweckt werden kann. Demgegenüber hätte im Sinne Becherts eine wirksame Aufklärung der Bevölkerung zu stehen, bis hin zur Läuterung des "Sachverständes" in Ministerien und anderen Behörden. Eine moralische Politik würde auf „Glasnost“ bauen.

Oder die Regierung und die Betreiber klären zwar auf, aber nur halb. Die andere Hälfte der **Halbwahrheit** fällt dem Verschweigen zum Opfer, z.B. die Tatsache, daß es eine gefährliche Anreicherung radioaktiver Stoffe in der Nahrungskette gibt, oder daß Erbschäden gesetzt sind, wenn auch logischerweise noch nicht erkennbar.

Ist nun doch etwas ruchbar geworden, so können Sachwalter einer unlauteren Politik dem mit **Verharmlosung und Verniedlichung** begegnen, etwa mit der Formulierung "Es wurde niemand geschädigt" ("zu keiner Zeit"), oder vorgreifend kann man die Unregelmäßigkeiten vertuschen, oder man pocht auf grundsätzliche **Geheimhaltung**, wie bei der Nichtveröffentlichung von Emissionswerten durch Landesregierungen, oder man versucht es mit der **Verheimlichung** von "Störfällen".

Man kann aber auch bei solch einer Durchsetzungsstrategie offensiv vorgehen und bewußt mit **Lüge oder Täuschung** arbeiten; Bechert sprach einmal von "Hauffs Märchen", wobei **Falsch-aussagen** von Behörden, wie auch Bechert meinte, sicher noch schlimmer sind als die der Betreiber.

Eine besonders infame Art der Täuschung ist die besonders von Gründer gegeißelte **Manipulation der Wörter selbst**, was dieser in seinem Büchlein mit dem Begriff "Zwiedenken" charakterisiert. (Auch Bechert wehrte sich dagegen, daß man "Störfälle" hört, wenn man selbst "Unfälle" sagen würde, und daß man von einer "Energielücke" spricht, die natürlich von einem ordnungsliebenden Menschen zu schließen ist, während eine zu wollende neue politische Einstellung zu Wachstum und Verschwendung diesem Begriff den Boden entzöge.)

Eine weitere Form der Durchsetzung der Obrigkeit ist neben der intellektuellen Täuschung die **manipulative Täuschung im Handeln**. Wenn Betreiber in ihrem Geschäftsinteresse Erörterungstermine usw. manipulieren, ist das noch irgendwie begreiflich, wenn aber in der offensichtlichen Verfälschung der Industrie und ihrer Banken mit den Regierungen und einem Teil der Presse solche Manipulationen öffentlich und offiziell gedeckt werden, wenn Erörterungstermine skandalös ablaufen, Einsprüche übergangen werden, unabhängige Sachverständige nicht zugelassen werden oder wenn Landesregierungen sogar versuchen, Gerichte

zu beeinflussen (so geschehen in Bayern), dann stellt sich erneut die Frage nach der Moral in der Politik.

Für all dies hat Bechert immer wieder eine Fülle von weiteren Beispielen aufgeführt, und natürlich Gründer auch.

Hartmut Gründer:

ein Leben für die Wahrheit, ein Tod gegen die Lüge

Hartmut Gründer nun, den ich nur noch mit wenigen Fakten skizzieren will, fühlte sich ebenfalls dem Prinzip der wahrheitsgemäßen Information verpflichtet: So wie er z.B. von Kanzler Schmidt forderte, "reinen Wein einzuschenken", sorgte er selbst für **Durchsichtigkeit**. So legte er immer wieder seinen verteilten Offenen Briefen eine Liste der angeschriebenen Funktionsträger bei, "damit jeder weiß, daß jeder weiß".

Ein Opfer der Vertuschung wurde er selber nach seinem Tode: Wenn nicht gewisse Pressorgane seine Tat als die eines Irregeleiteten zu verunglimpfen versuchten, folgte im allgemeinen das große **Verschweigen**. So tauchte z.B., als der SPIEGEL einige Monate später einen Bericht über verschiedene Selbstverbrennungen herausgab, der Name Hartmut Gründer dort nicht auf. Jeglicher Bericht über das schreckliche Geschehen, das vom Spiegelhochhaus aus beobachtet werden konnte, unterblieb. Auch die Presseorgane, die über Gründlers Selbstverbrennung berichteten, verheimlichten tunlichst - weil das natürlich unangenehme Folgen für die SPD gehabt hätte - Gründlers politisches Testament an den Bundeskanzler, das er den Redaktionen zuvor selbst schon mit dem Hinweis auf seine bevorstehende Tat zugestellt hatte. Um dem Freitod weiter an politischem Gewicht zu nehmen, fanden die Behörden Mittel und Wege, die beabsichtigte öffentlich begleitete Sargüberführung nach Tübingen zu verhindern.

Auch zu Lebzeiten sah sich Gründer als Objekt von **Manipulationen**. Er hat, ähnlich wie Bechert, zunächst an den von Matthöfer betriebenen "Bürgerdialog Kernenergie" geglaubt und sich vertrauensvoll darauf eingelassen, bis er schließlich aus der Nürnberger Reaktortagung erfuhr, daß das ganze nur ein **Bluff** war, daß die Regierung von der sogenannten "Zweischienen-theorie" ausging, die besagte, daß man auf der einen Schiene mit den Bürgern spräche, um ihren Widerstand abflauen zu lassen, andererseits langfristig auf die unbeirrte Fortführung des Atomprogramms setzte.

Durch einen Hungerstreik zu Weihnachten 1976 wollte Gründer auf den Bundeskanzler Helmut Schmidt dahingehend einwirken, daß er zu ganz bestimmten Fragen der Atommüllentsorgung in seiner Regierungserklärung Stellung nähme. Gründer glaubte dann, seinen diesmal unbefristeten Hungerstreik abbrechen zu können, nachdem die Kanzleramtsministerin Marie Schlei ihm zugesichert hatte, daß Kanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung auf die fraglichen Punkte eingehen werde. Die unweihnachtliche Peinlichkeit eines verhungerten oder zwangsernährten Tübinger Lehrers blieb der deutschen Öffentlichkeit erspart. Der wohlmeinend gutgläubige Gründer sah sich aber an jenem 16. Dezember 1976 wieder einmal als **Opfer einer Täuschung**, einer Täuschung durch einen Mann, der in seinem Buch "Als Christ in politischer Entscheidung" große Worte über die bürgerliche Mitverantwortung gesprochen hatte.

Und erst spät gingen ihm, als er auf seine Offenen Briefe an Matthöfer und den Kanzler keine Antwort bekam, die Augen auf, als er erfuhr, daß sich der Angeschriebene jeweils hinter der anmaßenden Gepflogenheit der Obrigkeit verschanzte, auf Offene Briefe nicht zu reagieren. Als Gründer versuchte, der Nichtbeantwortung durch eine Petition entgegenzuwirken, wurde diese abgewiesen, er selbst wurde auf den langwierigen und kostspieligen Weg durch die Instanzen verwiesen.

Gründler glaubte an Treu und Glauben. Er war überzeugt, ein Eid sei ein Eid, bis ihm eröffnet wurde, daß der Amtseid eines Ministers und eines Bundeskanzlers nicht die gleichen rechtlichen Folgen hat wie ein bürgerlicher Eid, daß also offensichtlich die Formel "Dem Wohle des Volkes zu dienen" mit einer reservatio mentis gesprochen werden darf.

Das Ringen um eine auf Moral gegründete Politik

In dem **Auswahlprozeß**, der zu Trägern politischer Mandate und Funktionen führt, sind am ehesten Vorzüge wie Qualifikation, Kreativität, Charisma, Parteiverbundenheit und vielleicht auch die Bereitschaft zum Einkommensverzicht u. dgl. äußerlich festzumachen; eine **überdurchschnittliche moralische Integrität der Kandidaten** ist dagegen weniger leicht zu garantieren und stellt leider oft auch bei den Wahlgremien keinen eigenen Wert dar. Wenn also unter den Repräsentanten des Volkes keine besondere Sensibilität bezüglich des Moralischen vorauszusetzen ist und andererseits, wie gesagt, eine moralisch fragwürdige Politik die Menschenwürde der Regierten verletzen würde, bedarf es **anderer Mechanismen**, um Unmoralisches aus der Politik fernzuhalten. Dabei auf eine rechtzeitige **geistig-moralische Erneuerung** zu hoffen, ist angesichts unserer zivilisatorischen Gegebenheiten illusorisch. Es gibt jedoch einerseits als mögliches Korrektiv immerhin **die Medien**, die Vierte Gewalt, die als Kontrollinstanz weniger auf die private Moral zu achten als vielmehr schonungslos öffentliche Unlauterkeiten anzuprangern haben, wie z.B. Wählertäuschungen, oder Meineide, Bestechungen, Parteispendenaffären und ähnliche politische "Kavaliersdelikte"; andererseits müßte - wohl auf **Initiative aus dem Volk!** - die dem Geist des Grundgesetzes zuwider laufende selbstherrliche **Machtvollkommenheit der Parteien** beschnitten werden: **Ombudsmänner** mit klaren Befugnissen, z.B. zur Billigung von Gutachtern, zur Kontrolle der Petitionsausschüsse usw., müßten unmittelbare, parteiunabhängige **Kontrolle durch Volksinitiativen** ermöglichen, und eine im Ergebnis moralischere Politik würde sich allein schon dadurch einstellen, wenn es gelänge, durch Aktivierung des fundamentalen **Grundgesetzartikels 20,2** Bonner Entscheidungen

unter den Vorbehalt von **Plebisziten** zu stellen, wenn also der Staatsbürger, der eigentliche Souverän, sich wieder in seiner **vollen Mündigkeit** erleben kann.

Kürzlich wurden wir an Preußens Gloria erinnert. Der in Potsdam mit Pomp beigeetzte Friedrich der "Große" war der Urenkel des Großen Kurfürsten. Von letzterem trennen uns natürlich über dreihundert Jahre. Aber wieviel trennt uns Demokraten des 20. Jahrhunderts innerlich von ihm? Einer seiner Aussprüche lautete beispielsweise:

"Es ist dem Untertan untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen."

Außer den beiden verstorbenen Persönlichkeiten, die hier beleuchtet wurden, dem gestern vor 90 Jahren geborenen Karl Bechert und dem Einzelkämpfer Hartmut Gründler, der dessen Weg zum gleichen Ziel kreuzte (so ließ z.B. Bechert Ende Oktober 1977 Gründlers letzten großen Appell durch seinen Reutlinger Info-Dienst an seinen Verteilerkreis von über 1500 Empfängern versenden) - außer diesen beiden Persönlichkeiten kennt unser Land zum Glück viele andere Männer und Frauen, die den Kampf um eine auf Moral gegründete Politik nicht aufgeben, eine Politik die nicht nur das Wohl des Bürgers im Auge hat, sondern eine Politik, für die das Wort Menschenwürde mehr als nur ein Lippenbekenntnis ist.

Biographische Notiz:

Wilfried Hüfler, geb. 1933 in Mülheim, Studium der Alt- und Neuphilologie in Köln und Tübingen, 1965 Waldorflehrer, ab 1975 für die "Aktionsgemeinschaft Mittelstadt gegen Atomkraftwerke" im BBU u.a., ab 1976 Mitarbeiter im Prof.-Bechert-Info-Dienst (Herbert Wiedmann, Grafenberg, Kreis Reutlingen), von der AUD zu den GRÜNEN, 1980 Landtagskandidat, ab 1983 Engagement für Direkte Demokratie (Volksbegehren für den Frieden BW, 1989 „Aktion Volksentscheid“, 1990 Bundestagseinzelpolitik für "DER SPRINGENDE PUNKT").

8.7. Die Einkommensentwicklung steht Kopf

von
Harald Wozniewski

1. Seit jeher ist es gebräuchlich, bei der Beantwortung der Frage, ob und wie sich die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung verändert haben, die Einkommen mit einem der verschiedenen Lebenshaltungsindizes zu vergleichen. Dieser Methode bedienen sich gerne jene Interessenvertreter, die ein Steigen der Einkommen auch der unteren Bevölkerungsschichten behaupten wollen.

Unter der Überschrift "Einkommensverteilung: Von sozialer Schieflage keine Rede" beschreibt die Broschüre des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, Globalisierung - Bedrohung oder Chance?, 1999, Seite 30, denn auch: "Wer bei den Gehältern nur die Millionen im Blick hat, die Matthäus, Schumacher und Co. bekommen, macht es sich zu einfach. Denn er übersieht, dass die Bruttolöhne insgesamt deutlich zugelegt haben - seit Mitte der 80er Jahre sind sie in den alten Ländern je Arbeitnehmer um **preisbereinigt 15 Prozent gestiegen**." In Busch / List / Schröder / Seffen / Weiß / Werner, Verdien, Vermögen und Verteilung - Reichtumsbericht Deutschland, Köln 1998, Seite 10 heißt es: "Das verfügbare Einkommen der Privathaushalte ist zwischen 1960 und 1994 in Westdeutschland von 188 Milliarden DM auf fast 1,9 Billionen DM angewachsen - es hat sich also verzehnfacht. Selbst wenn man die **Preissteigerung herausrechnet und zu einer Pro-Kopf-Betrachtung übergeht, ergibt sich für den Gesamtzeitraum noch ein Anstieg um 170 Prozent**." Gemessen am Lebenshaltungsindex wird also immer wieder steigender Wohlstand bei der gesamten Bevölkerung festgestellt.

2. Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man die Einkommen der Menschen mit der **Geldmenge** vergleicht, die in unserer Volkswirtschaft existiert. Der Begriff der Geldmenge ist keineswegs eindeutig. Er ist mindestens so schwer zu definieren wie der Begriff des Geldes überhaupt. (Hier ist allerdings kein Raum, dieses Problem zu vertiefen. Dazu sei nur auf Kulke, Der Zusammenhang zwischen der Höhe des Volkseinkommens und der Geldmenge, Berlin 1975, und auf Obst / Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Stuttgart, Kapitel 1.3, verwiesen.) Vereinfacht gesagt ist die Geldmenge die Menge an Zahlungsmitteln, die in unserer Volkswirtschaft existiert und die sich auf die Subjekte unserer Volkswirtschaft verteilt. **Wenn man das einer Person oder Personengruppe zur Verfügung stehende Geld mit der**

Geldmenge in unserer Volkswirtschaft vergleicht, erkennt man die wirtschaftliche Bedeutung (oder Macht bzw. Ohnmacht) dieser Person bzw. Personengruppe. Eine Momentaufnahme ist dabei freilich wenig aussagekräftig. Im folgenden werden wir aber eine Entwicklung über mehrere Jahrzehnte betrachten. Man darf nicht glauben, die Geldmenge sei eine über die Jahre hinweg konstante Größe. Im Gegenteil: Gleich welche Geldmenge man betrachtet, sie alle sind in großen Schritten gewachsen. **Wenn folglich der Zuwachs des einer Person oder Personengruppe zur Verfügung stehenden Geldes mit dem Zuwachs der Geldmenge nicht Schritt hält, dann sinkt die wirtschaftliche Bedeutung dieser Person bzw. Personengruppe.**

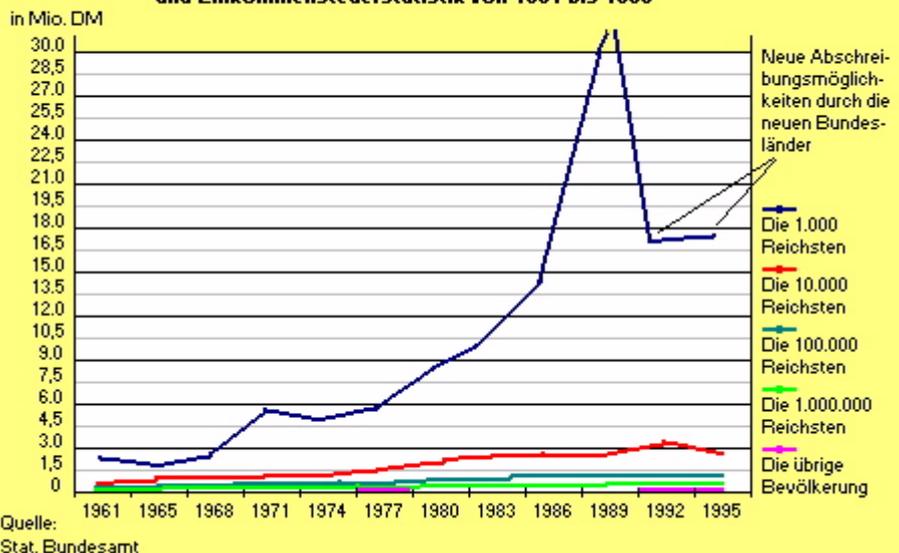
Eine dieser begrifflich verschiedenen Geldmengen ist die **Geldmenge M3**, die von der Deutschen Bundesbank bzw. von der Europäischen Zentralbank ermittelt (und zugleich kontrolliert) wird. Sie wollen wir unserer folgenden Betrachtung zu Grunde legen.

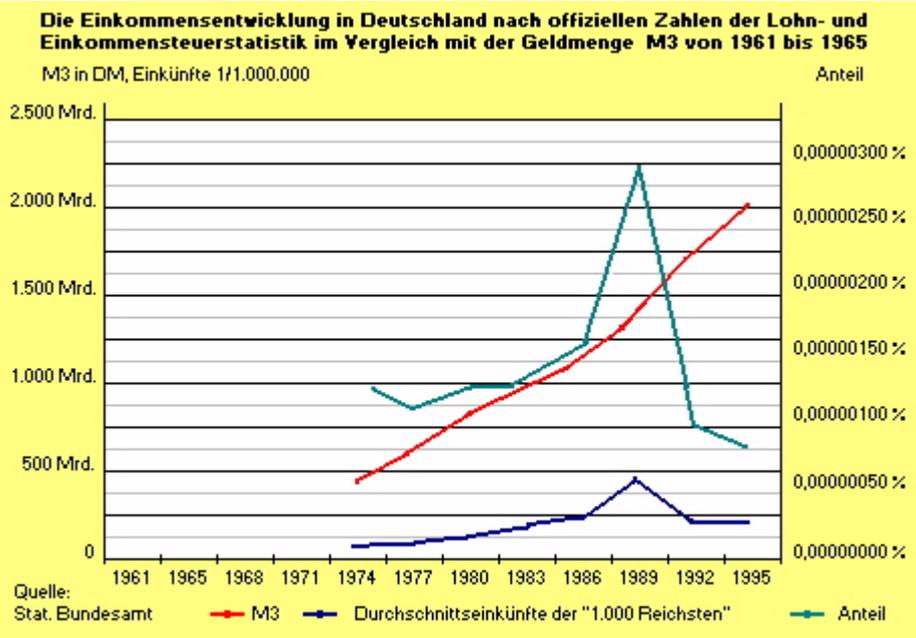
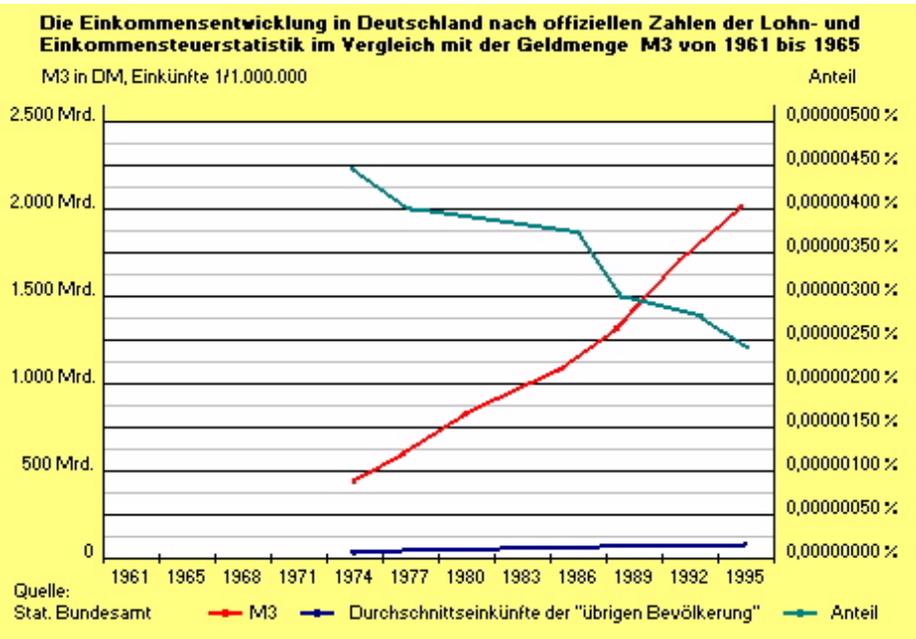
Bevor wir uns dem Vergleich der Geldmenge M3 mit dem Einkommen der Bevölkerung in Deutschland zuwenden, wollen wir kurz einen Blick allein auf die Einkommensentwicklung der Bevölkerung werfen. Die Einkommen haben sich nämlich in der Bevölkerung sehr unterschiedlich entwickelt, was bereits die Einkommensteuerstatistiken des Statistischen Bundesamtes zeigen. Diese Statistiken zeigen zwar nicht das jeweils verfügbare Geld der Menschen in Deutschland. Denn es fehlen alle Geldbeträge, die die Steuerpflichtigen als Kosten (meist von Unternehmen) ab-

setzen dürfen (wollte man der Frage nachgehen, über wie viel Geld die Menschen in Deutschland tatsächlich verfügen können, wären auch diese Beträge interessant). Naturgemäß haben Personen mit hohem Einkommen auch hohe absetzbare Kosten. Dennoch ist auch die so gesehen verkürzte Einkommensentwicklung beeindruckend (besser: erdrückend). Das folgende Diagramm zeigt von 1961 bis 1995 (die Statistik für 1998 liegt leider noch nicht vor) die Einkommensentwicklung der tausend best verdienenden Steuerpflichtigen, der nächst best verdienenden zehntausend Steuerpflichtigen, dann der nächsten hunderttausend Steuerpflichtigen, der nächsten Million Steuerpflichtigen und schließlich der "übrigen Steuerpflichtigen"

Die hier zu sehende Entwicklung der **Einkommen der "übrigen Bevölkerung", also Einkommen von rund 95% der Bevölkerung**, wollen wir nun mit der Entwicklung der Geldmenge M3 (magenta) vergleichen. (Die Daten von M3 liegen leider nur ab 1974 vor.) 1974 lag das durchschnittliche Einkommen eines Steuerpflichtigen der "übrigen Bevölkerung" bei 20.541 DM (blau). Die Geldmenge M3 betrug 452,205 Milliarden DM. Bezogen auf eine Million Steuerpflichtige hatte das Durchschnittseinkommen der "übrigen Bevölkerung" an der Geldmenge M3 einen Anteil von 4,54% (gelb). Bis 1995 war das Einkommen der "übrigen Bevölkerung" nominell zwar auf durchschnittlich 47.988 DM gewachsen. **Verglichen aber mit der Geldmenge M3**, die nunmehr bei 2.007,441 Milliarden DM angekommen war, **waren die Einkommen von rund**

Die Einkommensentwicklung in Deutschland nach offiziellen Zahlen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik von 1961 bis 1995





95% der Bevölkerung von 1974 bis 1995 rapide auf fast die Hälfte gesunken. Bezogen auf eine Million Steuerpflichtige lag der Anteil nur noch bei 2,39%!

Die Erklärung für diese widersprüchlichen Ergebnisse ist relativ einfach. Alle Lebenshaltungsindizes beobachten einen bestimmten Warenkorb und die Preisentwicklung der darin liegenden Waren. Die-

ser Warenkorb ist aber nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was in unserer Volkswirtschaft tatsächlich umgesetzt wird. Un-ternemenskapital z. B. ist in keinem Lebenshaltungsindex berücksichtigt, obwohl dieses für Kapitaleinkünfte eine herausragende Rolle spielt. Dem tatsächlich gesamten Güterumsatz steht indes die Geldmenge gegenüber, so dass wir auch nur durch einen Vergleich

mit der Geldmenge ein realistisches Bild der Einkommensentwicklung erhalten. Das durchschnittliche Einkommen eines Steuerpflichtigen der "übrigen Bevölkerung", das wie gesagt 1974 bei 20.541 DM lag, hätte, wenn es mit der Entwicklung der Geldmenge M3 hätte mithalten sollen, bis 1995 nicht nur auf 47.988 DM sondern bis 91.185 DM steigen müssen.

Vergleichen wir nun die Entwicklung der Einkünfte der 1000 Reichsten mit der Geldmenge M3:

Die Entwicklung dieser Einkünfte hat von 1974 bis 1983 mit der Entwicklung der Geldmenge M3 ungefähr Schritt gehalten. Bis 1989 hat sie die Entwicklung der Geldmenge bei weitem übertroffen. Dann ist sie (scheinbar) wieder auf ihr früheres (relatives) Niveau zurückgefallen. Tatsächlich aber machen sich hier die durch den Zusammenschluss mit der DDR neu entstandenen, steuerbegünstigten Kapitalanlagemöglichkeiten bemerkbar. Hinzu kommt, dass je höher die steuerbaren Einkünfte einer Person sind, sie umso mehr Geld zur tatsächlichen (beruflichen wie privaten) Verfügung hat - häufig ein zigfaches der steuerbaren Einkünfte. Das zeigt ein Vergleich der Einkommensteuerstatistik mit den "Stundenlöhnen" der 100 reichsten Deutschen unter <http://www.dr-wo.de/schriften/feuda/stundenlohn.htm>

3. Nach alledem bleibt festzustellen, dass die Einkommen des Großteils (rund 95%) der Bevölkerung seit Jahrzehnten wertmäßig stetig geringer werden, selbst wenn sie - gemessen an einem Lebenshaltungsindex - zu wachsen scheinen. Mit anderen Worten: Die Masse der Bevölkerung kann sich im Vergleich zu den Reichen stetig weniger leisten, und sie nimmt folglich immer weniger an der Volkswirtschaft teil. Die wirtschaftliche Bedeutung von 95% der Menschen in Deutschland sinkt seit den 60er Jahren stetig und rapide. Der Einbruch der Konjunktur ist die logische und zwingende Folge.

8.8. Das ganze Dilemma

Adresse: [file:///F:/SPD_Austritt/Das ganze Dilemma der Sozialdemokraten.htm](file:///F:/SPD_Austritt/Das%20ganze%20Dilemma%20der%20Sozialdemokraten.htm)

Montag, der 12.04.2004; 16:00:51

Der Aufbau Ost stockt seit Gerhard Schröder Bundeskanzler ist

Gerhard Schröder, ein Meister des Anfangs und Endes. Massenarbeitslosigkeit - für ihn kein Thema. Die Zukunft der fünf neuen Bundesländer - für ihn kein Thema. Teile des Ostens versteppen, verblöden und vergreisen - für ihn kein Thema. Der schleichende Bankrott der neuen Länder - für ihn kein Thema. Wahrheit und Dichtung, Realität und Wirklichkeit - für ihn kein Thema. Nachdenklichkeit - für ihn kein Thema. Wirtschaftswachstum - für ihn kein Thema. Ökonomische Daten - für ihn kein Thema. Einheitspolitik - für ihn kein Thema. Der Preis der Einheit: Mehr als 1250 Milliarden Euro (1000 Milliarden sind bestimmt versickert) - für ihn kein Thema. Seit der Vereinigung sind etwas mehr als 50 Milliarden Euro in Straßen- und Schienenbau, Kanäle und Flughäfen geflossen, 30 Milliarden gab man an Investitions-hilfen für Unternehmen und 20 Milliarden an Steuererleichterungen. Bis auf die sächsische Auto- und Chipindustrie, die Chemie um Halle und die Jenaer Optik-Industrie gibt es wenig Erfolge. Die restlichen 1170 Milliarden Euro sind aber auch nicht mehr da. Volkswirtschaft - für ihn kein Thema. Verschwendung - für ihn kein Thema. Sehr wohl aber Milliarden schwere Tipps von seinem Freund Roland Berger - auch wenn sie wertlos sind und das sind sie meistens. 1,4 Milliarden Euro haben Bundesregierung und Behörden von 1999 bis 2003 für Beraterverträge ausgegeben. Eine Milliarde davon ist bestimmt versickert. 16 000 Mitarbeiter in den Ministerien schlugen jahrelang die Zeit tot, drehten Däumchen. Roland Berger und McKinsey sei's gedankt.

Am Anfang aller Illusionen stand der Amtsinhaber Helmut Kohl, am Ende aller Illusion steht der Befehlsempfänger Gerhard Schröder. Der macht gerne mal Weltpolitik. Dumm nur, davon versteht er nichts, also läßt er die Dinge treiben. Selbst seine(?) Agenda 2010 ist höchstwahrscheinlich nur ausgeliehen. Als Neoliberaler verkleidet und i.A. (OECD und Weltbank) stiehlt er heute das Geld der kleinen Leute.

Über die gute und die schlechte Regierung

Im 14. Jahrhundert hat Ambrogio Lorenzetti in seinen beiden großen Fresken am Eingang des Palazzo Pubblico von Siena dargestellt, daß gutes Leben und gutes Regieren in Beziehung zueinander stehen. Seine Sinnbilder guten Regierens zeigen eine florierende Stadt mit Bürgern, die freudig ihren Geschäften nachgehen, während außerhalb der Mauern eine gepflegte Landschaft erblüht. An den anderen Wänden das Gleichnis schlechten Regierens: Eine teuflische Figur übt die Macht aus; die Gerechtigkeit ist bei Seite gedrängt; Pest, Gewalt und Hunger beherrschen das Land. Florierende Länder und Städte mit Bürgern, die freudig ihren Geschäften nachgehen werden wir auf dieser Erde nirgendwo finden (daran trägt der im nächsten Absatz genannte Horst Köhler eine gehörige Portion Mitschuld), gepflegte Landschaften schon eher. Aber wie lange noch? Beispiele schlechten Regierens sehen wir dagegen überall. Vermenschlichte Teufel regieren die Welt. Saddam, sagte man, sei ein Satan; Bush, der Teufel in Person; Berlusconi, El Diabolo.

Beispiele schlechten Regierens in Deutschland

In der politisch ökonomischen Diskussion der letzten Monate spielte die demographische Entwicklung in Deutschland eine Hauptrolle. Die Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes, veröffentlicht im Juni 2003, mußten als Hauptargumentation für Veränderungen im Rentensystem und Gesundheitswesen herhalten. "Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen...Unsere Antwort heißt: Agenda 2010 Franz Müntefering, SPD "... schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, daß unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären." Gerhard Schröder, SPD. Wenn unsere Systeme so vorbildlich sind, warum zerschlägt man sie dann? Antwort: Weil besonders Mächtige in Deutschland es so wollen.

Fakt ist: Es gibt keine demografische Zeitbombe und die droht auch nicht. Das Statistische Bundesamt sieht deutliche Auswirkungen der Alterung erst für die Jahre nach 2020. Bis 2010 steigt der Altenquotient so gut wie gar nicht an, bis 2020 moderat. Das die Bundesregierung bis zum Jahre 2050 zu planen versucht ist großer Blödsinn. Adenauer hat 1956 auch nicht für heute geplant. Nein, es geht um ganz was anderes! Man will Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer langfristig von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt abkoppeln. In Folge wären Arbeitnehmer tatsächlich nicht mehr in der Lage, die Versorgung der Jungen und Alten zu sichern. Die Gesetzesänderungen der letzten Monate und die noch folgenden, sind bewußte politische Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Wer sich die demografische Entwicklung des Statistischen Bundesamtes für die Jahre bis 2050 ansieht erkennt, daß Zahlen und Statistiken für den Umbau des Sozialstaates ganz im Sinne des Kapitals von hinreichend bekannten Kommissionen (Hartz, Rürup, Herzog), Beratungsgesellschaften (Berger & Co) und natürlich von Politikern regelrecht vergewaltigt wurden. In die Zukunft zu sehen ist dennoch unmöglich.

Gerhard Schröders Agenda 2010 ist mit der Denkschrift "Aufstieg oder Niedergang", herausgegeben im vorigen Jahrhundert vom Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), dem Spitzenverband der industriellen Unternehmerverbände, fast identisch. Überhaupt sind derzeit erstaunlich viele Elemente aus dem Dritten Reich wieder populär.

Die Nettoeinkommen von Arbeitnehmern werden gesenkt. Löhne für Arbeit sollen in Deutschland nicht höher sein als in Indien oder China. Arbeit soll in Zukunft nach dem Willen der Mächtigen billig wie Dreck sein. Regierung und Opposition unterbieten sich gegenseitig im Wettbewerb um die niedrigsten, den Konzernen gefallende Löhne. Das Kapital wird den Regierenden immer wichtiger, Arbeit immer unwichtiger, Unternehmen zahlen kaum noch Steuern (ein Gutachten des IWF kommt zu dem Ergebnis, daß von den Unternehmen eines Tages überhaupt keine Steuern mehr verlangt werden können). Die Kaufkraft liegt durch die eben erst in Gang gesetzte Lohndrückerei schon heute am Boden. Gerhard Schröder führt die Deutschen auf kürzestem Weg in die Armut. Was mit den Menschen geschehen soll, die nichts anderes anzubieten haben als ihre Arbeit, woher das Geld kommen soll damit die Regierung handlungsfähig bleibt, darüber denkt in Berlin schon lange keiner mehr nach.

Deutsche Unternehmen geben jedes Jahr 120 bis 150 Milliarden Euro für unsinnige Projekte aus. Steuern zahlen sie keine und Lohn für Arbeit soll es bald auch nicht mehr geben.

Es ist schon paradox: Die Umfrageergebnisse für die Union sind bestens und das, obwohl sie einen viel härteren Abbau des Sozialstaates vorhaben als die Sozialdemokraten, die genau deswegen von den Wählern abgewatscht werden. Vielen Bürgern ist offenbar nicht klar, was die Reformpläne der Union wirklich für sie bedeuten. Tatsächlich verbirgt sich dahinter eine nie dagewesene Umverteilung von unten nach oben. (MONITOR)

Die Gesundheitsreform, Machwerk der Allparteienregierung: Zahlungen und teure Medikamente haben das vorhandene Zweiklassensystem betonierte. Wer Geld hat, ist fein raus. Der arme Schlucker geht nicht zum Arzt, wenn er die zehn Euro Praxisgebühr nicht hat. Die obere Etage der Gesellschaft läßt das kalt. Es ging der Allparteienkoalition nicht um ein sozial ausgewogenes Gesundheitssystem. Sonst würden nicht ausschließlich die abhängig Beschäftigten zur Kasse gebeten, Selbständige, Freiberufler, Erben oder Börsenspekulanten aber in Ruhe gelassen. Reformerin Ulla Schmidt verkündet, das Gesundheitsmodernisierungsgesetz sei doch sehr erfolgreich und manche Kassen würden sogar demnächst die Beitragssätze senken. Über manche Kassen kreist der Pleitegeier, aber das durfte sie nicht sagen.

Ein neoliberaler Banker als Bundespräsident, kann das gut gehen?

Horst Köhler (Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF)) soll nach dem Willen von CDU/CSU und FDP Nachfolger von Johannes Rau werden. Köhler - den kaum einer kennt - ist gut für Sonntagsreden; wenn es ums Eingemachte geht, kneift er.

Schröder will Gesine Schwan (Rektorin der Universität Frankfurt an der Oder) - die kennt auch keiner, was sich noch ändern wird. Zeitungen werden Gesine Schwan in der Luft zerreißen und das ist Okay. Was wir erleben, ist abgefeimtes politisches Theater in der Drunterunddrüber-BRD.

Politik und Wirtschaft, die Menschen arm macht

Jetzt ist es passiert

Als erstes Großunternehmen führt DaimlerChrysler die 40-Stunden-Woche wieder ein. Zunächst zwar nur für 10000 Beschäftigte des Bereiches Planung und Entwicklung im Werk Sindelfingen, prinzipiell aber für alle. Das berichtete die Stuttgarter Zeitung. Und weiter: Der Betriebsrat von DaimlerChrysler habe einer Ausweitung bis 100 Prozent zugestimmt - wenn es dadurch nicht zu Arbeitsplatzabbau (?) komme.. Wie lächerlich!

Es ist nur logisch, daß nun beim DaimlerChrysler-Personalvorstand in den kommenden Wochen und Monaten genau darüber - und wie eine noch längere Wochenarbeitszeit durchgesetzt werden kann - nachgedacht wird.

Wir haben die 35-Stunden-Woche gesichert. Das behaupteten die Gewerkschaften noch im Februar. Nun wollen auch Großkonzerne und Zulieferer - Porsche, Siemens, Bosch, Continental und Mahle die Arbeitszeiten auf 40 Wochenstunden ausdehnen. Konzerne die für zusätzliche Arbeitsleistung Neueinstellungen tätigen müßten, sparen sich das und werden nun eher Leute entlassen.

Die Fehler der Vergangenheit

Schleppender Absatz und hohe Kosten, Konjunkturprobleme und Fehler in der Vergangenheit bei Volkswagen. Konzernchef Pischetsrieder präsentiert seinem Aufsichtsrat ein drastisches Sparprogramm von zwei Milliarden Euro. Daß damit Arbeitsplätze zur Disposition stehen, liegt auf der Hand.

Auf der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens am 09.03.04 in Wolfsburg kündigte der Konzernchef an, 2500 Arbeitsplätze in Deutschland und weltweit 5000 Stellen zu streichen. Außerdem werde VW vier Milliarden Euro bis Ende 2005 einsparen. Japanische Autos sind bei der Qualität haushoch überlegen. In den TÜV-Statistiken zur Qualität werden deutsche Autos nach hinten

durchgereicht. Volkswagen muß sich auf harte Zeiten einstellen und nicht nur Volkswagen.

Auch DaimlerChrysler hat Probleme. Die Autos für die Mittel- und Oberklasse werden nicht wie gewünscht verkauft. Bei Chrysler läuft es nach wie vor nicht. Die Beteiligung an Mitsubishi Cars droht ein Milliardengrab zu werden. Das Mautdesaster, das der Konzern mitzuverantworten hat, ließ Daimler zur Lachnummer werden. Was die Führungsetage aber nicht stört, diese hat sich mit Aktienoptionsprogrammen ein solides Auskommen für die kommenden hundert Jahre gesichert.

Zweifel an Globalisierung

Immer mehr US-Bürger zweifeln am Nutzen der Globalisierung. Nur fünf Jahre nach Seattle sind die braven Bürger selbst Globalisierungsgegner geworden. Sie haben inzwischen Angst vor Arbeitslosigkeit, internationalen Konzernen und Freihandel. Und weil sie Wahlen entscheiden können, müssen sie nicht einmal zum Demonstrieren auf die Straße. US-Politiker haben begriffen!

Nicht mehr nur Beschäftigte mit geringer Qualifikation oder nur mit geringem Einkommen sind gegen Freihandel, nicht mehr allein Farmer und Stahlarbeiter, sondern auch Ärzte, Steuerfachleute und Finanzexperten. Die US-Wirtschaft soll in Zukunft daran gehindert werden, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern. Unternehmen schwimmen im Geld, schaffen aber keine Arbeitsplätze, das soll sich ändern. Seit Bushs Amtsantritt im Januar 2001 sind 2,4 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, darüber soll Bush eine Quittung erhalten.

Wirtschaftsminister Gerhard Schröder sollte das nachdenklich stimmen, auch er hat zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze vernichtet und die Zahl der Beschäftigten nimmt ungebremst weiter ab.

Armes Deutschland, Land der Windräder und Luftschlösser

Bakschisch-Republik Deutschland (Korruption ist in Deutschland Alltag), Land der Versager, der Zauderer, der Angsthasen, der Operation Dosenpfand. Klappt hier nichts außer der Mülltrennung? Die klappt so gut, daß der getrennte Müll am Ende wieder zusammengekippt wird.

Viele Jahrzehnte gehörte Deutschland zu den reichsten Nationen Europas. Das war einmal. Der Niedergang der deutschen Wirtschaftskraft sei alarmierend, befindet des britische Wirtschaftsmagazin "The Economist" in einem Leitartikel. Deutschland sei sogar zu großen Teilen für das schlechte Image der EU-Wirtschaft verantwortlich, schreibt das Blatt.

Deutschland deckt Bürger, die Steuern hinterziehen und enorme Fluchtgelder erzeugen, Geschäftsleute und Politiker die Schmiergelder und Spenden transferieren, macht sich Methoden der organisierten Kriminalität zu Eigen. Politik in Deutschland kann nur noch als menschenverachtend, ignorant und verantwortungslos bezeichnet werden.

- Gerhard Schröder hat das Jahr 2004 zum Jahr der Innovationen erklärt. Die Konzerne aber senken ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig dampft Gerhard Schröder das Forschungsbudget ein und läßt geschehen, daß Zukunftstechnologien wie Nano-, Gen- und Nukleartechnik von seiner rot-grünen Koalition (kümmert sich um Dosenpfand und ökologisch vernünftige Kartoffeln) behindert werden. Deutsche Eliten(?) fühlen sich in einem so technologiefeindlichen Klima unwohl und gehen ins Ausland. Mehr als 30 000 deutsche Wissenschaftler arbeiten derzeit in Amerika. Tendenz steigend! Kluge Köpfe wandern nach Westen aus und unsere Produktion nach Osten - der im Wesentlichen von der organisierten Kriminalität geprägt wird. Für auf maximale Profiterzielung ausgerichteten Unternehmen also genau richtig.

- Trotz Steuerreform (die Experten für verfassungswidrig halten) haben die Deutschen ihre Freude am Konsum nicht wiedergefunden - gesteht das Finanzministerium ein. Ein wichtiges Ziel der Reform ist (wie vorhergesagt) verfehlt worden.

- Die von der Bundesregierung eingeführte Steueramnestie für Schwarzgeld im Ausland (Blähunsinn) ist ein Flop. Statt der er-

warteten Milliarden-Rückflüsse sind nach Angaben der Steuerwerkschaft bisher nur wenige Millionen nach Deutschland zurück geholt worden.

- Die finanziellen Folgen der gescheiterten Maut (Toll Collect) sind fatal, denn viele Straßenbauprojekte sind jetzt nicht mehr finanziert.

- Seit 13 Jahren basteln Behörden, Bund und Länder an einem Computer-Programm für Finanzämter. Ohne Erfolg. Das Projekt soll schon 900 Millionen Euro an Steuergelder verschlungen haben.

Fiscus (Föderales Integriertes Standardisiertes Computer unterstütztes Steuersystem), 1992 gestartet, sollte im vergangenen Jahr fertig sein und ab 2006 bundesweit eingesetzt werden. Geplante Kosten: 170 Millionen Euro. 1997 warnte der Bundesrechnungshof vor einem Scheitern des Projekts. 2000 warnten die amtlichen Prüfer erneut. Bund und Länder gründeten die Fiscus Gesellschaft mit Sitz in Bonn. Die sollte das Projekt retten. Steuerzahler können sich denken, was statt dessen geschah: Eine weitere Geldverschiebungsmaschinerie war installiert. Fiscus funktioniert immer noch nicht - Geld verschieben schon.

Die Maut: Unbrauchbar und ein Milliarden-Debakel, die Online-Jobbörse: Unbrauchbar und ein 165 Millionen Euro-Grab, Fiscus: Unbrauchbar und mehr als 900 Millionen Euro sind versenkt, InpolNeu: Unbrauchbar und 140 Millionen Euro wurden vergeigt. Das Programm Atlas für den Zoll: 850 Millionen Euro wurden vernichtet. Macht nichts, der Bürger zahlt! Megalomanie nennt die Psychiatrie den Hang zum Größenwahn, der Politiker, gierige Unternehmer und Berater befallen hat.

Die Gesundheitsreform zeigt erste erhoffte Auswirkungen

Angst vor dem Arztbesuch bewahrheitet sich!

Das Gesetz soll Patienten davon abhalten, zum Arzt zu gehen. Ministerin Ulla Schmidt hatte dies im Spiegel-Interview am 19. Januar offen bekundet. *"Wir haben in Deutschland im Jahr etwa 565 Millionen Arztbesuche, das ist zu viel."*

Es interessiert die Ministerin überhaupt nicht, daß das so gar nicht stimmt. Von den 565 Millionen Arztbesuchen im Jahr sind allein 500 Millionen Besuche nötig um Folgeerzepte abzuholen. Ein Jahresrezept oder ein Rezept über eine Klinikpackung Pillen bekommt ein zum Beispiel chronisch Kranker nicht, dann würde der Arzt an ihm nichts mehr verdienen. Was nach dem Rezept abholen den Krankenkassen sonst noch in Rechnung gestellt wird, darüber mag man getrost spekulieren.

Knapp vier Wochen nach Einführung der Praxisgebühr und anderen Zuzahlungsregelungen gibt es nun die ersten von Ulla Schmidt so sehr erhofften nachweisbaren Effekte. Ein Alptraum wird jetzt immer mehr traurige Wirklichkeit. *Weil du arm bist, mußt du früher sterben.*

Ärzte beklagen sich, Bürger sind erbost - dabei zeigt die Einführung der Praxisgebühr, daß es als Steuerungsinstrument in der Gesundheitspolitik durchaus greift. Die Praxen sind so leer wie seit langem nicht mehr. Ärzte entlassen bereits Helferinnen wegen 30 Prozent weniger Patienten. Bei Orthopäden, Hautärzten und HNO-Ärzten gibt es Rückgänge um bis zu 40 Prozent. Fazit: Sprechstundenhelferinnen werden arbeitslos, Fachärzte in die Pleite getrieben.

Um dem Liebling der Medien, Bert Rürup (Vordenker und Regierungsberater in Sachen Sozialsysteme) etwas gutes zu tun, schreibt DER SPIEGEL: *..Im Nachbarland Frankreich muß seit 1945 eine Gebühr bezahlen, wer den Arzt aufsucht. Wenn der Wirtschaftsjournalist Günter Ederer recht hat, dann ist diese Behauptung von Severin Weiland im SPIEGEL falsch. Günter Ederer behauptet: ..Der Arzt behandelt seinen Patienten und nennt anschließend sein Honorar. Am Abend kann der Arzt immer sagen, wieviel er am Tag verdient hat und es zur Bank tragen. Vorschriften: ein daumendicker Ordner mit vielleicht 25 DIN A4 Seiten. Der Patient in Frankreich bekommt seine Auslagen innerhalb weniger Tage*

von der Krankenkasse rückerstattet ... Was ein Hausarzt in Deutschland verdient, kann er weder nach einem Vierteljahr noch am Jahresende genau sagen. Vorschriften: Unmöglich die Zahl genau zu benennen. Was eine Behandlung durch den Arzt in Deutschland kostet erfährt ein Kassenpatient nie. Das Kartell läßt sich nicht in die Karten schauen. Niemand soll wissen, wo das Geld der Beitragszahler versickert.

Personal-Service-Agenturen vor dem Aus - die Schwarzarbeit boomt

Die Kette von Mißerfolgen der rot-grünen Regierung wird immer länger. Das Herzstück der Hartz-Reformen, die Personal-Service-Agenturen (PSA), stehen kurz vor dem Aus. Fast 200 Millionen Euro (175 Millionen im vorigen Jahr) hat die Bundesagentur für Arbeit in den vergangenen Monaten für die PSA ausgegeben, besser: Nach irgendwo hin verschoben.

Mehr Geld für alle Abgeordneten

Zum 1. April 2004 wird wieder kräftig zugelangt: 100 Euro pro Monat kommen für Sachleistungen hinzu, womit der jährlich zur Verfügung stehende Betrag für jeden einzelnen Volkstreter auf 7500 Euro steigt. Gleichzeitig steigt die monatliche Pauschale für die Beschäftigung von Mitarbeitern von 8979 auf 9729 Euro. Zu Jahresbeginn hatten sich die Parlamentarier die Erhöhung ihrer monatlichen steuerfreien Kostenpauschale um einen Fuffziger monatlich genehmigt.

Krankenkassen wollen auf Praxisgebühr verzichten

Mehrere Kranken- sowie einige Betriebskrankenkassen wollen nach einem Bericht der Bild-Zeitung die Praxisgebühr für ihre Mitglieder wieder abschaffen. Nach Angaben der Zeitung gehören dazu die DAK und die Techniker Krankenkasse. Voraussetzung für die Befreiung von der zu Jahresbeginn eingeführten Gebühr ist das sogenannte *Hausarzt-Modell*. Es sieht vor, daß Patienten zunächst einen Vertragshausarzt ihrer Krankenkasse aufsuchen müssen, der gegebenenfalls eine Überweisung an einen Facharzt ausschreibt.

Die Ausgaben der Krankenversicherungen sind zum Jahresende 2003 ungewöhnlich stark gestiegen. Wie der Verband der Betriebskrankenkassen bestätigte, mußten die Kassen im vergangenen Dezember bis zu 40 Prozent mehr Geld für Arzneimittel überweisen.

Schlechter Rat wird meistens teuer

Wenn Deutsche Bank oder Siemens Millionen für Unternehmensberater ausgeben, so ist das ihre Sache. Sie tun es ja nicht um Geld zu verschwenden, sondern um Kosten zu senken. Bei der BA, dieser merkwürdigen Arbeitsverwaltung, die eine unübersichtliche Mammutbehörde geblieben ist und immer bleiben wird, macht es einer genau umgekehrt: Chef Florian Gerster - Zampano im Maßanzug - erteilt Aufträge - selbstverständlich ohne Ausschreibung und daher eindeutig rechtswidrig - an Firmen die in der Hartz-Kungel-Kommission schon an Reformvorschlägen mitgewirkt haben. Aber, sind Unternehmensberater wie Berger und Co ihr Geld denn auch wirklich wert? Nein, auf gar keinen Fall! Die an dieses Syndikat überwiesenen Millionen haben sich für Beitragszahler und BA nicht gelohnt. Aus der BA - einst eine Versicherungsanstalt gegen soziale Not - wurde eine Agentur zur Verfolgung von Arbeitslosen.

Traurig, aber wahr: In der Bundesagentur für Arbeit regieren immer noch Größenwahn und Inkompetenz, Arroganz und Dummheit. Und es weht ein Hauch von Korruption über der Nürnberger Agentur. Es besteht der Verdacht, daß die enormen Kostensteigerungen für die Internet-Stellenbörse auf Korruption zurückzuführen sind. Bei der Online-Stellenbörse drohen nämlich die Kosten von ursprünglich geplanten 65 Millionen auf 165 Mil-

tionen zu steigen. Die Nürnberger Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Verdachts der Untreue.

26.01.2004 | Der Chef der Bundesagentur für Arbeit ist arbeitslos! Vor knapp zwei Jahren wegen seiner Skrupellosigkeit von Bundesgerd zum Chef ernannt, mußte Superminister Wolfgang Clement ihn aus dem gleichen Grund entlassen.

Union und FDP wollen die Bundesagentur abschaffen und ihre Aufgaben in anderer Weise lösen. Nur, welche Aufgaben sind gemeint? Arbeitsvermittlung gibt es mangels Arbeitsplätzen nicht mehr. Bleibt nur das systematische Herausdrängen der Arbeitslosen aus der Statistik. Dazu braucht es keine Bundesagentur oder Arbeitsamt.

Freundlich, serviceorientiert und virtuell, so sollte er sein, der Arbeitsmarkt der Zukunft. Virtuell ist er schon, der Arbeitsmarkt: An den Terminals im Arbeitsamt, das jetzt eine Agentur ist, können Arbeitslose, jetzt Kunden (sind leichter zu verarschen), mit neuer Software bundesweit nach Arbeit suchen. Nur wenn der Kunde dann das Gespräch mit den ach so freundlichen, serviceorientierten Beratern der Agentur sucht, hat er sehr schnell das Gefühl, daß vor allem eines virtuell ist: Die Chance, hier einen Job vermittelt zu bekommen.

Der Faschismus in Europa besteht, so oder so [1]

Die rot-grüne Regierung, angefeuert von Arbeitgeberverbänden und CDU, wiederholt den beispiellosen sozialen Crashkurs von 1933/34. Deutschland ist der Motor europaweiten Sozialabbaus. Die reale Macht ist alles andere als demokratisch, das Parlament ist keine Volksvertretung mehr, die Korruption in der Politik wächst fast so rasant wie die organisierte Kriminalität, die Großindustrie lobt ihren neuen *Hermes* [2]. Die exzessive Absenkung der Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener, eine immer größer werdende Zahl von Billigjobs und Zwangsarbeit für Arbeitslose ruft weltweit Verwunderung hervor. Momentan wird in Deutschland das Rad der Geschichte zurückgedreht. Die Warner im Ausland, die gegen eine Wiedervereinigung waren, sehen sich bestätigt: Die in Deutschland an Größenwahn Leidenden sterben niemals aus.

Massenentlassungen

Die schuldlosen deutschen Verbraucher haben 2003 von einer beispiellosen Rabattschlacht im Einzelhandel mit Preisnachlässen (die meist gar keine waren) von bis zu 50 Prozent profitiert. Den Preis dafür zahlten Tausende Verkäuferinnen und Verkäufer: Sie sind jetzt arbeitslos.

Die Ausweitung von Minijobs hat dazu geführt, daß Hunderttausende von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen gestrichen wurden. Das belegt ein von ver.di in Auftrag gegebener Branchenreport. Die Zahl der Vollzeit- und sozialversicherten Teilzeitarbeitsplätze sank in einem Jahr um 227 000, während die Minijobs von 659 000 im Jahr 2002 um 176 000 auf 835 000 anstieg. Hunderttausenden von Frauen wird die Möglichkeit genommen, sich ein existenzsicherndes Einkommen und eine soziale Absicherung für die Rente zu erarbeiten. Sie werden auf Minijobs verwiesen, die zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel einbringen, erklärte ver.di dazu.

Die Genossen stürzen ab

06.02.2004 | Gerhard Schröder, der keine sozialen Skrupel mehr kennt, der die SPD und nicht nur die SPD, sondern das ganze Land in nur 6 Jahren an den Rand des Ruins geführt hat gab bekannt, daß er auf einem Sonderparteitag Ende März sein Amt als Parteichef niederlegen werde. Als seinen Nachfolger schlug er seinen treuesten Vasallen Franz Müntefering vor. Müntefering ist der Mann, der sich über das fehlende Verständnis für diese Skrupellosigkeit beklagt.

Schröder hat die Wünsche seiner Auftraggeber fast alle erfüllt: Krieg nach außen und nach innen lauteten im März 2000 die Vorgaben von Lissabon [4].

27.01.2004 | Die SPD ist in der Gunst der Wähler auf ein historisches Rekordtief gesunken. Nur noch 24 Prozent würden die Sozialdemokraten wählen. Dies ist der schlechteste Wert, den die SPD unter Parteichef Gerhard Schröder je erreicht hat. Die verbliebene Basis ist demotiviert und denkt mit Grauen an die Wahlniederlagen der nächsten Monate. Die SPD steht vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. 2004 stehen 14 Wahlen an, in denen die SPD damit rechnen muß, 14mal unterzugehen. 2004 wird das Jahr des Abschieds der SPD von der Regierungsverantwortung sein.

"Die Leute sind stinksauer auf uns", berichtet ein besorgter Müntefering Gerhard Schröder und der SPD-Führung, und dann - kleinlaut: "Die Lage an der Basis ist ernst." Recht haben die Leute. Sie müssen jetzt nur noch die Konsequenzen ziehen.

... die Genossen laufen davon

Die SPD hat 2003 so viele Mitglieder verloren wie seit über 50 Jahren nicht mehr. Die Partei schrumpfte in zwölf Monaten um weitere 43 096 Mitglieder. In Hamburg, Bremen, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Meck-Vor gaben überdurchschnittlich viele Sozialdemokraten ihr Parteibuch mit Begründungen ab, wie: *Bundeskanzler Schröder ist zum schlimmsten Kohl aller Zeiten mutiert.. Ulla Schmidt ist nur noch ein Brechmittel.. Als Sozialhure, singende Säge und Ekel wurde die Ministerin in Schreiben und E-Mails titulierte.. Die Équipe Clement/Eichel/Schröder kotzt uns an.. Rentenklau, Praxisgebühr, das sind Mafiamethoden..* (wie wahr!) Tenor der Austrittsschreiben: *Das ist nicht mehr meine Partei.*

Die Praxisgebühr, so wie eine höhere Belastung der Betriebsrenten führten offenbar zu einer Austrittswelle wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wie die Bildzeitung berichtete, traten allein im Januar 10 000 Mitglieder aus der SPD aus. Wenn diese SPD bis 2010 so erfolgreich bleibt, Zwangsarbeit und Massenarmut zum gesellschaftlichen Alltag geworden sind, dürfte sie sich bis dahin weitgehend aufgezehrt haben.

... leise gehen die Genossen

Parteiaustritte, Wahlniederlagen - und verzweifelte Hoffnung. Selbst langjährige Genossen machen sich auf leisen Sohlen davon, hauen einfach ab. Meist ist es ein Abschied ohne Worte. Nirgendwo mehr ist die SPD gewollt. Mit Gerhard Schröders Agenda 2 0 1 0 gehts ab in den Keller. Schröder versäumte es, den Bürgern zu sagen was Hundt, Rogowski und die "Fünfte Kolonne der Bourgeoisie" von ihm forderten und warum sie - die Bürger - Entbehrungen auf sich nehmen sollten. Doch dann hätte er öffentlich erklären müssen, warum 400 000 Millionäre in Deutschland immer reicher und die Armen immer ärmer werden sollen.

So wurde vielen Sozialdemokraten die eigene Partei fremd. Seit Gerhard Schröder ins Kanzleramt einzog, hat fast jeder siebte Genosse der SPD den Rücken gekehrt. Die SPD ist auf einem historischen Tiefstand angelangt. In den Bundesländern wird sie für die Berliner Politik abgestraft, wie zuletzt in Hamburg. In NRW steht die SPD am Abgrund, in Brandenburg ist sie schon abgestürzt. Die Europawahl im Juni hat die SPD schon abgeschrieben. Reformgegner und enttäuschte Gewerkschafter spielen mit dem Gedanken einer neuen Partei.

Der Kanzler selbst tritt vom Posten des Parteivorsitzenden zurück.

Der Kanzler ist personell und inhaltlich am Ende. Der Genosse der Bosse, immer schlecht beraten von einem Beraterkartell (Roland Berger & Co), wird zum Opfer der eigenen, von ihm seit 1990 betriebenen Anti-SPD-Politik.

Der Automann richtete es sich in einer Räterepublik bequem ein. Er delegierte nur noch. Doch auch wenn er millionenschwere Aufträge für Gefälligkeitsgutachten vergab, die Verantwortung wurde er nicht los und das mit der Entlastung funktioniert auch nicht. Der Kanzler saß in der selbst gelegten Falle. Er hat nun ein Kartell von Verantwortungslosen und Versagern aus Politik und Wirtschaft am Hals die ihn mit ihrer Arroganz schlicht überfordern.

Weimar und die SPD

Es ist sicher kein Zufall, daß das Parteipräsidium der SPD seine Klausursitzung in Weimar abhielt. Weimar soll wieder in aller Munde sein, kaum daß die "Weimarer Republik" vergessen ist. Die Bezeichnung "Berliner Republik" hat den Sozis eh nie gefallen. "Weimarer Republik", das wär doch was - ein Wink mit dem Zaunpfahl, vielleicht? Die jüngeren Deutschen sollen gefälligst in die Geschichtsbücher schauen, um zu lesen und zu begreifen was das heißt: "Weimarer Republik". Da kann man sehen, daß sich wirklich alles wiederholt: Wieder mal hat das Kapital die Macht an sich gerissen und die Menschen in Deutschland wurden von rechten Sozis und Gewerkschaftsfunktionären gelinkt. Wieder mal schichten depperte Sozialdemokraten die Ersparnisse der kleinen Leute um auf die Konten der Reichen. Diese haben auch Kinder in die Welt gesetzt, die allzu oft, wie ihre Väter, zu nichts taugen. Nun will die politische Klasse für ihre eigenen Taugenichtse und die der Konzernvorstände auf Kosten der einfachen Steuerzahler ein optimales Bildungsklima schaffen. Eliteuniversitäten sollen her (die dann andere degradieren), für eine neue Führerschicht - nach *Rassmerkmalen* ausgesucht.

In Frankreich ist die Idee der Eliteuniversität gescheitert. Die ENA (Ecole Nationale d'Administration) ist heute ein Symbol für Rückständigkeit.

In Deutschland wird es keine Eliteuniversitäten geben. Schröder, Münte und Bulmahn wollten nur Spaß, vielleicht haben sie auch nur zu tief ins Glas gesehen. Eine Innovationsoffensive ist damit wahrlich nicht gestartet worden. Die realen Voraussetzungen für derartige Institutionen sind in Deutschland nicht gegeben. Studiengebühren würden die Bildungsmisere in Deutschland auch nicht beheben, sondern noch verschärfen, da die Einnahmen bestenfalls vorherige Kürzungen ausgleichen, für die Verwaltung draufgehen oder sonstwie verschwinden.

Unsozial, diskriminierend, ineffektiv, kriminell

Statt umzusteuern wird schlicht nur abkassiert ("Organisierte Kriminalität"). Das ist die eigentliche Zumutung dieser Gesundheitsreform. Die von den gesetzlich Versicherten aufzubringenden Zuzahlungen werden nicht etwa irgendwo eingespart, nein, diese werden unter den Profiteuren des Gesundheitssystems aufgeteilt. Der Verteilungskampf um den Milliardenkuchen ist in vollem Gange. Schon werden Forderungen seitens der Weißkittelfamilie nach deutlich höheren Praxisgebühren und Zuzahlungen laut.

"Ich bin nur noch am Organisieren", sagt Dr. Wolfgang Muehe. Der Allgemeinmediziner aus Eime in Niedersachsen klagt: "Zeit für meine Patienten habe ich eigentlich nicht mehr." Eine Kollegin aus den neuen Bundesländern sagt: "Die Praxisgebühr ist mit solch einem irrsinnigen Verwaltungsaufwand verbunden, das geht alles von der Zeit ab, die ich sonst für meine Patienten hätte." Chronisch kranke Patienten sollen nur dann die geringere Zuzahlung leisten, wenn sie wenigstens zweimal pro Quartal ärztliche Hilfe in Anspruch genommen haben und wenn sie in den vergangenen zwei Jahren mindestens einmal stationär behandelt wurden. "Dümmer geht es immer", ärgert sich Verbands-

vorsitzender Dr. Diethard Sturm. "Es ist unsinnig, Gesetze zu machen, mit denen alle bestraft werden, nur weil man den Mißbrauch durch einige Wenige nicht verhindern kann."

"Die Bundesregierung soll die Praxisgebühr zurücknehmen - und zwar komplett. Die in der ersten Woche gemachten Erfahrungen rechtfertigen diesen Schritt." mb-Chef Dr. Frank Ulrich Montgomery.

"Nach gut einer Woche mit der Praxisgebühr ist klar, daß das von uns befürchtete Chaos eingetreten ist", sagt Dr. Karl Gröschel, Vorsitzender der KV Thüringen. Die ersten Arztpraxen in Thüringen wurden bereits in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 2004 zum Objekt der Begierde von Einbrechern. "Benötigen wir als nächstes einen Sicherheitsdienst", fragen sich die Praxeninhaber nun. In Berlin verprügelte ein Mann eine Ärztin, weil sie die zehn Euro kassieren wollte! Die Ärztin: "Frau Schmidt hat das alles nicht durchdacht. Ich rechne mit höherer Aggressivität bei den Patienten wegen der Gebühr. So ein Vorfall war doch nur eine Frage der Zeit. Die Polizei hat mir geraten, ich solle mich bewaffnen."

"Was seit Jahresbeginn in den Praxen und Krankenhäusern passiert, ist ein Desaster", sagte der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, am 14. Januar im ARD-Morgenmagazin. Als "medizinisch gefährlich und ein soziales Fiasko" bezeichnete der Bundesvorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dr. med. Maximilian Zollner, die Gesundheitsreform aufgrund der ersten Erfahrungen der niedergelassenen Ärzte. "Für sozial Schwache und chronisch Kranke bedeuten die neuen Zuzahlungen zum Teil den finanziellen Gau."

Die Gesundheitsreform schreibt Apothekern vor, ihre Preise neu zu kalkulieren. Auf jede Arzneipackung werden jetzt 8 Euro 10 Festbetrag draufgeschlagen. Dazu kommen laut Gesetz noch einmal 3 Prozent Aufschlag vom Einkaufspreis und 16 Prozent Mehrwertsteuer. Folge: Ein Medikament, das im Einkauf 2 Euro kostet, muß in der Apotheke jetzt für 11 Euro 80 angeboten werden. In Hamburg versuchte ein Arzt, für das Abrechnen der Praxisgebühr einen Euro extra zu kassieren. Bundesweit wollen Klüsendoktoren für eine lumpige Brillenverordnung 25 Euro (50 Mark) extra haben. So etwas ist nur möglich, weil Verrückte in Deutschland die Gesetze machen.

Mit der Gesundheitsreform kommt erst die Bürokratie, dann der Patient

Die Ergebnisse von Direktzahlungen (Eintrittsgeld beim Arzt) sind ernüchternd: Sie führen weder zu nennenswerten Einnahmen noch zu einer rationaleren Nutzung des Gesundheitssystems, dafür aber zu einer klaren Benachteiligung der sozial Schwachen und zu horrenden Verwaltungskosten (Erhebung, Weiterleitung und Kontrolle der Gebühren, Ausnahme- und Befreiungsregelungen). -Diese fressen 75 Prozent der durch Kostenbeteiligung der Patienten generierten Einnahmen auf. Es wird also nur ein klitzekleiner Teil der vorgesehenen Praxisgebühr von zehn Euro wirklich im System ankommen und nicht einmal das ist sicher. Sieben, acht Euro von den zehn verlangten vertilgt die Bürokratie mühelos.

Nutzergebühren sind prinzipiell regressiv, sie treffen die Bezieher niedrigerer Einkommen stärker als die Besserverdienenden. Schon relativ geringe Eigenbeteiligungen haben relevante Folgen für die Gesundheit einer Bevölkerung und negative Auswirkungen auf die Gesundheitsausgaben. Ökonomen und politische Entscheider unterschätzen die externen Effekte gesundheitspolitischer Maßnahmen. Die individuellen wie volkswirtschaftlichen Folgen verschleppter Krankheiten sind in Ländern mit hohen Zuzahlungen besonders spürbar, wo ein großer Anteil Versicherter auf eine Behandlung verzichtet.

Die in der Schweiz geltenden hohen Eigenbeteiligungen haben mehr als jeden 40. eidgenössischen Haushalt krankheitsbedingt verarmen lassen. Das Fazit der britischen Gesundheitsökonomin Margaret Whitehead: "Zuzahlungen führen zu schlechterer Gesundheit und zunehmenden Gesundheitsausgaben. Hohe

Nutzergebühren sind ineffizient und ungerecht. Insgesamt zeigen die Erfahrungen anderer Länder (die USA haben das marktwirtschaftlichste und gleichzeitig das mit Abstand teuerste System), daß die Erhebung von Nutzergebühren tendenziell keinen hemmenden Einfluß auf die Kostenentwicklung des gesamten Gesundheitssystems hat. Relativ niedrige, fixe Eigenanteile, wie sie nun die "Allparteienkoalition" dem deutschen Gesundheitssystem verordnet hat, bergen sogar die Gefahr, kostentreibend zu wirken. Das System wird umso teurer, je stärker es dereguliert wird. Zuzahlungen widersprechen grundsätzlich dem Versicherungsprinzip, das darauf beruht, daß Menschen unabhängig von einem Ereignis und im Voraus für einen eventuellen Schadensfall bezahlen, um sich gegebenenfalls gegen die finanziellen Folgen abzusichern.

Der geplünderte Bürger

Wer kein einfacher Bürger, sondern ein Abgeordneter des Bundestages ist, zahlt anstelle der Praxisgebühr von zehn Euro im Quartal nur 20 Euro im ganzen Jahr. Es ist ein Skandal, daß Beamte, Besserverdiener und Bundestagsabgeordnete dem Solidarsystem ihre Beiträge entziehen können.

Die Verlierer der Reform sind schnell ausgemacht. Der Bewohner eines Behindertenheimes zum Beispiel. Er muß Praxisgebühr und Zuzahlungen zu Arzneimitteln vom kargen Taschengeld bezahlen. Pflege- und Behindertenheime werden in Zukunft notgedrungen mehr amtliche Betreuer bestellen, die sich (als eine Art Vormund) um die finanziellen Belange der wirklich überforderten Bewohner kümmern. Das kostet dann die Sozialämter 360 Euro im Monat - ein Vielfaches dessen, was die Zuzahlung den Kassen bringt. Frau Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt treten Sie zurück. Sie sind keine Gesundheitsministerin wie ihn sich die Bürger dieses Landes wünschen, nein, Sie sind nur der verlängerte Arm von charakterlosen Funktionären der weißen Zunft, in deren Hintern Sie Ihren Anstand geparkt haben.

Wie kann man nur so dämlich sein?

Wer zum Arzt gehe, müsse wissen, daß das Geld koste, sagte Schröder im Hinblick auf die Praxisgebühr. Die Deligierten auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Bochum fragten sich: Wozu habe ich eigentlich eine Krankenversicherung? Eine solche Frage würde Schröder - dem Bild, BamS (Bild am Sonntag) und Glotze reichen um zu Regieren - wohl eher feixend beantworten. Er hat - gar keine Frage - studiert, muß deshalb aber nicht wissen, wozu eine Versicherung gut ist. Kanzler, eine Versicherung beruht darauf, daß Menschen im Voraus für einen eventuell auftretenden Schadensfall bezahlen um sich gegen Folgen finanzieller Art abzusichern.

So dämlich kann man sein!

Arbeitslose sollten eine Gegenleistung dafür bringen müssen, daß sie Geld vom Staat erhalten, fordert Karl-Josef Laumann, Arbeitsmarktsprecher der Unionsfraktion im Bundestag. Noch einer, der die Versetzung in die dritte Klasse der Volksschule nicht geschafft hat. Sonst würde er wissen, daß lohnabhängig Beschäftigte gegen Arbeitslosigkeit versichert sind und Versicherungsleistungen erhalten, sollten sie einmal beschäftigungslos sein. Daß die Kasse der Arbeitslosenversicherung nicht immer ganz voll ist, dafür können doch die Arbeitslosen nichts. Wie sollen diese verhindern, daß die Sozialversicherungskassen von der jeweiligen Regierung geplündert werden. Die Kohl-Regierung hat 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands aus eben diesen Kassen bezahlt. Heute bedient sich Rot-Grün - grad, wie sie lustig sind.

So dämlich darf man sein!

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Albert Schmidt, hat in der Bildzeitung die Einführung einer City-Maut ins Gespräch gebracht und dabei auf London verwiesen. Es ist typisch für die

Grünen, daß für sie der Bürger (in diesem Falle als Autofahrer) nur als Melkkuh der Nation interessant ist. Innenstädte würden in Folge nur noch mehr veröden.

Schröders letzter Muschkote

Reinhold Robbe, SPD-Rechtsaußen aus dem ostfriesischen Bunde, stellt sich selbst ein Bein.

Deutschland ist ein Unrechtsstaat

Dies stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strasbourg am 22.01.04 fest. Die Richter gaben fünf Klägern Recht, die aufgrund eines Gesetzes aus dem Jahre 1992 unentgeltlich Grundstücke an den Staat abtreten mußten, die sie 1945 im Zuge der Bodenreform erhalten hatten. Die Verstaatlichung der Grundstücke ohne jede Ausgleichszahlung habe gegen das Grundrecht auf Schutz des Eigentums verstoßen. Die Kläger hatten zuvor in allen Instanzen deutscher Gerichtsbarkeit verloren. Zuletzt hatte das Bundesverfassungsgericht am 6. Oktober 2000 die Enteignungen gebilligt.

Constanze Paffrath, eine junge Christdemokratin wirft Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble in ihrer Doktorarbeit vor, gelogen zu haben: Beide behaupteten, die Sowjetunion habe verlangt, für die Enteignungen der 40er-Jahre auf späterem DDR-Gebiet ein Rückgabeverbot zu erlassen. Sonst hätte die UdSSR der deutschen Einheit nicht zugestimmt. Diese Behauptung ist falsch. Auch Gorbatschow und sein Außenminister Schewardnadse nannten den Gedanken absurd, sie hätten ein Rückgabeverbot gefordert. Die Welt am Sonntag fragte Frau Paffrath: *Warum soll die frühere Bundesregierung gelogen haben?* Frau Paffrath: *Weil sie Geld zur Finanzierung der Einheit brauchte. Das enteignete Eigentum fiel nach der Wende in die Hände des Staates. Diese Beute über die Treuhand zu verkaufen, versprach viel Geld. Wäre das aber zugegeben worden, hätte das Parlament der Missachtung von Eigentumsrechten wohl nicht zugestimmt.* WamS: *Bundestag und Öffentlichkeit wurden absichtlich getäuscht?* Die Zeithistorikerin Paffrath: *So ist es.*

[1] Der Faschismus verstand sich in all seinen Varianten als Hüter und Bewahrer des kapitalistischen Eigentums und der ihm zugrunde liegenden Ausbeutungsverhältnisse. (Karl Heinz Roth)

[2] Zu Beginn der Zeitalter, hat sich der alte Zeus, der Herrschsüchtige, keineswegs geirrt, als er unter allen Bewohnern des griechischen Olymps Hermes auswählte - er war der Verlogenste, der Betrüger, der Dieb, der alle bestahl. Zeus schenkte ihm ein Paar Sandalen mit goldenen Flügelchen und ernannte ihn zum Gott..

[4] Die neoliberale Politik hat ein Vorbild und ein Modell: 1981 wurde in Chile ein umfassendes privates Sozialsystem eingeführt, an dem neoliberale Ökonomen aus den USA jahrelang gearbeitet hatten. Es wurde von der OECD und der Weltbank ausdrücklich als Vorlage für die Umgestaltung der Sozialsysteme weltweit gesehen und allen Regierungen zur Übernahme dringendst empfohlen. Beim Lissabonner Gipfel im Jahr 2000 haben sich die EU-Länder verpflichtet, diesen Umbau bis zum Jahr 2010 zu bewerkstelligen. Die EU-Kommission wacht mit regelmäßigen Berichten und Ermahnungen über die Einhaltung dieses Beschlusses. Unterschiede ergeben sich aus der politischen Durchsetzbarkeit in den jeweiligen Ländern. Die Kommission empfiehlt z. B. Spanien nach dem Generalstreik gegen neue Arbeitsmarktgesetze 2003, im laufenden Jahr Schwerpunkte bei der Rentenprivatisierung zu setzen. Frankreich, wo es 2003 einen Generalstreik gegen Rentenkürzungen gab, wird aufgefordert, sich auf die Arbeitsmarktderegulierung zu konzentrieren. Deutschland sei auf einem guten Weg und solle weitermachen wie zuletzt, heißt es in Brüssel. (Werner Rätz, ATTAC in junge Welt vom 03.04.2004)

©Tadema 99-2004 akt. 10.04.2004

8.9. Wissenschaft und Sicherheit von Ulrich Beck

Ulrich Beck, 43, ist Professor für Soziologie an der Universität Bamberg und Autor des Buches „Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne“ (SPIEGEL 21/1987).

Nehmen wir an, der Fall Galilei, Naturwissenschaft gegen Kirche, verhandelt 1633 vor dem Heiligen Offizium zu Rom, würde noch einmal aufgerollt. Der Großinquisitor, auch so einer, der am Tropf der Tagesschau-Katastrophen hängt, beantragt ein Revisionsverfahren - Begründung: Tschernobyl, Humangenetik und wie die Fortschritte so heißen. Wie würde das Urteil heute lauten?

Noch vor einem Jahrzehnt oder so klopfte das Primanerherz für den unbeugsamen Galilei: „Und sie bewegt sich doch!“ Das war der Traum von der erlösenden Kraft der Wissenschaft. Auch Brechts Galilei, geschrieben 1938/39 im Exil, sagt den bitterwahren Satz: „Gib acht auf dich, wenn du durch Deutschland kommst, die Wahrheit unter dem Rock.“ Auch heute müssen so manche Naturwissenschaftler ihre „Wahrheit“ unter dem Rock tragen - allerdings um das Gruseln der Öffentlichkeit in Grenzen zu halten.

Dämmert uns, die wir nach Nagasaki, Bhopal, Tschernobyl und vor dem Endsieg der Humangenetik leben, die Weisheit und Weitsicht des Großinquisitors? Haben wir im Jahrhunderte-Streit zwischen Wissenschaft und Dogma, sozusagen hinter unserem Rücken, die Seiten gewechselt? Oder ist es die Wissenschaft, die die Seiten gewechselt hat, und der Ruf „Hilfe Wissenschaft!“ verhallt doppeldeutig?

Werden wir nun auch noch aus dem irdischen Glauben an Wissenschaft und Technik freigesetzt, ähnlich wie die Menschen im Zeitalter der Reformation aus den weltlichen Armen der Kirche „entlassen“ wurden? Erleben wir im Auftreten kritischer Atomwissenschaftler, Genetiker, Ärzte, Ingenieure, Richter die ersten Wellen eines wissenschaftlichen Protestantismus?

Die Wissenschaft hat neben den vielen Taten, die sie selbst bejubelt, eine vollbracht, die, sie sogar vor sich selbst geheimhält. Der Wahr-Falsch-Positivismus eindeutiger Tatsachenwissenschaft, Schreckgespenst und Glaubensbekenntnis dieses Jahrhunderts, ist am Ende. Er existiert nur noch als borniertes, einzelfachliches Bewußtsein, als solches allerdings sehr wirkungsvoll. Er ist, auch darin Zauberverlehrling, dem Zweifel, den er freigesetzt hat, selbst erlegen.

Wer irgendeinem bunt zusammengewürfelten Expertenkreis eine beliebige Frage stellt - etwa: ist Formaldehyd giftig? -, erhält von, sagen wir, fünf Wissenschaftlern 15 verschiedene Antworten, alle mit ja-aber, einerseits-andererseits garniert - wenn die Befragten gut sind; wenn nicht, zwei oder drei scheineindeutige.

Die Eindeutigkeit wissenschaftlicher Aussagen ist der Einsicht in deren Entscheidungsbedingtheit, Methodenabhängigkeit, Kontextgebundenheit gewichen. Ein anderer Computer, ein anderes Institut, ein anderer Auftraggeber: eine andere „Wirklichkeit“ - ein Wunder wäre es und keine Wissenschaft, wenn es nicht so wäre.

Technik und Naturwissenschaft sind zu einem wirtschaftlichen Unternehmen von großindustriellem Zuschnitt ohne Wahrheit und Aufklärung geworden, vergleichbar der mittelalterlichen Weltmacht Kirche ohne Gott. Ebenso wie die inquisitorische Kirche den Gottesbeweis, ist die regierende Wissenschaft den Wahrheitsbeweis schuldig geblieben. Mehr noch: Sie hat in der ganzen Breite ihres Siegeszugs unfreiwillig und indirekt den Gegenbeweis erbracht.

So ist gerade auch das Herzstück, die experimentelle Absicherung der Naturwissenschaften, in langen, gründlichen Debatten, die die Rationalität entschlüsseln sollten, schlicht und einfach zerdacht, aufgezweifelt worden.

Wer sich in alles hineinspezialisiert, darf sich nicht wundern, wenn am Ende zu allen öffentlich diskutierten Fragen unvergleichbare Ergebnisse verkündet werden, die sich oft noch nicht einmal widersprechen, einfach weil sie erst gar nicht aufeinander beziehbar sind. Und wenn alles, also auch die zerstörerischen Folgen und drohenden Risiken wissenschaftlicher Entwicklungen erforscht werden, dann widerlegen die Wissenschaften eben auch ihre Sicherheitsverkündigungen von gestern und für morgen - bis der Öffentlichkeit (auch darin wissenschaftshörig) das Gruseln kommt.

Dies alles sind Erfolge durchgesetzter Wissenschaftsansprüche. Am Ende besiegt der Zweifel also auch die Erkenntnis, die ihm alles verdankt. Darin liegt nicht nur ein Grund für Tränen, auch eine unterschwellige Demokratisierung des wissenschaftlichen Erkenntnismonopols. Jetzt können auch wieder andere mitreden: Eine andere Weichenstellung und der Zug der Argumentation fährt in die Gegenrichtung ab.

Heute also lautet die Frage: Was haben Galilei und das Heilige Offizium gemeinsam? Das Dogma. Unser Dogma ist der Fortschrittsglaube. An die Stelle von Gott und Kirche sind die Produktivkräfte getreten und diejenigen, die sie entwickeln und

verwalten - Wissenschaft und Wirtschaft. Ihr Handeln trägt alle Merkmale des religiösen Glaubens: Vertrauen in das Unbekannte, Ungesehene, Ungreifbare.

Fortschritt ist die Umkehrung rationalen Handelns als „Rationalisierungsprozeß“. Er ist ein Freibrief in die programmlose, abstimmungslose Dauergesellschaftsveränderung ins Unbekannte. Es wird unterstellt, daß beispielsweise das kommerzielle, gentechnologische Neuschreiben der Schöpfungsgeschichte von Pflanzen, Tier und Mensch, das uns bevorsteht, schließlich doch ins Gute gewendet werden kann. Aber schon, inzwischen katastrophengeschult, nach dem Wie zu fragen, hat etwas Ketzerisches. Zustimmung ohne Wissen, wozu, ist Voraussetzung.

Auch Kunst hat Wissenschaft in ihrem Erkenntnisanspruch überflügelt. Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts war es beispielsweise der Kubismus, der die Fiktion des Gegenstandes in die Mehrdeutbarkeit der Perspektive aufgelöst hat — während parallel in den Naturwissenschaften noch die Scheineindeutigkeit des seiner Herstellerrolle unbewußten Empirismus vorherrschte. Erst heute wird der Verfall der bürgerlichen Ehe- und Familien-Ideale, wie ihn Ibsen, Strindberg usw. auf den Brettern vorgeführt haben, von der Familiensoziologie, und zwar widerwilligst, nachvollzogen - nun ist er auch nicht länger in der Statistik zu verstecken.

Und was seit Joyce, Musil, Thomas Mann die Erzählfigur des Romans lähmt oder beflügelt, nämlich die im Bewußtsein der Konstruktion zerbrochene Naivität des Erzählers, die diesen dazu zwingt, die Herstellung der Erzählung in der Erzählung selbst Thema werden zu lassen, wird in der Wissenschaft immer noch kraftvoll verdrängt.

Der eigentliche Skandal liegt aber wohl doch darin, wie die Natur- und Technikwissenschaften auf die von ihnen produzierten Gefahren reagieren. Nicht erst seit Tschernobyl gilt, aber hier wurde es für eine breite Öffentlichkeit erfahrbar: Den kleinen Unterschied zwischen Sicherheit und wahrscheinlicher Sicherheit trennen Welten. Im Atomzeitalter hängt daran das Überleben aller. Die Technikwissenschaften verfügen immer nur über wahrscheinliche Sicherheiten. Ihre Aussagen bleiben also auch dann wahr, wenn morgen noch zwei, drei Atomkraftwerke hochgehen.

„Es ist genau das Zusammenspiel zwischen Theorie und Experiment oder Versuch und Irrtum“, schreibt Wolf Häfele 1974, damals noch selbstkritisch, „das für die Reaktortechnologie nicht länger möglich ist.“ Unterderhand haben die Naturwissenschaften im Umgang mit den Gefahren des Atom- und Chemiezeitalters die Logik der Forschung auf den Kopf ge-

stellt: Umsetzung erfolgt vor Überprüfung, als Überprüfung - unter dem Damoklesschwert horrender Investitionen.

Daß erst das Realexperiment Tschernobyl die Sicherheitstheorien der Atomphysik widerlegen mußte, war schlimm genug. Viel schlimmer aber ist, daß es sie widerlegt hat und die Theorien bleiben „wahr“! Denn im Rahmen von Wahrscheinlichkeitstheorien kann das Ereignis, das diese ausschließen, eintreten, ohne daß die Falschheit der Theorien erkannt und nach Verbesserungen gesucht werden müßte.

Naturwissenschaft hat sich in eine Art Neumetaphysik zurückverwandelt. War man einst ausgezogen, um aus Erfahrungen zu lernen, so hat man sich heute in Kalkülen eingerichtet, die offensichtlich selbst gegen Schockerfahrungen wie Tschernobyl immun sind. Das Erdbeben von Lissabon im Jahre 1755 löste ein breites intellektuelles Nachbeben aus. Heute fliegen der Welt die ungetesteten, auf 10 000 Jahre angelegten Sicherheitsspekulationen für Atomkraftwerke um die Ohren, und die zuständigen Wissenschaften lassen die Rede vom „kommunistischen Reaktor“ durchgehen und gehen zur Tagesordnung über. Fehler, in denen Milliarden stecken, können nicht mehr eingestanden werden.

Tatsächlich ist dies nur der eklatanteste Fall, ein anderes Beispiel: Grenzwerte. Wenn man auf die entsprechenden Paragraphen und Praktiken die simpelsten Regeln der Logik anwendet, bricht das ganze Gebäude zusammen: Fehlschlüsse, Trugschlüsse, Augenwischerei - für spätere Generationen wohl ähnlich rätselhaft und empörend wie für uns der Hexenglaube des Mittelalters.

Dann das Theater mit dem Verursacherprinzip, der Niedrigverseuchung - überall dasselbe: Die Normen stimmen nicht mehr. Es wird nach dem Grundsatz verfahren: Bitte im Zweifelsfall das Gift vor dem es gefährdenden Zugriff des Menschen schützen! Seit langem wissen wir, daß die Regeln strikter Kausalität auf weltweit vernetzte Umweltgefahren nicht anwendbar sind.

Dagegen ist die Gleichmacherei des Risiko-Kalküls, das Gefahren in Wahrscheinlichkeiten mißt, eine schlechte Medizin. Denn die atomaren, chemischen und gentechnischen Großgefahren haben den Unfall abgeschafft - jedenfalls als räumlich und zeitlich begrenztes Ereignis. Die Folgen erstrecken sich über Länder und Generationen und können nur im statistischen Ringkampf aus ihrer individuellen Anonymität befreit werden. Wie Nukem zeigt, sind die Techniker, und mit ihnen die Politiker, zum Ausverkauf ihrer Sicherheitsbehauptungen gezwungen.

Für Luther reichte der Ablaßhandel, um seine 95 Thesen an die Tür der Schloß-

kirche zu Wittenberg zu schlagen. Damals ging es, vordergründig, „nur“ um die Geldgier der Kirche. Heute geht es um das Überleben aller. Wo bleibt ein naturwissenschaftlicher Luther, der den Wissenschaftspäpsten ihre Sünden wider den Geist von Erfahrungswissenschaft und Humanität vorhält und damit den bitter nötigen Streit um eine durchgreifende Erkenntnisreform der Wissenschaften vom Zaune bricht?

Niemand ist so blind wie der, der nicht sehen will. Arthur Koestler beschreibt in seiner Autobiographie, wie er als überzeugter Kommunist 1932 die Sowjet-Union bereist und die Not der Menschen und die Anzeichen des stalinistischen Terrors sehr wohl sieht, aber mit dem geschulten Kaderverstand des Parteifunktionärs wegerklärt.

Sind die Naturwissenschaften von heute - in Ausbildung und Forschung - zu einer Art Kaderschule geworden, die lehrt, wie man die Gefährdungswirklichkeit, die man mit System erzeugt, nicht wahrnimmt?

Doch die Ignoranz hat wohl tiefere, einfachere Ursachen: Man hat es nicht nötig, aus seinen Fehlern zu lernen. Religion ist, pardon, entbehrlich. Wer dagegen anzweifelt, ob Technik und Wissenschaft auch morgen noch nötig sind, kann ebensogut anzweifeln, ob er morgen atmen muß.

Je größer die Gefahr, desto größer die Abhängigkeit von Wissenschaft. Im Schock der Katastrophe reden plötzlich alle, bis hinauf in die Almhütten, von Becquerel, rem, OAU, Glykol, als wüßten sie, was das bedeutet. Kein Zweifel, nach dem nächsten todsicheren Nichtunfall wird es Lehrstühle für radioaktiven Kohl und frühkindliche Atomängste geben: Widerlegung gleich Expansion. Gefahr zwingt Glauben zurück.

Anden als der mittelalterliche Katholizismus bedarf das heilige Offizium der Naturwissenschaften heute noch nicht einmal einer Inquisition, da die Macht der Technik in der wissenschaftlichen Zivilisation mit ihren Fehlern wächst. Selbst ihre schärfsten Kritiker müssen die Sprache wechseln, also die Grundfehler, gegen die sie Sturm laufen, übernehmen, bevor sie überhaupt den Mund aufmachen können.

Heißt das, daß eine neue Klasse der wissenschaftlich-technischen Intelligenz nach der Macht greift? Damit würde wohl wieder einmal Unentbehrlichkeit mit Macht verwechselt. Wenn aber die Unentbehrlichen die Machthaber wären, dann herrschten selbst in einer Sklavengesellschaft die Sklaven. Auch die Mediziner, die es geschafft haben, die Ehe im Reagenzglas zu vollziehen, sind abhängig Beschäftigte, können entlassen, nicht befördert werden.

Für den Zustand, in den wir immer mehr hineintreiben, hat Hannah Arendt schon 1968 den treffenden Ausdruck »Niemandsherrschaft“ geprägt und gleich hinzugefügt, daß dies die tyrannischste aller Herrschaftsformen ist, da es letztlich niemanden mehr gibt, den man zur Verantwortung ziehen kann. Scheinbar. Denn die andere Seite der Niemandsherrschaft ist die Verantwortung der vielen, die wider besseres Wissen nicht bereit sind, die Folgen ihres Tuns anzunehmen.

Für die Wissenschaft gilt dieses Ende der Ausreden allemal. Hier stimmt keine mehr. »Ungesehene Folgen“ (der moralische Freibrief von gestern) lösen sich in ihrer Erforschung auf und überleben dann nur noch subjektiv - als Lesefaulheit oder Ignoranz. Forschung ist Praxis (Atomphysik, Humangenetik), der „böse Bube“ Wirtschaft man selbst.

Was heißt die gute alte „Wertfreiheit“ eigentlich noch, wenn chemische und physikalische Formeln, angesiedelt in der Wortwüste der Zahlen, eine politische Sprengkraft entfachen, die selbst apokalyptische Formulierungen von Sozialwissenschaftlern niemals erreichen. Und ich möchte wissen, mit welchem Recht ausgerechnet eine Wissenschaft, die die ganze Welt in Zweifel gestürzt hat, ihre eigenen Grundlagen für sakrosankt erklären darf.

Wir müssen in die „Niemandssteuerrung“ der dahinjagenden, wissenschaftlich-technischen Entwicklung durch Veränderung ihres Selbstverständnisses und ihrer politischen Gestaltung Steuerrad und Bremse einbauen. Das setzt als minimalen ersten Schritt die Wiederbelebung der Lernfähigkeit, der Irrtumsfähigkeit voraus.

Menschliches Versagen ist nicht, wie man uns nach jedem unmöglichen Unfall weismachen will, die Ursache allen Übels. Es ist, genau umgekehrt, ein wirksamer Schutz gegen technokratische Allmachtsvisionen. Wir Menschen irren uns. Das ist vielleicht die letzte Gewißheit, die uns geblieben ist. Wir haben ein Recht auf Irrtum. Eine Entwicklung, die dies ausschließt, führt weiter in den Dogmatismus oder den Abgrund - wahrscheinlich beides.

Insofern kommt der Kritik vor Ort in den Zentren der industriell-technologischen Entwicklung eine Schlüsselbedeutung zu. Nur wo Atomphysik gegen Atomphysik, Medizin gegen Medizin, Informationstechnologie gegen Informationstechnologie, Humangenetik gegen Humangenetik steht, kann nach außen hin sichtbar werden, welche Zukunft mit welchen Gefährdungen im Reagenzglas ist. Kritik und Widerstand in den technischen Berufen dienen dem Überleben aller.

Zwischen Adoption und Seziermesser

8.10. Embryonenforschung und die lästige Menschenwürde

Harry Kunz

Hohe Erwartungen knüpfen sich an den neuen "medizinischen Rohstoff", den embryonalen Stammzellen. Kernprobleme wie begrenzte Verfügbarkeit von Spendergewebe und Abstoßung nicht körpereigener Transplantate könnten gelöst werden. Das Ausgangsmaterial ist allerdings umstritten: "überzählige" Embryonen, die bei künstlicher Befruchtung auf Vorrat produziert werden. Doch ist die Debatte darüber entflammt, wann der Mensch ein Mensch ist und wo er es wird. Entscheidungen sind verlangt, wenn einerseits Wissenschaftler die Freigabe von Embryonen als Forschungsobjekte fordern, andererseits die Genmedizin den Fötus immer mehr auch als Subjekt begreift. Außerdem soll in dieser Ethikdebatte nicht vergessen werden, dass auch starke patentrechtliche, also ökonomische Interessen eine wichtige Rolle spielen

Chronisches Herzleiden. Für viele eine Krankheit, die zum Tode führt. Den jährlich rund 90.000 Todesfällen stehen nur etwa 550 Herztransplantationen gegenüber. Alternative Behandlungsverfahren (zum Beispiel die Transplantation von Tierorganen) bereiten weiterhin große medizinische Probleme. Doch seit 1997 mit der Klonierung des Schafes Dolly die Klonierung jedweder Körperzelle realisierbar wurde und nachdem James Thomson 1998 embryonale Stammzellen isolieren konnte, kristallisiert sich eine neue Option heraus – etwa für die Behandlung nach einem Herzinfarkt.

Demnach könnte aus Hautzellen des Infarktpatienten das genetische Material entnommen und in gespendete menschliche Eizellen injiziert werden. Zur Teilung und weiteren Entwicklung stimuliert differenzieren sich diese Zellen im Labor zu Stammzellen aus, die sich zu allen 210 im Menschen vorkommenden Zelltypen weiter entwickeln können, also auch zu Herzmuskelzellen. In das kranke Herz transplantiert ersetzen sie dort die bei der Herzattacke zerstörten Zellen. Weil die neuen Zellen den Gencode des Kranken besitzen, lassen sich Abstoßungsreaktionen zuverlässig vermeiden.(1) – Dies ist heute noch ein Traum für Herzranke. Und vielleicht ein Alptraum, wenn man bedenkt, dass embryonale Stammzellen nichts anderes sind als die weiterkultivierten Frühstadien menschlicher Keimentwicklung. In jedem Fall sind an den neuen medizinischen Rohstoff hohe Erwartungen geknüpft: Mit ihm eröffnet sich eine Revolutionierung der Transplantationsmedizin, die deren Kernprobleme – die begrenzte Verfügbarkeit von Spendergewebe und die Abstoßung nicht körpereigener Transplantate – zu lösen verspricht. Darüber hinaus hofft man auf eine Möglichkeit, Krankheiten verursachende Gene vor einer Transplantation gezielt aus dem Spendermaterial zu entfernen. Bei all dem geht es weniger um das utopisch anmutende Ziel der Schaffung ganzer Organe aus embryonalen Zellen. Herzen, Nieren und Lebern werden sich auf absehbare Zeit nicht wie Tomaten im Treibhaus züchten lassen. Plausible und seriöse Forschungsziele im Kontext der Transplantationsmedizin zielen vielmehr darauf, verschiedenartig spezialisierte Zellen oder Gewebe nachzubilden. Der Bonner Neurobiologe Oliver Brüstle, der aktuell auf den Import embryonaler Stammzellen aus Israel drängt, will beispielsweise mit embryonalen Stammzellen Transplantationen im zentralen Nervensystem ermöglichen.

Anders als bei Herz oder Niere können die durch eine Querschnittlähmung oder eine Parkinsonerkrankung zerstörten Zellen nicht durch die Übertragung ausgereiften zentralnervösen Gewebes ersetzt werden. Vielmehr müssen noch unreife Spenderzellen eingebracht werden, von denen man hofft, dass sie sich in die Strukturen des Hirns bzw. des Rückenmarks einfügen. Ähnliche Anwendungen wären denkbar für den Hautersatz nach Verbrennungen oder zur Auffrischung von Pankreasgewebe zur Insulinproduktion bei Diabetikern.

Sowohl für die Erforschung dieser Verfahren wie für die erhoffte spätere Anwendung ist eine Vernutzung mensch-

licher Embryonen unumgänglich.(2) Dabei können für die Gewinnung embryonaler Stammzellen drei Verfahren unterschieden werden: Erstens das eingangs für den Bereich der Herzchirurgie beschriebene Modell des "therapeutischen Klonens". Die zweite Option setzt auf die Gewinnung embryonaler Stammzellen aus Embryonen, die durch künstliche Befruchtung erzeugt wurden. Die dritte Entwicklungsrichtung schließlich versucht, embryonale Stammzellen aus den Keimzellen abgetriebener Föten zu isolieren. Unter bestimmten Voraussetzungen ist diese Option als einzige in der Bundesrepublik erlaubt. Allerdings haben aus abgetriebenen Embryonen gewonnene Zelllinien Eigenschaften, die nicht unbedingt mit einem potenziellen Empfänger kompatibel sind. Entsprechende Abstoßungsreaktionen zeigten sich bereits bei der Transplantation von fötalem Gewebe: In den vergangenen Jahren hat man weltweit bei mehr als 200 Patienten (ohne den Umweg einer gezielten Züchtung von spezialisiertem Hirngewebe aus Stammzellen zu gehen) gezielt aus dem Mittelhirn menschlicher Föten (aus spontanen Aborten oder Abtreibungen) gewonnenes Gewebe zur Behandlung bei Parkinson-Kranken eingepflanzt. Unabhängig vom bislang begrenzten medizinischen Erfolg dieser Versuche führt diese Strategie zudem in eine Sackgasse, weil sie das Grundproblem der Transplantationsmedizin auf den Bereich der Hirnchirurgie ausweitet: Da für eine Behandlung das Mittelhirngewebe von mindestens acht Föten benötigt wird, übersteigt die potenzielle Nachfrage das Angebot an Spendermaterial. Mit dem Wechsel zu embryonalen Stammzellen geht demgegenüber die Hoffnung einher, durch die Dechiffrierung der Ausdifferenzierungsmechanismen der Embryonalzellen alle wesentlichen Zellformen in der Kulturschale gezielt (und im erwünschten Umfang) produzieren zu können.

Vom Kinderwunsch zum Medizinrohstoff

Doch für eine solche Zellvermehrung bedarf es des Ausgangsmaterials. Üblicherweise handelt es sich um "überzählige" Embryonen, die bei einer künstlichen Befruchtung auf Vorrat produziert werden. Werden sie von den Eltern nicht mehr benötigt, können sie in den USA, in Großbritannien, Australien und Israel innerhalb eines definierten Entwicklungsstadiums für Forschungszwecke verwendet werden. Im Unterschied dazu begrenzt das bundesdeutsche Embryonenschutzgesetz (ESchG.) die Herstellung von Embryonen strenger: Bestraft wird, wer "es unternimmt, mehr Eizellen einer Frau zu befruchten, als ihr innerhalb eines Zyklus übertragen werden sollen" (§ 1 Abs. 1 Nr. 5 ESchG.). Embryonen sollen nur zur Herstellung einer Schwangerschaft erzeugt werden. Befruchtungen auf Vorrat will man verhindern, um der Gefahr "überzähliger" Embryonen zu begegnen – wenn beispielsweise schon der erste Behandlungsversuch in eine Schwangerschaft mündete oder die Frau die weitere Behandlung abbrach.(3.)

Wozu Embryonen produzieren? – ein Szenario

Eine – hierzulande von niemandem geforderte – Herstellung von Embryonen allein für Forschungszwecke wurde in der Bundestagsdebatte Ende Mai unisono abgelehnt.

Ebenso wenig dürfte eine Änderung des Embryonenschutzgesetzes mehrheitsfähig sein, die eine Ausweitung der Zahl künstlich erzeugter Embryonen eröffnet, um einige von ihnen in der Embryonenforschung zu vernutzen. Doch die reproduktionsmedizinischen Fachgesellschaften fordern in einem Positionspapier zum Fortpflanzungsmedizingesetz die gleiche Rechtsänderung mit anderen Zielen und Begründungen ein.⁽⁴⁾ Sie drängen auf eine Vorratshaltung von Embryonen, um erstens die Erfolgsrate künstlicher Befruchtung zu verbessern und um zweitens die Strapazen einer künstlichen Befruchtung für die betroffenen Frauen zu verringern. Blendet man die Problematik überzähliger Embryonen aus, wäre es in der Tat sinnvoll, mehr Eizellen von der Frau zu gewinnen und zu befruchten, als bei einem Behandlungsversuch benötigt werden. Denn bei einem einmaligen Embryotransfer liegt die Wahrscheinlichkeit für die Geburt eines Kindes nur bei 20 bis 25 Prozent. Bei einer Vorratshaltung befruchteter Eizellen, die dann bei minus 196 Grad Celsius tiefgefroren auf ihren Einsatz warten, könnten die Belastungen einer mehrfachen operativen Gewinnung der Eizellen vermieden werden. Mit mehr befruchteten Eizellen eröffnet sich zugleich die Chance zur Auswahl: Nach Vorstellung der Fortpflanzungsmediziner sollen Embryonen künftig bis etwa zum 5. Entwicklungstag in der Petrischale kultiviert werden, um dann nur die "Besten" zu implantieren.⁽⁵⁾ Durch den Transfer der besten zwei statt der heute üblichen drei Embryonen soll in einem die "baby-take-home-Rate" (die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreich verlaufende Schwangerschaft) erhöht und die Wahrscheinlichkeit von Mehrlingsschwangerschaften verringert werden. (Aufgrund einer hohen Krankheitswahrscheinlichkeit hieraus resultierender Kinder gilt die Mehrlingsschwangerschaft nach künstlicher Befruchtung als problematisch.) Nicht transferierte Embryonen müssten für weitere Behandlungsgänge konserviert werden. Ist ein weiterer Transfer nicht erforderlich, sollten die dann "überzähligen" Embryonen zur Adoption freigegeben werden. Ungewollt kinderlosen Paaren stünde damit auch die Option einer "Präimplantationsadoption" zur Verfügung.

Tatsächlich wollen die meisten Paare mit unerfülltem Kinderwunsch aber ein genetisch eigenes Kind. Deshalb dürfte die Nachfrage nach der Adoption von Embryonen gering ausfallen. Und dann ist es wahrscheinlich: Die überzähligen Embryonen werden an die Forschung abgegeben und dort verbraucht. Zwar hat die Reproduktionsmedizin schon aus Imagegründen kein Interesse daran, als "Produktionsstätte" von überschüssigem Embryonalgewebe zu gelten. Dennoch teilt sie mit der verbrauchenden Embryonenforschung das Interesse an überzähligen Embryonen: Nur so lässt sich eine Auswahl treffen. Wird andererseits ein Bedarf an Embryonen zur Forschung gesellschaftlich anerkannt, kann man auch dem Selektionsziel der Reproduktionsmedizin schwerlich die Zustimmung verweigern.

Noch ist dies Zukunftsmusik: Wer heute die Embryonenforschung in Deutschland etablieren will, muss entweder auf den Import von Stammzellen setzen – oder eine bestehende Regelungslücke ausnützen. Denn trotz rechtlichen Verbots der Vorratshaltung von Embryonen lagern hierzulande nach Expertenmeinung zwischen fünfzehn und rund hundert Embryonen auf Eis. Wenn die Frau kurzfristig die Übertragung befruchteter Eizellen ablehnt oder dies durch eine Erkrankung vereitelt wird, fallen überzählige Embryonen an, die es de jure gar nicht geben darf. Folgerichtig bestehen auch keine Regelungen, was mit ihnen geschehen soll.

Bei diesen Embryonen tritt das moralische Dilemma offen zu Tage: Soll man sie durch eine Änderung des Adoptionsrechts zur Adoption freigeben? Oder darf man sich ihrer als Mittel für eine Gewebe- und Organtransplantation bedienen? Letzteres wäre sicherlich der Verstoß schlechthin gegen das Instrumentalisierungsverbot, das den Kern des im Grundgesetz festgeschriebenen Konzepts der Menschenwürde ausmacht. Doch was heißt Menschenwürde für Wesen, deren Zukunft darin besteht, dauerhaft tiefgefroren in ihrer Potentialität zu verharren?

Wann ist der Mensch ein Mensch?

Bislang konzentriert sich der Streit um die Forschung mit embryonalen Stammzellen um deren Herkunft und um den ethischen und rechtlichen Status früher Embryonen. Unterbelichtet bleibt die Frage, was man mit Stammzellen machen kann. Dabei gelang es bereits 1996 demselben James Thomas, der als erster menschliche Stammzellen kultivierte, embryonale Stammzellen (vom Weißbüscheläffchen) in der Petrischale über vier Wochen hinweg zu einem Embryoidkörper zu entwickeln, der sich nicht wesentlich vom entsprechenden uterinen Entwicklungsstadium dieser oder einer anderen Primatenart einschließlich des Menschen unterschied.⁽⁶⁾ Obwohl eine derart fortgeschrittene Embryonalentwicklung außerhalb der Gebärmutter nur in seltenen Ausnahmefällen gelingt, bleibt der Befund heikel: Mittels embryonaler Stammzellen lassen sich demnach Formen embryonalen Lebens erzeugen, die deutlich jenseits der Demarkationslinie des 14. Tages der Keimesentwicklung liegen. Also jenseits des Rubikons, der auch der liberalen, etwa in Großbritannien gesetzlich fixierten Position als Beginn der Schutzwürdigkeit gilt. Die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) beschworene Formel "Isolierte ES-Zellen sind nicht totipotent" ignoriert, was diese Zellen im Verband vermögen.⁽⁷⁾ Je nach den Umfeldbedingungen beschränkt sich ihr Potential nicht nur auf die Fähigkeit zur Erzeugung aller Gewebearten ("Pluripotenz"). Vielmehr kann ihnen sehr wohl die Fähigkeit zur Bildung eines Teratoms, also eines komplexen Gewebeverbandes (bis hin zu einem humanoiden Organismus?) innewohnen. Dies ist nicht nur ethisch – im Hinblick auf möglicherweise fragwürdige Forscherfantasien – problematisch. Sondern lässt auch die von der DFG postulierte besondere Bedeutung embryonaler Stammzellen (im Vergleich zu adulten Stammzellen) anfechtbar erscheinen: Worin liegen überhaupt noch Vorteile embryonaler Stammzellen, wenn aufgrund der möglichen unkontrollierten Bildung von Wucherungen deren direkte Transplantation als Option ausscheidet? Anscheinend müssen sie sich erst zu gewebespezifischen Vorläuferzellen weiterentwickeln, wie sie als adulte Stammzellen auch im Organismus entwickelter Personen vorkommen – und zunehmend isoliert und kultiviert werden können.⁽⁸⁾

Wo wird der Mensch zum Menschen?

Zugleich begrenzen diese Befunde alle Ansinnen, ethisch relevante Zäsuren in der frühen Entwicklung des Embryos auf Basis biologischer Befunde zu benennen. Wenn dessen Entwicklung stark von den "Umfeldbedingungen" abhängt, ohne allerdings zwingend auf eine Gebärmutter angewiesen zu sein, so ist einerseits die Frage nicht kontextunabhängig beantwortbar, ab wann der Embryo die Fähigkeit in sich trägt, sich zu einem Menschen zu entwickeln mit allen Eigenschaften, die wir einer Person zuschreiben. Bildet selbst die Einpflanzung in die Gebärmutter keine entscheidende Zäsur mehr, so verliert gleichzeitig ein zentrales Argument für die Forschung mit embryonalen Stammzellen gewissermaßen seine biologischen Grundlagen.⁽⁹⁾ Auch Forschungsbefürworter bestreiten ja nicht, dass bereits im Frühstadium der Embryonalentwicklung eine biologische

Individualität vorliege. Aber weil Embryonen ohne Einpflanzung in die Gebärmutter ohnehin keine Entwicklungsperspektive besäßen, sei ihre Seinsweise nicht mit derjenigen entwickelter Föten im Mutterbauch oder gar mit geborenen Menschen vergleichbar. Ihre Vernutzung in der Forschung stelle keinen Tötungsakt dar, sondern bilde allenfalls eine "Abtötung".

Wenn uterine Steuerungsmechanismen den embryonalen Entwicklungsverlauf koordinieren, ohne dass die Embryonalentwicklung zwingend an den Körper der Frau gebunden ist, rückt zugleich die Ektogenese, die Heranreifung eines Menschen außerhalb der Gebärmutter, in den Bereich des jedenfalls prinzipiell Machbaren.⁽¹⁰⁾ Spätestens mit der Realisierung dieses uneingestandenen Telos der Fortpflanzungsmedizin wird der Bruch mit einer weichenstellenden ethischen und rechtlichen Tradition der Moderne ("Menschen werden frei und gleich als Menschen geboren") vervollständigt: Die Geburt kann künftig noch als hinreichende, aber eben nicht mehr als notwendige Voraussetzung für die Gewährung von Rechten gelten.

Das Prinzip Prinzipienlosigkeit – ein Ausweg?

Vorgeburtliches Leben zugleich verdinglichend und humanisierend – so befördert die Medizinentwicklung eine widersprüchliche Verwandlung unserer Vorstellungen von der Würde und den Rechten des Menschen. Die neueren Forschungsergebnisse aus Embryologie und Molekulargenetik fassen die (biologische) Menschwerdung von der befruchteten Eizelle an als ein sich selbst organisierendes System, das keine entscheidenden Zäsuren und Einschnitte kennt. Immer eindeutiger begreift die praktische Pränatalmedizin den Fötus als Patient (und als Subjekt). Auch die fortschreitende biomedizinische Ausleuchtung vorgeburtlichen Lebens durch Ultraschallaufnahmen, die Erkenntnisse pränataler Psychologie oder die Möglichkeit der Embryonenaufzucht verstärken unsere Sensibilität. Wachsende biomedizinische Manipulationsmöglichkeiten lösen hingegen die Unverfügbarkeit vorgeburtlicher Entwicklung vollends auf.

Dabei steckt auch die Genmedizin in einer sozialen Falle: Je mehr sich ihr Paradigma der biologisch-genetischen Determiniertheit nicht nur von Krankheitsdispositionen, sondern auch von Verhaltensweisen, Persönlichkeitsmerkmalen und Charaktereigenschaften bewahrheitet, um so unerträglicher ist die Vernutzung von Embryonen für die Forschung. Wer den glibberigen Zellhaufen zerstückelt, vernichtet dann auch das Lächeln, die Warmherzigkeit und Freundlichkeit eines möglichen Menschen. So könnte es der Siegeszug der Biomedizin selbst sein, der unsere Sensibilität für die neuen *Existenzweisen in vitro* schärft.⁽¹¹⁾ Aus dieser zugespitzten Spannung des Werdens gibt es jedenfalls kein einfaches Entrinnen. Jede auf grobschlächtigen Differenzen ("Person oder Sache") beruhende Option führt in einen weltanschaulichen Fundamentalismus, der in einer pluralistischen Gesellschaft aufgrund seiner spezifischen, nur von einer Minderheit geteilten Wertmaßstäbe kaum mit allgemeiner Zustimmung rechnen kann.

Zugleich verweist jede Statusfestlegung des Embryos auf tief verwurzelte Selbstverständnisse und Lebensentwürfe, die sich einem rationalen Diskurs entziehen. Angesichts einer sozialen Konstruktion der Wirklichkeit, die Embryonen zugleich als "Jemand" und als "Etwas" enthüllen, beruhen unterschiedliche Festlegungen auf Prämissen, die selbst unter der Bedingung "herrschaftsfreier Kommunikation" unversöhnlich nebeneinander stünden.⁽¹²⁾ Weil diese Menschenbilder jedoch in erhitzten moralischen Bewertungen über Gut und Böse münden – immerhin geht es um unser je höchstpersönliches Selbstverständnis –, ist das Private politisch. Das liberale Credo stößt an Grenzen, wonach

politische Entscheidungen wertneutral oder als Kompromiss der unterschiedlichen Wertvorstellungen einer Gesellschaft erfolgen sollen. Regelungen, die wenig verbieten und den einzelnen Forschern (und den künftigen Patienten) die Wahl lassen, ergreifen in gleicher Weise Partei wie auf Basis eines dezidierten Wertmaßstabes erfolgende Beschränkungen. Eine weltanschaulich neutrale Regelung des Konflikts gibt es nicht. Auch die liberale Option definiert auf der Basis eines spezifischen Menschenbildes Beginn und Schutzwürdigkeit menschlichen Lebens. Jenen, die von der personalen Würde des Embryos überzeugt sind oder die Embryonen einen Schutzstatus zubilligen, *als ob* sie Personen wären, spricht die liberale Option in zutiefst illiberaler Weise die Sinnhaftigkeit ihres Wirklichkeitsverständnisses ab – ohne dies argumentativ begründen zu können. Von der Opposition gegen die Embryonenforschung eine partielle Befürwortung zu erwarten, kommt der Forderung an Gegner der Sklaverei gleich, doch auch die Anliegen der Sklavenhalter zu berücksichtigen.

Dennoch sind heute Entscheidungen gefordert. Und was bleibt der Politik in dieser Situation anderes als ein Kompromiss, den möglichst viele Menschen unterschiedlicher Überzeugungen mittragen können? (Demgegenüber ist das Embryonenschutzgesetz heutiger Fassung instrumentelles Recht. Es will die Akzeptanz bestimmter Wertüberzeugungen sichern und verbreitern.)

Eine Orientierung am Motto "Wer heilt, hat Recht" taugt dabei sicherlich nicht als Kompass. Vielmehr führt diese Orientierung in dem Maße in den Kannibalismus, wie das Paradigma vom Menschen als wichtigstem medizinischem Rohstoff siegreich ist. Der aktuell von Befürwortern der Stammzellenforschung gerne als "Ethik des Heilens" verbrämte Konsequentialismus kann nicht begründen, warum in Ausnahmesituationen nicht auch eine verbrauchende Forschung an (geborenen) Personen gerechtfertigt ist. Eine Orientierung an Heilungschancen bedarf deshalb des Korrektivs durch die Menschenwürdegarantie.

Die Grenzen der Ethik

Gleichzeitig darf ein Kompromiss nicht darin bestehen, an die Stelle einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung eine parlamentarische Entscheidung zu setzen, indem der Gesetzgeber den Beginn personaler Würde festlegt.⁽¹³⁾ (Bislang blieben Gesetzgebung und oberste Rechtsprechung in dieser Frage widersprüchlich, inkonsistent und schwankend. Im Ergebnis förderte dies eine die gesellschaftliche Auseinandersetzung ermöglichende Offenheit des Sujekts.) Entsprechend problematisch wäre eine Übernahme der britischen Regelung, die faktisch auf den Schutz von Embryonen in den ersten 14. Lebenstagen verzichtet – und im deutschen Rechtssystem eine Menschenwürde erster und zweiter Klasse etablieren würde. Wer das "therapeutische Klonen" ermöglichen will, ist freilich auf eine derartige neue – in Großbritannien mit der Konstruktion eines "Präembryos" nur dürftig naturwissenschaftlich unterfütterte – Festsetzung angewiesen.

Doch die bisherigen Stellungnahmen der DFG begründen noch nicht einmal, warum die Forschung mit embryonalen jener mit adulten Stammzellen überlegen ist. Dies nährt den Verdacht, dass die Plädoyers für eine verbrauchende Embryonenforschung neben der "Ethik des Heilens" auch durch ökonomische und vor allem durch patentrechtliche Erwägungen motiviert sind.⁽¹⁴⁾ Und selbst wenn man einen medizinischen Vorteil embryonaler Stammzellen unterstellt, ist derzeit nicht erkennbar, weshalb man auf "überzählige" Embryonen setzt, statt auf eine Stammzellgewinnung von Embryonen aus Aborten oder Abtreibungen. Angesichts dieser Ausgangslage erscheint aktuell neben einer Regelung des Imports embryonaler Stammzellen nur eine

gesetzliche Klarstellung für den Umgang mit embryonalem Gewebe, das von Embryonen aus Schwangerschaftsabbrüchen stammt, ethisch vertretbar – und angesichts bestehender Regelungslücken sogar geboten.(15)

Gleichwohl dürfte sich in naher Zukunft die Diskussion hierzu wie in den meisten anderen EU-Ländern und in den USA auf die Freigabe "überzähliger" Embryonen konzentrieren. In der Tat ist hier bei hochrangigen Forschungszielen das ethische Dilemma am größten: Einerseits haben überzählige Embryonen keine realistische Lebensperspektive. Gleichzeitig stehen selbst Vertreter einer vormundtschaftlichen Position, die Embryonen einen Schutz zugehen, als ob sie Personen wären, vor einer heiklen Frage: Ist die Absage an lebensrettende Heilungsperspektiven für Personen zugunsten eines absoluten Lebensschutzes für jene zu rechtfertigen, die vielleicht Personen sind? Eine solche Abwägung wäre allerdings nur bei solchen Forschungen zu treffen, die lebensrettende Heilungschancen für Patienten eröffnen können. Weil keinesfalls jede gesundheitliche Beeinträchtigung die Würde und Unversehrtheit eines Patienten tangiert, verböte sich in dieser Perspektive nicht nur die Embryonenforschung für Kosmetika, sondern etwa auch für Verbesserungen der künstlichen Befruchtung oder der Präimplantationsdiagnostik.

Doch wer soll derartige Abwägungen verantwortungsvoll treffen? Verantwortliches Handeln hieße ja, nicht bloß einer vorgegebenen Regel zu folgen. Man muss ihr auch zustimmen und ihre Wertung übernehmen. Es wäre immer wieder neu zu entscheiden, dass dieser konkrete und einmalige Embryo als Resultat einer Güterabwägung geopfert werden soll. Die üblichen Phrasen – auch anderswo werde Embryonenforschung betrieben, die Forschung töte die Embryonen ja nicht, weil diese ohnehin keine Lebensperspektive haben, und überdies seien genügend herrenlose Embryonen da – lenken von dieser Verantwortung ebenso ab wie das wahrscheinliche Verschieben konkreter Entscheidungen auf Expertengremien und Kommissionen, deren Sicht durch den medizinisch-technischen Blick bestimmt ist.

Hinzu kommt ein weiterer Einwand: Das ethische Ziel der Vermeidung "überzähliger" Embryonen löst sich in dem Maße auf, wie die Forschung einen berechtigten Bedarf an diesen anmeldet. Zudem hat auch die Reproduktionsmedizin – wie dargestellt – ein hohes Eigeninteresse an überzähligen Embryonen. In den USA lagern bereits heute angeblich über 100.000 tiefgefrorene Embryonen. Ist damit nicht eine Entwicklung wahrscheinlich, die im Ergebnis einer gezielten Erzeugung von Embryonen für Forschung und Heilungszwecke gleichkommt?

1 St. Selbert et al.(Universität Lübeck): *Perspektiven für den Einsatz von ES-Zellen in der Kardiologie und Herzchirurgie*. (Manuskript)

2 Anwendungsfelder verbrauchender Embryonenforschung werden auch in der Grundlagenforschung, bei der Krebsbekämpfung, für Verbesserungen in der Fortpflanzungsmedizin und für die Weiterentwicklung vorgeburtlicher Tests (z. B. der Präimplantationsdiagnostik (PID)) bis hin zur Gentherapie benannt. Doch nur in der Transplantationsmedizin steht nach heutigem Wissen der Embryonenschutz unmittelbar gegen die Heilungswünsche Kranker.

3 Erlaubt ist hingegen die Konservierung unbefruchteter Eizellen und von Eizellen im Vorkernstadium, wo die Samenzelle zwar schon eingedrungen ist, aber noch keine Kernverschmelzung stattgefunden hat. Für diese Eizellen im Vorkernstadium besteht – im Unterschied zu Embryonen – eine standesrechtliche Mitteilungspflicht gegenüber der Bundesärztekammer.

4 Vgl. zum Folgenden: *Gynäkologische Nachrichten*, Heft 5/2001, S. 6; <http://www.gyn.net>

5 Hier käme dann die Präimplantationsdiagnostik (PID) als künftiges Regelverfahren bei künstlicher Befruchtung ins Spiel. Zwar formuliert das Positionspapier bescheiden, dass das "Entwicklungspotenzial des Embryos allein morphologisch und nicht genetisch erfasst wird". Plausibel ist dies nicht: Warum sollte man eine Selektion der "Embryonen mit dem optimalen Implantationspotenzial" nur per Augenschein durchführen und damit das Risiko einer späteren Abtreibung bei einer vorgeburtlich diagnostizierten Anomalie eingehen?

6 Vgl. ausführlich hierzu: "Christian Kummer. Stammzellkulturen – ein brisantes Entwicklungspotential", in: *Stimme der Zeit*, Heft 8/2000, S. 547-554.

7 Vgl. DFG zum Problemkreis humaner embryonaler Stammzellen: <http://www.dfg.de>

8 Vgl. R. Kollek/I. Schneider: "Ausgeblendete Fakten und verschwiegene Interessen", in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5.7.01, S. 19.

9 Die Frage nach dem Status des Embryos ist keine nur sachliche. Gleichwohl sind empirische Befunde notwendige Bedingungen für seine ontologische Bestimmung (Ist er ein "Etwas" oder ein "Jemand", ein menschliches Lebewesen, ein Mensch oder eine Person?) und seinen ethischen Status (Welche Verantwortlichkeiten haben wir ihm gegenüber?).

10 Wo eine neue medizinische Option am Horizont auftaucht, ohne dass konkrete Behandlungsbedarfe absehbar sind, wird zunächst der Ruf nach dem Verbot laut. Die "Züchtung von Embryonen oder Föten in einem künstlichen Uterus müsse verboten bleiben", fordern etwa die reproduktionsmedizinischen Fachgesellschaften – und offenbaren damit wenig Fantasie für ihre künftige Geschäftsentwicklung. Fraglos eröffnen sich für die künftige Ektogenese Anwendungsfelder, die weit über die bisherigen reproduktionsmedizinischen Zusammenhänge der "Kinderwunschbehandlung" hinausreichen: Vom Wunsch auf ein eigenes Kind auch bei der Fehlbildung der inneren Genitale der Frau bis hin zu Wunschindikationen, bei denen die Vorstellung, einen Anderen im eigenen Körper mit sich zu tragen, unerträglich ist.

11 Nur in diesem, von Martin Altmeyer wohl nicht intendierten Sinne scheint mir dessen zentrale These plausibel, wonach der "biowissenschaftliche Szientismus die Differenzen zwischen Personen und Sachen verwische" (*Kommune* 6/01). Die verdinglichende Entwertung und die interesselgeleitete Neudefinition menschlicher Embryonen bildet jedenfalls kein Spezifikum aktueller Biomedizin. (Im gleichen *Kommune*-Heft erinnert Christian Semler an die Erfolge der K-Gruppen im Kampf gegen den § 218. Wer heute aus links-alternativer Sicht die Biomedizin kritisiert, müsste auch diesen [bei den Bündnisgrünen bis heute fortwesenden] "Kampf" überdenken.)

12 Bei der Embryonenforschung, aber auch in vielen anderen biomedizinischen Streitfragen (Sterbehilfe, Forschung an Nichteinwilligungsfähigen, Spätabtreibungen, vorgeburtliche Diagnostik, usw.), scheitert eine rationale, diskursive Argumentation schon daran, dass die potenziell Betroffenen nicht als Diskursteilnehmer auftreten (können). Zwar können Dritte sich anmaßen, deren Anliegen zu vertreten. Doch niemand kann an die Stelle eines Sterbenden, eines Ungeborenen oder eines Koma-Patienten treten. Deshalb bleiben alle Normsetzungen willkürlich. Entspre-

chende Normen sind – diskursethisch betrachtet – nicht wahrheitsfähig.

13 Hier besteht eine Parallele zum Transplantationsgesetz, wo die Politik nur mühsam der Versuchung widerstand, den Tod neu zu definieren. Eine Übertragung der dort gefundenen Lösung – die Anbindung der Todesbestimmung an das aktuell geltende naturwissenschaftliche Paradigma – liefe allerdings auf das Ende jedweder Embryonenforschung hinaus: Für die Naturwissenschaften beginnt individuelles Menschsein mit der befruchteten Eizelle.

14 Vgl. hierzu ausführlich: R. Kollek/I.Schneider: "Ausgeblendete Fakten und verschwiegene Interessen", in: *Süddeutsche Zeitung* vom 5.7.01, S. 19.

15 Vgl. hierzu meinen Beitrag "Fötalgewebetherapie. Was spricht gegen die Nutzung von Föten?", in: *Kommune* 4/97, S. 43-46.

Literatur zum Thema:

Vera Bayer: *Der Griff nach dem ungeborenen Leben*, Pfaffenweiler (Verlag Centaurus) 1993 (111 Seiten, 39,80 DM) "Der Embryo verselbständigt sich. Seine Verweildauer im ‚gefährlichen intrauterinen Umfeld‘ verkürzt sich über die Effektivierung der Hilfsmittel Petrischale und Brutkasten kontinuierlich. Seine ‚Person‘ lässt sich mittels seines einmaligen genetischen Codes immer genauer bestimmen." – Kenntnisreich spürt die Autorin der medizinischen und rechtlichen Subjektwerdung des Embryos/Fötus nach. Den roten Faden einer konsistenten Bewertung verliert sie allerdings etwas, weil sie Frauen nur als unmündige Opfer begreift. So erniedrige der "Fötus als Subjekt" Frauen auf ein "uterines Umfeld" und zwingt ihnen neue Verantwortlichkeiten und Disziplinierungen auf. Schwangerschaft verwandele sich zu einem Herstellungsprozess. Indem man Frauen auf die "Gebärmutter" reduziere, verfestige sich zugleich das traditionelle familiäre Machtgefüge. – Beruht die "Kinderwunschbehandlung" nicht auch auf authentischen Wünschen von Frauen? Dennoch liefert Bayer wichtige Denkanstöße und einen Überblick über die Debatten bei der Verabschiedung des Embryonenschutzgesetzes.

Michaela Betta: *Embryonenforschung und Familie. Zur Politik der Reproduktion in Großbritannien, Italien und der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main (Verlag P. Lang) 1995 (294 S., 94,00 DM)

Mehr als ein Ländervergleich der öffentlichen Diskussion um die Embryonenforschung. Vielmehr sieht Betta in diesen Debatten Kristallisationspunkte einer neuen Gesellschaft, wo der "Schutz des Lebens" und die Menschenrechte den letzten Kitt sozialen Zusammenhalts bilden. Eine Gesellschaft, die durch zunehmende biomedizinische Eingriffe im Namen von Humanität und Selbstbestimmung zugleich ihre sozialen und kulturellen Grundlagen – etwa die Strukturen der Familie – verwandelt.

Ekaterini Iliadou: *Forschungsfreiheit und Embryonenschutz*, Berlin (Verlag Duncker & Humblot) 2000 (298 S., 124,00 DM)

Im Konflikt zwischen Forschungsfreiheit und Embryonenschutz sei eine Umkehr der herkömmlichen Beweislast erforderlich: Nicht die Beeinträchtigung eines Freiheitsrechts sei begründungspflichtig, sondern die Minderung des aus Grundrechtsgarantien erwachsenden Lebensschutzes. Nur deshalb sei auch ein generelles Verbot verbrauchender Embryonenforschung akzeptabel. Andere verfassungskonforme Auswege müssten dem Schema von Regel (Schutz des Lebens) und Ausnahme (Forschungsfreiheit) folgen.

Nikolaus Knoepffler: *Forschung an menschlichen Embryonen. Was ist verantwortbar?*, Stuttgart (S. Hirzel Verlag) 1999 (203 S., 78,00 DM)

Ein Muss für alle, die sich für die ethischen Dimensionen der (verbrauchenden) Embryonenforschung interessieren. Präzise, problembezogen und meinungsfreudig werden die wichtigsten ethischen Argumentationen erörtert. Knoepffler sieht am ehesten in einer Forschungsbegrenzung auf Embryonen in den ersten 14 Lebenstagen einen politischen Kompromiss, liefert aber auch viele Argumente, die gegen diesen Ausweg sprechen.

Barbara Maier: *Ethik in Gynäkologie und Geburtshilfe*, Berlin (Springer Verlag) 2000 (293 S., 79,00 DM)

Ein gelungener Problemaufriss der durch Fortpflanzungsmedizin und die Technisierung rund um Schwangerschaft und Geburt aufgeworfenen ethischen Herausforderungen. Dass die Autorin mehr Fragen als Antworten bietet, kann man ihr nicht zum Vorwurf machen. Als Frauenärztin weiß sie um die konkreten Problemstellungen des klinischen Alltags, der für ethische Patentrezepte wenig Raum bietet. Und angesichts ihres theoretischen Hintergrundes in Heideggers Technikphilosophie erscheinen fundamentalistische Posen ohnehin nur als Verdopplung menschlichen Verfügungs- und Allmachtsstrebens.

Michael Mulkay: *The embryo research debate: science and the politics of reproduction*, Cambridge (University Press) 1997 (212 S.)

Ausführliche Darstellung der britischen Diskussion um künstliche Befruchtung und Embryonenforschung, die auch deren historische, kulturelle und soziale Hintergründe beleuchtet.

Günter Rager (Hrsg.): *Beginn, Personalität und Würde des Menschen*, Freiburg/München (Verlag Karl Alber) 1998 (448 S., 29,80 DM)

"Auch der ungeborene Mensch (ist) in moralisch-praktischer Hinsicht von Anfang an als Person zu betrachten und in seinem Lebensanspruch zu respektieren." Begründet wird diese Quintessenz der um den Mediziner Günter Rager versammelten Autoren aus Biologie, Theologie und Philosophie vor allem mit einer lesenswerten Darstellung der neueren naturwissenschaftlichen Sicht vom Menschen als einem sich selbst organisierenden System, das keine Etappen und Zäsuren auf dem Weg der Menschwerdung kennt. Unterschiedliche Schutzstandards können sich demnach nicht länger auf die Biologie berufen. Die – unter der Zusatzannahme vom Fötus als einem möglichen künftigen Subjekt – nachgeschobene These einer Personalität von Anfang an macht es sich freilich auch zu einfach, indem sie sich gleichfalls auf die Naturwissenschaft bezieht. Denn deren Begriff vom Leben als einem durch Reproduktion, Energieumsatz und Selbststeuerung geprägten System kennt kein zielgerichtetes ("teleologisches") Werden. Aus dem naturwissenschaftlich festgestellten Sein folgt kein Sollen.

Susanne Stratmann: *Der Anspruch auf das medizinisch Machbare*, Aachen (Verlag Shaker) 2000 (266 S., 89,00 DM)

Jeder hat ein grundgesetzlich verbrieftes Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Folgt aus diesem Gesundheitsgrundrecht ein Anspruch auf das medizinisch Machbare? Können beispielsweise Parkinson-Kranke die Bereitstellung von fötalem Hirngewebe einfordern? In Grenzen bejaht die Autorin dies. Zwar sei das Recht auf Gesundheit primär ein Abwehrrecht gegenüber dem Staat und begründe keinen unmittelbaren Leistungsanspruch. Dennoch sei es auch im Hinblick auf die Sozialstaatsgarantie fraglich, ob der Gesetzgeber ohne Verweis auf höherrangige Rechtsgüter einen ganzen Bereich der Medizin lahm legen dürfe. Demgegenüber sei das Verbot verbrauchender Embryonenforschung dann legitim, wenn der Gesetzgeber bestimme, dass auch frühe Entwicklungsstadien des Menschseins der Fundamentalnorm der Menschenwürde unterliegen.

Glossar:

Embryo – Befruchtete und sich weiter entwickelnde menschliche Eizelle vom Zeitpunkt der Verschmelzung der Vorkerne von Ei- und Samenzelle bis zur 10. Schwangerschaftswoche.

Stammzellen – sind kein Spezifikum von Embryonen. Sondern die Bezeichnung für alle nicht ausdifferenzierten Zellen, die eine Teilungs- und spezifische Entwicklungsfähigkeit besitzen. Embryonale Stammzellen werden aus der inneren Zellmasse früher Embryonen gewonnen. Adulte Stammzellen sind hingegen gewebespezifische Vorläuferzellen, die in verschiedenen Organen in Lauerstellung verharren, um bei einer Gewebeschädigung als Ersatz zu fungieren.

Totipotenz – Kennzeichen der befruchteten Eizelle und der Embryonalzellen (mindestens bis zu deren 8-Zellstadium): Aus ihnen kann ein vollständiges Individuum entstehen. Demgegenüber lassen sich nach vorherrschender Meinung aus späteren embryonalen Entwicklungsstadien nur "**pluripotente**" Stammzellen gewinnen, aus denen alle Gewebearten, aber kein ganzer Embryo produzierbar ist. Demgegenüber gelten adulte Stammzellen nur als **multipotent**. Sie können sich nur zu spezifischen Gewebeformen entwickeln.

Teratom – Tumorartiges Gebilde, das natürlich oder als Folge von Manipulationen anstelle eines entwicklungs-fähigen Embryos entstehen kann. Teratome sind zur fortgesetzten Teilung und zur Ausdifferenzierung in spezifischen Gewebeformen (Knochen, Nerven, Blut, Muskeln) imstande.

Therapeutisches Klonen – Künstliche Herstellung eines Lebewesens oder von Gewebematerial, das das gleiche Erbmaterial wie ein anderes Lebewesen trägt. Im Zusammenhang mit der Erzeugung von Ersatzgewebe für Transplantationszwecke werden drei Optionen diskutiert: – Erzeugung eines frühen Embryos aus einer gespendeten menschlichen Eizelle und eines Zellkernes des Patienten, für den Ersatzgewebe benötigt wird. Bei dieser in Großbritannien erstmals zugelassenen Forschungsrichtung werden anschließend embryonale Stammzellen gewonnen

und dann eine gezielte Ausdifferenzierung in das gewünschte Ersatzgewebe veranlasst.

■ Statt der Instrumentalisierung früher menschlicher Embryonen böte sich auch die Möglichkeit, den Kern einer Körperzelle des Patienten beispielsweise in die Eizelle einer Kuh oder eines anderen Tieres zu transferieren.

■ Ist bekannt, welche Faktoren den Zellkern in den unspezialisierten Embryonalzustand zurücksetzen und anschließend eine erneute Differenzierung auslösen können, böte sich auch die Entdifferenzierung und anschließend eine gezielte Redifferenzierung von Körperzellen eines Patienten an. So ließe sich Ersatzgewebe ohne das Erzeugen eines Embryos gewinnen.

Siehe zum Thema in der Kommune auch:

Harry Kunz, Fötalgewebetherapie. Was spricht gegen die Nutzung von Föten? (4/97)

Manuel Kiper: Von der Knock-out-Argumentation zum kritischen Dialog. Gentechnik-Politik und grünes Regierungshandeln (9/99)

Martin Altmeyer: Ein Skandal, ein Metaskandal, ein Subtext und ein Widerspruch. Sloterdijk – Versuch einer Analyse (11/99)

Martin Altmeyer: Perfektionierung, Neuschöpfung Unsterblichkeit. Die Fragwürdigkeit der biotechnologischen Utopien in den New Sciences (9/00)

Martin Altmeyer: Die Wiedergeburt des Menschen aus der Petrischale. Die Rückgewinnung von Unverfügbarkeit ist der Kern der bioethischen Debatte (6/01)

Manuel Kiper: Biopatente und Politik. Über verfehlte Urteile in der Auseinandersetzung um Biotechnologie und Patentrecht (6/01)

Andreas Brandhorst: Jedem, was er verdient? Gentechnik und Krankenversicherung (6/01)

Wir brauchen eine Kultur der Verweigerung, in der wir das konstruktive NEIN deutlich aussprechen.

BRp 22.07.04

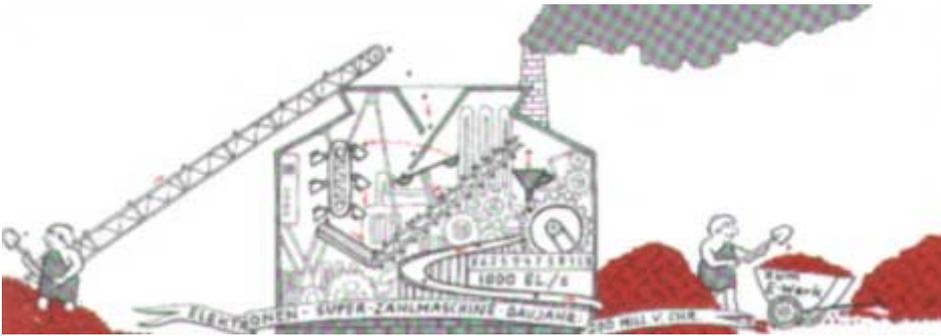


Abb. 1: Elektronen-Super-Zählmaschine Baujahr 200 Mill. v. Chr.

8.11. An den Grenzen der Wissenschaft

Martin Marheinecke, März 1999

Wenn ein schulmeisterlicher Gelehrter, ein von Berufs wegen Bedenken tragender kirchlicher Sektenbeauftragter oder ein arrogant lächelnder Fernsehmoderator abfällig von „grenzwissenschaftlichen Scharlatanerien“ redet, begründen er seine Ablehnung oft mit der schlichten Aussage: „Diese abwegigen Spekulationen halten sich nicht an die wissenschaftliche Methode.“

Ich halte ebenfalls von vielen grenzwissenschaftlichen Ideengebäuden herzlich wenig, aber in einem haben die oben genannten Personen eindeutig Unrecht: So etwas wie eine einheitliche, verbindliche „wissenschaftliche Methode“ gibt es nicht! Außerdem muß man wissen, daß „Grenzwissenschaft“ nicht gleich „Grenzwissenschaft“ ist.

Was ist eigentlich „wissenschaftlich“?

Wenn es auch keine einheitliche „Wissenschaftsmethode“ gibt, so gibt es doch Kriterien, die eine wissenschaftliche Theorie auszeichnen.

Man kann - darin dem Wissenschaftstheoretiker Karl Popper folgend - eine Minimalvoraussetzung für „Wissenschaftlichkeit“ angeben: Eine wissenschaftliche Theorie muß falsifizierbar sein. (Ein Stein, der nach oben fällt, und die Gravitationstheorie ist widerlegt oder zumindest doch *sehr stark* ergänzungsbedürftig...) Ein weiterer Grundsatz lautet: *zuerst* die Beobachtung - *dann* die Interpretation, das Aufstellen von Regel, das Ableiten von „Gesetzen“. Jede Theorie und jedes „Naturgesetz“ ist ein Modell der Wirklichkeit, nicht die Wirklichkeit selbst, und im Prinzip stets nur vorläufig (das vergessen auch Wissenschaftler immer wieder gerne). Darüber hinaus gibt es einige Kriterien, die wissenschaftliche Aussagen erfüllen sollten:

Das wären zum Beispiel:

- Die Hypothese sollte widerlegbar sein. (Es ist z. B. nicht möglich, die Existenz von Geistern zu widerlegen. Es ist im Einzelfall aber durchaus möglich, zu prüfen, ob in einem konkreten Fall ein Eingriff aus der astralen Ebene erfolgte.)
- Die Beweisführung sollte grundsätzlich logisch und rational sein. (Intuition ist gut und notwendig, reicht aber *alleine* für eine wissenschaftliche Hypothese nicht aus.)
- Die Beweisführung sollte vollständig und schlüssig sein und keine Lücken enthalten.
- Der experimentelle Beweis sollte wiederholbar sein.
- Die einfachste Erklärung ist in der Regel die beste („Ockhams Rasiermesser“).
- Sehr ungewöhnlichen und außergewöhnliche Behauptungen,

müssen, vor allem, wenn sie mit dem anerkannten Hintergrundwissen nicht übereinstimmen, durch schlagende Beweise abgesichert sein. (Für den Nachweis der Existenz des Ungeheuer von Loch Ness reichen die offenbar grundsätzlich unscharfen Fotos eben nicht aus. Für Nessie und ähnliche Wesen gilt offenbar ein Sonderfall der Unschärferelation: je schärfer man die Kamera einstellt, desto seltener bekommt man das Ungeheuer vor das Objektiv.)

- Die Wahrscheinlichkeit einer zufälligen Übereinstimmung von Daten sollte verschwindet gering sein.

Soweit die Theorie. Die Praxis sieht oft anders aus. Oft sind es gerade die erfolgreichsten und produktivsten Wissenschaftler, die kühn eine neue

Hypothese vorstellen, ohne sich dabei auf überzeugende und überwältigende Beweise zu berufen, geschweige denn, auf etablierte Theorien allzu viel Rücksicht zu nehmen. Sie folgen statt dessen eben erst entdeckten, oft noch nicht „verifizierten“ Daten, spärlichen oder ungenauen Informationen und in der Regel ihrem schwer zu beschreibenden „Riecher“ - einer Form der Intuition, ohne die kaum ein wissenschaftlicher Neuerer auskommt. Erstaunlich viele wissenschaftliche Theorien würde buchstäblich erträumt, entsprangen plötzlichen Visionen oder inneren Stimmen. All dies ist für sich genommen nicht sonderlich rational.

Diesem ersten Vorstoß folgt aber - gerade bei umstrittenen Themen - die Überprüfung der Aussage durch andere Wissenschaftler (und manchmal auch ein jahrzehntelanger Gelehrtenstreit). Wenn es auch fraglich ist ob auf diese Weise immer die „Wahrheit“ ans Licht kommt bleiben Fehler oder gar absichtliche Täuschungen in der Regel nicht lange unentdeckt.

Pseudowissenschaft

Pseudowissenschaftliche Aussagen erheben den Anspruch, wissenschaftlich zu sein, können diesem Anspruch aber nicht einlösen, weil sie z. B. in sich widersprüchlich sind, bereits durch die Erfahrung oder durch Experimente widerlegt sind, oder die methodologische Voraussetzungen der Wissenschaftlichkeit (z. B. das Verbot von Zirkelschlüssen) nicht erfüllen.

Eine klassische recht anspruchsvolle pseudowissenschaftliche Lehre, die durch die Erfahrung widerlegt ist, ist die „Welteislehre“. Ihr zufolge soll Eis der Grundstoff des Universums sein - gemäß dieser Lehre bestünde z. B. der Mond aus Eis, die Sonne würde mittels Kometensturz mit Brennstoff versorgt werden und die Milchstraße bestünde nicht aus fernen Sternen, sondern wäre ein Ring aus Eisbrocken um unser Sonnensystem. Spätestens durch die Raumfahrt wurde sie widerlegt, aber *sie* hat immer noch einige Anhänger, die eben *nicht* an die Raumfahrt und ihre Ergebnisse glauben.

Mehr Anhänger als die „WEL“ hat heute der durch wörtlich genommene Bibelzitate gestützte „Kreationismus“, der nicht nur die jede Form der Evolutionstheorie von vornherein ablehnt, sondern auch behauptet, die Erde sei höchstens einige tausend Jahre alt. (Um Mißverständnisse zu vermeiden: als Glaubensaussage, z. B. eines christlichen Fundamentalisten, ist der Kreationismus akzeptabel, er ist jedoch definitiv keine wissenschaftliche Theorie.)

Häufig neigen die Anhänger von Pseudowissenschaften dazu, sich gegen Kritik zu immunisieren: Egal, welche Ergebnisse ein Versuch liefert, was immer statische Untersuchungen sagen, was immer Ausgrabungen zu Tage fördern oder was immer auch in der

Bibel stehen mag: Es wird immer als Bestätigung - oder doch zumindest *nie als Widerlegung* - der eigenen Behauptung angesehen.

Einige weitere typische Merkmale der Pseudowissenschaft:

- Sie akzeptiert Resultate, die von qualitativ nicht ausreichenden Beweisen gestützt werden. (Ein unscharfes eine merkwürdige Brandnarbe und die schlichte Behauptung eines „Entführungsopters“ reichen eben nicht um eine „Begegnung der 4. Art“ mit einem UFO zu beweisen.)
- Das Verfälschen und Übergehen von empirischen Daten, die sich mit der favorisierten Annahme oder Theorie nicht in Einklang bringen lassen, *sie* beschränkt sich auf die Daten, die am besten passen. (Klassisches Beispiel hierfür sind die Kreationisten: sie ignorieren alle Beweise für die Evolution, aber stürzen sich begierig auf Wissenschaftler, der an dieser Theorie auch nur geringfügige Zweifel hat und bauschen diese oft nur Detail betreffenden, oft sogar berechtigten, Zweifel zur „Widerlegungen“ des Darwinismus auf.)
- Sie zieht Koinzidenz und Korrelation zur Beweisführung heran, wobei sie regelmäßig Korrelation mit Kausalität verwechselt. (Das klingt kompliziert, heißt aber lediglich, daß das Vorgehen der Pseudowissenschaft dem Versuch gleicht, aus dem Rückgang der Storchpopulation und dem zeitgleichen Geburtenrückgang schließen, daß die Babys doch vom Klapperstorch gebracht werden.)
- Sie legt ein übermäßig großes Gewicht auf die Theorie und erwartet von ihr, daß sie alles, was noch unbegreiflich ist, erklären könnte. (Viele „Ancient Astronaut“-Anhänger versuchen z. B. sämtliche tatsächlichen oder vermeintlichen Rätsel der Vergangenheit mittels „Eingriff der Astronautengötter“ zu „erklären“.)

Wichtig dabei ist, daß die meisten Anhänger einer Pseudowissenschaft keine Scharlatane oder gar Betrüger sind - sie glauben meistens aufrichtig ihren, manchmal absurden, Ideologien.

Parawissenschaft

Der zweite große Bereich der „Grenzwissenschaft“. Nach der Definition der GWUP e. V. (Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften) bezeichnet „Parawissenschaft“ Aussagensysteme, bei denen der mehr oder minder starke Verdacht besteht, daß es sich um eine Pseudowissenschaft handelt. Der Verdacht kann sich als richtig oder falsch herausstellen, d. h. es ist auch möglich, daß sich bei einzelnen Parawissenschaften um Protowissenschaften handelt, also um erst im Entstehen begriffene neue Wissenschaftsdisziplinen.

Ich ziehe eine andere Definition vor: Parawissenschaften sind ihr zufolge Aussagensysteme, die die Kriterien der Wissenschaftlichkeit erfüllen, vor allem ihren eigenen Hypothesen gegenüber skeptisch sind, jedoch teilweise von anderen Paradigmen (Denkmustern, Welterklärungsmodellen) ausgeht als die wissenschaftliche Mehrheitsauffassung.

Das klassische Beispiel ist die **Parapsychologie**. Parapsychologen - die meistens ausgebildete „Schulpsychologen“ sind, oft im Team mit Natur- und Geisteswissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen - versuchen paranormale Phänomene wie Telepathie, Präkognition oder Spuck mit wissenschaftlichen Methoden zu erkunden. Im Zuge ihrer Forschungen hat die Parapsychologie umfangreiches Material zusammengetragen, die den Schluß nahelegen, daß Fähigkeiten wie Telepathie, Hellsehen und Präkognition weit verbreitet sind. Obwohl die Parapsychologie nun schon seit der Gründung der *Society for Psychological Research* (SPR) im Jahre 1882 versucht nach allen Regeln der Kunst Beweis auf Beweis zu häufen, werden ihre Ergebnisse weniger angezweifelt als vielmehr *ignoriert* Sind daran die „verkalkten Schulwissenschaftler“ schuld? In der Regel nicht. Naturwissenschaftliche Methoden sind für die Untersuchung wiederholbarer,

d. h. häufiger Ereignisse gedacht. Man bemüht sich um möglichst große Fallzahlen, um sie mit den Mitteln der Wahrscheinlichkeitsrechnung (Statistik) auszuwerten. Allerdings besteht das grundsätzliche Problem, daß sich das menschliche Leben nicht so ohne weiteres ins Labor sperren läßt (ein Punkt, der auch in anderen Forschungsbereichen der Psychologie seit eh und je diskutiert wird), daß viele paranormale Phänomene buchstäblich nur einmal im Leben eintreten und daß statistische Methoden den untersuchten Zusammenhängen nicht gerecht werden.

Ein drastisches Beispiel für abweichende Paradigmen zwischen etablierter Wissenschaft und Parawissenschaft ist die *Synchronizitätsfrage*: Einer der Grundpfeiler der etablierten Wissenschaften ist das Kausalitätsprinzip, das Prinzip, daß einem Phänomen immer eine zeitlich vorausgehende, genau bestimmte Ursache zugrundeliegt. Sehr viele Parapsychologen gehen statt dessen vom Synchronizitätsprinzip aus, das auf den *Psychoanalytiker C. G. Jung* und den Physiker *Wolfgang Pauli* zurückgeht. (Das „Pauli-Prinzip“ dürfte allen, die sich näher mit theoretischer Chemie oder mit Quantenphysik beschäftigt haben, geläufig sein). Das Konzept der Synchronizität nimmt eine dem Menschen verborgene, nicht kausale Ordnung in der Welt an. Jung versuchte so das Phänomen der sinnvollen Zufälle“ zu erklären. Man liest z. B. ein Buch, schaltet zwischendurch das Radio an - wo gerade genau derselbe Text zitiert wird. (*Persönliche Anmerkung: das ist mir selber schon einige Male passiert - und beileibe nicht bei aktuellen „Bestsellern“.*) Laut Jung steckt auch hinter Wahrträumen, Telepathie und den mitunter zutreffenden Aussagen der Astrologie oder Orakeln die Synchronizität.

Für die Quantenphysik gilt dieses Prinzip mittlerweile als nachgewiesen. So hängen alle phasenverriegelten Teilchen (Teilchen, die im selben Augenblick aus derselben Quelle hervorgegangen sind) für alle Zeit zusammen. Wird eines der beiden Teilchen in einer seiner Eigenschaften (z. B. in seinem magnetischen Spin) von außen verändert, erfährt sein Zwillingsteilchen in genau dem selben Moment eine gegensinnige Zustandsänderung, ohne das dieses Teilchen von außen in irgendeiner Form beeinflusst worden wäre, oder es irgend eine Möglichkeit für eine Informationsübertragung gäbe. Diese Verschränkung wirkt sofort über eine beliebig große Entfernung hinweg. Dieses „Bell'sche Theorem“ und die „spukhaften Fernwirkungen der Quantenmechanik“ (Einstein) wurde inzwischen durch Experimente an Teilchenbeschleunigern experimentell bestätigt. Weniger spektakuläre Versuche die die unumschränkte Gültigkeit der klassischen Kausalität einschränken, wie der Doppelspaltversuch, können bereits im Physikunterricht der Schulen nachvollzogen werden.

(Um einem in Esoterikerkreisen weitverbreiteten Mißverständnis zuvorzukommen: Durch das Synchronizitätsprinzip wird die Kausalität nicht etwa widerlegt, sondern sie stellt vielmehr einen Sonderfall der Synchronizität dar, so wie die newtonsche Physik als Sonderfall der Relativitätstheorie für sehr kleine Geschwindigkeiten nach wie vor gültig ist)

Die meisten Wissenschaftler scheuen - aus nachvollziehbaren Gründen - allerdings davor zurück, eine Gültigkeit der Synchronizität auch für makroskopische Systeme (all das, was sich buchstäblich sehen und anfassen läßt) anzunehmen. Gegen die jungsche Annahme, daß hinter den „sinnvollen Zufällen“ in unserem Alltag die Synchronizität steckt, argumentieren sie folgendermaßen: Die Wahrscheinlichkeit, daß ein bestimmtes Ereignis (z. B. ein Traum, der in der folgenden Woche wahr wird) einem bestimmten Menschen passiert, ist in der Tat sehr klein. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß es irgendjemandem passiert, ist sehr groß. Ein Wahrtraum ist ihnen zufolge so etwas wie ein Hauptgewinn im Lotto - ein unwahrscheinlicher, aber möglicher Glücksfall. Mit einer Wahrscheinlichkeit von weniger als 1:14 Millionen ist ein bestimmter Lottotip richtig. Die Chance, das gerade mein Tip richtig ist, ist also verschwindend gering. Aber da jede Woche um die 15 Millionen Tips abgegeben werden, wird es mit hoher

Wahrscheinlichkeit bei jeder Ziehung Hauptgewinner geben. (*Ich stelle mir gerade vor, was wäre, wenn ich statt Wahrträumen jedesmal Lottogewinne gehabt hätte...*) Eine weiteres Argument gegen Jung ist das bekannte *psychologische Phänomen*, daß wir dazu neigen, zwischen zwei gleichzeitig geschehenden Ereignissen, die nichts miteinander zu tun haben, Zusammenhänge zu konstruieren. (Ich drehe die Dusche auf und es klingelt an der Tür. Klar, ein ärgerlicher Zufall. Ich denke gerade an meinen verstorbenen Großvater und in selben Moment fällt ein Buch vom Schrank. Manch einer würde jetzt an Spuk denken.)

Dieses etwas ausführlichere Beispiel zeigt, wieso Parawissenschaftler und „Schulwissenschaftler“ auch bei gutem Willen so leicht aneinander vorbeireden. Wenn sich allerdings das herrschende Paradigma in der Wissenschaft ändern würde, z. B. indem die überlichtschnelle Übertragung von Informationen zweifelsfrei nachgewiesen würde, wäre die „klassische“ Kausalität beim Teufel und Jungs Außenseitertheorie rehabilitiert.

Ein anderer Punkt, in dem die Paradigmen nicht übereinstimmen, ist die Rolle des Beobachters: Nach klassischer wissenschaftlicher Auffassung darf die Einstellung der Experimentatoren einen Versuch nicht beeinflussen. Nach der vieler Parawissenschaftler ist der Beobachter eines Versuchs auch immer Teil der Beobachtung.

Zwar räumen z. B. die skeptischen Wissenschaftler der GWUP ein, daß eine Reihe von statistisch sorgfältig dokumentierten Experimenten auf die Existenz von Psi-Phänomenen hinweisen. Aber da sich diese Experimente nicht beliebig wiederholen lassen und ihre Ergebnisse offenbar stark davon abhängen, ob die Beteiligten an Psi-Phänomene glauben oder nicht, lautet das Fazit der GWUP: Bisher gibt es keinen stichhaltigen Beleg für die Existenz paranormaler Phänomene.

Diese „Divergenz der Paradigmen“ erklärt auch, wieso viele mit kausal-mechanistischen Modellen arbeitende Parapsychologen so kläglich auf dem Gebiet der Esoterikforschung versagen: sie versuchen, mit „klassischen“ Methoden ein Weltbild zu erforschen, daß sich dem analytischen Denken prinzipiell entzieht. Viele ihrer gutgemeinten Untersuchungen, z. B. die des Wünschelrutenphänomens, ähneln mitunter dem Versuch, mit Gabeln Suppe zu essen.

Protowissenschaft

Die dritte Gruppe der „Grenzwissenschaften“ sind die Protowissenschaften. Das sind Wissenschaften, im Entstehen, für die es noch keinen Platz im Lehrgebäude der etablierten Wissenschaft gibt - aber es kann sein, das was heute noch Außenseitertheorie ist, morgen in den Lehrbüchern stehen kann - oder als „verfehler Ansatz“ verworfen wird. Selbst wenn eine Protowissenschaft in das Lehrgebäude der Wissenschaften einzieht, gilt immer noch: Es ist das Vorrecht des Pioniers, sich zu irren. Nur selten haben die Grenzgänger der Wissenschaft auf ganzer Linie recht behalten.

Typische Felder der „Protowissenschaften“ sind z. B. die Exobiologie, die Kryptozoologie, Sheldrakes „morphogenetische Felder“, Experimente zur überlichtschnellen Informationsübertragung, Versuche zur Schwerkraftkontrolle, die Untersuchungen zur Sprachfähigkeit von Tieren.

Gerade letzteres zeigt, was für eine Achterbahnfahrt die öffentliche Meinung in Hinsicht auf Protowissenschaften hinlegen kann: Als um 1980 Primatenforscher erstmals Schimpansen und Gorillas die Taubstummensprache beibrachten, reagierten die Verhaltensforscher interessiert und die Massenmedien enthusiastisch ob dieser Sensation. Als dann die ersten Zweifel an den Experimenten auftauchten und es nicht immer gelang, die Ergebnisse zu reproduzieren, geriet im Handumdrehen die ganze Sprachforschung an Menschenaffen in Verruf. Die Medien folgten begeistert den galligen Vorwürfen gegen die früheren „Helden der Wissenschaft“

und kommentierten süffisant den „Forscherstreit“. 1986 mußte der „Spiegel“ zu vermelden: Die Forschungsfehde sei entschieden, die vermeintlich sprechenden Menschenaffen hätten nur einem Zirkustrick vorgeführt, das „Bewußtsein von der Gemeinschaft der Kreatur“ habe sich in Rauch aufgelöst. Schließlich kühlte sich die Köpfe ab, und das Thema wurde uninteressant. So uninteressant, daß die breite Öffentlichkeit kaum etwas davon mitbekam, daß neue Versuche hieb- und stichfeste Ergebnisse zur Sprachfähigkeit von Menschenaffen gebracht haben - Ergebnisse, die zeigen, daß die Versuchstiere sehr wohl verstehen, was sie „sagen“. Die Intelligenzforschung an Tieren einschließlich der Sprache von Primaten ist mittlerweile ein etablierter Zweig der Verhaltensforschung geworden.

Es geht aber auch umgekehrt: Als Hörbiger um 1894 seine „Welteislehre“ (auch „Glacial-Kosmogonie“ genannt) begründete, da war sie noch eine durchaus legitime Protowissenschaft. Später bauten er und Fauth immer mehr esoterisches Gedankengut in ihre Theorie ein und gerieten in immer größeren Dissens zur „offiziellen Wissenschaft“ - sie wurde spätestens 1913 zur Parawissenschaft. Schließlich wurden wesentliche Grundlagen der Welteislehre klar widerlegt, aber viele ihrer Anhänger blieben ihr treu und zogen nun die Forschungsergebnisse der Astronomie in Frage - die „WEL“ verkam zur Pseudowissenschaft.

Offen für alles?

Wer sich mit Grenzwissenschaften beschäftigt, der muß vor allem „offen“ sein. Man darf sich nicht von seinen Vorurteilen, seinen Vorlieben, seinen Abneigungen leiten lassen. Man muß sich auch auf ungewöhnliche Denkansätze einlassen. Vor allem bedeutet Offenheit, daß man keine Behauptung von vornherein und ohne Prüfung ablehnt.

Ein Beispiel, was „Offenheit“ bedeuten kann: Die Astrologie ist für viele das klassische Beispiel einer Pseudowissenschaft. Gunther Sachs, nicht nur Multi-Millionenerbe und Ex-Playboy, sondern auch studierter Mathematiker, der seine Wissenschaft ernst nimmt, kam auf die Idee, statisch untersuchen zu lassen, ob an Geburtshoroskopen etwas dran ist. Er ließ drei Forscher die Zusammenhänge zwischen Sternzeichen und Verhaltensweisen prüfen. Die Resultate bestätigten viele Annahmen der Astrologie: Waage-Geborene studieren besonders gerne Jura, Steinböcke werden besonders oft als Drogenhändler verurteilt, die Suizidneigung ist bei verschiedenen Tierkreiszeichen unterschiedlich usw.. Ferner ließ Sachs die Ergebnisse von Statistikern der Universität München, Gutachtern des statistischen Bundesamtes und in einer unabhängigen Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach prüfen.

Die bei wissenschaftlichen Außenseitern eher unbeliebte GWUP reagierte in ihrer Zeitschrift „Der Skeptiker“ mit einem sehr sachlichen Artikel des Würzburger Statistikers Herben Baslers. Basler räumt ein, daß die von Sachs beauftragten Untersuchungen gezeigt hätten, daß astrologische Hypothesen mathematisch überprüfbar sind. Die Ergebnisse stellten echte interpretatorische Knacknüsse für Astrologie-Skeptiker dar. Allerdings stellte er die Signifikanz der Untersuchungen im Einzelfall in Frage und weist gerade dem Allensbacher Institut Fehler nach, aber er ermutigt Sachs und andere zum Weitermachen. Basler ist „offen“ im oben genannten Sinne.

Interessanterweise hatte dieser Artikel einige Monate später ein wenig „offenes“ Echo im Editorial der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft“. Chefredakteur Reiner Korbmann warf den Skeptikern vor, dem Mythos Astrologie auf dem Leim gegangen zu sein. Sie hätten übersehen, daß Sachs nicht die Konstellationen der Gestirne, sondern den Einfluß des Geburtsdatums auf das Verhalten untersucht hatte. Das aber richte den Blick z. B. auf durch die je nach Jahreszeit unterschiedlichen frühkindlichen Erfahrungen. Absehen davon, daß die Redaktion des „Skeptiker“ die in Baslers Studie aufgezeigten Fehler als *Bestätigung* ihrer astrologiefeind-

lichen Haltung sieht, und auch abgesehen davon, daß die Fragestellung von Sach Studie lautete „Ist an Geburtshoroskopen etwa dran?“ und nicht etwa „Stimmt das Lehrgebäude der klassischen abendländischen Astrologie?“ griff Korbmann Positionen an, die die meisten „ernsthaften“ Astrologen längst geräumt haben. Kaum ein „moderner“ Astrologe setzt eine kausale Wirkung der Planeten voraus (z. B. in Form irgendwelcher Strahlen). Die Grundlage der esoterischen Astrologie ist das Analogiedenken: „Wie oben, so unten, wie innen, so außen“. Viele Astrologen, vor allem die psychologisch orientierten, gehen auch von der jungschen Synchronizität oder verwandten Theorien aus. Margit und Rüdiger Dahlke, als Herausgeber der „Sternzeichen-Meditation“ über jeden Verdacht Astro-Gegner zu sein erhaben, schreiben in „Die spirituelle Herausforderung“ z. B. ausdrücklich: „*Der Saturn beeinflusst die Menschen genau so wenig wie die Menschen den Saturn*“. Auch den sowohl bei Astrologiegläubigen wie -gegner weitverbreiteten Irrglauben, Astrologie sei eine Methode, die Zukunft vorherzusagen, erteilen sie eine klare Absage: „*Ohne zusätzliche hellseherischen Fähigkeiten kann kein Astrologe aus dem Horoskop den konkreten Lebensverlauf eines Menschen herauslesen.*“

Skepsis ohne Offenheit, Toleranz, den Verdacht, der andere könne Recht haben, verkommt zum Dogmatismus. Offenheit ohne die Bereitschaft zur Skepsis, zur Kritik und Prüfung, vor allem zur Selbstkritik, verkommt zur Leichtgläubigkeit.

Martin Marheinecke, März 1999

Nachtrag:

Ich hatte im Frühjahr 1999 einen kleinen eMail-„Briefwechsel“ mit Rainer Korbmann. Dabei stellte sich heraus, daß Herr Korbmann gar nicht genau wußte, was er da ablehnte - im Gegensatz z. B. zu den „Skeptikern“ vom GWUP, die sich immerhin mit den Argumenten der „Gegenseite“ beschäftigen, um sie widerlegen zu können. Ich rechne es Korbmann sehr hoch an, daß er sich auf eine Diskussion mit einem schlichten „Normalleser“ einließ, und daß er, nachdem ihm die Sachlage klar war, ohne wenn und aber einräumte, daß er die Reaktion der „Skeptiker“ (und auch meine Position) mißverstanden hätte. Darin zeigt sich, daß Korbmann ein „echter Wissenschaftler“ ist: er ist bereit, die Meinung zu ändern, wenn sich die Sachlage ändert. „Verknöchert“ und „verböhrt“ sind nach meiner Erfahrung eher die Pseudowissenschaftler

Dieser Artikel wurde erstmals im März 1999 im „World of Cosmos“ (Clubzeitschrift des SFC Black Hole Galaxie), Heft 19, veröffentlicht.

Literatur:

John L. Casti: Verlust der Wahrheit (*Paradigmas Lost*), Droemer Knauer, München, 1990
Margit und Rüdiger Dahlke: Die spirituelle Herausforderung, Heyne, München, 3. Auflage 1996
Rainer Kakuska: Der Esoterik-Leitfaden, „Psychologie heute“ bei Heyne, München, 1994
Gero v. Randow (Hrsg.): Mein paranormales Fahrrad und andere Anlässe zur Skepsis, Rowohlt, Hamburg, 1993
David Ruelle: Zufall und Chaos (*Chance and Chaos*) 2. Aktualisierte Auflage, Springer, Berlin-Heidelberg, 1994
Hans-Otto Wiebus: Lexikon der Jugendkulte, Heyne, München, aktualisierte Auflage 1997
Dieter E. Zimmer: Experimente des Lebens, Heyne, München, 1993

**„Der Skeptiker“, Zeitschrift der GWUP, Heft 3/1998
"bild der wissenschaft“, DVA, Stuttgart, Heft 3/1999**

8.11.1. Ohne Zusammenhang kein Zusammenhalt

Heiner Benking

Ein Essay auf der Suche nach gemeinsamen Orientierungen und Konstruktionen

Allein die wachsende Gewißheit reicht nicht, daß wir vor allem in einer Identitäts- und Erkenntniskrise stecken, und die Umwelt- und Informationskrise nur Nachwirkungen sind.

Unsere vermehrte und immer verzweifeltere Sinnsuche spiegelt sich auch in unsere einäugigen Bilder- und Kategorienwahl, Begriffe wie Ordnung, Maß, Gemeinschaft sind nun seit über zwei Generationen mega-out. Kein Wunder daß so nur Ver“ordnung“, Ver“waltung“, Obrigkeit und Kontrolle verstanden wird und die Potentiale und der Reichtum der anderen „Bedeutungs-Seite“ verdrängt oder unbekannt sind. Wie zum Beispiel wirklich tiefe Ordnungsstrukturen: Ordnungsmuster und Musterordnungen, oder sinnvolle, ganzheitliche, gewünschte Ordnungen wie Gemeinschaft und Gestalt gehören so schon zur Esoterik.

Wir werden auf dem Weg durch dieses Essay die Probleme der Identifikation und damit des oberflächlichen und schmalspurigen, eingefahrenen „Entweder-oder Denkens“ streifen und zeigen, daß unsere Vorstellung und Anschauung es uns ermöglichen gemeinsam tief zu denken, also mehr Dimensionen einzubeziehen, nicht flach und dumm, sondern differenziert und substantiiert zu denken. Hindernisse auf dem Weg dorthin sind natürlich unsere Orientierungslosigkeit und die daraus resultierende Angst, aber auch das enge Denken in Grenzen und Territorien.

Der Kunstgriff? Abstrakte Themen werde wie reale Objekte behandelt, sie bekommen einen Ort und eine Nachbarschaft, wir erfinden einfach für sie einen „RAUM“, nicht einen physischen sondern einen imaginären indem wir uns darauf einigen, was wo ist. Auf diese Weise, indem wir anschauende Urteilskraft (Goethe) auch auf Abstraktes, Inhaltsschweres oder Tiefes ausdehnen, werden wir merken, wie wir durch Differenzieren, Zuordnen und durch Positionswechsel neue Einsichten entwickeln und so manche Probleme mit anderen Augen sehen können.

Wir werden zeigen, daß wir Probleme jeden Tag neu schaffen, also „betriebsblind“ sind und beispielsweise das heraufbeschworene Kulturchaos durch eine unglückliche Definition von „Cyberculture“ selbst heraufbeschworen, festgefahren sind in Paradigmen, also Denkwegen die wir nicht verlassen, weil wir ja „wissen“ und die renitenten Fragen der Kinder einfach abschaffen, indem wir Kinder abschaffen. So einfach ist das: Denkfehler und der Trott werden einfach verlängert, Abstand wird immer weniger genommen.

Ein neuralgischer Punkt in dieser fatalen Entwicklung ist wie gesagt die unglückliche Einschätzung der Auswirkungen einer „Digitalen Kultur oder CyberKultur“ als ortslos, zeitlos, bedeutungslos, beziehungslos - und die mangelnde Bewältigung von Informationen aus dritter Hand, die im Medienzeitalter und durch die Mobilität so rasant Oberhand gewonnen haben. Dieser Beitrag verweigert sich diesem grenzenlosen Pessimismus und zeigt Wege, wie durch Bewertung und Einordnung in Wissenskarten Original und „Rauschen“ von Informationschaos trennen können, und uns mit den bekannten Filtern behelfen können, um nicht alles an uns herandrängen zu lassen, aber gleichzeitig die Sicherheit einer Struktur zu haben die uns hilft, gezielt und wiederholbar auch Dinge finden zu können, also nicht wie noch heute im Internet-Chaos unterzugehen.

Sobald wir erkennen, daß wir viele Denkrahmen gemeinsam pflegen, und beliebig vertiefen, und dabei die Bereiche und Kategorien beliebig verändern können, ist das Problem der Orientierungslosigkeit Fixierungen gelöst: Hier muß man für geistige

Mobilität in gemeinsam definierten Zusammenhängen, nicht Pessimismus sondern eine Suche nach alternativen Modellen und Wegen plädieren.

Wir wollen selbst geschaffene Grenzen im DENKEN erkennen, verschieben oder auflösen/durchlässig machen. Diese Grenzen liegen zum Beispiel zwischen den Bereichen der Kognition und Emotion (Korte), Perspektive und Aperspektive (Gebser), Dingen und Beschreibungen/Begriffen, „Objects“ und „Subjects“ (siehe Poppers Diskurswelten). Dies geschieht durch die Verkörperung, Erweiterung und Belebung von Gemeinsamkeiten in nachvollziehbarem Zusammenhang. Ideal ist der Weg durch die Einbeziehung von Spiel und Spaß und unvoreingenommenen, „naiven“ Fragen. Deshalb ein „Haus der Augen“ das wir auf Kinderart einfach einmal „erlebnis- und ergebnisoffen..“ betreten wollen, Imaginäre weiten definieren und teilen, also nicht Flucht und Kriegsspiele in „Virtual Reality“, sondern Sinnspele und Phantasieren in gemeinsamen Modellen, die man bauen kann, oder auch nicht...

Solch ein Anspruch, gemeinsam Horizonte zu erschließen und eine Haushaltslehre (Ökologie) mit der Haushaltswirtschaft (Ökonomie) unter einem „Denk“-Dach, in einem Raum, verbinden zu wollen, stößt gewiß sofort auf heftigsten Widerspruch und Ablehnung - wo kämen wir da hin, da könnte ja jeder kommen, - es ist ja bekannt, daß der Mensch begrenzt ist und vieles einfach nicht kann. Und schon sind wir in der heftigsten Diskussion um Erkenntnisfähigkeit, Orientierungs- und Vorstellungsvermögen und wir überschreiten Domänen, angestammte Wissens“claims“ die verbissen von Fachschaften oder Individuen verteidigt werden, sobald man sich anschickt einmal die Lupenperspektive zu verlassen und wie die Kinder nach Überblick und Zusammenhängen zu fragen.

Die Diagnose ist klar: die Welt wird durch unsere „Mobilität“ und die Medienkultur, verschärft noch durch die anbrechende Cyberkultur immer vielfältiger, zusammenhangloser, verwirrender und abstrakter. Die Reaktion des Menschen darauf ist: sich spezialisieren und auf sicheres Terrain zurückziehen, sich abkapseln, verdrängen, geistig fest und dogmatisch werden - die Außenwelt einfach auszusperren und dabei zu versuchen anstatt in Umwelt, Gemeinschaft und Kultur Halt zu suchen, diese auszuklammern oder nur als „Ressource“ für persönliche Verwirklichung und Bereicherung zu betrachten.

Es zeigt sich, daß **der Mensch begrenzt ist**, daß er Halt, Orientierung und Gemeinschaft und Gemeinsamkeiten vermehrt sucht, wenn ihm die Lebenswelt, die „Realitäten“, den Boden unter den Füßen wegziehen, und daß er, verwirrt und gehetzt, doppelt so schnell - als stieße man einen Stock in einen Ameisenhaufen - in unbekannte Richtungen läuft, aggressiv wird, oder wie schon beschrieben, sich zurückzieht. Müssen wir uns verweigern oder öffnen!? Und kann durch Verweigerung als Weg zur Besinnung auf gemeinsame, erstrebenswerte Ziele, unser Bewußtsein und damit unser Wertebild und Verhalten geändert werden?

Dazu müssen wir uns jetzt wieder den notwendigen Denkkonstruktionen widmen, deren Statik prüfen, und auf diesem Weg einige festgefügte Denkschablonen, Dogmen und Mythen über Bord werfen. Es ist zu zeigen, daß sich eine neue Konstruktionslehre oder Architektur, ein „Raumplan“ lohnt, denn es geht nicht nur darum neue „Welten“ zu erkunden, sich versuchsweise in unbekanntes „Gelände“ vorzuwagen, sondern auch darum die Verbindung mit der Heimat des Vertrauten und Festen nicht zu verlieren, Zwischenräume einzuplanen und eine Koexistenz von Reduktionismus und Holismus auszuspähen.

Vorbedingung ist ein wenig Wagemut, doch es besteht keine Gefahr für Leib und Leben. Schon eher für Geist und Denken, denn es kann sein, daß die Menschen, mit neuen Augen sehend,

verwandelt zurückkommen.

Wie sieht das neue LAND aus, und über welche Denkbarrieren müssen wir springen, welche Kategorien müssen wir erweitern oder ablegen? Kommen wir in neue Ebenen oder neue Räume, ist die neue Landschaft oder der neue Ozean tief oder flach?

Die erste Hürde

liegt im Vertrauen auf unsere räumlichen Vorstellungskräfte. Einige Menschen haben zwar meßbar ein räumliches, körperliches Vorstellungsvermögen, aber die landläufige Meinung bleibt, daß es keine „Eidetic“ gibt (Theorie der Vorstellungskräfte wie sie besonders bei Künstlern und Kindern in der Geschichte nachgewiesen oder beschrieben wurde), daß Kinder nur „Phantasie“ haben, und daß wir nur „flach“ und begrenzt mit unserer Umwelt in Kontakt treten können. Es zeigt sich jedoch gerade das Gegenteil: Es fällt uns schwer, die räumliche Wirklichkeit als Projektion aufs Papier zu bannen und wir brauchen den Raum, um unsere Sinne zu koordinieren. Forscher wie der Ökologe von Uexküll sprachen von Wirkwelt und Merkwelt und Schlauchrealitäten.

Die zweite Hürde

liegt in der Erfahrung mit unserer Ausstattung als Menschen. Wir haben keine „Antennen“ außerhalb unseres Lebenskreises. Größenordnungen und Zeithorizonte werden so nicht einbezogen; der Mensch lebt in seiner kleinen Welt und hat kein Maß und Augenmaß für andere Dimensionen der dynamischen individuellen und globalen Zusammenhänge.

Die dritte Hürde

liegt darin Wiederholbarkeit, Meßbarkeit, und Mitteilbarkeit zu erreichen, wenn sich unsere „Welt“ in zwei Lager spaltet. Das eine Lager versteht Objektivität als den einzigen Weg in einer Umgebung von Vagheit, Bedenkenträgertum und Subjektivität, das andere Lager weiß, daß alles relativ, subjektiv und wandelbar ist. Jedes Lager achtet jede Grenzüberschreitung und fördert die begriffliche Apartheit und das Sekierertum in den Wissenschaften. Als kleinstem gemeinsamen Nenner halten beide Seiten, Natur- und Geisteswissenschaften, verkrampft am Raum als kleinstem gemeinsamen Nenner fest. In der englischen Sprache wird „räumlich“ in den letzten Jahrzehnten vermehrt mit „t“ als „spatial“ geschrieben, mathematisch abstrakt, oder flach bzw. gar nicht verstanden, obwohl die Verkörperung, die Fülle und das Atmen des Raumes (also nicht der wie oft falsch als „Leere“ in alten Traditionen übersetzt), lange in England natürlich nur mit „c“ also „spacial“ geschrieben wurde.

Die vierte Hürde

Die Beschränkung des Menschen: Wir denken in Territorien, Bereichen, Domänen, Feldern. Wir haben den Raum uns durch die physischen Sinne langsam erschlossen und als „festen“ Grund dogmatisch als die Basis für Erkenntnis, als a-priori „festgelegt“ (Kant), andere Sinne oder Räume werden ausgeklammert.

Dank Newton, der Beschränkung auf Meßbares, wie Masse und Energie, als auf direkt durch unsere Sinne Erfahrbares und Nachvollziehbares, haben wir uns einen „objektiven“ Rahmen gezimmert, alles andere bleibt subjektiv, also nicht nachvollziehbar. Wenn sich jemand aufschwingt wie Karl Popper, der von „Objektiver Erkenntnis“ spricht“ oder wie Gregory Bateson, der Unterschieden einen „objektiven“ Charakter zuspricht, dann beginnt ein unendlicher Gelehrtenstreit um „Nichts...“ Darum geht es nämlich: Raum ist für die einen Leere, für die anderen potentielle Leere, also Nichts. Die alten Weisheitsschulen haben hier einen Grundstock für ewigen Streit gelegt, oder können wir Raum als Platz für Verkörperung und Veränderung - Potential auffassen, wie es mache Kulturen tun, und sogar Begriffe als Feld, als Bereich „verorten“ und damit nachvollziehbar und in ihrer „Lage“ beziehbar machen.

Die fünfte Hürde

Die Übereinfachung ist die natürliche Antwort auf die Begrenztheit der vierten „Hürde“. Die deutlichste und einfachste Ausprägung ist die Eindimensionalität oder der Dualismus und wird oft benutzt um falsche Ansprüche zu begründen, sich selbst zu finden und zu rechtfertigen, anstatt wie sinnvoll, nur praktisch, also nicht übertragen, verstanden und genutzt zu werden.

Als Alternative wollen wir hier eine drei- oder gar vierwertige Darstellung im Raum begründen, auch dies ist nur ein Kunstgriff, aber wie wir zeigen, etwas weniger (über)vereinfachend als „platte“ Denkmodelle!

Die sechste und weitere Hürden

liegen in der Oberflächlichkeit und Beliebigkeit, vielleicht sogar in Trägheit und Dummheit. Sie zeigen sich in unserem Territorien- und Grenzendenden, im Gefangensein in (über)einfachen Bildern, Metaphern oder Denkschienen, wie beschrieben; auch daß der Blick allein schon schlecht sei in Zeiten der Multi-media, der Angst vor der „Tiefe“, weil sie nicht nachvollziehbar ist, oder bunten flachen Bildern die Erkenntnis nur Versprechen aber nicht halten können, wenn man sich wieder nur auf ein Bild oder Modell festlegt. Wissensbaum, oder das Netz der Erkenntnis sind solche gefährliche Schablonen, die den Blick auf die Vielfalt, Schönheit und Dynamik leicht verstellen können.

Raum als Ordnungsgrund und Potential

Wir sehen also, daß der Raum zur Verständigung ein ungeheures Potential hat, und wir wollen uns einfach einmal über all die praktischen, erfolgreichen und gewohnten reduktionistischen Denkpfade hinwegsetzen und behaupten, daß wir auch in künstlichen Räumen objektive Erkenntnis gewinnen können. Wenn wir diese Räume dann auch noch geschickt in ihren Achsen festlegen, so daß sinnvolle, praktischen Nutzen stiftende und einfach zu erinnernde, spielerisch erkundbare „Welten“ entstehen, dann haben wir nicht Raum für „Übersinnliches“ geschaffen, sondern für gemeinsame sinnliche und anschauliche „begreifbare“ und mitteilbare Erkenntnis - kurz, die Möglichkeit, uns über abstrakte Zusammenhänge austauschen zu können, Perspektiven einzunehmen und zu verändern, ja sogar die Modelle und Repräsentationsarten zu benutzen, um durch andere Darstellungen und Betrachtungsweisen andere Sichten zu gewinnen.

Vorweggenommen sei bemerkt, daß all diese Wortbilder, Analogien und Metaphern „richtig“ sind, wenn ein Nutzen oder Erkenntnisfortschritt damit einhergeht. Es gilt gemeinsame, mitteilbare und erlebbare Bilder zu wählen, dabei ist es unerheblich, ob es nun ein Netz, ein Baum oder ein Ozean zum Beispiel des Wissens ist, Erheblich ist jedoch, daß diese Bilder sich einfach transformieren lassen und wir so andere Einsichten und Ansichten gewinnen können, eine friedliche Koexistenz der Sinnbilder in Welten und Gegenwelten, auf die wir abschließend natürlich noch eingehen, denn Zusammenhalt bedeutet miteinander, nicht gegeneinander

Auch das Bild „Landschaft“ oder „Dorf“ ist uns für den Einstieg in Bereiche des Wissens und Nichtwissens noch viel zu abstrakt. Wir wählen deshalb hier als Denk- oder Vorstellungsrahmen, wie in vielen Gesprächs- und Lernkreisen mit Kindern, die Metapher des „Hauses“. Denn nichts, wie wir sehen werden, ist als Bild und Modell reicher und näher für die Übertragung unsere täglichen Lebenszusammenhänge in abstrakte Verstehensbereiche als eine Haushaltslehre, also Ökologie, und deren Verkörperung Belebung und Verbindung mit einer anschaulichen, nachvollziehbaren Hauswirtschaft, der Ökonomie.

Haus und Oikos - vertraute Metaphern für Zusammenhalt

Den übergeordneten Rahmen für ein solches Referenzsystem bildet die Lehre der *Ökologie* als der Wissenschaft der Beziehungen und Zusammenhänge. Der Begriff Ökologie wurde von Ernst Haeckel geprägt und meint eigentlich „Haushaltslehre“. Es

geht dabei sowohl darum das „Haus der Natur“ zu verstehen und dessen Biotope, nämlich die Häuser oder Lebenswelten von Menschen, Tieren und Pflanzen. Haeckel versteht daher das Haus in seinem engeren und erweiterten Sinn auch als Gleichgewichts- und Harmonielehre.

Schon immer haben Ökologen Größenordnungen, Fachdisziplinen und Zeithorizonte, Lebens- oder Evolutionszyklen einbezogen, und wir wollen daher diese Dimensionen in Fächer, Maßstäbe und Zeit als Achsen eines offenen Denkraumes verstehen und in diesem Raum reale und abstrakte Situationen, Beziehungen und Zusammenhänge darstellen und somit einer „Globalen Haushaltslehre“ eine Plattform geben.

Der Ökologe Jakob von Uexküll hat ein ganzheitliches, lebendiges und organisches Naturverständnis entwickelt, eine Kompositionslehre der Natur. Zur Verdeutlichung eines begrenzten Sehens und Vorgehens beschrieb er eine Schlauch- oder Tunnelrealität. Dieses anschauliche Bild einer „Wurmperspektive“ werden wir übernehmen und auf andere Blickwinkel oder Horizonte übertragen.

Uexküll beschrieb eine „Tunnel- oder Scheuklappenrealität“ die sich quasi ohne Bezug zu anderen Realitäten in der Zeit fortsetzt. Wir wollen uns hier einmal vorstellen, daß sich dieser Wurm nicht in einem Raummeter Erde mit den bekannten Raumdimensionen bewegt, sondern in einem fiktiven Raum mit den Richtungen Länge, Breite und Höhe. Wobei nach der Definition der Ökologie die Länge die Wissensbereiche, die Breite oder Tiefe die Größenordnungsebenen oder den Maßstab und die Höhe die Zeitachse, also Zeiträume, darstellt. Diesen virtuellen Raum einer erweiterten nachvollziehbaren Realität nennen wir das Haus der Perspektiven. Es ist der zentrale Raum oder der Übersetzer auch zu anderen Repräsentationen oder Realitäten. Die Achse der Größen ist direkt verbunden mit dem „Raum“ der bekannten Gegenstandswelt, beide können durch das „bewaffnete“ Auge, also mit Mikro- oder Makroperspektive erschlossen werden.

Zur weiteren besseren Vorstellung wird empfohlen, sich diesen Kunstraum der Ökologie einmal räumlich vorzustellen, sich ein Bild oder eine Skizze zu fertigen und die obige Tunnelperspektive, wie auch die nachfolgend vorgestellten Blickwinkel direkt in den neuen Denkraum zu übertragen, sich so von abstrakten, inhaltslosen Begriffen so weit wie möglich zu trennen.

Solch eine „einäugige“ Wurmperspektive wäre also mit der eines Spezialisten vergleichbar, der sich leicht im Detail verliert und nur durch „Betriebsunfall“ auf andere „Realitäten“ stößt. Eine andere Perspektive ist der Weitwinkel des Fischauges oder die Fischperspektive. Auch sie ist weit verbreitet und aus eigener Anschauung bekannt. Der Vordergrund oder Nahbereich erscheint vergrößert, alles andere verschwindet rasch am Horizont (der Wahrnehmung oder des Bewußtseins!?).

Ganz anders sind die Vogelperspektive oder das Satellitenaug einzuschätzen: Hier haben wir es nicht nur mit einem Zooming, also einer flexiblen Optik, zu tun, die eine rasche Fixierung, Annäherung und Entfernung ohne Rücksicht auf körperliche Trägheit oder feste Medien erlaubt. Die Natur hat noch viele Fähigkeiten und Besonderheiten zu bieten; denken wir nur an Augen ohne gemeinsame räumliche Basis wie beim Chamäleon, das durch Vor- und Zurückwiegen die Entfernung abschätzt. Schließlich wollen wir noch die Insektenperspektive bemühen: ein Komplexauge, das mosaikartig Bilder zusammensetzen kann und so die Möglichkeit der Modellbildung durch „verteilte“ Augen nicht unvorstellbar macht.

Unser nächster Schritt liegt in der Kombination und Integration von Bildern und in der Reflexion über die Inhalte, auch wenn sie keine gemeinsame zeitliche, räumliche oder sensorische Basis ha-

ben (auch dies sind wieder die drei Achsen unseres Vorstellungsraumes). Stranislav Lem sprach von einem Gegenauge, das es uns ermöglicht, Phantasiewelten und Realwelten zu verbinden. Wenn wir einmal begonnen haben, uns an diese „erweiterte Optik“ zu gewöhnen, machen Begriffe wie eine „Generationen-Perspektive“ sofort Sinn; im neuen Denkraum fragt man sich unwillkürlich nach dem Zeithorizont, wieviele Generationen in welcher Epoche betroffen sind, und wo und wie man selbst dazu steht. Dasselbe gilt für fachlichsektiererische Scheuklappen, also geschlossene oder verdeckte Augen: da schaut jemand nicht über den Gartenzaun in andere Fachgebiete oder „Welten“. Dies geht soweit, daß wir Metaphern als Übertragungen erkennen, aus dem Realen ins Abstrakte wechseln, vermehrt in Wortbildern und Ihren Ursprüngen denken, von einer „Gegend“ oder Anwendung in die nächste springen, und daß Kreativität genau dies ist: ein spielerisches Sich-Annähern und -Entfernen, die Übertragung von Strukturen und Mustern und damit die Erschaffung von Lösungen (Kreativität).

Solch eine aktive, erschließende, erkundende Betrachtung, die überlegt, wo der Standpunkt ist, welches „Objektiv“ gerade benutzt wird, hat besonderen Reiz, wenn wir solche Erkundungen nicht nur graphisch-geographisch, sondern thematisch-räumlich verstehen. So können wir über Fachgrenzen und Themenbereiche reflektieren, über Größenordnungen, Ebenen, Proportionen und Konsequenzen von Aktionen. Natürlich können wir auch Unterlassungen gemeinsam reflektieren, eine „ästhetische und proportionale“ Optik entwickeln, die auch ethische Überlegungen mit einbezieht.

Komposition von Blickwinkeln und Sichtweisen

In der Psychologie geht es um die verschiedenen Perspektiven, Einsichten und Einstellungen, wie wir Sichten zusammenbringen können, vielleicht sogar tolerant und multi-perspektivisch, wie die „entartete“ Kunst gezeigt hat. Weiter geht es darum, die Eindrücke zu relativieren und mit anderen Sinnen zu kombinieren, quasi die Ergebnisse zu verbreitern und abzusichern.

Bei der Konstruktion des Auges fällt auf, daß es mehrere Sichtbereiche, Auflösungen und spezielle Fähigkeiten, zum Beispiel im Randbereich, verbinden kann. Es gilt, diese Bilder in Modellen oder vor dem geistigen Auge zu kombinieren oder zu komponieren, denn diese Integrationsleistung von Aspekten scheint die besondere Fähigkeit des Menschen zu sein. Phantastisch sind diese Fähigkeiten, und die Frage bleibt nachrangig, ob Eindrücke (Bilder) nun wirklich oder konstruiert sind (also Phantasie oder Filterung), zumal viele Forscher davon ausgehen, daß alle Realitäten, ob nun real oder imaginär, ohnedies „bloß“ geistige Konstruktionen und Rekonstruktionen sind. Gerade deshalb wird es so interessant, wie Realitäten aufeinander abgestimmt und geteilt werden können und so vielleicht Toleranz entstehen kann.

Geistige Mobilität und Weltwahrnehmung

Solche Kombinationen von Sichten sind Teil unserer Märchen, Erzählungen und Filme; sie fördern geistige Flexibilität, Mobilität und Neugier. Beispiele sind „Phanatasia“ in Michael Ende's „Unendlicher Geschichte“, „Alice im Wunderland“ oder „Der kleine Prinz“. Mit einer anderen „Brille“ sehen, oder prosaischer: „Hinter dem Spiegel“ in einer Gegenwelt zu stehen, hilft uns, Realitäts- und Ordnungssprünge als tägliche geistige Gymnastik zu betrachten, hilft uns, zu reflektieren und Fragen nach dem „wer“, dem „warum“ und dem „von wo und wie jemand schaut“ zu stellen.

Solche Zeit- und Bewußtseinsprünge gehören ins Genre „Science Fiction“. Nur die Übergänge zwischen den Berufen und Disziplinen sind im Alltagsleben wie zugemauert, und bis auf den Kalifen aus 1001 Nacht, fällt einem spontan kaum ein Beispiel ein, wo jemand seine Welt austauscht, um mit anderen Augen andere Aspekte zu sehen. Gerade eine Durchlässigkeit in unserer

Gesellschaft, in welcher Manager, Politiker und Wissenschaftler diesen Perspektivwechsel übert ihre Rollen tauschen, würde sicher manche Verkrustungen auflösen.

Durch die Kombination von Sichten hat der Mensch als Generalist einen thematischen und situativen „Zoom“ und kann sich neben einer Landschaft oder einem Ort, einem „topos“, auch Themenslandschaften als logische Plätze, also „topics“ erschaffen und vorstellen. Versuchen wir es doch einmal mit Transformationen in allen drei räumlichen „Freiheitsgraden“ und sehen wir Kreativität nicht nur, wenn sich Kulturen treffen, sondern auch, wenn sich Größenordnungen und Epochen treffen (siehe die Raumachsen, wie oben angeführt). Gerade in der Mischung sind Faktoren und Überlagerungen von Mustern, sind Potentiale zu suchen, also nicht nur in der einfachen und linearen Übertragung.

Räume und Landschaften unter einem Dach

Wenn wir die obigen Denk- oder Kontexträume als Landschaft verstehen und mit einer physischen Landschaft und einer später zu vertiefenden Begriffslandschaft verbinden, uns quasi auf einen erhöhten Punkt oder Ausguck stellen, entsteht ein „Kognitives Panorama“. Man kann es sich auch als eine Landschaftsbrücke vorstellen, die semantische Situation und physische Räume verbindet. Wichtig ist bei diesem Bild, daß man Überblick hat, sich orientieren und oberflächliche Zusammenhänge sehen kann. Es handelt sich also bei diesem Ordnungsversuch nicht um ein universelles System für jegliche Fragestellungen, sondern um eine Groborientierung und um die Empfehlung eines praktisch nutzbaren, einfach zu erinnernden Zusammenhangs, also nur um ein sinnvolles Bild, keinesfalls um „die Antwort“.

Das Haus der Horizonte und Perspektiven -

Ein kognitives Panorama

Versuchen wir es neben der Metapher der Landschaft mit dem Wortbild „Raum“ in einem Haus der Perspektiven, Räumen mit Fenstern, Türöffnungen und Schlüssellochern, durch die wir hinaus- und hineinschauen können. Wir können Perspektiven und Orientierungen in diesen Räumen gemeinsam einnehmen, Horizonte zeigen wie Etagen unseres Blickkreises oder der Betrachtungsebene.

Es gilt, die jeweiligen Sichten aus den oben besprochenen abzugleichen und miteinander in Bezug zu setzen. Es handelt es sich nur um verschiedene Darstellungen, die wir im kognitiven Panorama wie in Popper's Theorem der drei Diskurswelten, in Verbindung bringen. Das Panorama verbindet diese drei tiefgestaffelten, höheren Ordnungen oder Ortsräume.

Bemüht man dies als eine „Baukunst“ für Erkenntniswelten, so kann man sich diese drei Räume als Atriumhaus vorstellen, aber (bitte schön!) in japanischer Bauweise; mit flexiblen Wänden (Kategorien), also maximaler Beweglichkeit und (sozialem) Nutzen. Weiterhin sollte man dieses Gebäude als Wissensgebäude und auch als Metapher für die Vorstellung von Ganzheit und Geschlossenheit sowie nicht zuletzt für Einfachheit und Transparenz verstehen.

Nicht alle Räume muß man kennen, nicht alle Orte und Plätze müssen für jeden jederzeit begehbar oder erkennbar sein. Es geht um das Gefühl und die Beruhigung, daß alles seinen Plan und Platz hat, auch bei unterschiedlicher Spezialisierung, Optik und Auflösung. Man hat also ein räumliches Inhaltsverzeichnis und eine zusammenhängende, logische und einfache Wissensordnung, eine Grundlage, um einordnen und finden zu können.

Es gilt zu betonen, daß es noch andere mögliche, zum Beispiel organische, Wissensgebäude gibt, wobei die „objektive Erkenntnis“ nach Popper nicht bedeutet, daß es nur einen Grundriß und nur ein Gebäude geben kann, sondern daß ein ganzheitlicher flexibler und offener Raum als Grundbezug geschaffen wird. Auch

gilt es die verschiedenen Repräsentationen, auch die Innen- und Aussenwelt, Gegenstands- und Vorstellungswelt zu verbinden (man denkt hier unwillkürlich an Jung und Pauli). Daraus ergibt sich auch die Frage nach der Brücke zu symbolischen und semantischen Inhalten: Wie lassen sich Worte und Zeichen in unseren Plan oder Entwurf einbauen?

Wortlandschaften - Ein Ort für Begriffe und Bezüge

Wir müssen uns stets fragen, wie die Übersichten und Details in unserem ökologischen Raum zusammengebracht werden sollen, wenn jede Disziplin ihre eigene Begrifflichkeit hat, wenn jede Wissensordnung ihre Aspekte, Aufgaben und Dogmen hat, also gemeinsame allgemeinverständliche und verbreitete Landkarten des Wissens durch die hierarchischen Sammlungen auf jedem „Terrain“ verhindert werden. Die Suche nach einem Schematismus der Verstandesbegriffe ist nicht neu, und nicht nur Leibniz und Kant haben danach gesucht. Die Frage muß legitim bleiben, ob man sich in explorierbaren, tiefgestaffelten „Räumen der neuen Art“ nicht wieder mit solchen Ordnungsfragen beschäftigen sollte. Die Ordnung von Wissen ist ein zentrales und heiß umkämpftes Thema.

Mit unseren technischen Möglichkeiten haben sich auch unsere Darstellungsformen gewandelt: Waren im Mittelalter noch optische, kohärente Zusammenstellungen allen Wissens gefragt - man stellte sich also eine logisch gut strukturierte und durchdachte Ordnung vor - so hat die Automatisierung dazu geführt, daß nicht mehr mit Überblick und Universalität ein Diskurs läuft, sondern jede Fachschaft für sich „ihre“ Daten „verwaltet“. So entstanden riesige, hierarchisch organisierte Wissensbäume und Wissensfelder alles wurde irgendwie zugeordnet, jeder für sich in seinem „Feld“, weil dies die Klassifikationssysteme möglich machten und erforderten. Die Wissensbäume entstanden nebeneinander, so sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht, übergreifende Ansätze (Äste) aber wurden abgehackt (in der Geschäftswelt heißt das dann „Management by Champignons“).

Ordnungen

In unserer Gesellschaft hat Ordnung oft einen strengen Beigeschmack, oft wird verkannt, daß es viele Grade und Ebenen von innerer Ordnung gibt. Sie ist keine Zwangsjacke, sondern die Art wie wir unsere Welterfahrung und -kenntnis kategorisieren und arrangieren. David Bohm beschrieb Ordnung einmal als die Aufmerksamkeit für ähnliche Unterschiede und verschiedene Ähnlichkeiten. Wie wir ordnen und nach welchen Kriterien, ist eine der Zentralfragen auf dem Weg zur Überschaubarkeit, Wiederholbarkeit und Verlässlichkeit unserer Darstellungen. Doch Wissen richtet sich nicht nach unseren Kategorien oder Fachbereichen, kann aber nach Kernwissen und „peripherem“ Wissen unterschieden werden, also nach dem Grad der Übertragbarkeit, und ob es sich als universell bewährt hat. Ein interessanter Gedanke, wenn man überlegt, wie oft etwas „neu“ erfunden wird, nur weil jede „Disziplin“ oder Fachschaft den Einblick in ihr Fach durch Codes und Sprachgrenzen verhindert!

Schon im Mittelalter wurde versucht, durch die zentralen Fragen nach dem Was?, Wer?, Wo?, Wohin?, Warum? und Womit? etc. Aufschluß über die Innenbeziehungen des Wissens zu erhalten. Dies ist die natürliche und logische Art, Zusammenhänge zu erkennen und einen homogenen Wissenskörper anzulegen. Unser heutiges Wissen ist jedoch hierarchisch geordnet. Wissen aus anderen Sammlungen, Fächern, Medien und Sprachen ist mit hierarchischer Ordnung nicht einzubeziehen, jedenfalls nicht eindeutig, einfach und wiederholbar. Es geht hier also um begrenzte Hierarchien aufsprengende Ganzheit, Vollständigkeit, Überblick und Wiederholbarkeit. Das Problem ist sicher deutlich geworden: zum einen sind es die Umstellungskosten, die Altlasten eingeführter Fachlösungen, zum anderen ist es unsere Trägheit und Vorsicht, wenn es darum geht, neues Terrain zu betreten und eingefahrene Denkgleise zu verlassen.

Geistige Beweglichkeit und ethische Orientierung

Ein Entwicklungsschritt, besser noch ein Vorstellungs- und Erkenntnisfortschritt, ist natürlich weit, denn auf dem Weg dahin müssen wir uns aus uns selbst entfernen und uns selbst wieder annähern, uns vergessen und über unseren eigenen Schatten springen lernen. Individuelles Bewußtsein und Selbstwert sind Vorbedingungen - so ist die anthropozentrische aber interessenlose Sichtweise Grundlage, die nur noch in den Zusammenhang sozio- und ökozentrischer Betrachtungen gestellt zu werden braucht. Die dazugehörigen Traditionen lassen sich vielleicht bei Albert Schweizer und seinem tiefen Respekt vor dem Lebendigen, der ökologischen Sicht der Zusammenhänge im Sinne von Uexküll und den Beziehungen zwischen dem Lebendigen bei Aldo Leopold ausmachen. Vielleicht läßt sich so bildhaft zeigen, daß unser Selbst-, Gruppen-, und Weltbild zusammengehört, daß es nicht gelingen darf, Menschen in das eine oder andere Lager hineinzupressen.

Der Philosoph Hans Jonas sprach davon, das „Prinzip Verantwortung ins Zentrum der Ethik“ zu rücken, und zwar „mit Raum- und Zeithorizont“. Es gilt also, gemeinsame Wegmarken zu definieren und ab und zu einen Ausguck zu finden, um Überblick zu behalten, um verantwortlich zu handeln. Dazu gehört die Entscheidungsfindung im persönlichen und politischen Raum. Es gilt durch eine „Optik der Ethik“ verschiedene Szenarien und Alternativen gemeinsam zu besprechen, Proportionen und Konsequenzen vergleichen und abwägen zu können.

Kombiniert man einzelne Sichtweisen oder Perspektiven, schafft man eine Orientierung für Orientierungen, setzt man die jeweilige „Brille“ auf, sieht man die unterschiedlichen „Optiken“ und erkennt man die unterschiedlichen Ebenen, Blickwinkel und Standorte, so klären sich die Positionen und Gemeinsamkeiten. Wohlgermerkt: Wir verstehen hier Perspektive als „perspicere“, als genaueres Hinschauen, im Sinne der Anschauung Goethes, als ständes tiefes Suchen, Er- und Abwägen, also als eine nicht-technische, erkennende, nicht instrumentalisierte oder instrumentalisierbare Optik. Letzten Endes geht es dabei um eine „Schau“-Kultur, nicht „Show“-Kultur, da Themen nicht an der Oberfläche abgehandelt, sondern erkundet und erschlossen werden, mit anderen Augen, aus anderen Richtungen, Kulturen und Zeiten.

Schritte zum Ganzen - Wahrnehmung und Bewußtwerdung

Die Menschheit hat durch die Raumfahrt einen sehr interessanten Sichten-Schritt gemacht, denn sie kann plötzlich ihren Heimatplaneten als Ganzes sehen und sich damit identifizieren. Es hat viele Argumente für und gegen die Raumfahrt gegeben, und man kann sicher damit argumentieren, daß dieses Ergebnis auch durch andere Perspektivensprünge hätte ins breite Bewußtsein der Menschen gelangen können. Dies ist aber zu bezweifeln, denn der Mensch ist sehr „bodenständig“. Umgangssprachlich heißt es: „Aus den Augen, aus dem Sinn“.

Was war bei den Erdbildern anders als bei anderen bunten Bildern, die täglich in Menge auf uns einströmen? Es ist wohl die Einbeziehung und Verknüpfung mit dem Einzelnen, das Aufmerken, dort einen Ort zu haben, und die Identifikation und Definition, Teil eines Ganzen zu sein. Man kann getrost behaupten, daß das wirklich Neue der gemeinschaftliche Perspektivenwechsel ist, die Annäherung und Entfernung, ein intellektueller, kognitiver und intuitiver „Zoom“, der Bewegung, Begegnung und Tiefe möglich macht.

Durch die Weitraumbilder war es möglich, sich wieder als Teil in einem größeren Zusammenhang zu begreifen. Es war möglich, „die Menschheit“ nicht nur zu sagen, sondern auch ein Bild dafür zu haben, mit dem man sich identifizieren kann. Diese geistige Beweglichkeit, sich zugleich als Teil und als Betrachter eines Bildes zu fühlen, führt zu einer erweiterten Definition von Sinn, von Aufgaben und Reflexionen über Zusammenhang und Zusammen-

halt. Was hier passiert, ist, daß örtliche oder zeitliche Perspektiven, Horizonte und Grenzen relativiert werden. Plötzlich hat dieser Positions- und Perspektivenwechsel etwas Transzendentes, Metaphysisches, Religiöses und wird vielleicht sogar als Seelenpflege oder -heilung betrachtet werden können. Ist es nicht die natürlichste Form der Heilung, wenn man sich vertrauensvoll aus der bloßen Ich-Sicht herausnimmt, Sichten verbindet, Grenzen transzendiert und sich so aus einer geistigen Enge und Fixierungen befreit?

Wenn wir einen Schritt weitergehen, erkennen wir, daß wir diesen kostbaren Erkenntnisraum durch die Definition von zwei Blickpunkten, der eine durch unsere Augen, der andere durch die Satellitenkamera, dennoch nicht eindeutig und dauerhaft definiert haben. Dieser Raum ist eher eine Oberfläche, ein Potential, wir haben keinen Tiefenaufschluß, keine inhaltlichen Erkenntnisse. Die Erkenntnisse sind also nicht verkörpert und tief, sondern sie bleiben oberflächlich, flach, willkürlich und kurzlebig, sie verblasen schnell - und so ist es auch mit den Einsichten, die wir gewonnen haben. Schon morgen können die ewigen Zweifler und Verunsicherer fragen, ob der Weltraum mit seinen Ordnungen nicht Fiktion ist, und die Weltraumbilder Täuschungen und Montagen.

Befragungen zeigten, daß große Teile der Bevölkerung nicht nur meinen, daß die Sonne „offensichtlich“ auf- und untergeht (und nicht, wie man in der Schule lernt, die Erde um die Sonne kreist), sondern dies auch verinnerlicht haben. Augenscheinlich müssen mehrere Sinne zusammenkommen, um vom Erfahren und Erkennen zum Begreifen und Verinnerlichen zu kommen. Es gilt also, unsere Bilder und Sinneswahrnehmungen zusammenzubringen, uns dadurch Sicherheit zu verschaffen, daß wir unsere Eindrücke abgleichen und so „Sinnvolles“ anstreben. Eine Redewendung formuliert dies treffend: „Wer fühlt, was er sieht, gibt, was er kann“. Die Nagelprobe bleibt, ob ein „Sinn“ die Oberhand gewinnt, ob eine visuelle Zeitenwende bedeutet, daß andere Sinne verkümmern, Oberfläche mit Tiefe und Bewegung verwechselt wird, oder ob wir Täuschungen durch den Abgleich der Sinne aufdecken können.

Augenmaß - ein Auge der Vernunft?

Wie sind nun natürliche und synthetische Realitäten ein- und zuzuordnen? Auch hier bietet sich sofort die alte dualistische Falle an: Geht es hier um Weltbilder oder Weltanschauung, Sinnliches oder Übersinnliches, Physik oder Metaphysik? Lehnen wir diese dualistischen „Totschlag“-Fragen ab und versuchen wir, die Kategorien zu erweitern. Vielleicht sehen wir unsere Vorstellungen mit einem dritten, geistigen Auge? Einem Auge der Vernunft im Sinne von Bonaventura? Vielleicht ist dies ein provisorisch gangbarer Weg für die verschiedenen Denkschulen. Das Auge der Vernunft bietet sich hier als Brücke zwischen sinnlicher, körperlicher Wahrnehmung durch das physische Auge und einem übersinnlichen, kontemplativen Auge.

Gerade das Gefühl für den Zusammenhang, für Ganzheit und Zusammengehörigkeit, verbunden mit Harmonie und Schönheit, ermöglicht einen tieferen Blick, die notwendige Verbindung von Weltbild und Weltanschauung. Und noch wichtiger erscheint der Hinweis, daß wir mit dem Thema „Ganzheit und Greifbarkeit“ ein gesellschaftlich sehr heißes Eisen ansprechen. Der Mensch fällt leicht zurück in die „Einäugigkeit“, das heißt, in extreme Vereinfachung oder erliegt den Verlockungen der Kompetenz-/Grenzüberschreitung.

Einblick, Durchblick, Ausblick - Eine Abschlußbetrachtung

Der hier vorgestellte Lösungsansatz plädiert für eine Verbindung von Denken, Visualisierung und Gespräch - gerade über komplexe und vielschichtige Zusammenhänge. Dazu bedarf es lediglich einer Einigung über Dimensionen und Räume, damit Zusammenhänge und Beziehungen, Proportionen und Konsequenzen einen

Ort haben und somit real, als gemeinschaftlich vorstell- und verhandelbar werden. Zu oft schon haben wir aneinander vorbeigeredet. Klar wird: Das Thema ist nicht nur zentral, sondern auch hochpolitisch, da es gleichzeitig auf allen Ebenen abgehandelt wird, auf der Weltbühne ebenso wie im Rathaus und in den Familien. Wir sprechen zwar von einem „gemeinsamen Tisch“ oder Thema, haben oder machen uns aber keine Vorstellung, denken nicht an das Ganze und wie es verwoben ist. Stattdessen hören wir ständig in der Öffentlichkeit, was Amtsträger nicht sind oder nur sind: Wissenschaftler, Unternehmer, Politiker, Journalisten.

Solche Funktionsträger, Rollenspieler ohne Blick für die Bühne, sind Beobachter ohne Vorbildfunktion. Dies ist fatal, denn unsere Kinder halten Ausschau nach Weltbildern. Ihnen ist das, was in der Schule geboten wird, wie sich bei Seminaren zeigte, „zu flach“. Sie übernahmen spielerisch Modelle, wie eine T-Intelligenz, die ja schon lange von Bildungsforschern beschrieben wurde. Ganz einfach: es ist gut, sich in einem Bereich auszukennen und sein Wissen zu übertragen und überall anzuwenden. Das Thema weitet sich also: Flexibilität, Identität und Integrität.

Der Autor sieht eine der zentralen Herausforderungen darin, die Themen Identifikation, Orientierung und Weltbild versus Weltanschauung nicht zu verdrängen, sondern konsequent und praktisch anzugehen. Eine virtuelle Cyberkultur kann unsere Kultur durchaus destabilisieren und uns noch näher an Babylon heranführen - doch dem gilt es durch gemeinsame Bezugssysteme entgegenzuwirken, die ein „schwarz/weiß“ Schachteldenken obsolet machen können. Leider steht dem die ‚postmoderne‘ Einstellung gegenüber, daß alles sowieso subjektiv, relativ, fraglich und sinnlos ist. Dies scheint ein Erbe „skeptischer“ Denkschulen zu sein, die mit dem Argument der ‚epistemologischen Offenheit‘ selbst die Orientierung und Offenheit verweigern, dabei aber einen Plan und Ordnungshilfen mit der Realität verwechseln. Wir wollen hier versuchen, dem subjektiv-objektiv Dualismus zu entgehen, indem wir Distanz einnehmen, „Höhe“ gewinnen, um die Bilder dieses Beitrags zu verwenden. Dieser „andere Blick“ ist dann selbsttranszendierend, inter-subjektiv und partizipativ und kann durch die andere „Beleuchtung“ die soziale Kohärenz fördern.

Es sind Hürden auf dem Weg zum gemeinsamen Verstehen zu nehmen. Es reicht nicht die Erkenntnis, daß Menschen in verschiedenen „Welten“ leben können Die Dimensionen, Maßstäbe, Achsen und Richtungen müssen auch in einen Zusammenhang gebracht werden, um ein gemeinsames „Augenmaß“ für Situationen, Beziehungen und Proportionen entwickeln zu können. Vorbedingung ist eine Baukunst oder ein architektonischer Plan, als Einheit mannigfaltiger Erkenntnis unter eine Idee (Kant, Popper), denn wir können nicht vom Teil ausgehen, ohne es auf ein Ganzes zu beziehen.

Der Mensch ist mit seinen optischen und kognitiven Linsen gut ausgestattet, gut gerüstet für das Überleben in Realitäten, denn er kann reflektieren und Vorstellungen und Wahrnehmungen austauschen. Er kann auf diese Weise sogar sinnlich und intellektuell gegensätzliche Bilder und Welten zusammenbringen, Gräben und Täler zwischen den Bildern überbrücken und so ein Dach für ökologisches und soziales Bewußtsein (Mentalitäten) entwickeln. Gerade wenn wir unter dem Begriff Bewußtsein nur das verstehen wollen was innerhalb eines sozialen Rahmens mitgeteilt werden kann, wird die zentrale Bedeutung der Möglichkeit offensichtlich, sich auch über *abstrakte* Situationen, Positionen, Proportionen und Konsequenzen von Handlungen austauschen zu können Die Frage bleibt: Will der Mensch teilen und sich mitteilen? Raum als gemeinsames Potential und Chance sehen, oder nur als Besitzstand verstehen?

Ein Beispiel für die Dringlichkeit und Notwendigkeit systemischer, ganzheitlicher Darstellungen ist die Agenda 21, eine zusammenhängende Darstellung der Themen, Strategien und Optio-

nen, wie sie leider auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro im Jahre 1992 nicht zum Zuge kam. Dort wie fast überall blieb und bleibt es bei „Listen“ und „Katalogen“ von Wünschen und Forderungen, die leicht dazu führen, gemeinsame Ziele aus den Augen zu verlieren. Solch eindimensionales Denken in Fronten und Grenzen gilt es jedoch zu überwinden; es gilt, einzubeziehen und nicht auszugrenzen. Da es sich hier um abstrakte Positionen und Bereiche handelt, gilt es nach dem geschilderten Beispielen, auch für dieses Terrain gemeinsame Grundlagen, gemeinsame Karten und Pläne zu entwickeln, Grenzen im Denken nicht festzuschreiben, sondern zu verändern, aufzulösen und zu verschieben, also zeitliche, räumliche und thematische Positionen und *Lösungen* zu verknüpfen, die eindimensionalen Baumstrukturen durch mehrdimensionale Raumstrukturen zu ersetzen und endlich den Dualismus durch eine anschauliche, breitere und tiefere Basis zu überwinden.

Für uns kann "Sehen" Weltoffenheit bedeuten: Es läßt sich aus dem indogermanischen „ueid, veid“ = "Wissen" ableiten, und so könnte unser Modell dazu dienen, den Bereich des gemeinsam Wißbaren zu erweitern. Andere verteufeln den Sehnsinn, die möglichen Täuschungen und Trugbilder. Ziel sollte es sein, andere Sinne und Erfahrungen stützend heranzuziehen und so überprüfen zu können. Wenn es uns nun gelingen sollte, das Schachteldenken zu überwinden, andere und neue Augen zu bemühen und Sichten auszutauschen, im Raum zwischen unterschiedlichen Repräsentationen zu wechseln, also auch Kugel- oder Spiralmodelle als Annäherungen zu nutzen, so ist das für den Autor eine sinnvolle Übertragung: Eine Transformation von unserem physischen, auf einen konzeptionellen und dann auch auf einen sozialen Körper, der Versuch, gesellschaftlichen Bezug herzustellen und im Gespräch zu halten. Die zentrale Frage war doch gewesen: Überwältigen uns Dimensionen und Komplexität, oder suchen wir Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit? Schrumpfen wir uns friedlich auf eine tragfähige Bevölkerungsdichte zurück, entwickeln wir lebenswerte Bedingungen friedlich, finden wir zu einem Miteinander, oder bleibt es beim Einfluß-, Territorien- und Machtdenken?

Ich verweigere mich der Apathie und einer geistigen Enge, plädiere für Überblick und eine Gesamtorientierung, ein umfassendes Miteinander statt eines Wettstreits von Reduktionismus und / oder Synoptismus, der überflüssig und sinnlos ist und zu leicht im Kollektivismus endet. Die Hoffnung besteht dann, sich nicht apathisch, also ohne Fühlen abzuschotten sondern die Möglichkeiten des Fühlens, Greifens und Begreifens einer erweiterten Gegenstandswelt anzupassen.

Gerade weil es oft bei verbalen Bemerkungen wie „Brücken bauen, Grenzen überwinden“ bleibt, sollten wir fragen: Wo? Welche Grenzen? Wer hat sie wann errichtet, und wie können wir sie abbauen, um so der Gedankenlosigkeit und Schwammigkeit entgegenzutreten zu können? Warum soll es nicht zusätzlich ein wohl-gemerkt oberflächliches Überblickswissen geben, wenn wir es gezielt vertiefen können? Sollten wir nicht unseren Kindern einen Kompaß an die Hand geben, der hilft, übertragbares Wissen herauszustellen und so weit wie möglich das Rauschen der Mitteilungen zu umgehen?

Irgendwann sollten wir erkennen das Bilder und Modelle nur Krücken sind, Halbheiten, die im Zusammenhang eine Ahnung einer Ganzheit verschaffen und so ein Darüber reden wieder möglich machen können. Wir haben gezeigt, daß Wortbilder oder Metaphern wie Haus oder Landschaft sehr wohl helfen können sich zu orientieren und Neues in den „Zwischenräumen“ zu entdecken. Wichtig ist aber, daß wir uns nicht von einer Metapher einfangen lassen, das der Wissensbaum oder die Wissenslandschaft, oder, momentan „en vogue“ der Wissensozean, schöne, praktische und einfache, naturnahe Modelle sind - nicht mehr und nicht weniger.

Die frühen Systemforscher haben dies erkannt, sprachen als Ausflucht von „symbolischen“ Bäumen und Systemen, anstatt bei der Notwendigkeit größerer Tiefe auch tiefere Bilder zu bemühen und ein organismisches, lebendiges Erkenntnis zu verbreiten. In den Systemwissenschaften ist der notwendige Dialog zwischen Reduktionismus und Holismus bisher nicht zustande gekommen und so haben sich Analogien als „Realitäten“ einschleichen und verewigen können. So konnten auch oberflächliche anstelle von „griffigen“ und leicht „begreifbaren“ Darstellungen Eingang in die Lehrbücher und unser Denken finden.

Sobald eine Metapher Allgemeingut wird und damit nicht mehr hinterfragt wird (siehe Paradigmen) ist besonders darauf zu achten, ob sie nicht mehr verstellt oder als erhellt. Wir sollten deshalb auch von Wissensgestalten, Wissensgesichtern, Wissensgeweben sprechen und so lebendige, organische Aspekte und die Veränderung der Formen und Sichtweisen einbeziehen, plastische lebendige, verkörperte, als dinglich erkennbare Metaphern (spatial metaphors) suchen und fordern.

Ein „Wissenskiosk“ kann zwar den überraschenden Durst stillen, er setzt aber nicht das Wissen um Metrainformationen, Zusammenhänge und Hintergründe. Ich plädiere deshalb für geistige Mobilität, Orts- und Richtungswechsel in den Köpfen, als natürliche Therapieform, Toleranz durch Perspektiven- und Anschauungswechsel, Gestaltwandel- und eine Verbindung von Sehen und Schauen, Teilen und Mitteilen.

Der Blick auf das Ganze und die Sicht der Zusammenhänge führt zur Achtung und Zurückhaltung, dies zeigt sich täglich während der Besichtigung „Blackbox Natur“ in der Ausstellung „WELT IM WANDEL“. Es gilt ständig Identitäten und Positionen zu reflektieren, sich als Teil und als Beobachter zugleich zu verstehen, also nicht nur Einzel- oder Gruppensichten zu kultivieren. Solch eine Flexibilität und Toleranz auch für geistige Territorien führt vom Gegeneinander zu Miteinander, einem dringend notwendigen Entwicklungsschritt. Denn so kann Einsicht nicht nur gepredigt und an Verständnis appelliert, sondern auch geteilt werden, sich Zusammenhalt entwickeln.

Reiseerinnerungen vom Grenzland zwischen Realität und Kognition

Im chinesischen TAO (Weg) heißt es: „Im Nichtanhängen entsteht die Schau des Urgrundes allen Seins, im Ich-Anhängen die Begrenztheit räumlicher Wahrnehmung“ (1,3). Treten wir also nach unserer „Gedankenreise in Sinnwelten“ einmal zurück, stellen wir fest, daß wir uns nicht bloß auf das nur abstrakte eingelassen haben, und auch nicht nur auf das reale, greifbare, sondern wir haben oszilliert, geatmet - vermittelnd zwischen den „Modellen“ und Denkschulen. Dieser Brückenschlag sollte das Bleibende sein, wir können die Welten immer wieder neu definieren und verändern, wichtig ist, daß wir sie (be)greifbarer, anschaulicher und miteinander nachvollziehbarer gemacht haben. Durch das definieren und Modellen von „Wir“ auf vielen Ebenen, durch Zusammenhang Zusammenhalt schaffen können. Die Vermittlung zwischen Weltansichten und Sichtweisen und der gemeinsame Abgleich, die Veränderung und der Gestaltwandel (der Betrachtungsweisen und Darstellungen/Konstruktionen) ist ein Schritt zur angestrebten Reflektion, machen Betrachtung des Ich und Nicht-ich, des Gegebenen und Nicht-Gegebenen, durch UNS möglich.

Dabei kann sich wieder ein Gefühl der Ordnung, Plan und Maß entwickeln, nicht als Schreckgespenst, sondern neutrale Art und Weise, wie wir unsere Welterfahrung kategorisieren, arrangieren und ständig verändern können. Diese Sicherheit und dieser Überblick ist nicht nur Grundbedingung für effektives Lernen, sondern auch ein gutes Gefühl, denn aus Zusammenhang und Zusammenhalt erwächst Sicherheit und die Möglichkeit sich zu verändern und zu wachsen, auch intellektuell, was der Menschheit die dringend nötige Portion an Überlebensdenken brächte.